Mittwoch, 17. April 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 89 - 16.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Fährverbindung: Die Bundesregierung hat der Errichtung einer Eisenbahnfährverbindung zwischen der UdSSR und Schleswig-Holstein grundsätzlich zugestimmt. Sicherheitspolitische Bedenken wurden durch Auflagen berücksichtigt.(S. 15)

Besuch: Japans Ministerpräsident Nakasone stattet der Bundesrepublik am 30. April und 1. Mai einen offiziellen Besuch ab.

Urteil bestätigt: Das Bundesverwaltungsgericht hat sein umstrittenes „Folterurteil" vom Mai 1983 bestätigt. Danach begründet eine Verletzung der Menschenrechte, etwa durch Folter, nur dann einen Anspruch auf Asyl, wenn sie politisch motiviert ist.

Koalitionsstreit: Vor der Wahl des neuen Berliner Senats kam es zwischen den Koalitionspartnern CDU und FDP zum Streit um die Besetzung des Bauressorts. Günter Freye empfahl seinen 12 FDP-Parteifreunden im Abgeordnetenhaus, den CDU-Kandidaten Klaus Franke nicht zu wählen.

Sicherheit: Neuer Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK der SED wurde Wolfgang Herger. Den Zeitpunkt der Ablösung seines Vorgängers Herbert Scheibe teilten die „DDR"-Medien nicht mit.(S. 5)

Südafrika: Die USA haben die Entscheidung Pretorias begrüßt, die Rassengesetze zu entschärfen. Der Wegfall des Verbots von Liebesbeziehungen und Eheschließungen zwischen Weißen und Schwarzen sei ein Schritt zu einer gerechteren Gesellschaft, hieß es. (S. 2 und 14)

Widerstand aufgegeben: Als 66. Staat will Angola dem „Lomé-Abkommen" zwischen der EG und den AKP-Staaten beitreten. Es gab damit seinen Widerstand gegen die Anwendung des Abkommens auf West-Berlin auf.

Entführung: Der Chef des afghanischen Geheimdienstes *Khad*, Turan Karim, ist von Widerstandskämpfern nach Pakistan entführt worden, berichten westliche Diplomaten in Islamabad.

Abschiebung: Nigeria wies die 700 000 illegal dort lebenden Ausländer an, bis Mai das Land zu verlassen. Schon 1983 hatte es zwei Millionen Ausländer ausgewiesen.

„Müll-Minister": Aus den jährlich 56 Millionen Tonnen Haushalts- und Industriemüll in Großbritannien durch Wiederverwertung Geld zu machen, ist die künftige Aufgabe von Müll-Minister Trippier, dessen Ressort von Premier Thatcher neu geschaffen wurde.

ZITAT DES TAGES



„Ich empfinde es als eine Beleidigung des US-Präsidenten, seinen Besuch auf dem deutschen Soldatenfriedhof Kolveshöhe bei Bitburg anders zu würdigen als eine noble Geste gegenüber dem deutschen Volk, dessen Gast er ist"

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, in dessen Wahlkreis Bitburg liegt (S. 4) FOTO: WOLFGANG MORELL

WIRTSCHAFT

Mittelstand: Hohes Maß an Anpassungsfähigkeit bescheinigt die Bundesbank den mittelständischen Unternehmen. Die schlechte Eigenmittelausstattung bleibe aber problematisch. (S. 16)

Konjunktur: Die US-Regierung hat ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum 1985 von 4,0 auf 3,9 Prozent korrigiert. Das Defizit im Staatshaushalt werde voraussichtlich mit 213,3 Milliarden Dollar um neun Milliarden niedriger ausfallen als erwartet. (S. 15)

Multis: Kanada, Japan, Niederlande und Bundesrepublik Deutschland haben eine Untersuchung der Aktivitäten von multinationalen Gesellschaften unter staatlicher Kontrolle durch die UNO gefordert.

Verschuldung wächst: Die Auslandsschulden der 20 wichtigsten arabischen Länder stiegen 1984 um 11,6 Prozent auf insgesamt 105 Milliarden Dollar.

Börse: Am Aktienmarkt bröckelten die Kurse leicht ab. WELT-Aktienindex 178,2 (178,5). Am Rentenmarkt blieb der Trend für öffentliche Anleihen freundlich. BHF-Rentenindex 101,737 (101,637). Performance-Index 101,000 (100,872). Dollar-Mittelkurs 3,0090 (3,0300) Mark. Goldpreis 330,50 (334,25) Dollar.

KULTUR

Ausstellung: Dem Spätwerk des Malers Kurt Schwitters, das bisher fast nur im Ausland bekannt war, widmet das Kölner Museum Ludwig jetzt eine Ausstellung. Außer einem Bild von 1919 werden nur Werke gezeigt, die in der Zeit zwischen 1930 und 1948, seinem Todesjahr, entstanden. (S. 29)

Amerikanisches Theater: Peter Sellars war ausgezogen, den Broadway das Fürchten zu lehren. Sein „*Amerikanisches National*theater" in Washington sollte neue Maßstäbe setzen. Doch gleich das erste Stück, eine Inszenierung von Shakespeares „Heinrich IV.", wurde ein Reinfall. (S. 29)

SPORT

Fußball: Ohne den Frankfurter Berthold tritt Deutschland heute gegen Bulgarien in Augsburg an. Teamchef Beckenbauer verzichtete auf den Verteidiger aus disziplinarischen Gründen. (S. 12)

Boxen: Der Amerikaner Marvin Hagler bleibt Weltmeister im Mittelgewicht. In Las Vegas besiegte er Thomas Hearns in der dritten Runde durch K. o. Seine Börse betrug *10 Millionen Dollar.* (S. 12)

AUS ALLER WELT

Veruntreuung: Der Berliner Rechtsanwalt Ottomar Domrich, von 1976 bis 1979 Präsident des Fußball-Bundesligisten Hertha BSC, hat nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft *4,8 Millionen* Mark veruntreut, die er von Klientenkonten abgezweigt haben soll. Mit einer Anklageerhebung sei im Mai zu rechnen.

Nazi-Vergangenheit: Ein Skandal erschüttert das britische Königshaus. Ausgelöst wurde er durch die Enthüllungen der Tageszeitung „Daily Mirror" über die SS-*Mitgliedschaft* des Vaters der Prinzessin von Kent. (S. 30)

Wetter: Wolkig mit Aufheiterungen, meist trocken. 10 bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bonn wartet auf „DDR"-Zusage für einen Asylanten-Stopp

Schäuble für „Strukturverbesserungen" im Handel / Vor dem Besuch Mittags

MANFRED SCHELL, Bonn

Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble erwartet von dem bevorstehenden Besuch des SED-Politbüro*mitgliedes Günter Mittag in Bonn* „eine Fortsetzung und schrittweise Konkretisierung" der Themenpalette, die Bundeskanzler Kohl und SED-Generalsekretär Honecker vor wenigen Wochen in Moskau erörtert haben. Gegenüber der WELT sagte Schäuble *gestern*, „alle diese Gespräche stehen ja in einer gewissen Verbindung und Kontinuität. Wir hoffen, daß sie sich fortführen lassen."

Als Themen nannte Schäuble „Strukturverbesserungen" im innerdeutschen Handel im Zusammen*hang mit einer neuen Vereinbarung* über den zinslosen Überziehungskredit (Swing), ein Kulturabkommen und das Problem des Asylantenstroms durch die „DDR" nach West-Berlin.

Die „DDR" habe, was das Asylantenproblem betreffe, auf Bonner Seite Erwartungen geweckt. Schäuble: „*Die Bundesregierung* hat diese konkretisiert, aber noch keine befriedigende Antwort darauf erhalten. Vielleicht wird sie von Herrn Mittag überbracht." In diesem Zusammenhang *erinnerte Schäuble daran, daß die* „DDR" skandinavischen Ländern entsprechende Zusicherungen gegeben habe. Die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage formulierte Schäuble so: „Es ist international üblich, daß man Durchreisevermerke nicht so *ohne weiteres erteilt, son*dern daß eine solche Genehmigung etwas mit dem Sichtvermerk eines Ziellandes zu tun hat."

Das SED-Politbüromitglied Mittag wird nach einem Besuch der Hannover-Messe morgen Gespräche mit *Kohl und Schäuble* in Bonn führen. Er ist in der „DDR" für die Wirtschaftsplanung verantwortlich. Was den innerdeutschen Handel betreffe, so sagte Schäuble, „haben wir Probleme mit dessen Struktur. Wir drängen auf einen stärkeren Anteil von Investitionsgütern."

Die Swing-Vereinbarung laufe Ende des Jahres aus. „Zeitdruck" bei den Verhandlungen gebe es nicht. Die „*DDR*" habe den Überziehungskredit seit längerem bei weitem nicht ausgeschöpft. Schäuble: „Wer zwei Jahre Handelsüberschuß hat, zeigt, daß der Handel unabhängig von der Höhe des Überziehungskredits für ihn vorteilhaft funktionieren kann. Aber man muß auch davon ausgehen, daß sich Ost-Berlin im Hinblick auf eine Verlängerung des Swing in eine taktisch günstige Situation bringen wollte." Der Swing müsse, wie der *Kanzleramtsminister sagte*, „in die gesamtwirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen passen". Darüber sei auch mit SED-Generalsekretär Honecker gesprochen worden. „Wenn der Swing gegebenenfalls ausgeweitet wird, dann muß parallel der Zuschuß der DDR für den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr erhöht werden."

Der innerdeutsche Handel habe ein Volumen von 15 Milliarden. Er sei auch ein Instrument der Bonner Deutschlandpolitik. Schäuble: „Alles, was die Deutschen miteinander in Verbindung hält und bringt, muß gefördert werden. Das ist die Grundlage unserer Deutschlandpolitik. Wer da meint, wir brauchen den innerdeutschen Handel nicht, der muß die Rea-

● Fortsetzung Seite 14

Bundesbank sieht solide Rentenbasis

Langfristig noch Finanzprobleme: Parlament soll Strukturreform nicht vor sich herschieben

INGE ADHAM, Frankfurt

Es sieht wieder etwas besser aus *mit den Rentenfinanzen als* im vergangenen Jahr, obwohl es noch finanzielle Engpässe geben wird. Auch mittelfristig, so die Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht, scheinen die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen, die der Rentenversicherung eine Entlastung von 16 Milliarden Mark in den Jahren 1985 bis 1989 bringen *sollen, auszurei*chen, um eine solide finanzielle Grundlage zu schaffen.

Ganz vom Tisch sind die Probleme damit nicht: Denn auf längere Sicht, so die Bundesbank, wird die Rentenversicherung mit dem wachsenden Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung belastet. Die damit notwendige Strukturreform der Rentenversicherung schieben die Parlamentarier vor sich her. Obwohl die Bundesbank den Gesetzentwurf zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung offenbar für vernünftig und notwendig hält, *sieht sie Probleme, weil alle* an der Rentenversicherung Beteiligten – Beitragszahler, Rentner und Bund – ihr Scherflein beitragen müssen. „Problematisch" sei, daß die Versicherten und die Arbeitgeber nun noch höhere Abgaben entrichten müssen, nachdem sie bereits über den Krankenkassenbeitrag zur Kasse gebeten wurden.

Denn zusammengenommen summieren sich all diese Erhöhungen bei den Sozialversicherungen. Mitte des *Jahres, so die Bundesbank, dürften* die Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) schon gute 35 Prozent der beitragspflichtigen Einkommen ausmachen, Anfang der 60er Jahre waren es erst 24 Prozent. Zwar hält sich die Bundesbank angesichts der wohlbekannten Problematik der Rentenversicherung mit Kritik betont zurück. Aber ihre Anmerkung zu den Maßnahmen des Gesetzgebers seit Beginn der 80er Jahre, mit denen die harten Folgen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die Rentenversicherung gemildert werden sollten, ist deutlich: „*Im Endergebnis wurden auf der* Ausgabenseite vorhandene Möglichkeiten für Einsparungen dafür genutzt, die Deckungslücken anderer *Haushalte zu schließen, anstatt* bei der Rentenversicherung selbst wieder ein Reservepolster anzusammeln."

Zur Erinnerung an die angespannte Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung: In den vergangenen drei Jahren liefen aus vielfältigen Gründen zehn Milliarden Mark Defi*zite auf. Die* sogenannte Schwankungsreserve sank von 21,5 Milliarden Mark Ende 1981 auf zehn Milliarden Mark Ende 1984 und damit unter die gesetzlich vorgeschriebene Höhe von einer Monatsausgabe. Im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1984 sind die Ausgaben der Rentenversicherung um fünf Prozent auf 160 Milliarden Mark im vergangenen Jahr gestiegen, das ist immerhin fast ein Zehntel des Bruttosozialprodukts. Die Einnahmen wuchsen in der gleichen Zeit um durchschnittlich 4,5 Prozent im Jahr und erreichten 1984 rund 156 Milliarden Mark. Der Rentenversicherung fehlt jetzt ein angemessenes Reservepolster.

„Auschwitz-Lüge" ein Offizialdelikt

Aber nicht im Strafgesetzbuch verankert / Trägt die SPD den Kompromiß mit?

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Rechtspolitiker der Bonner Koalitionsfraktionen von CDU/CSU *und FDP haben sich gestern mittag* nach wochenlangen Diskussionen auf einen Kompromiß über die strafrechtliche Verfolgung der sogenannten „Auschwitz-Lüge" geeinigt: Das Leugnen von NS-Verbrechen soll zwar nicht – wie von der SPD gefor*dert und der FDP* ursprünglich im Prinzip mitgetragen – in Zukunft zu einem eigenen Delikt im Strafgesetzbuch werden, aber als eine Art „Sonderfall" des „Verunglimpfens des Andenkens Verstorbener" *(Paragraph* 189 StGB) von Amts wegen verfolgt werden. *Die entsprechende Ände*rung von Paragraph 194 StGB (Strafantrag) soll vom Justizministerium ausgearbeitet werden.

Dieser Kompromiß wurde jetzt festgeschrieben. Am kommenden Dienstag soll der Gesetzentwurf dem Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, vom Justizminister und voraussichtlich vom Kanzler selber erläutert werden, ehe *sich der Rechtsausschuß in der näch*sten Woche damit befassen wird. Gerade von den jüdischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und aus Israel war immer wieder Kritik daran geübt worden, daß das Leugnen des „Holocaust" nur auf An*trag der Opfer bzw. deren Nachfahren* von den Gerichten verfolgt wird.

*Die SPD-Opposition hatte ihren ur*sprünglichen Antrag, wegen einer immer noch fehlenden „Beratungsgrundlage" (Vogel) am Donnerstag ein weiteres Mal über das Problem im Plenum zu debattieren, wegen der sich abzeichnenden Einigung inner*halb der Koalition zurückgezogen.* Offen ist noch, ob sie sich damit abfinden wird, daß der Entwurf des Gesetzes-Novelle nicht bereits – wie vorgesehen – heute im Rechtsausschuß beraten wird. Auch die FDP-Fraktion ist allerdings jetzt, trotz ihrer ursprünglich anderen Intentionen, entschlossen, den gefundenen Koalitions-Kompromiß, der auch die Verunglimpfung der Opfer anderer Gewaltsysteme einschließt, im Bundes*tag durchzusetzen.* Ein Abgeordneter: „Wir haben schließlich die Mehrheit." Bundeskanzler Kohl hatte bei der jüngsten Parlaments-Debatte bereits den Willen der Regierung unterstrichen, das Thema bis zum 8. Mai erledigt zu haben.

Die SPD wird nun genau prüfen, ob sie diesem „kleinsten gemeinsa*men Nenner*" zustimmen wird. Von der FDP wird sie jedenfalls bereits gemahnt, daß das Grundanliegen, nämlich das Leugnen der NS-Verbrechen zum Offizialdelikt zu machen, durch den Kompromiß erreicht werde. Mehr sei nicht zu haben. In direkten Kontakten soll die Opposition überzeugt werden. Das bislang letzte Wort von Fraktionschef Vogel lautete gestern morgen, vor der koalitionsinternen Einigung, noch: Vor allem wolle die SPD *endlich eine Entschei*dung; „selbst eine, die wir nicht akzeptieren", sei besser als der auf „mangelnde Sensibilität mit unserer Geschichte" hindeutende bisherige Umgang mit dem Thema.

Kairo für Treffen Mubarak–Peres

DW. Kairo

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres und der ägyptische Staatschef Hosni Mubarak werden sich treffen. Die Begegnung müsse jedoch sorgfältig vorbereitet werden, erklärte gestern der israelische Minister ohne Geschäftsbereich, Ezer Weizman, in Kairo nach einem zweistündigen Gespräch, das er mit dem Präsidenten in Heliopolis geführt hatte. Mubarak habe „*sehr positiv*" auf den Vorschlag reagiert, sich mit Peres zu treffen, sagte Weizman, der zu einem als privat bezeichneten Besuch nach Ägypten gekommen war. „Wir glauben, daß es Lösungen für unsere Probleme gibt, und wir haben unsere Ansichten über die möglichen Shritte ausgetauscht", fügte Weizman hinzu. Er betonte: „Die Beziehungen liegen unter unseren Erwartungen und sind kälter als früher, aber ich denke, daß sie verbessert werden können."

Seite 7: Weizmanns „Feindflug"

CDU beschließt Ministeranklage

hy. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, sein Städtebauminister Christoph Zöpel und der ehemalige Finanzminister Hans Wertz (alle SPD) sollen sich vor dem Verfassungsgericht in Münster für die Kostenexplosion des Aachener Klinikums verantworten. Gestern beschloß die *CDU-Landtagsfraktion* den Antrag auf Ministeranklage.

Die CDU wisse zwar, so Fraktionschef Bernhard Worms, daß die in der Verfassung verlangten Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Ministeranklage nicht erreichbar sei, doch seien die Vorgänge um das Klinikum von einer derartigen Tragweite, daß „diese Erkenntnis nicht ausschlaggebend sein" könne.

Es gehe der CDU „nicht um eine Schau", sagte Worms. Sein Amtskollege von der SPD, Karl Josef Danzer, entgegnete darauf, die CDU veran*stalte ein „Wahlkampfgetöse"*.

Mannesmann an Dornier interessiert

DW. Bonn

Mit der Düsseldorfer Mannesmann *AG hat sich gestern ein weiterer In*teressent für eine Beteiligung am Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier zu erkennen gegeben. Mannesmann-Vorstandsvorsitzender Franz Josef Weisweiler erklärte auf der Hannover-Messe, sein Unternehmen verhandele bereits *seit einer Woche mit* Dornier und habe angeboten, „unter der Voraussetzung, daß wir eine Beteiligung von über 25 Prozent erreichen können, Anteile an der Dornier GmbH und anderen Gesellschaften der Gruppe zu übernehmen". Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth, der am Montag in dieser Angelegenheit mit Dornier-Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern der Daimler-Benz AG *verhandelt hat*te, erklärte gegenüber der WELT, die Gespräche würden am kommenden Montag fortgesetzt.

Seite 17: Mindestens 25,1 Prozent

DER KOMMENTAR

Mieter-Freiheit

PETER GILLIES

Es ist heute schwerer, einen Mieter für eine leerstehende Wohnung zu finden, als den Kredit zum Bau derselben. Dieser tausendfache Stoßseufzer von Vermietern markiert einen Wandel, der noch nicht voll ins deutsche Sozialbewußtsein gedrungen ist. Der Mieter ist kein Bittsteller mehr, sondern ein sehr selbstbe*wußter Nachfrager, um den der* Vermieter schon kämpfen muß.

Wegen der ausgebliebenen Volkszählung wissen wir nicht genau, wieviel Wohnungen es mehr als Haushalte gibt. Aber der Leerstand von einigen hunderttausend Wohnungen, *die nur schwachen* Mietsteigerungen und der teilweise heftige Preisverfall bei Wohnraum signalisieren, daß ein funktionierender Markt eine – auch soziale – Wohltat für alle ist: sie macht den Mieter mündig und zwingt den Vermieter, die Marktgesetze zur Kenntnis zu nehmen.

Gewiß bleibt die Wohnung für hundert Mark Miete – vorne Kurfürstendamm und hinten mit Blick auf den Chiemsee, wie Tucholsky gesagt hätte – auch künf*tig ein Traum. Aber auch die regi*strierten Wohnungsuchenden entkräften nicht, daß der Markt weitgehend ausgeglichen ist. Sie alle haben ja eine Wohnung, suchen nur eine andere, kleiner oder größer, besser, stadtnäher oder preiswerter.

Diese Bundesregierung hat in ersten Schritten den verkrusteten Wohnungsmarkt liberalisiert. Sie kann die Früchte ernten, ohne daß es zu den befürchteten Mietsteigerungen gekommen ist. Daß Wohnraum in München teuer bleibt, vermag sie kaum zu ändern, denn vierzig Prozent aller Deutschen möchten gern in München wohnen, vertrauten sie Demoskopen an. Aber sie hat bewirkt, daß das Gesetz von Ange*bot und Nachfrage wieder etwas* gilt. Daß die Mieten für staatliche geförderte Sozialwohnungen heftiger steigen, die für freifinanzierte kaum noch, zwingt dazu, die völlige Liberalisierung folgen zu lassen.

*Die Bauwirtschaft hat bei die*ser Lage einen schmerzlichen Schrumpfungsprozeß vor sich. Die Anleger, die früher wie die Lemminge ins vermeintliche Betongold flüchteten, fallen als Nachfrager aus. Das „Betongold" hat sich als Beton entpuppt. Der Schleier der ständigen Wertsteigerung ist zerrissen. Damit bietet sich den Mietern aber verstärkt die Chance, ins Eigentum einzusteigen. *Niedrige Preise sind stets* auch Kaufkurse.

Staatliche Eingriffe in den Preismechanismus der Märkte produzieren stets Mangel oder Überfluß – beispielsweise bei Wohnungen oder bei Agrarprodukten –, *die Freisetzung von* Marktkräften dagegen mehr Ge*rechtigkeit und weniger* Verschwendung. Die Wohnung ein Leer- und Lehrstück besonderer Art.

Schneider: Auf dem Weg zum „Mietermarkt"

pje. Bonn

Die Mieten sind im vergangenen *Jahr nur noch um 3,8 Prozent (1983:* 5,4 Prozent) gestiegen und damit weniger stark als der Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten. Nach Auffassung von Bundesbauminister Oscar Schneider widerlegt diese Entwicklung endgültig alle Behauptungen, die 1983 in Kraft getretenen Änderungen des Mietrechts würden zu drastischen Mietsteigerungen führen.

Die neuen Daten dokumentieren nach Auffassung von Schneider die „Normalisierung am Wohnungsmarkt, den Wandel vom Vermieter- zum Mietermarkt". Bei den Altbauwohnungen gingen die Mietsteigerungen von 6,2 Prozent 1983 auf 4,5 Prozent 1984 zurück. Die geringsten Mietsteigerungen gab es im frei finanzierten Wohnungsbau, wo die Mieten nur noch um 3,2 Prozent gegenüber vier Prozent in 1983 stiegen. Bis Ende März hat sich der Anstieg weiter auf 2,5 Prozent abgeschwächt. Auch im sozialen Wohnungsbau hat sich die Entwicklung beruhigt: die Mieten stiegen 1984 nur noch um 3,9 Prozent (1983: 6,1 Prozent).

Der Wohnungsgeld- und Mietenbericht des Ministeriums, den das Bundeskabinett gestern verabschiedete, wurde in diesem Jahr so frühzeitig vorgelegt, um für die parlamentarischen Beratungen der von 1986 an vorgesehenen *Verbesserungen des* Wohngeldes aktuelle Daten bereitzustellen. 1983 wurden durch das Wohngeld die Wohnkosten von 1,6 Millionen Haushalten um etwa ein Drittel vermindert.

Bangemann für Senkung der Spitzensteuern

dos. Hannover

Die von der Bundesregierung beschlossene Steuertarifreform, die eine Entlastung der Steuerzahler in zwei Stufen (1986 und 1988) um rund 20 Milliarden Mark bewirken soll, ist nach den Worten von Bundeswirtschaftsminister *Martin Bangemann* nur „ein erster Schritt". Bei der Eröff*nung der Hannover-Messe erklärte* der Minister, das langfristige Ziel eines linear progressiven Einkommenssteuertarifs sei damit längst noch nicht erreicht. Mit einer leistungs-



und wachstumsfördernden Ausgestaltung des Steuersystems *ließen* sich Steuerbelastungen bis zu 70 Prozent, wie sie sich für Unternehmen kumulativ ergeben können, nicht vereinbaren. Es sei unerläßlich, über eine Senkung der Spitzensteuersätze bei der Einkommens- und Körper*schaftssteuer nachzudenken.* Bangemann: „Ich könnte mir vorstellen, daß der Einkommenssteuerspitzensatz in der Nähe von 50 Prozent liegen könnte und der progressive Tarif dabei linearisiert würde." *Dies setze al*lerdings voraus, daß bestehende Steuervergünstigungen und Subventionen nachhaltig abgebaut werden. Anders sei die nötige finanzielle Manövriermasse nicht aufzubringen, meinte Bangemann.

Seiten 15 und 18: Weitere Beiträge

Reagan fordert Freigabe der Gelder für „Contras"

„Der Welt ein Bild amerikanischer Einigkeit präsentieren"

DW. Washington

Nach geschlagener Schlacht um die MX-Raketen wappnet sich US-Präsident Ronald Reagan für die *Fortsetzung der Auseinandersetzung* mit dem Kongreß über die Unterstützung der „Contras" in Nicaragua. Reagan will den Kongreß dazu bewegen, 14 Millionen Dollar US-Hilfe für die „Contras" freizugeben.

Bei einem Essen im Weißen Haus, *bei dem Gelder für nicaraguanische* Flüchtlinge gesammelt wurden, vertrat Reagan die Auffassung, eine Ablehnung der Gelder durch den Kongreß wäre nicht nur für die „Freiheitskämpfer" ein schwerer Schlag, sondern auch eine Zurückweisung all derer, die Freiheit und Demokratie für Nicaragua forderten. Der US-Präsident appellierte erneut, der Welt ein Bild amerikanischer Einigkeit und *Entschlossenheit zu präsentieren.*

Reagan hatte den Sandinisten wie*derholt vorgeworfen,* sie hätten die Ziele der Revolution gegen das Somoza-Regime 1979 aufgegeben. Falls die Sandinisten nicht zu „demokratischen Prinzipien" übergingen und die „Freiheitskämpfer" an der Regierung beteiligten, müßten sie gestürzt werden, erklärte er. Dem *Kongreß* gegenüber betonte Reagan, daß im Falle einer Ablehnung der von ihm geforderten Mittel eine von der Sowjetunion und Kuba gestützte Machtübernahme der Kommunisten in Mittelamerika die Folge wäre. Dies könne zu einer *direkten Bedrohung* der USA an ihrer Südgrenze führen.

Reagan warb bei dem Essen erneut für einen Waffenstillstand in Nicaragua innerhalb von 60 Tagen und die Aufnahme direkter Verhandlungen unter Vermittlung der katholischen Kirche zwischen der Regierung und den „Contras". Seine Initiative wurde von Nicaraguas starkem Mann Daniel Ortega mit der Bemerkung zurückgewiesen, *dies sei „nur* ein verzweifelter Versuch, dem Kongreß Geld abzuringen". Positiv wurde der Reagan-Plan von Costa Rica, El Salvador und Kolumbien aufgenommen.

Der Senat wird voraussichtlich am 23. April über die Freigabe des Geldes abstimmen, das Repräsentantenhaus eine Woche später.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das ist nicht Spitze

Von Peter Gillies

Die beeindruckende Heerschau der deutschen Wirtschaft in Hannover ist das geeignete Forum, selbstkritisch die eigene Position zu orten, die Wettbewerber zu beobachten und einzuordnen sowie die angemessenen Schlüsse daraus zu ziehen. Bundeswirtschaftsminister Bangemann lieferte eine Standortbeschreibung, die von Selbstbewußtsein und Stolz geprägt ist. Beides mag angesichts der Exporterfolge deutscher Unternehmen berechtigt sein. Aber einige Bemerkungen enthalten einen falschen Zungenschlag.

Man müsse, so sagte der Wirtschaftsminister, sich nicht in der Jagd nach Auf- und Überholen verschleißen. Es wäre ein seltsames Verständnis von internationaler Arbeitsteilung, wollte ein Land auf jedem Markt und bei jedem Produkt unbedingt technologisch an der Spitze liegen. Diese Worte Bangemanns könnten als Einladung zur Selbstzufriedenheit mißdeutet werden.

Hat man je von einem Japaner oder einem amerikanischen Unternehmer gehört, die nach dem zweiten, siebten oder zehnten Platz in einer Exportrangliste strebten? Sie wollen siegen. Wettbewerb – auch der auf den internationalen Märkten – ist stets die Jagd nach Sieg, nie nach Platz. Wer nicht auf Sieg setzt, wird selten Zweiter, sondern meist Verlierer. Es ist das Erfolgsrezept unserer wichtigsten Wettbewerber, immer den Gipfel im Visier zu haben, nie das Biwak auf halber Höhe.

Die unvergleichlichen Erfolge deutscher Wertarbeit wie auch japanischer oder amerikanischer Technologie sind stets erstürmt, nicht im Schongang erwandert worden – mit vollem Risiko. Gerade die Deutschen könnten etwas Wagemut nachtanken. Keineswegs sollen ihre Wirtschaftserfolge gering erachtet werden, die Hannover-Messe bietet Anlaß zum Stolz. Bangemann selbst aber lieferte den Beleg dafür, daß das Tempo der Jagd nicht ab-, sondern zunimmt: die Investitionsquoten der USA und Japans kletterten in den letzten Jahren deutlich, während die deutsche stagnierte.

Diese Jagd ist zudem keine sterile Hetze nach sinnlosen Produktionsrekorden. Der Siegerkranz besteht aus begehrtem Lorbeer: Wohlstand und Arbeitsplätzen.

Die kleine Weizman-Krise

Von Peter M. Ranke

Der „kalte Frieden" der Ägypter gegenüber Israel kann durch die Weizman-Mission nicht beendet werden, dafür gibt es jetzt „kalten Frieden" in der israelischen Koalitionsregierung. Ist die Weizman-Reise nach Kairo, eher ein Herzenswunsch des für den Frieden mit Ägypten so engagierten Ministers als sorgsame politische Planung, das wirklich wert? Der Bruch der Koalition zwischen Arbeiterpartei und Likud-Block wird nun zu einer ständigen innenpolitischen Drohung, auch wenn er noch einmal vertagt wurde.

Man muß dem erfahrenen Außenminister Shamir, der von Weizman überspielt wurde, in der Befürchtung Recht geben, daß Israel in eine Verzichtsposition gedrängt würde, wenn es für die Rückkehr eines ägyptischen Botschafters nach Tel Aviv etwa den umstrittenen Wüstenstreifen Taba im Sinai aufgäbe. Der Botschafteraustausch ist seit Camp David vertraglich vereinbart, der Streit um Taba aber gehört vor eine Schiedskommission. Oder wird Taba der „Preis" für ein Gipfeltreffen Peres-Mubarak, das vielleicht nur eine Schau wird?

Zu dem politischen Zerwürfnis um die Weizman-Reise kommt der Bruch in dem bisher verständnisvollen Arbeitsverhältnisses zwischen Peres und Shamir. Der Außenminister verweist darauf, daß Ägypten rund fünfzehn Folgeverträge von Camp David nicht einhält, daß die ägyptische Presse zur Hetze früherer Zeiten zurückgekehrt ist und Mubarak wegen seiner Bindungen an König Hussein und die PLO jetzt keine Zugeständnisse machen kann. Aber Weizmann und Peres glauben offenbar, schon eine Verbesserung der „Atmosphäre" mit Kairo belebe den Honeymoon von Camp David wieder.

Weizman ist als Privatbesucher gefahren. Ohne Außenminister Shamir kann er zwar über nichts verhandeln, aber über alles sprechen und einiges vorbereiten. Shamir wird sich daher nicht noch einmal von dem Zweigespann Peres–Weizman ausmövrieren lassen. Hinter ihm drängen die innerparteilichen Gegner Sharon und Levi an die Macht. Sie sind für die Arbeiterpartei keine so guten Partner wie Shamir. Das Linsengericht der Weizman-Reise kann keinem Israeli schmecken.

Keine Eile

Von Heinz Heck

Die Brüsseler Beschlüsse über die Einführung schadstoffarmer Personenwagen und ihre Bonner Umsetzung in Kfz-Steuervergünstigungen haben neue Signale für den Autokäufer gesetzt. Dieser weiß jetzt, daß er die Entscheidung für den Katalysator getrost noch ein paar Jahre, etwa die Lebensdauer eines Autos, hinausschieben kann. Weg frei also für ein neues Auto herkömmlicher Machart? Wahrscheinlich.

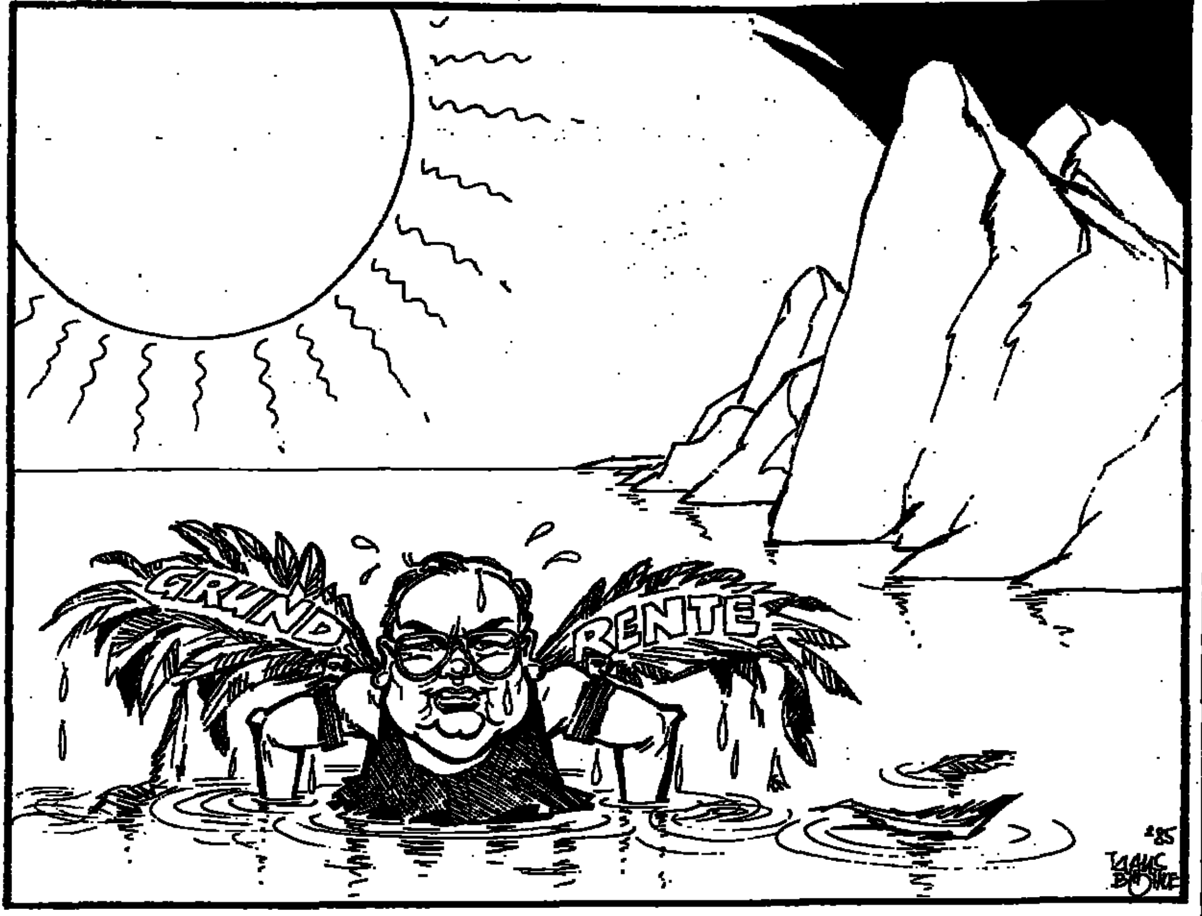
In den letzten knapp zwei Jahren hat Innenminister Friedrich Zimmermann mit immer neuen Terminen für die Einführung und unterschiedlichen Ankündigungen über das Ausmaß der Vergünstigungen Verunsicherung und Kaufzurückhaltung ausgelöst. Erst sollte das Umweltauto schon 1986, dann in zwei Stufen 1988 und 1989 obligatorisch werden.

Nun weiß man, daß – unter Druck aus Brüssel – alles noch später kommt und mit weniger großzügigen Steuervergünstigungen belohnt wird. Für das Gros der Mittelklassewagen (bis 1400 ccm Hubraum) weiß man sogar noch weniger. Genaues wird man frühestens 1987 aus Brüssel erfahren.

Man kann diese weniger ehrgeizigen Entscheidungen bedauern. Doch müssen sie sich nicht unbedingt nachteilig für die Umwelt auswirken. Denn das neue Programm soll nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in der ganzen EG gelten. Das kann – je nach Ausgestaltung – per saldo sogar ein Gewinn für unsere Luft sein.

Die Autofahrer können nun wieder Entscheidungen treffen, im Zweifel zunächst für konventionelle Fahrzeuge. Nachrüstbare Pkw, die später auf Katalysatorbetrieb umgestellt werden können (zum Beispiel, wenn mehr bleifreies Benzin angeboten wird), dürften sich wachsender Beliebtheit erfreuen.

Vor allem aber erhält die Industrie eine Atempause für die Entwicklung auch anderer Konzepte zur Schadstoffminderung, etwa des Magerkonzepts (mit höherer Sauerstoffanreicherung). Dabei dürfte der wachsende öffentliche Druck ihre Anstrengungen beflügeln. Zwar war der Katalysator fast zwei Jahre lang Stein des Anstoßes. Ob er aber mit Blick auf Energieverbrauch und Umweltschonung auch der Stein der Weisen ist, kann man getrost bezweifeln.



Ende eines Alleinflugs KLAUS BÖHLE

Was für eine neue Armut?

Von Manfred Schell

Aus deutschen Großstädten kommen immer wieder Meldungen, die ans Herz gehen. Alte Menschen liegen wochenlang tot in ihren Wohnungen, ehe sie, oft nur durch Zufall, aufgefunden werden. Angehörige, die sich um sie hätten kümmern sollen, gab es nicht. Ansonsten haben die Mechanismen der Wohlstandsgesellschaft funktioniert: Die Rente wurde pünktlich auf das Konto überwiesen, und ebenso pünktlich wurden von dort die Miete und die anderen Daueraufträge abgebucht. Einen überquellenden Briefkasten, der ein Alarmzeichen hätte sein können, gab es nicht, weil eben die alte Frau oder der alte Mann kaum Post erhielten.

Diese Einsamkeit, die häufig bis in den Tod reicht, ist heute das wahre Gesicht einer „neuen Armut" in unserer Gesellschaft. Es drängt sich der Verdacht auf, daß der „aktive Teil" dieser Gesellschaft sein schlechtes Gewissen mit einer vordergründigen, politisch schiefen Debatte über die materielle Situation der Alten und Arbeitslosen beschwichtigen möchte. Dabei tut man so, als könnte diese Gesellschaft immer nur in den Zahlen des Sozialproduktes gemessen werden.

Die Sozialdemokraten und der DGB ziehen mit dem Schlagwort von der „neuen Armut" umher. Es ist zu einer politischen Kampfformel geworden. Auch von „Elend" ist dabei die Rede. Doch bedarf es nur eines Blicks in die Hungergebiete Afrikas, in die Slums indischer Städte oder in Flüchtlingslager in Asien, um zu begreifen, was Elend wirklich bedeutet. Wie vermessen ist es da, dieses Wort auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu übertragen.

Natürlich gibt es auch bei uns Armut im Sinne materieller Not. Sie hat es immer gegeben, auch unter SPD-Regierungen. Da gibt es bittere Einzelschicksale. Insofern hat Geißler recht, wenn er von einer „alten Armut" spricht. Die Politik versucht, hier zu mildern: mit den Mitteln der Sozialhilfe, mit aufgestockten Wohngeld-Zuschüssen, mit der Arbeitslosenhilfe. Für gewisse Armutsexperten ist dies alles nichts wert. Dabei muß, wenn es eine ehrliche Diskussion sein soll, zunächst die Frage beantwortet werden: Was ist Armut?

Sie ist ein relativer Begriff, ebenso wie Reichtum und Glück. Niemand denkt bei uns daran, die Armut an der täglich notwendigen Kalorienzahl festzumachen. Es gibt darüber hinaus gewiß Schicksale, die nachdenklich stimmen müssen. Zum Beispiel, wenn eine große Familie nach Abzug der Miete, der Strom- und Wasserrechnungen pro Tag und pro Kopf von sechs Mark leben muß. Kaum aber können diejenigen als „Zeugen der Armut" gelten, die in der DGB-Studie ihre „neue Armut" mit der Beschwerde vorführen, daß sie jetzt ihrer Freundin keine Geschenke mehr machen können. Für Geschenke an die Freundin ist der Sozialstaat nicht zuständig.

Ein Vorwurf, der oft parallel einhergeht, lautet, von der Sozialhilfe könnten die Empfänger nicht „gut leben". Gut leben können sie gewiß davon nicht. Ein Sozialhilfeempfänger kann in München oder Dortmund davon so leben, wie dort die Durchschnittsbürger vor dreißig Jahren lebten. Die Sozialhilfe ist eine Grundausstattung, mehr nicht. Internationale Vergleiche geben hier kein exaktes Bild, aber fest steht, daß nur wenige außerhalb der westlichen Industrieländer in harter Arbeit das erzielen, was unsere Gesellschaft jedem zukommen läßt.

Eine ganz andere Frage ist, daß sich viele alte Menschen, vor allem auf dem Land, einfach schämen, zum Sozialamt zu gehen. Ihnen auch noch – wie unlängst ein Wissenschaftler forderte – einen „Erwerbslosenpaß" auszustellen, wäre töricht, weil ein solches Dokument die Probleme dieser Menschen zwar nicht lösen, sie dafür aber stigmatisieren würde. Hier ist vielmehr die Gesellschaft unter dem Stichwort von der „fehlenden Integration" insgesamt gefordert.



Armut heute: Sie heißt vor allem Einsamkeit FOTO: KASPERSKI

Es kommt doch nicht von ungefähr, daß das Thema von der „neuen Armut" weder die politische Phantasie noch die Gemüter der breiten Bevölkerungsschichten erregt. Diese Armut ist für die meisten weder fühlbar noch nachfühlbar. Es handelt sich gewiß um Problemfälle, aber wer sie zu einem Breitwandbild ausleuchten will, verzerrt und bleibt ohne Wirkung.

Die staatlich finanzierte Einheitsrente, die Bangemann ins Spiel gebracht hat, käme diesen Problemfällen entgegen. Nur: Diese Einheitsrente ist nicht zu bezahlen, sie wäre überdies auch grob ungerecht. Und zwar gegenüber den „Malochern" (Blüm), den Arbeitnehmern und Unternehmern, die mit ihrer Arbeit die Rente finanzieren. Die Rente, und dies hatte Bangemann vergessen, ist nicht ein Instrument der allgemeinen Existenzsicherung.

Früher waren die Empfänger der Sozialhilfe meist arbeitsunfähig, krank oder alt. Heute sind sie vor allem arbeitslos und kinderreich. Um ihnen zu helfen, gibt es nur zwei Möglichkeiten, und zwar mit den Mitteln der Steuer- und der Arbeitsmarktpolitik. Das heißt, nur eine florierende Wirtschaft bringt neue Arbeitsplätze und damit eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Und nur eine solche Wirtschaft schafft Spielräume in der Steuerpolitik, vor allem für die Familien.

Andere Rezepte haben sich als untauglich erwiesen; eine Erhöhung des Abgaben- und Steuerdrucks zur Bekämpfung der Armut wäre nur kontraproduktiv. Das Arbeitsförderungsgesetz, das in dieser Woche im Parlament behandelt wird, ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Den Arbeitslosen und den Armen ist nicht mit politischen Schlagworten geholfen, sondern nur mit Taten.

Der Apartheid die Geschäftsgrundlage entzogen

Was die Aufhebung der Sex-Trennungs-Gesetze bedeutet / Von Monika Germani

Nun fallen die beiden südafrikanischen Rassengesetze, die den Gegnern der Kap-Republik bisher die schärfste moralische Munition gaben. Das eine Gesetz verbietet die „gemischte" Liebe, das andere die Ehe zwischen Weißen und Angehörigen der andersfarbigen Rassegruppen des Landes. Die Regierung akzeptierte den Beschluß des seit Januar bestehenden Dreikammernparlaments (Weiße, Kap-Farbige und Inder), sie abzuschaffen.

Damit hat die Regierung des Staatspräsidenten Pieter Willem Botha der wichtigsten Forderung der farbigen und indischen Führer nachgegeben, die diese als eine der Voraussetzungen für ihre Mitarbeit an der neuen Verfassung stellten. Die Streichung dieser mehr als dreißig Jahre alten Bestimmungen, die sich aus den Anfängen der britischen Kolonialzeit um die Jahrhundertwende herleiten – Lord Milners Verbot von Intimbeziehungen zwischen weißen Frauen und schwarzen Männern von 1902 – war in den letzten Jahren als erster Beweis für die Ernsthaftigkeit in den Bemühungen der Weißen um echte Partnerschaft zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Landes gefordert worden. Man betrachtete gerade diese Gesetze als Ausdruck der unerträglichsten Mißachtung anderer.

Eben deshalb ist die Streichung mehr als der erste Schritt zur Entrümpelung der sogenannten „großen Apartheid" (nachdem die „kleine Apartheid" mit ihren getrennten Bank- und Postschaltern, Aufzügen und Hintereingängen für Schwarze an den öffentlichen Gebäuden usw. in den letzten acht Jahren ohne Paukenschlag, und daher von den Gegnern des Landes geflissentlich übersehen, abgeschafft wurde). Das Ende des Liebes- und Eheverbots bedeutet die Aufhebung der Apartheid-Geschäftsgrundlage schlechthin: der Staat gibt den Anspruch auf, bestimmte Rassen auseinander halten zu müssen, gleichviel, ob man das nun mit „Andersartigkeit" oder „Minderwertigkeit" begründet hat – wenn das nicht mehr im intimsten Bereich gilt, wo soll das noch gelten? Der Rest kann nur noch eine Frage der Abwicklung sein.

Wobei festzuhalten ist, daß die „Afrikaaner" seit ihrem Einzug am Kap Mitte des 17. Jahrhunderts immer Beziehungen zu Andersfarbigen hatten. Die Nachfahren sind die sogenannten Kap-Farbigen. Und umgekehrt haben fast alle Weißen, auch wenn sie es nicht gerne hören, einen guten Schuß farbiges Blut in den Adern.

Für Präsident Botha, der mit seinem Reformkurs längst die Pfade der alten Nationalen Partei verlassen hat und den Weg der früheren „United Party" des liberalen Premierministers Ian Smuts geht, war der Entschluß politisch riskant. Auf der einen Seite droht ihm vom rechten Flügel seiner Partei ein Rückschlag.

Auf der anderen Seite stehen die Forderungen des linken Flügels der Liberalen „Progressiven Partei" nach weiteren Reformen mit dem Ziel der totalen Integration aller in Südafrika. Die nächsten Forderungen lauten daher: Mit Bezug auf die gemischten Ehen müssen die Bestimmungen der getrennten Wohngebiete aufgehoben werden. „Grauzonen", offene Gebiete, in denen Angehörige aller Rassen freiwillig wohnen können, werden verlangt. Solche Wünsche hat auch Chester Crocker vom US-State Department dem Präsidenten gegenüber vertreten; es heißt, Botha habe dies abgelehnt.

Ferner wird die Öffnung aller Parteien für alle Bevölkerungsgruppen gefordert. Konservative Farbige, Inder und Schwarze könnten danach in die burische Nationale Partei, weiße Liberale in die farbige Labour Party, womöglich in die Zulu-Bewegung „Inkhata" des Häuptlings Gatsha Buthelezi eintreten.

Freilich beharrt die linksradikale Azapo oder Azanian People's Organization darauf, eine rein schwarze Organisation zu bleiben. Ebenso wird es lange dauern, ehe die Nationale Partei andersfarbige Mitglieder akzeptiert. Dennoch, die Tendenz geht zur Abkehr von der getrennten Entwicklung, die auf der ethnischen Verschiedenheit des Vielvölkerstaates Südafrika beruht. Botha hat diese Entwicklung auf seiner Rede zur Parlamentseröffnung im Januar angekündigt, als er seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit Vertretern der Schwarzen über eine Lösung außerhalb der Heimatländer betonte.

Hier jedenfalls ist die Entwicklung zum gleichen Recht für alle absehbar, während in vielen Staaten, die als Kritiker Südafrikas auftreten und selbst weit härtere Gesetze anwenden, eine solche Entwicklung vorerst nicht abzusehen und, vor allem, keineswegs angesagt ist. Wieweit Südafrikas weitere Entwicklung in geordneten Bahnen abläuft, gerade auch im Interesse der bislang Benachteiligten, das hängt freilich auch von den ausländischen Einwirkungen auf das Land ab. Festzuhalten bleibt, daß die Buren ein dramatisches Zeichen setzten.

IM GESPRÄCH Clayton Yeutter

Knallharter Technokrat

Von Horst-Alexander Siebert

Das Klima wird nicht mehr dasselbe sein, wenn Clayton Keith Yeutter als neuer US-Handelsbevollmächtigter im Botschafterrang an den grünen Tischen Platz nimmt, an denen um handelspolitische Fairneß oder Vorteile gerungen wird. Sein Vorgänger William Emerson Brock, den Präsident Reagan in das schwierige Amt des Arbeitsministers hieven möchte, war als ehemaliger Senator und Vorsitzender der republikanischen Partei in erster Linie Politiker und Diplomat, der geschickt die freihändlerischen und protektionistischen Fronten wechselte, je nachdem, wo Washington der Schuh drückte. Yeutter (54) ist ein knallharter Technokrat.



Reagans handelspolitischer Vorkämpfer: Yeutter FOTO: AP

In Europa ist Yeutter, den das Weiße Haus aus dreißig Kandidaten ausgewählt hat und dessen Nominierung in Kürze vom Senat im Schnellverfahren abgesegnet wird, bestens bekannt. Als Unterstaatssekretär im US-Landwirtschaftsministerium gewann er vor zehn Jahren für die Ford-Administration den sogenannten Käsekrieg gegen die EG, indem er die Gemeinschaft zum Rückzug bei den Exportsubventionen zwang. Noch heute ist dies für Yeutter „die größte Stunde, weil viele der europäischen Minister darüber sehr bekümmert waren". Kein Zweifel, bei Verhandlungen mit der EG geht es künftig weniger schlitzohrig, dafür aber offener zu.

Das läßt sich auch aus seiner sonstigen Vita herauslesen, die so angelegt ist, als sei der Farmerssohn aus Nebraska von langer Hand auf den Posten des amerikanischen Handelsbeauftragten vorbereitet worden. Im kleinen Eustis geboren, übernahm Yeutter zunächst die tausend Hektar große Viehranch seines Vaters, wurde Anwalt und verließ 1966 die Staatsuniversität mit dem Doktor in Agrarwirtschaft. Nach fünf Jahren US-Luftwaffe holte ihn Richard Nixon 1970 an den Potomac; die Karriere im Landwirtschaftsministerium vertauschte er 1975 mit dem Stellvertreterjob im damals noch neuen Büro des „Special Trade Representative".

Yeutter, der sich in dieser knapp dreijährigen Tätigkeit den Ruf eines unermüdlichen Unterhändlers erworben hat, kennt also alle Schliche und Probleme seines neuen Amtes. Mit den Russen handelte er amerikanische Getreidelieferungen aus, nahm an der Tokio-Runde zur Liberalisierung des Welthandels teil und stritt mit der EG und Japan über Textil-, Stahl- und Agrarquoten. Die letzten sieben Jahre verbrachte Yeutter in Chicago als Präsident der Mercantile Exchange („Merc"), deren Termingeschäfte in ausländischen Währungen und Schweinebäuchen er mehr als verdreifachte. In Europa überzeugte Yeutter viele Investoren, ihr Glück mit „Merc"-Kontrakten zu versuchen.

In Washington wird vermutet, daß US-Handelsminister Malcolm Baldrige in Zukunft in der Reagan-Administration die erste handelspolitische Geige spielen wird. Demnach muß sich Yeutter auf den Einzelkampf konzentrieren, wobei schärfere Auseinandersetzungen mit Europa über Stahl, Agrarprodukte, Spitzentechnologien und Dienstleistungen programmiert sind. Dafür erhält der verheiratete Yeutter, vier Kinder, jährlich 86 200 Dollar.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HEILBRONNER STIMME

Zum Reagan-Besuch bemerkt das Blatt:

Daß die mehr und mehr von einem latenten Antiamerikanismus befallene SPD-Linke den Tag vor dem Besuch Reagans auf dem Hambacher Schloß, wo er eine Rede an die deutsche Jugend zu halten gedenkt, nun zu einer „Gegenveranstaltung" nutzt, ist eigentlich nur das Tüpfelchen auf dem i. Hambach mit seiner Bedeutung für die Schaffung der deutschen Einheit kann letztlich nur aus der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung erklärt werden, die wiederum aus urdemokratischem Verständnis erwuchs. Die Amerikaner sind der mächtigste Verbündete Deutschlands in der westlichen Allianz. Ihr Präsident will kommen, um die Hand zu reichen und Ressentiments abzubauen. Es gehört schon viel Unvernunft dazu, den Staatsbesuch am Jahrestag der Kapitulation durch „Gegenveranstaltungen" abqualifizieren zu wollen.

Kölner Stadt-Anzeiger

Zu Bangemann heißt es hier:

Es spricht immerhin für ihn, daß er, wenn auch nach einigen Verrenkungen, einen „Fehler" zugab, der ihm unterlaufen sei ... Leicht ist dieser Fehler freilich nicht zu nehmen. Es gibt wenige Felder, auf denen sich so viel Unheil anrichten läßt wie auf dem der Rentenpolitik. Die Beitragszahler sind unsicher und die Rentner verschreckt. Man sollte sie nicht noch zusätzlich Wechselbädern aussetzen. Und das sollte ein Parteivorsitzender auch nach wenigen Wochen im Amt schon wissen.

Westfälische Nachrichten

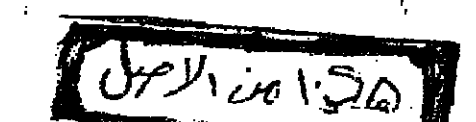
Die Münsteraner Zeitung meint zu Glemps Rom-Reise:

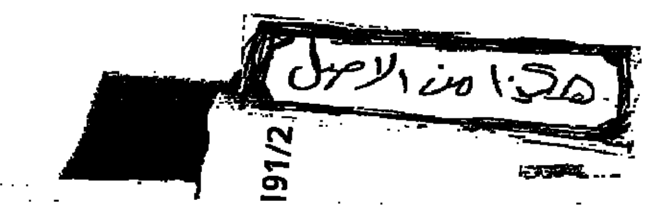
Kardinal Glemp hat einen Tag vor seinem Abflug nach Rom in einer von ihm ungewohnten Schärfe die polnischen Behörden vor weiteren Angriffen auf die Kirche und auf Papst Johannes Paul II. gewarnt. Die Zeichen stehen auf Sturm, und es ist nicht auszuschließen, daß die Lage in Polen sich grundlegend wandelt.

LE REPUBLICAIN LORRAIN

Die wirtschaftliche Lage Frankreichs untersucht die in Metz erscheinende Regionalzeitung:

Wir sind weiterhin fiebrig und schlapp in einem kränkelnden Europa, was deshalb besorgniserregend ist, weil es den Vereinigten Staaten und Japan viel besser geht als uns. Natürlich wird in den zwölf Monaten bis zu den Parlamentswahlen kein Wunder geschehen. Was um so beängstigender ist, als es Europa insgesamt nicht besser geht. Gewiß, das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik ist höher als das unsere und die Preissteigerung geringer. Aber auch hier hilft der Dollarkurs unseren Nachbarn: Sie exportieren weitaus mehr als wir nach Amerika. Was wird daraus, wenn die Baisse der amerikanischen Währung langsam weitergeht? In Wirklichkeit hat die europäische Industrie den Anschluß an die der Vereinigten Staaten und Japans verloren.





Barre startet das Rennen um den Sessel im Elysée

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich liegen noch in weiter Ferne, doch eine große Zahl von Kandidaten steht schon in Wartestellung. Einer preschte jetzt vor: der ehemalige Ministerpräsident Raymond Barre.

Von A. GRAF KAGENECK

Sie stehen in den Startboxen und scharren mit den Hufen, schweißnaß die einen, knochentrocken die anderen, je nach Temperament: Die *Dickhäuter* blicken hinaus auf das Geläuf und messen kühl den Weg zum ersten Hindernis. Die Dünnhäuter tänzeln herum, retirieren noch einmal aus der Box und machen eine Volte, ehe sie wieder an ihren Platz geschoben werden. Sie sind Frankreichs beste Vollblüter und heißen Giscard, Chirac, Barre, Rocard, Chaban-Delmas, Leotard, Fabius und Mitterrand. Es sind noch ein paar Wochen bis zum Klingelzeichen. Das Ziel liegt drei Jahre entfernt: die Präsidentschaftswahlen von 1988.

Die Ferngläser des Publikums auf den Tribünen richten sich vor allem auf Raymond Barre. Doch der ehemalige Ministerpräsident Valéry Giscard d'Estaing gilt als der beste Tip und wird *am Toto hoch gehandelt*. Seit Monaten schon führt er unter den Politikern der Opposition die Popularitätslisten der Demographen an, weit vor Chirac, Giscard oder Chaban-Delmas, überflügelt nur vom Spitzenreiter im anderen Lager, dem erstaunlich schnell an die Spitze gestoßenen neuen Premierminister Laurent Fabius. Aber wenn viele auf Barre setzen und nicht auf Giscard oder Chirac, dann, weil sie wissen, daß dieser Mann mit grimmiger Entschlossenheit auf sein Ziel lossteuert und daß er vermutlich die beste Taktik für seinen Parcours gewählt hat.

Die beste Taktik: Raymond Barre ist ein Einzelkämpfer. Er erinnert an Charles de Gaulle, mit dem er sich zuweilen öffentlich vergleicht. Er hat nie einer Partei angehört und verfügt über keine politische „Barre"-Formation, auf die er sich abstützen könnte. Die Weigerung, sich eines „Apparates" zu bedienen, geht bis zur Verachtung. Barre hat ein feines Gespür für die politischen Empfindungen der Franzosen. Die sich seit 1945 neutralisierenden großen politischen Parteien haben bei ihnen ausgespielt. Gefragt ist der Mann, der über dem ewigen Handgemenge steht. De Gaulle kam an die Macht zurück, als die Parteienwirtschaft der 4. Republik am Ende war. Barre könnte sich ausrechnen, daß mit der Mitterrandschen Wahlreform – die Rückkehr zum Proporz und Listenwahl – das Ende der legendären Stabilität der 5. Republik hereinbrechen und die Stunde der Männer schlagen könnte, die den Kopf oben behalten haben.

Frankreich gleicht in diesen Tagen einem Hühnerstall, in den der Fuchs eingebrochen ist. Der Fuchs heißt François Mitterrand. Mit seiner Wahlreform hat er die Partei-Hierarchien in große Aufregung versetzt. Wie soll die Opposition jetzt noch die Parlamentswahlen gewinnen können, wenn alle Parteien gleiche Chancen haben und der Vervielfältigungseffekt der Majoritätswahl wegfällt?

Soll man Einheitslisten in den Departements aufstellen oder besser getrennt marschieren? Wer soll den Spitzenplatz einnehmen, ein Gaullist oder ein Giscardist? Die beiden Chefs, Chirac und Giscard, haben in aller Eile erst einmal einen „Wahlpakt" geschlossen, in dem geschrieben steht, daß man, komme, was wolle, gemeinsam regieren werde, falls einem der Sieg zufällt im nächsten Frühjahr. Aber ob man dies mit oder ohne Mitterrand tun soll, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Seit Monaten wogt die Debatte darüber, ob man mit Mitterrand zusammenarbeiten kann oder nicht, zwischen Gegnern und Befürwortern hin und her, zur Verwirrung der Wähler.



Einzelgänger auf Frankreichs politischer Bühne: Raymond Barre FOTO: STUDIO X

Und hier setzt Raymond Barres Taktik ein. Der Mann, der sich einmal „den besten Ökonomen Frankreichs" genannt hat, lehnt die Zusammenarbeit mit Mitterrand strikt ab, und das von Anfang an. Wenn die Opposition die Wahlen gewinnt, sagt er, muß Mitterrand sich unterwerfen oder abtreten. Sich unterwerfen heißt, daß er einen Premierminister aus dem Lager der Sieger wählt und dessen Politik billigt. Will der Präsident das nicht, muß er (Barre: „... denn er hat ja sichtbar das Vertrauen des Landes verloren") den Franzosen sein Mandat zurückgeben. Das hieße, daß 1986 nicht nur ein neues Parlament, sondern auch ein neuer Präsident gewählt würde, zwei Jahre vor dem verfassungsgemäßen Wahltermin 1988. Und der neue Präsident könnte dann durchaus Raymond Barre heißen.

Das ist ein bißchen viel Zukunftsmusik. Barre hat sich mit seinem störrischen Einzelgänger-Kurs viele Feinde geschaffen. Von allen Seiten fällt man über ihn her. Die Sozialisten *werfen ihm vor, die Verfassung* leichthändig beiseitezufegen, die dem Präsidenten ein Mandat von sieben Jahren einräumt. Seine Parteifreunde bei den Giscardisten beschuldigen ihn, Zwietracht im eigenen Lager zu säen, denn Barre will sich nicht der Partei unterwerfen und lehnt den Wahlpakt zwischen Giscard und Chirac ab. Er werde, sagte er am Sonntag im Radio, „die Politiker der Opposition unterstützen, die meine Ideen vertreten".

Seine Ideen: Frankreich mit Augenmaß und kühlem Kopf aus der Misere herausführen, in die es die Sozialisten gebracht haben.

Hinter den Kulissen spielen die Stiftungen mit

Die politischen Stiftungen stehen mit ihrer Arbeit selten im Scheinwerferlicht. Doch ihr Einfluß ist oft beträchtlich. Nirgendwo wird dies so deutlich wie in der Krisenregion Mittelamerika. Kein anderes Land der Welt ist hier so engagiert wie die Bundesrepublik.

Von WERNER THOMAS

Präsident Luis Alberto Monge von Costa Rica wurde letztes Jahr in einem WELT-Interview gefragt, ob er sich ein stärkeres politisches Engagement der Bundesregierung in Mittelamerika wünschen würde. „Nicht notwendig", antwortete Monge spontan, „die Stiftungen tun schon genug." Er weiß, wovon er redet. Er stand einmal in den Diensten der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Bundesrepublik spielt eine viel einflußreichere Rolle in dieser Krisenregion, als allgemein bekannt ist. Die Parteien, die Christdemokraten, die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten, machen Politik hinter den Kulissen. Kein anderes Land der Welt, auch nicht die USA, leistet eine vergleichbare Basisarbeit. „Man kann sich Mittelamerika ohne diese Aktivitäten überhaupt nicht mehr vorstellen", sagt ein Bonner Diplomat.

Alle Stiftungen wollen die demokratischen Bestrebungen stärken und die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Sie konzentrieren sich jedoch oft auf die Unterstützung jener Kräfte, die ihnen politisch nahestehen. Die Kontraste lassen sich besonders kraß in Nicaragua registrieren, einem Land, das sowohl von der sozialdemokratischen Ebert-Stiftung als auch von der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) und der Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) zu einem Schwerpunktgebiet auserkoren wurde.

Der örtliche Ebert-Repräsentant betreut Projekte, von denen staatliche Einrichtungen profitieren. So laufen Programme mit dem Obersten Gerichtshof, der Sozialversicherungs-Behörde, dem Erziehungsministerium (Alphabetisierungshilfe) und dem Kulturministerium. Die Adenauer-Stiftung greift dagegen nichtstaatlichen Institutionen unter die Arme. Sie unterstützt die Sozialarbeit der Erzbistums Managua und die privaten Genossenschaften. Sie hilft einem Wirtschaftsforschungs-Institut des Unternehmerverbandes, der Menschenrechtskommission, die nicht den Sandinisten untersteht, der Christlich-Sozialen Partei (PSC) und einer christdemokratischen Gewerkschaft. Seit einigen Wochen wird die Stiftung zum ersten Mal durch einen eigenen Mann vor Ort vertreten.

Im sandinistischen Nicaragua existiert noch die sozialliberale Koalition: Die Naumann-Stiftung arbeitet ebenfalls auf staatlicher Seite. Sie engagiert sich für ein umfangreiches Genossenschafts-Förderungsprogramm des Arbeitsministeriums. Weiter *kooperiert* die *Stiftung mit* der Journalistenschule der katholischen Universität und der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) des früheren Arbeitsministers Virgilio Godoy. Die Zeitung „La Prensa" erhielt 1980 einen einmaligen Kredit, damit endeten die Kontakte. Das Blatt hat sich so vehement zum – einzigen – Sprachrohr der Opposition entwickelt, daß *die oft links von der Parteiführung* stehenden „Naumänner" auf Distanz gingen.

Die Ebert- und Naumann-Stiftung haben seit der Machtübernahme der sandinistischen Comandantes im Juli 1979 etwa je drei Millionen Mark in Nicaragua investiert. Das ist die Größenordnung des bisherigen Salvador-Engagements der Adenauer-Stiftung. Ein Adenauer-Mann nennt El Salvador „unser wichtigstes Land, weil von ihm eine Signalwirkung ausgeht". Besonders nach dem eindrucksvollen Wahlsieg Duartes.

Zu José Napoleon Duarte und seiner Christdemokratischen Partei hat die Stiftung ein enges Vertrauensverhältnis, das sich jetzt noch vertiefen soll. Der Vertreter in Honduras wechselt nach El Salvador, damit er sich stärker um die Ausbildung politischer Führungskräfte kümmern kann. Die Christdemokraten haben Ende März nicht nur die Kontrolle über den Kongreß gewonnen, sondern auch 200 von 262 Bürgermeisterämtern. *Ein weiteres Prioritäts-Programm* der Zukunft: die Förderung der Landreform.

Guatemala wird wichtig für die Stiftung, weil Ende Oktober die ersten freien Wahlen seit langer Zeit stattfinden sollen. Der christdemokratische Präsidentschaftskandidat Vinicio Cerezo (42) zählt zum Kreis der Favoriten. Selbst wenn Cerezo nicht sein Lebensziel erreicht, können die guatemaltekischen Partner der Adenauer-Stiftung als Koalitionspartei interessant werden. In Guatemala will die Stiftung im nächsten Jahr einen festen Vertreter stationieren, der sich auch um die anderen bisherigen Projekte kümmern muß, darunter ein Alphabetisierungs-Programm für die Indiobevölkerung.

Eine andere Partei mit Kontakten zur Adenauer-Stiftung greift nach der Macht: die christdemokratische Unidad-Bewegung in Costa Rica. Bei den Präsidentschafts- und Kongreßwahlen im Februar nächsten Jahres mischt jedoch auch die Ebert-Stiftung mit, die wiederum hinter der regierenden sozialdemokratischen „Nationalen Befreiungspartei" (PLN) steht. Der PLN-Kandidat Oscar Arias (44) scheint bessere Chancen zu haben als der Unidad-Bewerber Rafael Angel Calderon Fournier (37). Nicht zuletzt deshalb, weil Monge ein populärer Präsident ist.

In Costa Rica, dem Land mit den stabilsten demokratischen Verhältnissen in Mittelamerika, haben Ebert- und *Adenauer-Stiftung* Ausbildungszentren. In einem früheren Hotel bei San José, „La Catalina" genannt, schulen die deutschen Sozialdemokraten Parteifreunde aus ganz Lateinamerika. Hier war einmal Monge beschäftigt. Hier sind einst die ersten Verbindungen zu den Sandinisten geknüpft worden. Sergio Ramirez, heute Vizepräsident von Nicaragua, zählt zu den Stipendiaten der Ebert-Stiftung. In einem anderen Teil der costaricanischen Hauptstadt, in Coronado, liegt das Gewerkschaftsinstitut der Adenauer-Stiftung, die Kaderschmiede christdemokratischer Arbeitnehmer-Funktionäre in Mittelamerika.

Die Naumann-Stiftung kann sich in der Region weniger der politischen Bildungsarbeit widmen, weil es an Partnern fehlt, obgleich in Honduras eine liberale Partei regiert. Die ist jedoch hoffnungslos zerstritten. In Honduras unterhält die Stiftung ein Genossenschaftsprogramm, desgleichen in Guatemala. In Costa Rica konzentriert sie sich auf ein Medien*projekt*.

Seit Ende 1983 wirkt eine vierte deutsche Stiftung in Mittelamerika, die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU. Der bisher einzige Vertreter sitzt in Costa Rica, wo die Arbeit begann. Die Stiftung unterstützt ein privates Institut, das Führungskräfte für den Agrar- und Wirtschaftssektor ausbildet. Ab Mitte *Mai* fördern die Bayern ähnliche Aktivitäten des gleichen Instituts in Guatemala. Die nächsten Pläne sind bereits gereift: Die Stiftung will salvadorianische Genossenschaften fördern.

Repräsentanten der vier Stiftungen betonen gegenüber der WELT, daß sie zufrieden sind mit ihrer Tätigkeit und daß sie in den nächsten Jahren noch intensiviert werden soll. „Wir haben etwas bewirkt", sagte ein Ebert-Mann. Einer seiner Kollegen von der Adenauer-Stiftung äußerte sich ähnlich.

Nicht immer lassen sich jedoch die Partner politisch beeinflussen. So mußte die Adenauer-Stiftung erkennen, daß die honduranischen Christdemokraten zu links stehen für ihren Geschmack. Und Präsident Monge teilt nicht die Sympathien der SPD für die Sandinisten, die er als Marxisten einschätzt. Der costaricanische Sozialdemokrat besuchte Anfang dieser Woche seinen amerikanischen Amtskollegen Reagan in Washington. Er betonte: „*Ich gehöre zu denen, die* Präsident Reagan friedliche Absichten in Mittelamerika unterstellen."

(SAD)

Erst in der Heimat Israel bekamen die Familien Namen

Sie kamen aus einer anderen Welt, die „schwarzen Juden", die aus den Hungergebieten Äthiopiens evakuiert wurden. In Israel haben sie ein in vielem neues Leben begonnen.

Von PETER M. RANKE

Jossi sitzt auf einem Fahrrad und tobt mit anderen Jungen herum. Er trägt auf dem Kopf eine Kippa, das Käppchen der orthodoxen Juden, aber er spricht nur gebrochen hebräisch. Doch „Schalom" sagt er, und mit den anderen Kindern kann er sich verständigen. Jossi, sechs Jahre alt, ist braun wie Schokolade, vor einem halben Jahr kam er als „schwarzer Jude" aus Äthiopien nach Israel.

Mit seiner Mutter, zwei Geschwistern und dem Großvater wohnt Jossi im „Eingewöhnungs-Zentrum" von Gilo, einem neuen Stadtteil im Süden von Jerusalem. Wo heute die Betonhäuser stehen und erste Bäume wachsen, waren früher jordanische Stellungen. Die Familie hat Zimmer in kastenförmigen Fertighäusern, gegessen wird in einer Kantine. Im Büro des Zentrums werden Kurse für koscheres Kochen angeboten. Sprachunterricht ist obligatorisch.

Hier gibt es auch neue Einwanderer aus den USA, aus Rumänien und Frankreich. Sie leben bis zu einem Jahr zusammen, gewöhnen sich aneinander, um Israelis zu werden. Das Zentrum in Gilo ist nicht etwa abgeteilt wie ein Lager, es liegt mitten in den Wohnvierteln. Den Fehler, die Äthiopier getrennt unterzubringen, haben das israelische Einwanderungsministerium und die „Jewish Agency" schnell aufgegeben, da sich die Flüchtlinge aus Äthiopien als zweitklassig behandelt fühlten. Den in Äthiopien üblichen Namen „falascha" (Fremder) lehnen sie strikt ab, er trifft ja auch jetzt nicht mehr zu.

„Die ersten Schwierigkeiten sind überwunden", sagt die Betreuerin Michele Orgad, „und die nächste Generation wird voll absorbiert sein wie heute die Juden aus Jemen." Michele hat bis 1973 in Äthiopien gearbeitet und spricht amharisch, das auch die Sprache der Juden dort war. Ihre Tochter hat sie „Sehai" genannt, „Sonnenschein" auf amharisch.

Zu den Anfangsschwierigkeiten gehörten nicht nur Sprachprobleme, Krankheiten und Unterernährung der Flüchtlinge vor dem großen Hunger in Afrika. „Es fing schon mit den Namen an", berichtet Michele. Die äthiopischen Juden kannten keine Familiennamen, die haben sie nun erst in Israel bekommen oder selbst gewählt. Die Kinder trugen nur die einen oder zwei Vornamen des Vaters oder der Mutter. Das erschwerte die Zusammenführung getrennter Familien, es gab keine Namenslisten. Deshalb suchen noch heute viele Flüchtlinge in anderen „Eingewöhnungs-Zentren" wie Afula, Aschkelon oder Beerscheba nach Angehörigen.

„Viele fanden sich in Gilo zunächst überhaupt nicht zurecht", erzählt Michele. „Sie kamen aus Hütten, aus der Steppe, und machten sich daher heimlich Zeichen, um zu ihrem Haus in Gilo zurückzufinden, wenn sie aus der Schule kamen." Und dann die Banknoten mit den hohen Schekel-Summen von fünf- bis zehntausend. Mehr als einen Geldschein hatten sie in Äthiopien selten gesehen, daher glaubten sie, die Schekelscheine mit den aufgedruckten Tausendern machten sie in Israel ungeheuer reich – bis zum ersten Einkauf.

Die jungen Äthiopier, auch die Mädchen – was es in der alten Heimat nicht gab – lernen alle neue Berufe. Sie sind fleißig. Der Status der Älteren ab 35 Jahre, die in Äthiopien sehr angesehen waren und mit der Großfamilie lebten, ist noch ein Problem. Umschulung von der Handwerksarbeit auf moderne Berufe ist möglich, anderen bleibt nur die Sozialfürsorge oder ungelernte Arbeit. Auch wie das mit dem Heiraten wird, weiß noch niemand.

Die religiösen Probleme gelten bereits als überwunden, nur wenige orthodoxe Rabbiner machen noch Schwierigkeiten mit dem „Judesein" der Neueinwanderer. Auf beleidigende Zeremonien wie eine symbolische zweite Beschneidung wird weitgehend verzichtet, aber koscher Kochen müssen die Einwanderer schon. Das heißt, Fleisch- und Milchprodukte müssen streng getrennt bleiben und dürfen nie zusammen gegessen werden.

Auch der Brauch, zu Pessach (Ostern) ein Lamm zu schlachten, redet man den Äthiopiern aus, dafür dürfen sie nun Eier essen, die ihnen unbekannt waren. Sie vermissen ihr Tef-Brot und scharf gewürzte Speisen. Und Männer denken nach wie vor nicht daran, beim Einkauf ihrer Frau die schweren Tüten abzunehmen.

Ob weitere Einwanderer aus Äthiopien über den Sudan kommen – rund zehntausend Juden sind ja zurückgeblieben und erreichten nicht mehr die Luftbrücke „Moses" –, wollen wir wissen. Die Antwort ist Schweigen, niemand in Israel will noch einmal eine Rettungsaktion durch Ausplaudern gefährden.

Dafür haben sich sechs- bis siebentausend Juden aus Indien zur Einwanderung angesagt. Sie stammen meist aus Burma, zählen angeblich zum verlorenen Stamm Menasse und nennen sich „Mazourah", leben aber heute in Bombay und Kalkutta. Indien würde sie, anders als die kommunistische Regierung Äthiopiens, nach Israel ziehen lassen. (SAD)

Initiativen des Bundeskabinetts zu Gesundheitsvorsorge und Umweltschutz

Besserer Schutz vor gefährlichen Stoffen

PETER JENTSCH, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern der vom Arbeitsminister erarbeiteten Gefahrstoffverordnung zugestimmt und damit ein neues Kapitel zum Schutz von Arbeitnehmern am Arbeitsplatz, von Verbrauchern und im Umweltschutz eingeleitet. Der Kabinettsentwurf muß jetzt nach dem seit einem Jahr gültigen Informationsverfahren für technische Vorschriften der EG-Kommission in Brüssel zur Notifizierung vorgelegt werden.

Die Gefahrstoffverordnung, die die alte Arbeitsstoffverordnung ersetzt, enthält Regelungen, die beim Herstellen, Verkauf und Verwenden von gefährlichen Stoffen und Mischungen zwingend zu beachten sind. Zugleich werden die Rechte der Betriebs- und Personalräte beim Arbeitsschutz erweitert.

Im einzelnen verpflichtet die neue Verordnung Hersteller und Importeure, gefährliche Stoffe sicher zu verpacken und so zu kennzeichnen, daß daraus auch Risiken bei Unfällen und Schutzmaßnahmen hervorgehen. Hierzu enthält die Verordnung einen verbindlichen Leitfaden zur Einstufung der Stoffe sowie eine Liste, in der 1100 Stoffe aufgeführt sind. Der Arbeitgeber wird verpflichtet, die Konzentration gefährlicher Stoffe am Arbeitsplatz zu messen und die Beschäftigten über Risiken und Schutzmaßnahmen zu informieren. Einer Anregung der IG Chemie folgend, wurde eine Regelung in die Verordnung aufgenommen, nach der der Arbeitgeber dem Betriebs- oder Personalrat die Meßprotokolle unaufgefordert zugänglich machen muß.

Die Verordnung dehnt die Kennzeichnungspflicht auf alle Gifte, alle asbest- und formaldehydhaltigen Produkte aus und verbietet Verkauf und Verwendung von Blauasbest und bestimmten dioxin- und formaldehydhaltigen Produkten. Die Schutzvorschriften für krebserzeugende Stoffe werden von bisher 43 auf insgesamt 54 Stoffe ausgedehnt. Neu eingeführt wird die Pflicht zur Messung gefährlicher Stoffe am Arbeitsplatz oder im menschlichen Körper. Um dieses Gebot auch in kleineren Betrieben durchzusetzen, die sich keine eigene Meßstelle leisten können, sollen 50 bis 70 unabhängige Meßstellen anerkannt werden. Der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ein allgemeines Asbestverbot ab Januar 1991 in die Verordnung aufzunehmen, widersprach die IG Chemie.

Die Verordnung kann frühestens in vier Monaten, spätestens in einem Jahr in Kraft gesetzt werden, je nachdem, ob die EG-Kommission oder ein anderer Mitgliedstaat Stellung nehmen. Dann sind sogenannte Stand-still-Fristen abzuwarten, bevor sie nach Zustimmung des Bundesrates rechtskräftig wird. Auch bei möglichen Widersprüchen kann die Bundesregierung die Verordnung dann aber in Kraft setzen.

Strengere Auflagen zur Reinhaltung des Wassers

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung hat gestern die von Innenminister Friedrich Zimmermann vorgelegte 5. Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz verabschiedet. Sie zielt auf eine Verbesserung des Gewässerschutzes unter anderem durch *Ausdehnung* der Wasserschutzgebiete und zusätzliche Nutzungsauflagen.

Der Kabinettsentwurf sieht vor allem folgende Lösungsansätze vor:
– Eine Verminderung gefährlicher Stoffe (vorrangig solche, die in der sogenannten „Schwarzen Liste" der EG-Gewässerschutzrichtlinie enthalten sind; sie wurden vor allem wegen ihrer Giftigkeit, Langlebigkeit und Anreicherungsfähigkeit ausgewählt, zum Beispiel Schwermetalle wie Kadmium, Quecksilber und Zinn-Verbindungen, aber auch die organischen Halogenverbindungen) bei der Einleitung von Abwasser in Gewässer oder in öffentliche Abwasseranlagen (öffentliche Kanalisation) durch Anwendung von Verfahren, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Die gefährlichen Stoffe sollen im einzelnen noch durch Rechtsverordnung der Bundesregierung bestimmt werden,
– eine Verstärkung des Grundwasserschutzes durch Erweiterung der Möglichkeiten zur Festsetzung von Wasserschutzgebieten und Schonung der Grundwasservorräte,
– eine ausdrückliche Hervorhebung der Belange der Gewässerökologie und des Naturhaushalts bei der Bewirtschaftung der Gewässer sowie
– eine stärkere Beachtung wassersparender Maßnahmen.

Nach Auffassung der Bundesregierung kommt dem Gewässerschutz als Teil des gesamten Umweltschutzes sehr hohe Priorität zu. Gewässerschutz sei eine Daueraufgabe, *die langfristig* und kontinuierlich verfolgt werden müsse. Die Bundesregierung will jede Anstrengung unternehmen, um Trinkwasser von gesunder Güte und eine hohe Gewässerökologie zu sichern. In dem Gesetzentwurf wird ein „wichtiges Instrument gegen die Gewässerverunreinigung" gesehen. Künftig werde der Einsatz fortschrittlicher Verfahren oder Betriebsweisen zwingend vorgeschrieben (da Maßnahmen zur Schadstoffminderung nicht nur – wie bisher – „nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik", sondern „nach dem Stand der Technik" zu ergreifen sind).

Dies führe dazu, daß in vielen Fällen bei der Einleitung von Abwasser strengere Anforderungen als bisher an die Reinigung zu stellen seien. Die Regelungen dürften dazu beitragen, die Schadstoffgehalte in den Oberflächengewässern, auch in der Nord- und Ostsee, zu vermindern. Damit werde zugleich ein Anliegen der Nordseeschutz-Konferenz erfüllt. Mit den erweiterten Möglichkeiten zur Festsetzung von Wasserschutzgebieten soll dem in den letzten Jahren zu beobachtenden zunehmenden Anstieg des Nitratgehalts im Grundwasser entgegengewirkt werden.

Reagan will auch die Opfer der Gewaltherrschaft ehren

Bonn und Washington um Erweiterung des Besuchs-Programms bemüht / Bitburg-Visite bestätigt

THOMAS KIELINGER, Bonn

Der gemeinsame Auftritt von Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Kolveshöhe bei Bitburg (Eifel) wird, das zeichnete sich gestern in Bonn ab, nicht aus dem Programm des Deutschlandbesuchs Reagans gestrichen. Die Diskussion *geht jetzt nur noch um die Aufnahme* eines weiteren Termins, der dem Präsidenten Gelegenheit geben soll, der Opfer von Gewaltherrschaft und Rassenverfolgung gesondert zu gedenken.

Es bieten sich dabei drei Lösungen an, die, wie es hieß, jeweils nach Aspekten der Logistik und der Sicherungsmöglichkeiten gegeneinander abgewogen werden sollen: Der Bonner Nordfriedhof, auf dem ein Mahnmal „Für die Opfer der Kriege und Gewaltherrschaft" steht; die Kölner Synagoge; oder – nun doch wieder in Erwägung gezogen – der Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers. Mit den Experten im Bundeskanzleramt berieten die eilig nach Bonn eingeflogenen Planungschefs des Weißen Hauses, Michael Deaver und Bill Henkel.

Die Bundesregierung bemühte sich auch gestern, die sich ausweitende Kontroverse um den Besuch Präsident Reagans auf dem Bitburger Soldatenfriedhof zu dämpfen. Amerikanische und deutsche Stellen, die mit den Etappen der Planung vertraut sind, wiesen darauf hin, daß am 20. Februar, als das Weiße Haus endgültig das Besuchsprogramm Reagans – und damit auch den Termin auf dem Bitburger Soldatenfriedhof – billigte, noch immer der Abstecher nach München und der dabei vorgesehene Besuch des Konzentrationslagers Dachau offiziell zur Reagan-Reiseroute dazugehörte.

Es war also nicht so, wie es in vielen Presseberichten dargestellt wurde: Daß die deutsche Seite Bitburg quasi als Kompensation für den ausgefallenen Besuch in Dachau vorgeschlagen habe. Vielmehr strichen die Planer in Washington nach der Einigung vom 20. Februar den München-Komplex, weil die Europa-Reise Reagans wegen innenpolitischer Termine plötzlich verkürzt wurde und noch Besuche in Madrid und Straßburg eingebaut werden mußten.

Gegen den Ton der jetzt ausgelösten Kontroverse wehrte sich ein hoher Regierungsbeamter mit den Worten, es gehe nicht an, jetzt auch noch eine „Entnazifizierung der Gräber" vorzunehmen. Der Sprecher der CDU, Wolter von Tiesenhausen, empfahl dem Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in einer offiziellen Erklärung, „sich um jene linken Wirrköpfe in der SPD zu kümmern, die getreu den kommunistischen Propagandavorlagen gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten hetzen."

Im Gespräch mit der WELT erklärte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, in dessen Wahlkreis die Stadt Bitburg liegt: „Die von mir im Deutschen Bundestag vertretene Bevölkerung versteht den Streit um den Besuch von Präsident Reagan auf dem deutschen Soldatenfriedhof beim besten Willen nicht, denn sie sieht in dem Besuch eine Geste der Versöhnung und der Freundschaft. Weniges mahnt so beredt zur Sicherung und Gestaltung des Friedens wie die Kriegsgräber und ihre Ehrung durch ehemalige Gegner. Die überwältigende Mehrheit der deutschen Soldatengeneration des Zweiten Weltkrieges hatte vor dem 8. Mai 1945 unter den Bedingungen eines totalitären Regimes und eines totalen Krieges nicht das Wissen über die Ausmaße der Missetaten des Hitler-Regimes, die erst nach dem Krieg offenbar wurden. Heute wissen wir, wie schändlich ihre Opferbereitschaft mißbraucht wurde. Wir deutschen Soldaten haben im Kriege guten Glaubens für unser Land gekämpft, nicht für ein verbrecherisches Regime.

Es ist nicht Sache der Deutschen, dem amerikanischen Präsidenten zu sagen, bei welcher Gelegenheit und in welcher Weise er der Opfer der Kriegsgegner Deutschlands und des nationalsozialistischen Völkermordes an den europäischen Juden gedenken soll. Der Holocaust lag sogar außerhalb jeder militärischen Kriegslogik. Ich empfinde es als eine Beleidigung des US-Präsidenten, seinen Besuch auf dem deutschen Soldatenfriedhof Kolveshöhe bei Bitburg anders zu würdigen als eine noble Geste gegenüber dem deutschen Volk, dessen Gast er ist und das in seinem freien Teil seit 30 Jahren als enger Verbündeter der USA einen demokratischen Rechtsstaat aufgebaut hat. Diese Leistung ist die entscheidende politische Folgerung, die wir aus den zwölf Jahren Diktatur nun schon 40 Jahre lang gezogen haben. Und dies wird so bleiben."

Adolf Schmidt – Vorbild für junge Gewerkschafter

GÜNTHER BADING, Bonn

Kaum ein anderes Zitat wird so häufig zur Charakterisieruung von Adolf Schmidt herangezogen wie jener Satz aus der Dissertation von Claus W. Witjes, daß der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie (IGBE) der „Prototyp des deutschen Spitzengewerkschafters" sei. Der Vorzug dieses Zitats ist, daß es stimmt. Zumindest zur Zeit der Veröffentlichung, im Jahre 1976, gestimmt hat. Denn mit Adolf Schmidt, am Donnerstag 60jährig und deshalb zum Ruhestand noch 1985 entschlossen, tritt einer aus der dünner werdenden Riege von Gewerkschaftsvorsitzenden ab, die ihre Forderungen an Arbeitgeber und Gesellschaft stets als Funktion im Interesse des Gesamtwohls verstanden haben. „Wir haben für anständige Menschen mit anständigen Mitteln anständige Politik zu machen", hat Schmidt auf dem Höhepunkt des Skandals um die „Neue Heimat" gesagt. Das Wort kann für seine gesamte Arbeit an der Spitze der Bergleutegewerkschaft seit 1969 gelten.



Adolf Schmidt wird morgen 60 Jahre alt. FOTO: HANS WINDECK

Es war weniger ein Erfolg der Politik als der IG Bergbau und Energie, daß die ungeheuer schwierige Strukturanpassung im deutschen Kohlebergbau – mit einer Rückführung der Beschäftigtenzahl von 600 000 auf *rund 180 000 – ohne chaotische Unruhen* nach englischem Muster bewältigt wurde. Schmidt, bis zu seiner Wahl als Nachfolger Walter Arendts nicht sonderlich populär, machte in den frühen 70er Jahren von sich reden, als er entschieden für ein Bündnis zwischen Kohle und Kernenergie eintrat. Der Kohle sollte auf lange Sicht zuumindest die Überlebenschance als chemischer Rohstoff gesichert werden.

Adolf Schmidt ist Sozialdemokrat seit 1949. Dem Bundestag gehört er ununterbrochen seit 1972 an. Innerparteiliche Auseinandersetzungen hat er nie gescheut, um „anständige Politik für anständige Leute" zu machen. Das galt, als er sich 1981 hinter die Thesen *Löwenthals* gegen das Brandtsche Liebäugeln mit den „neuen sozialen Bewegungen" grüner Aussteiger stellte.

Und das galt, als es darum ging, auf dem Höhepunkt der Agitation der sogenannten Friedensbewegung prosowjetisches Raketen-Geschwätz aus der Gewerkschaftsbewegung fernzu*halten: „Wer im Westen nur die* Bedrohung zu erkennen vermag und im Osten nur friedliebende Freunde, wer in dieser einseitigen Blindheit Aufrufe verfaßt, der kann nicht mit uns rechnen".

Für den Gewerkschafter und Politiker Adolf Schmidt war und ist „die wichtigste Aufgabe noch immer, mit Wahrheit, Klarheit, Wahrhaftigkeit und Vorbildlichkeit um die Zuneigung und Hinwendung der Bürger zu unserem, zu ihrem Staat, seinen Trägern und Repräsentanten zu werben."

Taktik der Gipfel-Gegner

Polizei rechnet mit militanten Aktionen kleiner Gruppen

WERNER KAHL, Bonn

In Bonn bereiten sich die Sicherheitsbehörden für die Dauer des „BWG" – polizeiliches Kürzel für den Bonner Weltwirtschaftsgipfel vom 2.–5. Mai – auf eine bisher in Bonn nicht praktizierte Guerrilla-Taktik *kleiner Gruppen vor.*

„Wir rechnen nicht mit 100 000 Demonstranten oder gar einer neuen Super-Demonstration wie bei den Kundgebungen Anfang der achtziger Jahre gegen die Nachrüstung des Westens", sagte Polizeipräsident Wilhelm Fritsch zu Spekulationen über geplante Proteste und Stör-Aktionen. Die Gefahr gehe vielmehr von einer Aktionsplanung aus, deren Realisierung von der Polizei sehr viel schwieriger abzuwehren sein dürfte. „Diesmal werden wir es mit kleinen Gruppen zu tun haben", so der Bonner Polizeichef. Diese Gruppen wollen sich nach bereits vorliegenden Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden so aufteilen, daß ihre Anhänger zum Zwecke militanter Aktionen zu zweit oder dritt im Regierungsviertel und in der Umgebung der Botschaften durch Absperrungen gelangen. Die Polizei hat gegen solche Schleusungen ein Sicherheitsnetz vorbereitet, wobei Fritsch betonte: „Wir wollen jedoch trotz notwendiger polizeilicher Präsenz dokumentieren, daß es *ein politisches Gipfeltreffen und kein* Polizei-Gipfel ist."

Strategie und Taktik der Gipfel-Gegner wird offensichtlich diesmal stärker am rechtsrheinischen Ufer der Bundeshauptstadt geplant: Im Vorort Beuel wird besonders die Taktik kleiner Gruppen diskutiert. Dort beraten zur Verstärkung aus Kassel, Göttingen, Norddeutschland, Frankfurt und Nordrhein-Westfalen herangeholte „Profis" das Vorgehen. Der während der Aktionen gegen die Nachrüstung dominierende Koordinationsausschuß der „Friedensbewegung" ist in interne Auseinandersetzungen verwickelt. Christliche Gruppen setzen sich anscheinend diesmal gegen Versuche der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zur Wehr, erneut mittels ihrer Tarnorganisationen und deren Vertreter die Richtung zu bestimmen. „Quasi durch's Hintertürchen", so die alternative „Tageszeitung" versuchten „die DKP-nahen Vertreter in der Friedensbewegung" den Koordinationsausschuß auf gemeinsame Aktionen einzustimmen.

Die DKP und die kommunistische Jugendorganisation SDAJ sind nach Äußerungen aus dem Düsseldorfer Parteihauptquartier dabei, ein Doppelspiel für den Bonner Gipfel aufzuziehen. Die Partei ist offenbar nach Anweisungen aus Ost-Berlin und Moskau gehalten, gegen den Gipfel nicht am Tagungsort Bonn selbst zu demonstrieren. Deshalb wurde Köln bestimmt; dort soll die Kundgebung jedoch zeitlich so gedehnt und „angeheizt" werden, daß möglichst viele Demonstranten anschließend nach Bonn aufbrechen.

Auf der Bonner Sitzung des Koordinationsausschusses (KA) der zerstrittenen „Friedensbewegung" wurde laut „Taz" deutlich, daß der „KA" immer stärker „in seine verschiednenen ‚Spektren'" zerfalle, als da seien „Jusos, Grüne, DKP-nahe Gruppen einschließlich ‚Kofaz' (Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit – die Red.), schließlich Unabhängige und die Christlichen".

Mit größtem Interesse verfolgen die Sowjets in Bonn Rettungsversuche der DKP-Genossen und ihrer Lobby im „Kofaz" und einigen anderen Gruppen ein Comeback für die „Friedensbewegung". Zur Sitzung des „KA" in der „Waldau" auf dem Bonner Venusberg entsandte die Sowjetbotschaft zwei Beobachter.

Befremden in der rheinischen CDU über den Einzelkämpfer Biedenkopf

WILM HERLYN, Düsseldorf

Pünktlich zur Wahlkampfzeit brechen die schon traditionellen Gegensätze zwischen westfälischer und rheinischer CDU wieder auf. Hatte der Spitzenkandidat Bernhard Worms aus Pulheim bei Köln noch gehofft, sein Amtskollege Kurt Biedenkopf werde sich gemeinsam mit ihm plakatieren lassen, sieht er sich jetzt enttäuscht. Alle Versprechen des eigenwilligen Professors, die er nach seiner Niederlage beim Kampf um die Nominierung für Platz eins abgab („Ich will dienen, dienen, dienen"), scheinen Makulatur. Denn offensichtlich will er einen Privatwahlkampf führen und legt wenig Wert auf Gemeinsamkeit und Geschlossenheit mit den Rheinländern.

Gestern kursierte im Landtag zu Düsseldorf eine Broschüre „Der Kopf" mit dem Porträt Biedenkopfs, in der sich der CDU-Chef von Westfalen-Lippe als „Vordenker" seiner Partei feiern läßt. Im Textteil des Faltblattes wird die These Biedenkopfs zur Friedenssicherung durch Überwindung der nuklearen Abschreckung und auch die Vorstellung erneuert, nach der bei einer „ökologischen Marktwirtschaft" die Umweltverschmutzer für die von ihnen produzierten Umweltbelastungen bezahlen müssen, sei es über frei verkäufliche Berechtigungsscheine an „Umweltbörsen" oder über staatliche Zertifikate. Dieses Thesen waren auf dem Parteitag der westfälisch-lippischen Union im vergangenen Jahr als Ausweg aus der Umweltkrise verabschiedet worden. Der Effekt dieser teuren Zertifikate sei, so erläuterte Biedenkopf damals, daß die Umweltverschmutzer schon aus Eigeninteresse versuchen würden, die von ihnen verursachten Belastungen möglichst gering zu halten, um möglichst wenig zahlen zu müssen.

Die auf Biedenkopf zugeschnittene Broschüre wirbt weiter für Arbeitszeitverkürzungen als Mittel zur Überwindung von Arbeitslosigkeit. „Der Kopf" sei „eine der herausragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" *mit der Devise:* „Der Weg zur Quelle führt gegen den Strom".

Nach Auskunft des Landesgeschäftsführers Günther Mayer, der auch als Verantwortlicher für das Werbefaltblatt aufgeführt ist, handelt es sich um eine Privatinitiative, die ohne Wissen Biedenkopfs organisiert worden sei. Das Geld sei durch eine Sonderspende aufgebracht worden und stamme nicht aus Parteimitteln.



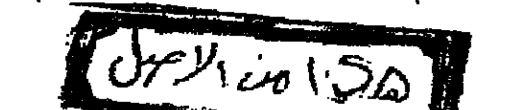
Düsseldorfer Stadtmusikanten KLAUS BÖHLE

Zu Biedenkopfs Wahlkampf gehörten auch sechs weiße Autos mit Helfern des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), die im Westfälischen für ihren Landeschef und die CDU werben werden.

Diese Aktion löste in der rheinischen Parteizentrale erhebliches Befremden aus. Zwar wolle jeder Landtagsabgeordnete mit Werbemitteln auftreten, heißt es in Köln, die ihm selbst passend erscheinen, doch ginge diese Initiative zu weit. Denn der Wähler werde sich fragen, welche Rolle der Spitzenkandidat Worms einnehme, wenn Biedenkopf die Rolle des „Kopfes" für sich reklamiere.

Biedenkopf selbst lehnte eine Plakatierung mit Worms zusammen als „kontraproduktiv" ab. Er meinte, die Nominierung von Worms sei eindeutig gewesen und eine „klare und verantwortliche Entscheidung". Diese Aussage für den Wähler dürfe jetzt nicht durch das gleichzeitige Auftreten von ihm verwischt werden. Im Wahlkampf 1980 hatte er hingegen durchgesetzt, daß er als „zweiter Mann" neben dem damaligen Spitzenkandidaten Köppler plakatiert wurde.

Die von der Solinger Agentur Mannstein konzipierte zentrale Werbelinie ist in den ersten Phasen allein auf Worms zugeschnitten. Auf Großflächenplakaten ist er im Gespräch mit jungen Leuten, Arbeitern, Kindern, Frauen und mit seiner Familie zu sehen. In den letzten zehn Tagen wird Bundeskanzler Helmut Kohl plakatiert und um Vertrauen für Bernhard Worms werben. Die Junge Union wirbt mit Comic strips, in de*nen sich ein treuherziger, intelligen*ter Bernhardiner „Bernie" mit einem vorlaut krähenden, besserwissenschen Hahn „Johnny" in Sprechblasen auseinandersetzt. Sieger bleibt natürlich „Bernie".



Beim Privatisieren tut sich auch Mainz schwer

Dürftige Reaktion auf Initiative der Parlamentsmehrheit

JOACHIM NEANDER, Mainz

Aus den kühnen und groß angekündigten Plänen der rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsfraktion, mit einer Teilprivatisierung der Landesbank-Girozentrale wirtschaftspolitisches Neuland zu betreten, wird so bald nichts werden. Mehr als ein Jahr, nachdem ihr die Parlamentsmehrheit dazu den Auftrag erteilt hatte, legt die Landesregierung jetzt einen Bericht vor, der insgesamt die großen Privatisierungserwartungen dämpft und die These zu erhärten scheint, daß auch der Staat sich nur schwer von einmal erworbenem Besitz trennt.

Rheinland-Pfalz ist, wie aus dem Bericht hervorgeht, an 28 verschiedenen Unternehmen mit rund 339 Millionen Mark beteiligt. Die Beteiligungen schwanken zwischen 100 und einem Prozent. Der dickste Brocken ist natürlich die Landesbank Rheinland-Pfalz (Stammkapital 460 Millionen Mark, je zur Hälfte in der Hand des Landes und der Sparkassen).

Der Bericht nennt drei Möglichkeiten, privates Kapital an der Bank zu beteiligen. Die erste (Umwandlung der Landesbank in eine Aktiengesellschaft) komme wegen rechtlicher Nachteile nicht in Frage. Die zweite (Beteiligung Privater mit stillen Einlagen) und die dritte (Beteiligung Privater am Geschäftsrisiko der Bank) Möglichkeit werden von der Landesregierung zwar „grundsätzlich befürwortet". Ein sofortiger Vollzug komme jedoch nicht in Betracht, da dies in der Öffentlichkeit als „Sanierungsaktion" mißverstanden werden könnte.

Die Mainzer Landesbank muß bekanntlich zu etwa 26 Prozent für die Verluste der in Schwierigkeiten geratenen Deutschen Anlagen Leasing (DAL) geradestehen und hofft, dies aus eigener Kraft bewältigen zu können. Ein Versuch der Teilprivatisierung zum jetzigen Zeitpunkt, so fürchtet die Regierung, könne das Vertrauen in die Bank mindern. Man werde das Thema „zu gegebener Zeit" wieder zur Diskussion stellen, heißt es im Bericht.

Ähnlich skeptisch wird eine Privatisierung auch bei den anderen großen Beteiligungen beurteilt. Bei drei weiteren Kreditinstituten – der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutschen Genossenschaftsbank und der Deutschen Pfandbriefanstalt – heißt es, ein Rückzug von Rheinland-Pfalz sei nur denkbar, wenn auch die übrigen Bundesländer sich anschließen. Von einem Vorangehen von Rheinland-Pfalz, wie es die CDU-Fraktion seinerzeit im Auge hatte, ist nicht die Rede.

Bei anderen Unternehmen wie z. B. der Rheuma-Heilbad AG Bad Kreuznach, der FINAG (Wirtschaftsförderung), der Hafenbetriebe Ludwigshafen, der Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH oder der Sondermüll-Beseitigungs GmbH werden gesundheits-, wohnungs-, wirtschafts- oder umweltpolitische Gründe angeführt, die eine Beteiligung und einen Einfluß des Landes weiterhin zwingend notwendig machen.

An konkreten Chancen einer Privatisierung bleiben im Bericht der Landesregierung nur ganz wenige übrig. Bei der Moselbahn GmbH Trier (Stammkapital 2 Millionen Mark, ganz in der Hand des Landes) soll einer Gruppe von interessierten Omnibusunternehmern jetzt ein Angebot unterbreitet werden, allerdings nicht ohne die vorherige Einholung eines Gutachtens. Im Falle der Trierer Hafengesellschaft mbH sollen mit den Mitgesellschaftern wenigstens „Gespräche geführt" werden. Die Aussichten seien jedoch gering.

Am Schluß bleibt eine Reihe von sechs kulturell-wissenschaftlichen Gesellschaften übrig, aus denen das Land sich nach Meinung der Landesregierung zurückziehen könne. Alle sechs haben ihren Sitz nicht in Rheinland-Pfalz. Und die Beteiligung des Landes beträgt nur in einem der Fälle (Einkaufszentrale für öffentliche Bibliotheken) 200 000 Mark, dagegen in zwei Fällen (Ges. für Information und Dokumentation bzw. Fachinformationszentrum Energie, Physik, Mathematik) ganze 1000 Mark.

Hürde für private Uni

Bayern fordert Nachweis über gesicherte Finanzierung

PETER SCHMALZ, München

Die geplante erste medizinische Privat-Universität Bayerns kann ihren Betrieb nicht wie vorgesehen mit dem Wintersemester aufnehmen, sondern wahrscheinlich erst im Sommer 1986. Der bayerische Ministerrat verweigerte gestern die Zustimmung für den Lehr- und Forschungsbetrieb und beauftragte Kultusminister Professor Hans Maier, mit den privaten Universitätsträgern über verschiedene Modalitäten erneut zu verhandeln.

Als „springenden Punkt" bezeichnete Professor Maier die als mangelhaft angesehene Finanzierung zur Absicherung des Universitätsbetriebs über die volle Zeit eines sechsjährigen Studiums wären bei den vorgesehenen 120 Studienplätzen 63 Millionen Mark als Vermögen oder Bürgschaft notwendig. Der Kultusminister betonte, obwohl Bayern auf die Hälfte dieser Summe verzichtet habe, seien bisher lediglich zwölf Millionen in Aussicht gestellt worden. Die Privatuniversitäten Witten-Herdecke (Medizin) und Koblenz (Betriebswirtschaften) haben dagegen Garantien für einen vollen Studiengang hinterlegt.

Auch die vorgesehenen Studiengebühren von 2000 Mark monatlich bezeichnete *Maier als „sehr hoch"*. Er sprach von der Gefahr, daß Studenten der höheren Semester auf freie und kostenlose Studienplätze der staatlichen Hochschulen überwechseln.

Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der erstmals nach seiner mehrwöchigen Kur wieder eine Kabinettssitzung leitete, regte deshalb an, mit dem Trägerverein „Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Lehre" über zwei Varianten zu verhandeln: Das Studium soll auf die ersten vier Semester, das Vorklinikum, beschränkt und die Studentenzahl soll für die Anfangsphase deutlich gesenkt werden.

Die sowjetische Wirtschaft (Teil I): Von Lenin bis Stalin

Pläne und Krisen, neue Pläne und weitere Krisen kennzeichnen die wechselvolle Wirtschaftsgeschichte der Sowjetunion. Stets verkündeten die Kremlführer, den Lebensstandard des „Klassenfeindes" überholen zu wollen, aber von diesem Ziel ist die Hegemonialmacht UdSSR derzeit so weit entfernt wie ehedem. Auch dem neuen Mann im Kreml, Michail Gorbatschow, werden wiederum Ansätze einer Wirtschaftsreform nachgesagt. Zwei Ostexperten untersuchen für die WELT die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution von 1917 und lassen die Zeiten von Lenin bis Tschernenko Revue passieren. Der erste Teil der dreiteiligen Serie beleuchtet die Ära von 1917 bis zu Nikita Chruschtschow.

Sprung nach vorn in den Zusammenbruch

Die sowjetische Wirtschaft stand stets im Spannungsverhältnis von hochgespannten ideologischen Zielen und dem Zwang zur Anpassung an beschränkte ökonomische Möglichkeiten. So nahm Lenin nach der Oktoberrevolution zunächst einmal Abstand von allen Plänen, sogleich eine vollsozialistische Wirtschaft aufzubauen. Er begann im Herbst 1917 mit einer Wirtschaftspolitik des Übergangs, die er selbst „staatskapitalistisch" nannte. Neben ersten Verstaatlichungsmaßnahmen in Industrie und Finanzwirtschaft sowie der Verteilung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes an die Bauern stand eine gewisse Tolerierung von Privateigentum in Teilen der Industrie, im Handwerk und im Handel.

Der erste „große Sprung nach vorn" erfolgte 1918 mit dem später „Kriegskommunismus" genannten Versuch, ein sozialistisches Wirtschaftssystem auf naturalwirtschaftlicher Grundlage aufzubauen. Seine wesentlichen Bestandteile: Planung von Produktion und Verteilung durch die neugeschaffene Wirtschaftsbürokratie, Übergang von der Geld- zur Naturalentlohnung, Zwangsablieferungen der bäuerlichen Betriebe. Fehlende theoretische Grundlagen, mangelnde praktische Erfahrungen und der Bürgerkrieg führten dazu, daß die sowjetische Wirtschaft im Winter 1920/21 am Rande des Zusammenbruchs stand.

Mit der 1921 eingeleiteten „Neuen ökonomischen Politik" (NEP) rückte das pragmatische Element Leninscher Politik wieder in den Vordergrund. Die Großindustrie, das Bank- und Verkehrswesen sowie der Außenhandel blieben als „Kommandohöhen der Wirtschaft" in der Hand des Staates. Daneben konnte sich jedoch in Kleinindustrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft eine begrenzte private Initiative auf der Grundlage von marktwirtschaftlichen Beziehungen entfalten. Das Ergebnis: 1928, am Ende der NEP, war der wirtschaftliche Entwicklungsstand des Jahres 1913 im großen und ganzen wieder erreicht, die schweren Rückschläge von Krieg und Bürgerkrieg waren weitgehend ausgeglichen worden. An diese Erfolge mögen manche sowjetischen Reformer denken, die heute – freilich meist in vorsichtiger Form – die Leninsche NEP-Strategie als Mittel gegen wirtschaftliche Schwierigkeiten empfehlen.

Auf der anderen Seite aber blieben während der zwanziger Jahre Fortschritte auf dem Wege zur angestrebten sozialistischen Industrialisierung aus. So begannen innerhalb der Kommunistischen Partei lebhafte Auseinandersetzung über den künftig einzuschlagenden Kurs der Wirtschaftspolitik. Am Ende setzte sich ein Mann mit seiner Konzeption einer forcierten, auf die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie konzentrierten Industrialisierung durch: Josef W. Stalin.

Stalins Wirtschaftspolitik der dreißiger und vierziger Jahre hat die UdSSR zutiefst verwandelt. Vier Schwerpunkte kennzeichnen die von ihm selbst zu Recht so genannte „Revolution von oben":

– Weitgehende Verstaatlichung aller Wirtschaftsbereiche außerhalb der Landwirtschaft;

– Zwangskollektivierung der Landwirtschaft durch Zusammenfassung der in der NEP-Zeit wieder selbständig gewordenen Bauern in Produktionsgenossenschaften (Kolchosen);

– Einleitung einer forcierten Industrialisierung unter vorrangiger Entwicklung der Schwer- und Rüstungsindustrie;

– Aufbau eines Systems zentraler behördlicher Wirtschaftsplanung unter Ausschaltung der in der NEP-Zeit zumindest teilweise wieder zugelassenen Marktbeziehungen.

In den vierziger Jahren kam als weiteres Element des Stalinismus die immer stärkere Durchsetzung der sowjetischen Arbeitswelt mit Zwangselementen hinzu.

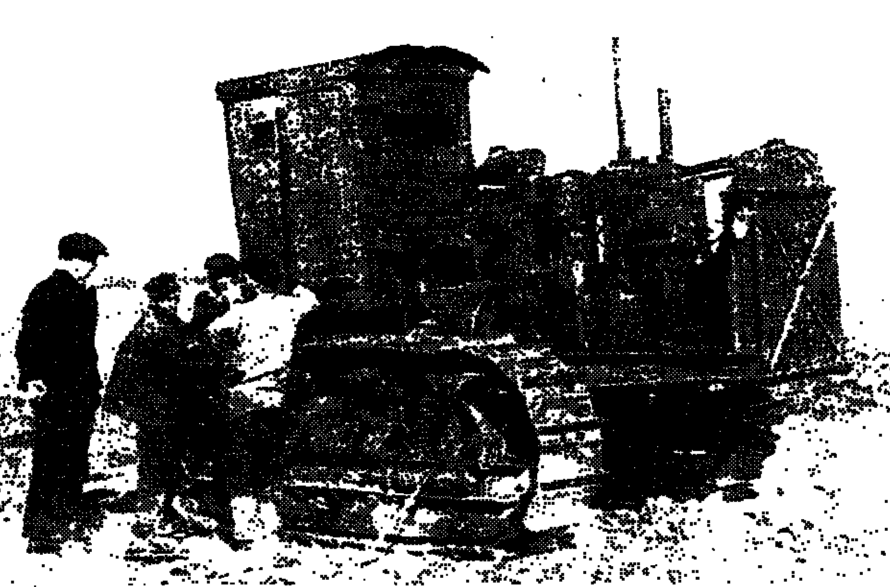
Stalins Wirtschaftspolitik war eine Politik des Opfers und der Unterdrückung. Ob sie wirtschaftlich eine erfolgreiche Alternative zur Fortsetzung der NEP gewesen ist, ist bis heute umstritten. Auf alle Fälle hat sie die Struktur der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend verändert. Allein zwischen 1928 und 1940 ging der Anteil der landwirtschaftlichen Beschäftigten von fast 80 auf rund 50 Prozent zurück, der Anteil der Industrieproduktion am Sozialprodukt nahm kräftig zu, die Investitionsquote verdoppelte sich. Der Lebensstandard jedoch – die Meßlatte des Wohlstandes – stagnierte weitgehend.

Chruschtschows Verdienst besteht in der Einsicht, daß sich das Zwangssystem Stalins und die von ihm verfolgte Entwicklungsstrategie Mitte der fünfziger Jahre überlebt hatten und der Revision bedurften. Unter dem Vorzeichen der „Entstalinisierung" versuchte Chruschtschow, die politisch-bürokratische Erstarrung des Stalinismus aufzubrechen, die vom Ende der zwanziger bis in die Mitte der fünfziger Jahre auf Wirtschaft und Gesellschaft der UdSSR gelastet hatte. Stärkere Förderung des Lebensstandards, Reformen der Organisationsstruktur von Planung und Wirtschaftsverwaltung, Ausbau der Rechtssicherheit, Lockerung der Arbeitsverfassung und Verbesserungen des Sozialsystems sind Stichworte für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel in der Ära Chruschtschow.

Auf der anderen Seite blieben die wesentlichen Bauelemente des Stalinschen Wirtschaftssystems jedoch erhalten: die zentralen politischen Entscheidungen über Tempo und Struktur der wirtschaftlichen Entwicklung, die Weitergabe und Aufschlüsselung zentraler Anweisungen durch eine üppig wuchernde Bürokratie, die Einbindung der Betriebe in ein Netz von Direktiven, an deren Erfüllung der Betriebserfolg gemessen wird. All dies führte mit zunehmender Kompoliziertheit der Wirtschaft zu wachsender Ineffizienz. Der unstete Charakter der Politik Chruschtschows, der die sowjetische Wirtschaft zuletzt einem Trommelfeuer von Reorganisationen aussetzte, tat ein übriges. Mitte der sechziger Jahre geriet die sowjetische Wirtschaft wiederum in ernsthafte Schwierigkeiten. Sie trugen entscheidend zum Sturz des Kremlführers bei.

Die Wirren der unmittelbaren Nach-Revolutionszeit und die folgende Wirtschaftsblockade durch die Westalliierten brachten den Außenhandel des jungen Sowjetstaats zum Stillstand. Erst Mitte der zwanziger Jahre führten die Verlockungen des „roten Handels" zu einem nennenswerten Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland. Zugleich versuchte Lenin im Rahmen seiner NEP durch die Vergabe von „Konzessionen" ausländisches Kapital für die Industrialisierung des Landes zu gewinnen.

Auch Stalin hat dem Außenhandel für das Gelingen seiner Industrialisierungspläne eine große Rolle zugedacht. Er verlor zwar die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom „kapitalistischen" Ausland als Fernziel niemals aus dem Auge. Zunehmende Importe von Produktionsgütern, die durch Exporte von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Gold zu finanzieren waren, sollten aber zunächst den industriellen Aufbau sicherstellen. Nicht die von ihm befürchtete Wirtschaftsblockade der „kapitalistischen" Staaten, sondern die unerwartete Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre ließ schließlich diese Pläne scheitern. Die plötzliche Verschlechterung der Außenhandelsbedingungen im Kielwasser dieser Krise dürfte somit entscheidend zu der Verhärtung des Autarkiekurses der Stalin-Ära geführt haben.



1937: Traktorbrigade in der Wüste. Alle Räder stehen still ...

FOTO: DIE WELT

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah es zunächst nach einer Kursänderung der sowjetischen Außenwirtschaftspolitik aus. Die UdSSR hatte an den Verhandlungen zur Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) aktiv teilgenommen, sie stimmte sogar dem Gründungsdokument mit dem ausführlichen Hinweis zu, zu einer friedvollen, weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit beitragen zu wollen. Moskau ratifizierte dann allerdings dieses Dokument nicht, weil sich das politische Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den USA rapide verschlechterte; die Hauptursache dürfte die amerikanische Forderung gewesen sein, die UdSSR möge auf eine Herrschaft über Osteuropa verzichten. Stalin lehnte anschließend die Teilnahme Polens, Ungarns und der CSSR am Marshall-Plan ab und rief im Gegenzug den „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) ins Leben.

Die Autoren: Dr. Hans-Hermann Höhmann, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln; Dr. Heinrich Machowski, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

„Wer Teilung duldet, gibt Deutschland auf"

idea, Göppingen

Eine deutschlandpolitische Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ), Dachverband der protestantischen Jugendorganisationen in der Bundesrepublik, hat zu schweren inneren Auseinandersetzungen geführt. Zum 8. Mai hatte die AEJ gefordert, die führenden Politiker müßten „endlich offen aussprechen, daß eine Wiedervereinigung politisch nicht realistisch ist". Dies sei eine „unerhörte Feststellung, die die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft sprengt", erklärte Pfarrer Matthias Dannenmann, Kurator des Christlichen Jugenddorfwerkes in Deutschlands.

Dannenmann bestreitet der AEJ das Recht, im Namen der gesamten evangelischen Jugend einseitige politische Stellungnahmen herauszugeben. Die Absage an die Wiedervereinigung werde von vielen jungen Leuten nicht geteilt. Das christliche Jugenddorfwerk beispielsweise werde „immer wieder an die Politiker appellieren, *die Wiedervereinigung* unseres geteilten Landes politisch wirklich werden zu lassen. Ein Staat gibt sich auf, der seine Teilung duldet."

Weiter erklärte Dannenmann, er sei besorgt über die zukünftige Zusammenarbeit in der AEJ, wenn die Anerkennung von unabhängigen deutschen Staaten proklamiert wird, die bestehenden Grenzen in Europa anerkannt werden, die Politiker aufgefordert werden, das Unrecht der Vergangenheit durch neues Unrecht zu sanktionieren". Eine einseitige Bevormundung der AEJ-Mitgliedsorganisationen könne nicht geduldet werden. Nach Ansicht Dannenmanns sollte ein Wort der evangelischen Jugend zum 8. Mai viel eher Dank enthalten für gute Arbeitsmöglichkeiten, die Freiheit zur Verkündigung des Evangeliums und die Unterstützung *der Jugendarbeit durch den Staat*.

Zögling von Krenz in wichtiger Position

hrk. Berlin

Der designierte Nachfolger von Erich Honecker, Egon Krenz, nimmt zunehmend auch auf die SED-Kaderpolitik Einfluß: Sein Vertrauter, der Diplom-Philosoph Wolfgang Herger, bisher Leiter der Abteilung „Jugend" im SED-Zentralkomitee, übernahm jetzt die wichtige ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen. Herger löst damit den 70jährigen NVA-Generalobersten Herbert Scheibe ab. Zu Hergers Kollegen gehört Honeckers Schwager Manfred Feist, der die Abteilung „Auslandsinformationen" leitet. Der 49jährige Herger fädelte seine Karriere über die FDJ-Führung an der Jenaer Universität ein. Von 1971 bis 1976 arbeitete er als Zweiter Sekretär des FdJ-Zentralrates und war in dieser Eigenschaft Stellvertreter von Krenz, der die FdJ-Führung im Jahr 1974 übernahm. Herger gehört seit Mai 1976 dem ZK der SED an.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Für das Bundesgebiet vergeben wir an einen

Vertriebspartner

den Generalvertrieb eines Topproduktes (Weltpatent) auf dem Sektor der Energieeinsparung für Haushalt und Gewerbe. Da es sich um einen Artikel handelt, der millionenfach seine Abnehmer findet, sind gute Gewinne zu erzielen (25–30%).

Sind Sie mit Ihrer Organisation repräsentativ in Supermärkten, Kaufhäusern und Einzelhandel, erwarten wir gerne Ihre Kontaktaufnahme unter R 1146 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Achtung, Vertriebsprofis!

Eine außergewöhnliche Verdienstchance für

Vertriebsgruppen, Anlageberater, Immob-, Finanzierungs-, Versicherungsleute, Vertreter

Die Time-Sharing-Welle der neuen Generation mit weltweiten Tauschmöglichkeiten kommt jetzt ins Rollen. Sie sollten von Anfang an dabei sein.

Anfragen bitte unt. H 1206 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Sind Ihnen 5 Jahre CAD-Erfahrung zu wenig?

Unsere

CAD-Konstrukteure und CAD-Zeichner

arbeiten an Ihren Anlagen oder bringen die Hard- und Software einfach mit. – Fordern Sie bitte unsere Informationen an:

Seeber Konstruktionen GmbH, 7148 Remseck 2 (bei Stuttgart)
Neckarkanalstraße 104, Telefon 0 71 46 / 30 35 + 95 34

Vertriebsfirmen-Handelsvertreter gesucht

für Verkauf von neu entwickelter Schweißanlage, Gewicht 15 kg, Kapazität 200 Amp., sehr günstige Intermittens. Schwedisch produziert u. entwickelt, sehr preisgünstig. Gebiet BRD.
Bitte wenden Sie sich an die
Firma Scan Veld, Henrik Stengaardsvej, 18, DK-5600 Faaborg/Dänemark

---

Telefonmarketing Rhein-Main-Gebiet

Kontaktaufnahme zu potentiellen Kunden. Akquisition, Bedarfsermittlung und Analyse. Terminvereinbarung für Ihren Außendienst. Aktivierung bestehender Kunden. Kundenpflege, Wettbewerbsbeobachtung etc. Konzeption und Ausführung inkl. Direktmailing-Aktion. Durch Ihre lokale Agentur:
Erich Mayer u. Eberhard Richter Gbr.
Rheingaustr. 64, 6200 Wiesbaden, Tel. 0 61 21 / 2 45 53 – 2 71 89
Mo.–Fr. 9 – 17 Uhr

Wenn Sie kein Risiko eingehen wollen, legen Sie Ihr Geld auf Ihrer Bank an.

Wir wollen Ihr Bestes – Ihr Geld

Stille o. tätige Teilhaberschaft – in Marktlücke auf dem Lebensmittelsektor – konkurrenzloses Vertriebssystem. Erforderliches Eigenkapital

250 000,– DM

Gewinn vor Steuern mindestens DM 250 000,– DM p. a.
Information mit Kapitalnachweis unter M 1209 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir geben unser Bestes – Idee – Know-how

Wir sprechen bei einem kalkulierten Risiko von 1 000 000,– DM (i. W. eine Million) vor Steuern.

Psycholog. Bewerber-Begutachtungen

Diplom-Psychologe mit fundierten diagnost. Kenntnissen übernimmt Bewerber-Begutachtungen (auch grapholog. Analysen) für Personal- bzw. Unternehmensberatungen im PLZ 2/3. Evtl. spätere Kooperation.

Zuschriften erb. unter V 1238 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mail Order Services

- YOUR MAILING ADDRESS
- MAIL-FORWARDING SERVICE
- PACKAGING AND FULFILLMENT SERVICE IN EUROPE

IVM AG
Weinbergstr. 72, 8042 Zürich
☎ (01) 3 63 38 44 Tx. 59 140
Telefax (01) 363 30 18

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★

FORDERUNGSANKAUF

(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Haben Sie schon ein

Auslieferungslager

in

Berlin?

Wenn nicht, nehmen Sie Kontakt auf unter M 1055 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Humorvolle Werbung von Konzeption bis Reprovorlage! Info anfordern bei **concecond** in 4352 Herten, Postfach 1220, Telefon 02366-38505

Werbeflächen

4 × 0,80 m, auf umweltaktiven Containern im öffentlichen Verkehrsraum zu vermieten.

Ang. u. N 1056 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geben Sie Ihr Geschäft auf? Können Sie uns Restposten anbieten? Kaufen gegen bar: **GUBI-SONDERPOSTEN-MARKT.** Tel. 0 41 21 / 6 29 95

Deutscher

mit Wohnsitz in Monaco und Vertriebsfirma in USA

sucht neue Produkte für den amerikanischen Markt.

Produktbeschreibung mit allen Angaben unter K 1207 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GmbH unter alt. Recht

Dez. 1980 gegründet, ohne Verlustzuweisung, zu verkaufen.
Angeb. erb. u. G 1205 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Hamburger Kaufmann

50 J., flexibel, erfahren, selbständig, sucht per sofort lukrativen Kontakt in Fachrichtung Dienstleistung od. Vertrieb f. d. Raum Hamburg u. evtl. Schlesw.-Holst.
Tel. 0 40 / 5 11 48 76

Seriöser ehemaliger

Unternehmer

berät Sie bei Liquidation, Insolvenz, Abwicklung, Sanierung, Liquiditätsbeschaffung. Absolute Diskretion selbstverständlich.
Zuschr. u. P 14 897 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Vertrieb gesucht

für Immobilien – Kapitalanlage aus Bankbeständen, neues Finanzierungsmodell, ohne Eigenkapital, hohe Provisionen.
Weitere Auskünfte:
CVH-Unternehmensberatung
Seelhorststr. 13
3000 Hannover 1
Tel. 05 11 / 28 20 31

Ihre Chance!

Dynamische Kauffrau bietet Know-how, Lagerraum u. -haltung sowie Kundenbetreuung u. Auslieferung in zentraler Lage Hamburgs.
Angeb. u. E 1049 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Neutrale, akademische Beratung über Lebensversicherungen und Renten in Schweizer Franken.
Dr. W. Huber, Dahliastr. 11, CH-8008 Zürich.

Architekturbüro

Nähe Bodensee/Allgäu, sehr gute Auftragslage, zu verkaufen.
Ang. u. U 1215 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

VR-China der Zukunftsmarkt, der fast alles sucht und dafür: Anbieter, Zusammenarbeit, gem. Aufbau, Know-how. Auch mittelst. Betr., Vermittlung, Vertrieb v. China-Magazinen, Anz. InfoW: W. Braasch, Postf. 11 69, 7506 Bad Herrenalb.

Ihr Partner in Österreich

Gut eingeführte Handelsagentur, mit Sitz in Wien, sucht Vertretung für **Lederwaren und Schirme.**
Kontakt erb. u. L 1208 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

MANAGER AUF ZEIT
Betriebswirt, 41 Jahre

frei für

- Sanierungen
- Sonderaufgaben
- Übergangslösungen

Angebote erbeten unter D 1202 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Junger prom. Physiker

mit spez. Kenntnissen in Lasertechnik, Optik u. wiss. Softwareentwickl. sowie mit Auslandserf. (USA, Frankr.), sucht Beschäft., vorzugsw. im Großraum HH.
Zuschr. unter U 1061 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Ausland

Gesucht aktive Beteiligung an Goldmine oder evtl. andere Edelmetalle, von Bauing., CH, 39, led. Bedingung Mitarbeit, Lage Afrika oder Amerika. Auskunft durch Chiffre J 11 226 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Diplom-Betriebswirt

28 Jahre, Fachrichtung Beschaffung, Logistik und Wertanalyse, engl. und franz. Sprachkenntnisse, Wertanalyse-Schein des VDI, zur Zeit seit über 3 Jahren als Materialdisponent in einem Großunternehmen tätig und dort für die Bestellentscheidungen einem Teilbereich verantwortlich, sucht adäquate Stellung im Einkauf oder einer logistischen Abteilung, im Raum Hamb.
Angebote erb. unt. U 1237 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Oecotrophologin

Universität Gießen, sucht Anstellung für sofort.
Ang. u. Z 1066 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Gastro-Ehepaar

10 J. Touristik-Erfahrung, sucht neuen Wirkungskreis, auch Ausland, Pacht, Geschäftsführung oder Beteiligung.
Angeb. erb. u. C 1069 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Möchte zurück nach Deutschland und suche Stelle als

Übersetzerin

– Französisch, Englisch, Niederländisch – oder and. Tätigkeit. Bin 45.
Zuschriften an Berti Hein, Breda Baan 671, B-2120 Brasschaat (Antwerpen), Belgien

---

ELT.-Techniker

staatl. geprüft, 40 J., langj. Erfahrung als Pojektl. in Planung, Bauleit. u. Ausf. von haustechn. Anlagen, sucht neue Position.
Ang. erb. unt. W 1063 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Geologe

30 Jahre, verheiratet, Erfahrung in Hydrogeologie sowie Kenntnisse in Lagerstättenkunde und Geophysik, sucht Stellung auch im Ausland, engl. und franz. Sprachkenntnisse vorhanden.
Zuschr. u. T 1060 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing./Architekt (TU), 34, 7 J. Berufserf. i. Industr., Wohnungsb., Dorferneuerg., su. verantwortungsv., kreative Tätigk.
Ang. u. R 1212 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Partner und Repräsentant

KAUFMANN

(Außenhandel und Schiffahrt),

Handelspartner

Mittelost, RGW-Staaten, Südamerika, als geschäftsführender Gesellschafter tätig, möchte seine Erfahrungen und Verbindungen in neuem Betätigungsfeld ausbauen und noch kreativer gestalten. Schwerpunkte: Grundnahrungsmittel, Konsumwaren, kl. Anlagen im Lebensmittel- und landwirtschaftlichen Betrieb.

UBI WERBEDIENST GMBH
Baurstr. 84 · Pf 52 03 63
2000 Hamburg 52
Tel. 0 40 / 89 20 03 - 05

Engagierter Diplom-Pädagoge

26 J., mit Prädikatsexamen (Uni Münster), sucht Anfangsstellung, vorzugsweise in den Bereichen: Human Resources/Personalwesen, Marktforschung/Öffentlichkeitsarbeit, Beratungs- u. Bildungswesen. Interesse? Angebote unt. S 1213 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekauffrau

45 Jahre (EDV-Erfahrung), sucht neuen Wirkungskreis in NRW.
Ang. u. R 1058 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Betriebswirt

37 J., ledig, Sped.-Kaufmann mit speziellen Kenntnissen auf den Gebieten: Bank, EDV, Entsorgung/Recycling, Controlling. Sprachen: Englisch, Spanisch, sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote unter D 1070 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Leiter Rechnungswesen, 37 J., Ind.-Kfm./Betriebswirt, langj. Erf. z. Z. Ausbilder, erfahren im Umg. m. EDV, su. verantw. Stelle in Mittelbetr. Ang. u. N 1210 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter

mit Lagerraum, 44 Jahre alt, gel. Kaufmann, sucht neuen interessanten Wirkungskreis (Raum Ostwestfalen).
Angeb. erb. unt. A 1067 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

IMMOBILIEN-MAKLER!!

Abiturient, BW-frei, sucht Ausbildungsplatz als Immobilien-Kaufmann, auch ohne Entgelt.
Zuschr. erb. unt. V 1062 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Masch.- u. Wirtsch.-Ing. (grad.)

48; Engl., Franz., langjährige Erfahrung im Ausland, Projektleitung, Logistics, Export–Import, Erfahrung in der Leitung abgelegener Baustellen, Baugeräte-Management, Agro-Projekt-Management, wünscht Position in relevantem Bereich. Nicht ortsgebunden.
Ang. u. Z 1044 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIREKTVERTRIEBSPROFI

29 J., betriebswirtschaftliches Abendstudium, Top Five als Gebietsleiter bei amerikanischem Multi, steht sofort bereit für Sie neue Märkte zu erschließen.
Ang. unt. P 1211 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Diplom-Kaufmann

32, Uni Münster, Schwerpunkte: Marketing, Statistik, EDV; umfangreiche kaufmännische Ausbildung; Nixdorf-EDV-Zertifikat; sucht Anstellung in Industrie, möglichst NRW.

Auskünfte erteilt: Herr Gründemann
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 0521/587-360 oder -342, FS 932344

Architekt

39, TU Hannover, mit Schwerpunkt in wiss. Grundlagenermittlung und Planung sowie in Darstellungstechniken. 10 Jahre Berufserfahrung auf den Gebieten der Planung, einschl. Wettbewerbe der Bau- und Projektleitung; sucht Tätigkeit in Architektur-, Planungsbüros oder Instituten im norddeutschen Raum.

Auskünfte erteilt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-579

Dipl.-Ing. (TU)
Lebensmitteltechnologie

49 J., Projektleiter, kompl. Anlagen für Getränketechnologie, speziell Wein, Säfte, Alkohol, fertige Auslandsprojekte in Jugoslawien, Ägypten, Italien, div. Inlandsprojekte, ungekündigt, sucht neuen Wirkungskreis., ähnl. od. als Betriebsleiter, bevorz. Süddeutschland.
Ang. u. P 1057 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Östl. Niedersachsen, Berlin bzw. Braunschweig

Sie suchen
den *produktflexiblen Verkaufsleiter, Teamleiter, den Leiter* Ihres Verkaufsbüros bzw. Verkaufspräsentanten.

Mein Angebot
Maschinenbautechniker, mehrjährige Erfahrung im Pkw- und Lkw-Verkauf, seit einigen Jahren als Gebietsverkaufsleiter in der Händlerbetreuung ungekündigt tätig. Marketingberatung und Händlerschulung, Lern- u. Einsatzbereitschaft.

Veränderungswunsch zum 1. 7. oder 1. 10. 85.
Zuschrift. unt. L 1142 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Versierter Anlageberater

30, 6jähr. Branchenerf., bis vor kurzem erfolgreich für die Dr. Jung AG (Treuwo AG) tätig, sucht neue Aufgabe (Partner), überdurchschnittl. Engl.-Kenntn.
Ang. u. S 1059 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Auslandsbesitz-Bewachung

2 Frührentner – Allroundtechniker + Kaufmann – (mit kompl. Werkzeug-Kfz.) fließend Engl. Spanisch + Franz. sprechend, suchen Aufsichtstätigkeit etc. Yacht, Bungalow, Wohnung in Spanien, Frankreich oder Italien, gegen angemessenes Taschengeld.
Angeb. erb. unt. X 1064 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Industriekaufmann
Bereich: Investitionsgüter

Anf. 40, verh., in ungekündigter Führungsposition mit langj. Erfahrungen im Vertrieb von Datenstationen sowie *Anlagen zur Qualitätssicherung.*
Als qualifizierter Praktiker biete ich:
- Unternehmens- u. Marktstrategie
- Top-Verkäufer auf jeder Ebene
- Angebots- u. Auftragsabwicklung
- sehr gute Erfahrungen im Ostgeschäft, Kooperationskenntnisse.

Suche neue verantwortungsvolle Aufgabe im Raum Hamburg.
Angebote unter F 1204 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Franzose, 36 J.

sehr gut Deutsch sprechend, 14 J. Erfahrung m. Metall- u. Textilexport nach Deutschland, möchte sich jetzt gern dt. Unternehmen in Frankreich vorstellen.

Falls erforderlich, auch bereit, Lehrgang in Deutschl. zu machen. Derzeitig Wohnsitz Nordfrankreich, bei Lille. Interessiere mich für Angebote aller Branchen.

Zuschr. erb. u. E 1203 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Leiter Materialwirtschaft

versiert in Beschaffung, Lager, EDV, Logistik, über 20jährige Berufserfahrung, sucht vielseitige Aufgabe in Industrie, Handel oder Beratung. Angebote unter R 1234 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Prüfer/Prüfungsleiter

Betriebswirt, 39 J., langj. Prüfungserfahrung in der Industrie, sucht neue Aufgabe in WP, Verband oder interne Revision im Großraum Hamburg.
Zuschriften unter Y 1131 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungsaufgabe in EDV / Controlling / Beratung

- Biete langj. Erfahrung bei der Konzeption und pragmatischen Realisierung von EDV-gestützten Planungs- und Controlling-Systemen.
- Bin 43 J. alt, Dipl.-Kaufmann, seit 78 EDV-Leiter in mittlerem Industriebetrieb mit mehreren in- und ausländ. Tochterunternehmen. Frei frühestens ab 1. 7. 85, Raum Hamburg bevorzugt.

Ang. erb. unt. T 1214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

39 Jahre, aus Norddeutschland, vertriebsorientierte Persönlichkeit aus d. Büromöbel-/Büromaschinenbranche, Fachhandel, seit 12 J. selbst., belastbar, verläßlich, entscheidungsfreudig, dynamisch und initiativ, die Fähigkeit eine Mannschaft zu führen, sucht als aktiver Teilhaber, als Geschäftsführer oder Nachfolger im Gebiet Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg oder Bayern entsprechende Position.
Angeb. unt. P 1233 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Kaufm. Leiter

Dipl.-Volkswirt (46 J.), 20 J. Industriepraxis (Metall, Chemie, Einzel- und Serienfertigung), seit 10 Jahren als Prokurist leitend tätig. Führungspraxis im Mittelbetrieb; Erfahrungsschwerpunkte: Finanz- und Rechnungswesen, Finanzierung (inkl. Export), Unternehmensplanung und -kontrolle, EDV/Org., Auftragsabwicklung, Personal. Suche ähnlichen bzw. erweiterten, verantwortungsvollen Wirkungskreis.
Zuschriften erb. u. Y 1065 an *WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Franz. Geschäftsführer

ausgezeichnete Deutschkenntn., sucht unternehmerische Aufgabe im Raum Paris. Verhandlungsgeschick und breite Marktkenntnisse sind vorhanden, um den französischen Markt für den Verkauf Ihrer Produkte und Leistungen neu oder besser zu erschließen. In einem 15 km östl. v. d. Stadtgrenze gelegenen Pariser Vorort stehen mod. Räumlichkeit (600 m²) und schon bestehende wirtschaftl. u. jurist. Struktur zur Verfügung.
Zuschr. erb. u. S 1235 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Account Executive

ungekündigt, bei großem amer. Broker beschäftigt, mit Erfahrung, sucht Position mit Aufstiegsmögl. speziell im Devisenhandel oder institutioneller Anlageberatung bei Bank, Versicherung o. ä.
Ang. u. B 1068 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FOOD Fehlt Ihnen zur Verwirklichung Ihrer Ziele der richtige Mann?

Er, 35 Jahre, Geschäftsleitungsmitglied eines überregional bekannten Einzelhandelsunternehmens, sucht neue Aufgaben mit Schwerpunkt Einkauf/Vertrieb. Anerkannte, überzeugende Erfolge im Discount- und Filialbereich, gute Kontakte zu Herstellern und Lieferanten, nachweisliche Erfahrungen bei der Entwicklung und Realisierung von Handelsmarken. Einsatzbereit, entscheidungsfreudig, geht gern neue Wege, mit sicherem Gespür für das, was beim Verbraucher ankommt.

Wenn Sie den Praktiker brauchen, der mit Schwung und Sachkenntnis plant und durchsetzt, nehmen Sie bitte Kontakt auf über X 1240 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verantwortl. Aufgabe

von engagiertem Stahlbauingenieur, SFI, ges., 33 J., verh., REFA, 9 Berufsjahre in Berechnung, Konstruktion, Abnahme.
Angebote unter Y 1241 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

STELLENANGEBOTE

Internationale Immobilienanlagen

Wir sind eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Westdeutschen Landesbank Girozentrale und eines der führenden Immobilienfonds-Unternehmen der Bundesrepublik.

Da wir unser Angebot an internationalen Kapitalanlagemöglichkeiten erweitern möchten, suchen wir für unser Ressort »Privatkunden und internationale Anlagen« den

Vertriebsleiter

Solide betriebswirtschaftliche, steuer- und gesellschaftsrechtliche Kenntnisse sowie verkäuferisches Talent sind Voraussetzungen. Darüber hinaus erwarten wir gute englische Sprachkenntnisse. Es ist von Vorteil, wenn der Bewerber drei bis fünf Jahre branchenspezifische Berufserfahrung bei einem international orientierten Unternehmen gesammelt hat.

Schwerpunkt dieser Aufgabe wird der selbständige Verkauf sowie die Verkaufsunterstützung und Schulung unserer Anlageberater sein. Das Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auch auf die konzeptionelle Entwicklung und die Umsetzung von Anlage- und Absatzstrategien. Schwerpunkt dieses Unternehmensbereiches ist der nordamerikanische Markt.

Wir bitten um Ihre Bewerbungsunterlagen unter Angabe Ihres Gehaltswunsches.

RWI

Rheinisch-Westfälische Immobilien-Anlagegesellschaft mbH
Personalabteilung, Neusser Str. 111, 4000 Düsseldorf 1

Mittlere Maschinenfabrik und Eisengießerei in Ostwestfalen

sucht zum baldigen Eintritt

Direktions-Assistenten

als späteren Nachfolger des Geschäftsführers.

Akademische Vorbildung, möglichst auch im technischen Bereich, sowie praktische Erfahrung sind Bedingung.

Da erheblicher Export getätigt wird, sind gute englische Sprachkenntnisse erwünscht.

Bei Wohnungsbeschaffung kann geholfen werden. Alle Schulzweige am Ort.

Bewerbungen, die streng vertraulich behandelt werden, senden Sie bitte unter B 1134 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft SF Bau

Wir sind ein erfolgreiches, vielseitig aktives Unternehmen mit jungem Management.

Unser Tätigkeitsgebiet umfaßt den gesamten schlüsselfertigen Hochbau im Großraum Niederrhein – Ruhrgebiet und Westfalen. Wir suchen einen hochqualifizierten

Bauingenieur

für Aufgaben in der Akquisition, Kalkulation, Baubetreuung und Abrechnung. Wir denken an einen Ing. FH oder TH mit Organisationstalent, Eigeninitiative, Durchsetzungskraft und der Fähigkeit, Mitarbeiter zu führen. Bewerber mit mindestens 3 Jahren Berufserfahrung im schlüsselfertigen Bauen finden bei uns eine Chance. Bewerber, die über die erforderliche Qualifikation verfügen, schicken ihre vollständigen Unterlagen an:

TE-BAU-GmbH + Co. KG
Ges. für schlüsselfertiges Bauen
Postfach 5 01, 4290 Bocholt

Günter Kaiser von der Hamburg-Mannheimer: „Unsere Größe ist Ihre Chance. Sie heißt mehr Zukunft, mehr vom Leben."

Sicherheitsingenieur/in

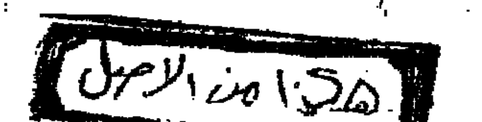
Für unsere Hauptverwaltung in Hamburg (ca. 2.500 Mitarbeiter) suchen wir per sofort eine Fachkraft für Arbeitssicherheit gem. §§ 5–7 *ASiG und für damit zusammenhängende Aufgaben.*

Zu den Hauptaufgaben gehören neben der sicherheitstechnischen Überprüfung der Betriebsanlagen, der Arbeitsverfahren und technischen Arbeitsmittel insbesondere die Beobachtung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung sowie die verantwortungsvolle Mitwirkung bei Brand- und Katastrophenmaßnahmen. Die Beratung der für den Arbeitsschutz Verantwortlichen sowie die Schulung der Sicherheitsbeauftragten gehören ebenfalls zu seinen Aufgaben.

Wir erwarten ein abgeschlossenes Studium zum Bauingenieur (FH) und die nachweisbare Befähigung, die Sicherheitsbedürfnisse und besonderen ergonomischen Erfordernisse eines Dienstleistungsunternehmens beurteilen zu können.

Bitte richten Sie Ihre aussagefähige Bewerbung mit Angabe der Gehaltsvorstellung an Herrn Daum, Personalabteilung, Überseering 45, 2000 *Hamburg 60.*

Hamburg-Mannheimer



Weizmanns „Feindflug" zu Freunden in Kairo

Streitpunkt Taba / Schwelende Regierungskrise in Israel

hav/PMR, Jerusalem/Kairo

Der Bruch der großen Koalition in Israel zwischen der Arbeiterpartei und Likud ist am Montag in letzter Minute verhindert worden, nachdem Peres eine umstrittene telefonische Abstimmung unter den Mitgliedern des Regierungsplenums abgehalten und sie persönlich um ihre Zustimmung zur Reise des Ministers Ezer Weizman nach Kairo gebeten hatte. Nur weil sich Religionsminister Yosef Burg auf die Seite der Arbeiterpartei stellte, ergab sich eine Mehrheit von einer Stimme, so daß Weizman noch am selben Abend abfliegen konnte. In Kairo traf er gestern mit Präsident Mubarak zusammen und übergab ihm eine mündliche Botschaft von Premierminister Peres. Mubarak und Peres wollen ein Gipfeltreffen abhalten.

Doch die Regierung, die Weizman zurückließ, ist nicht mehr dieselbe. Der Widerstand der Likud-Minister gegen Weizmans Mission hat das bisherige Vertrauen zwischen Peres und Shamir erschüttert. Die Tageszeitung „Davar", die im allgemeinen die Ansichten der Arbeiterpartei widerspiegelt, schrieb dazu: „Dem Anschein nach ist alles wieder in Ordnung... Aber in Wirklichkeit haben die Zwischenfälle der letzten zwei Tage das Gefühl verstärkt, daß dies eine künstliche Regierung ist, die nicht bis zum Ende ihrer Legislaturperiode durchhalten kann. Auf keinen Fall ist es denkbar, daß sich mit dieser Regierung irgendein Fortschritt im Friedensprozeß erzielen läßt."

Die Unwilligkeit des Likud, der Ägyptenreise Weizmans zuzustimmen, ist verständlich – nicht nur weil dies ein Eingriff in die Kompetenz des Außenministers und Likudchefs Shamir ist. Die Frage ist, was Weizman erreichen kann. Shamir hat darauf hingewiesen, daß Israel für seine Gebietsverzichte vor fünf Jahren einen Friedensvertrag bekam, von dem Kairo viele Klauseln ganz einfach ignoriert. „Die Ägypter haben jetzt wieder den Sinai. Aber zur Einhaltung des Friedensvertrages können wir sie nicht zwingen." Was Ägypten jetzt wolle, so Shamir, „ist die Enklave von Taba am Golf von Akaba. Sie werden uns alles dafür versprechen, und nachdem wir Taba geräumt haben, werden sie ihre Versprechen wieder vergessen. Und dann ist Taba verloren".

„Kein Auftrag von der Regierung"

Shamir bemerkte, daß Weizmans Reise „zwecklos und unwichtig" sei, schon weil er „keinen Auftrag von der israelischen Regierung" habe. Darauf angesprochen, erinnerte Weizman an seine Vergangenheit als Kampfflieger im Zweiten Weltkrieg und erklärte: „Bei einem Feindflug erfolgt die Bewertung nicht vor dem Abflug, sondern erst nach der Rückkehr."

Weizman ist wahrscheinlich die Ironie entgangen, die in dem Vergleich einer Ägyptenreise mit einem Feindflug liegt. Gerade beim Likud-Block sieht man die Lage so, nicht auf der Seite der Arbeiterpartei, zu der sich Weizman – vor acht Jahren Begins Wahlkampfleiter – jetzt mit Leib und Seele geschlagen hat. Es ist jetzt anzunehmen, daß Peres die Koalition mit dem Likud bis zu den Wahlen zur „Histadrut" (Allgemeiner Gewerkschaftsverband) erhalten wird. Die Abstimmung am 13. Mai wird ein wichtiger Fingerzeig für den Trend der Wählerschaft sein.

Hauptziel des umstrittenen Besuchs ist die Verbesserung der mehr als kühlen ägyptisch-israelischen Beziehungen. Der erste politische Besuch eines israelischen Ministers, der eng mit Peres befreundet und im Kabinett für das Los der israelischen Araber zuständig ist, kommt vor allem auf amerikanisches Drängen zustande. Washington hat Präsident Mubarak bedeutet, vor neuen umstrittenen Friedensinitiativen solle er erst einmal den Frieden mit Israel verbessern.

Amerikaner drängen im Hintergrund

Der ehemalige Luftwaffen-Befehlshaber ist in Kairo sehr angesehen, da er wie Mubarak an den Friedensverhandlungen von Camp David 1978/79 beteiligt war und bei den Ägyptern als „Taube" gilt. Er hat den Ägyptern zugesichert, auch die Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten und nicht nur in Israel verbessern zu wollen. Weizmann will in Kairo vor allem herausfinden, ob eine Verbesserung und Normalisierung der Beziehungen für die ägyptische Führung zur Zeit annehmbar ist oder wie bisher mit immer neuen Bedingungen verknüpft wird. Präsident Mubarak hat sich stark für eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation mit Teilnahme der PLO engagiert, so daß nach ägyptischer Ansicht normale Friedensbeziehungen zu Israel nicht in das Kairoer Konzept der Aussöhnung mit der arabischen Welt passen könnten.

In diesem Zusammenhang bleibt Taba ein kritische Punkt. Denn Mubarak will gegenüber Jordanien und der PLO demonstrieren, daß er auch den letzten Meter „besetzten Gebietes" von Israel zurückerhält, so daß Jordanien das gesamte Westjordanufer zurückverlangen kann. Die israelische Regierung will jedoch die Entscheidung, wem der eine Quadratkilometer breite Wüstenstreifen südlich von Eilath mit einem Hotel und einem Strandclub nun wirklich gehört, beiderseitigen Verhandlungen oder einem internationalen Schiedsspruch überlassen.

Israel räumte die gesamte Sinai-Halbinsel im April vor drei Jahren und beanspruchte Taba, weil die internationale Grenzziehung von 1906 zwischen Ägypten und dem osmanischen Reich südlich von Taba verlief. In der Übergangszeit bis zu einer Regelung besteht Israel darauf, daß die eigene Polizei in Taba Sicherheitsbelange wahrnimmt, während Ägypten das der internationalen Beobachter-Gruppe MFO überlassen will. Beiderseitige Verhandlungen Ende Januar in Beersheva blieben ohne Erfolg, nicht zuletzt deshalb, weil die ägyptische Propaganda Taba zu einem großen und wichtigen Gebiet und zu einer „Lebensfrage der ägyptischen Nation" hochgespielt hatte.

USA erzielen Erfolge in der SDI-Forschung

NATO: Europäische Kritik verfehlt ihre Wirkung

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Das von Präsident Reagan ins Leben gerufene Programm zur Erforschung von Weltraumwaffen, das als Grundlage der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten dienen soll, macht nach Darstellung einschlägig informierter Kreise gute Fortschritte. Die Forschung gehe auf breiter Front voran. Zahlreiche Konzepte seien in den Bereich des technisch verwirklichbaren gerückt. So sei es im Lawrence Livermore National Laboratorium geglückt, in einem ionisierten Kanal einen Elektronenstrahl über eine Entfernung von 80 Metern zu stabilisieren. Das Problem bei der Nutzung von Elektronenstrahlen ist deren Eigenschaft, sich zu zerstreuen. Die amerikanischen Wissenschaftler fanden heraus, daß ein von einem Laserstrahl „vorgebohrter" Kanal in der Ionosphere Luftpartikel ionisiert. Dadurch werde der Strahl stabil gehalten.

Der im Lawrence Livermore Laboratorium simulierte Elektronenstrahl wird unter Experten als Durchbruch bei der Anwendung einer bestimmten Technologie angesehen. Mit dem lasergesteuerten Elektronenstrahl könnten sowjetische Raketen aus niedriger Erdumlaufbahn über mehr als 1500 Kilometer Entfernung zerstört werden.

Forschungsresultate seien auch auf einem anderen Gebiet erzielt worden: dem Röntgen-Laser. Dieser arbeite auf einer Wellenlänge von 0,0014 Mikron mit einer Energie von mehreren Billionen Watt. Er sei in der Lage, die Steuerung sowjetischer Raketen in der Startphase zu zerstören und die Mikroschaltungen in deren Nukleargefechtsköpfen zu vernichten. Der Röntgen-Laser gibt im Gegensatz zum normalen Dauerstrichlaser seine Energie in einem Stoß ab. Sie führt zur Verdampfung des getroffenen Ziels. Das Kampfgerät würde an ein Ultraviolett-Infrarot-Teleskop für die Zielführung gekoppelt. Die Anlage sei so kompakt, daß sie in einen Satelliten paßt. Mit einem Flug der amerikanischen Raumfähre könnten gleichzeitig mehrere Kampfsatelliten dieser Art ausgesetzt werden.

Schlüssel für die Beherrschung der Raumwaffentechnik seien gekoppelte Computerkanäle, die der Gefechtsführung (Battle Management) im Falle eines Raketenangriffs dienen. Die Erzeugung künstlicher Intelligenz mit Hilfe supermoderner Rechner-Software spiele dabei eine bedeutsame Rolle. Künstliche Intelligenz bedeutet, daß ein Computer auf Grund einer gegebenen Lage Schlußfolgerungen ziehen kann. Die Vereinigten Staaten seien auf diesem Gebiet der Sowjetunion voraus. Inzwischen greife auch der von Washington verhängte und in Europa nicht immer voll verstandene Stopp des Technologieexports in die Sowjetunion. Der Abstand der Amerikaner zu den Sowjets auf dem Feld der hochentwickelten Technologie vergrößere sich.

In der NATO stellten Fachleute fest, daß der amerikanische Optimismus, beim SDI-Forschungsprogramm zu greifbaren Ergebnissen zu kommen, wachse. Die NATO-Experten vertreten die Ansicht, daß Washingtons Programm nicht umkehrbar sei. Kritik aus Europa oder der Sowjetunion werde nichts bewirken, weil die maßgeblichen Entscheidungsinstanzen der Vereinigten Staaten zu der Überzeugung gelangt seien, daß das SDI-Programm im nationalen Interesse liege. Europäische Kritik sei zudem in amerikanischen Augen oft oberflächlich und gelegentlich hysterisch. Deshalb bleibe sie voraussichtlich ohne Wirkung. Der Ansicht mancher europäischer Wissenschaftler und Politiker, das SDI-Programm beruhe zum Teil auf Wunschdenken, scheine die Sowjetunion, die selbst seit 20 Jahren auf diesem Feld forsche, nicht zu folgen. Ihre Wissenschaftler könnten beurteilen, wieweit das SDI-Programm realistisch sei. Mit erheblichem Aufwand bemühe sich die Sowjetunion darum, das amerikanische Programm zu bekämpfen.

Berechnungen amerikanischer Wissenschaftler in Los Alamos (New Mexico) haben inzwischen ergeben, daß die Sowjetunion durch die Einführung schnell brennender Startstufen von Interkontinentalraketen, mit deren Hilfe die Bekämpfung von Offensivraketen in der Startphase unmöglich gemacht werden soll, unannehmbare Einbußen an Nutzlast und Genauigkeit hinnehmen müßte. (SAD)

Prag droht Oppositionellen

rtr, Prag

Der tschechoslowakische Innenminister Vratislaw Vajnar hat Oppositionellen mit Strafe bedroht, falls sie sich nicht den „ernsten Ermahnungen" der Behörden fügten. In der Parteizeitung „Rude Pravo" schrieb Vajnar, westliche Geheimdienste unternähmen verstärkt Anregungen, mit oppositionellen Bürgern Kontakt aufzunehmen. Diese seien nur auf Geld aus und völlig isoliert. In der Vergangenheit sei es nur in Ausnahmefällen nötig gewesen, Maßnahmen gegen „antisozialistische Aktivitäten" zu ergreifen. Die Betreffenden könnten sich aber in Zukunft nicht sicher sein, daß gegen sie nicht mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen werde.

China forciert West-Geschäfte

AP, Canberra

Der chinesische Parteichef Hu Yaobang ist gestern in Canberra mit dem australischen Ministerpräsidenten Bob Hawke zusammengetroffen. In einem gemeinsamen Kommunique wird eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen angekündigt, die als Modell für die von China betriebene Öffnung nach Westen verstanden wird. Hu hatte zuvor schon vor Journalisten versichert, daß China an seiner Politik der Öffnung zum Ausland festhalten und weiter Geschäfte mit westlichen Staaten abschließen werde. In Canberra hieß es, ein Abkommen über eine gemeinsame Ausbeutung der Erzvorkommen am Mount Channar in Westaustralien stehe unmittelbar vor dem Abschluß.

In Scharen ziehen Pilger zum Grab Popieluszkos

RUDOLF CANNE, Warschau

Der Beginn des Frühlings zeigt wieder einmal, wie sehr die vielen selbständigen polnischen Kleinbauern seit Jahrzehnten vom Staat benachteiligt werden, obwohl sie das Rückgrat der landwirtschaftlichen Erzeugung sind: Es fehlt an Gummistiefeln ebenso wie an Batterien und Reifen für die kleinen Traktoren und an Kunstdünger.

Vor allem die Milchwirtschaft muß dringend landesweit und umfassend modernisiert werden. Unabhängige Hygiene-Spezialisten haben festgestellt, daß mindestens 60 Prozent der Milch selbst nach polnischen Lebensmittelbestimmungen nicht verkauft werden dürften, weil sie aus TBC-gefährdeten Beständen stammen oder verunreinigt sind.

Hilfe für private Bauern bleibt aus

Doch die in der „Solidaritäts"-Ära geborene Idee eines „Marshall-Planes" für die polnische private Landwirtschaft scheint tot zu sein. Selbst Lech Walesa, der die mit dem Friedensnobelpreis verbundenen 450 000 Mark dem Hilfsprogramm der Kirche zur Verfügung stellen will und sich sehr dafür engagiert hat, hält sich heute merklich zurück. Noch im vergangenen Herbst war er überaus optimistisch. Denn die gesetzlichen Grundlagen für die von der katholischen Kirche kontrollierte Stiftung zur Unterstützung der privaten Landwirtschaft waren im September 1984 vom Warschauer Parlament verabschiedet worden. Details blieben allerdings noch zu klären.

Doch mit der Ermordung von Kaplan Jerzy Popieluszko im Oktober traten die nur mühsam kaschierten Spannungen zwischen Kirche und Staat wieder offen zutage, die sich mittlerweile zur offenen Konfrontation gegen die Kirche entwickelten. Das Jaruzelski-Regime, dem das Landwirtschaftsprojekt stets aus ideologischen Gründen ein Dorn im Auge war, zeigte sich bei diesen Details unnachgiebig. Es pochte auf die Zollpflichtigkeit aller einzuführenden Güter und die Versteuerungspflicht der Stiftungsmittel, für die fünf Milliarden Mark benötigt würden. Das wiederum war und ist weder für das polnische Episkopat noch für die westlichen Regierungen und Kirchen, die potentiellen Geldgeber, akzeptabel.

Wenn auch Walesa das Scheitern der Hoffnung nicht offen eingestehen darf, so nehmen doch seine engsten Berater kein Blatt mehr vor den Mund: General Jaruzelski könne es sich gar nicht leisten, dieses Programm zuzulassen, das die große Zahl selbständiger Bauern (die es nach Ansicht Moskaus gar nicht geben dürfte) ebenso wie den starken Einfluß der katholischen Kirche auf dem Lande noch weiter stärken würde.

Befürchtungen dieser Art plagen das Regime sicherlich nicht zu Unrecht. Denn „normalisiert" hat sich in Polen seit dem offiziellen Ende des Kriegsrechtes allenfalls die Offenheit, mit der weite Teile der Bevölkerung ihre Ablehnung der Regierung Jaruzelski äußern. So ist es längst keine Sensation mehr, daß sich regelmäßig mehr als 10 000 Menschen am letzten Sonntag eines jeden Monats in und vor der Warschauer St.-Stanislaw-Kostka-Kirche zur „Messe für das Vaterland und alle, die dafür leiden müssen, zusammenfinden.

Vor etwa drei Jahren wurde diese Tradition von Popieluszko begründet, der heute als Märtyrer des christlichen freien Polens gilt. Sein Grab neben der Kirche ist bereits Ziel vieler Pilgerreisen. Von den 155 000 Menschen, die sein Grab im März besuchten, waren allein acht Pilgergruppen aus der Bundesrepublik Deutschland. Aber auch aus Peru, Neuseeland und der Sowjetunion wurden Pilger gezählt.

Hier wie anderswo stehen die Ideale der Gewerkschaft „Solidarität" wie selbstverständlich im Mittelpunkt, deren Name auf unzähligen Transparenten neben dem Grabe flattert. Entschlossenheit zeigen auch die überwiegend jungen Gläubigen, wenn sie bei patriotischen Kirchenliedern mit den Fingern das „Victory"-Zeichen formen. Dadurch wird deutlich, was die Menschen bewegt. Am Palmsonntag gelobte eine Arbeiterdelegation aus dem Warschauer Industrierevier Wola vor 15 000 Gläubigen am Grabe Popieluszkos, dem Vermächtnis des „Patrons der freien Gewerkschaft Solidarität" treu zu bleiben. Während „der Rote" (die abschätzige Bezeichnung des kommunistischen Regimes") gerade heimlich ein Denkmal für die 4000 in Katyn von den Sowjets ermordeten polnischen Offizieren errichtete und dabei die sowjetische Geschichtsfälschung einmeißelte, die die Ermordung den Deutschen anlastet, beteten Tausende bei St. Stanislaw für das Seelenheil der „vor 45 Jahren" (also während der sowjetischen Besetzung Polens) ermordeten polnischen Offiziere.

Trotz guter Ernten und einer angeblichen wirtschaftlichen Erholung sind die Schlangen vor den Läden in ganz Polen wieder länger geworden. Zu den Versorgungsnöten, die von Margarine, Zahnpasta und – natürlich – Fleisch, bis zum Gips zum Schienen der vielen gebrochenen Beine dieses Winters und Medikamenten jeder Art reichen, kommen jetzt noch die zum Teil drastischen Erhöhungen der Lebensmittelpreise. Zeitlich wurden sie zwar auf mehrere Monate gestreckt, aber den Einzelnen treffen sie dennoch schwer.

Wieder wilde Streiks in einigen Betrieben

Lech Walesas Entscheidung, den halbstündigen Streik gegen diese Erhöhungen im Februar nach dem scheinbaren Entgegenkommen der Regierung abzusagen, hat ihm harte Kritik eingebracht.

Nachdem es vor allem in Warschau im März bereits „wilde Streiks" in einigen Betrieben gab, konzentrieren sich die Vorbereitungen der Untergrundgewerkschaft nun auf das Datum des 3. Mai, den Jahrestag der ersten polnischen (und europäischen) demokratischen Verfassung von 1791, der für alle freiheitlichen Polen von großer Symbolkraft ist.

Moratorium auf Sondersitzung in Genf erörtert

rmc. Bonn

Eine Woche vor Beendigung der ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung der strategischen Nuklearrüstung und der militärischen Aktivitäten im Weltraum haben sich beide Supermächte gestern entgegen des vereinbarten Sitzungsturnus nicht mit dem Thema Weltraum, sondern mit den Mittelstreckenwaffen befaßt. Die US-Delegation wollte auf dieser Sondersitzung erläutern, warum die USA und mit ihr der europäische Teil der NATO nicht bereit sein könnten, das sowjetische SS 20-Moratorium mit einer vergleichbaren Unterbrechung der Aufstellung von Pershing 2-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa zu beantworten.

Die amerikanische Seite hält sich strikt an die vereinbarte Vertraulichkeit der Genfer Verhandlungen. Durch die Gorbatschow-Ankündigung sah sie sich aber zu einem Signal an die Weltöffentlichkeit genötigt, aus dem zu lesen sein sollte, daß Washington gegenüber dem Verhandlungspartner zu seriösen Kompromissen bereit sei, nicht aber zu Absprachen, die den Westen ins Hintertreffen geraten lassen müßten.

Darüber hinaus gibt es Indizien dafür, daß die Sowjetunion die halbjährige Zeitspanne zwar als Stationierungsstopp deklariert, sie aber nutzt, um nach weiteren Test mit einer verbesserten Version der SS 20 die Stationierung fortzusetzen. Die amerikanische Seite in Genf verhandelt weiter nach den Grundsätzen der 1983 von Moskau abgebrochenen INF-Runde. Schon damals war der Westen zur sogenannten „Null-Lösung" bereit. Auch hätten die USA einen zahlenmäßigen Gleichstand beider Seiten auf niedrigerem Niveau akzeptiert. Heute aber verfügt die Sowjetunion über mehr als 1400 Sprengköpfe auf ballistischen Trägern mittlerer Reichweite, die USA in Europa aber über weniger als hundert auf Pershing 2 und Marschflugkörpern.





Mudschahedin nehmen Kabul unter Feuer

dpa, Neu Delhi

Die afghanische Hauptstadt Kabul ist in der vergangenen Woche nach mehreren Monaten wieder von den Mudschahedin unter Raketenbeschuß genommen worden. Nach Informationen westlicher Diplomaten in Neu Delhi schlugen erstmals auch im Osten der Stadt Geschosse ein.

Schwere Kämpfe mit hohen Verlusten auf beiden Seiten wurden auch aus der Gegend um Mahan Shar und aus der Provinz Paghman gemeldet. Sowjetische und afghanische Truppen griffen starke Mudschahedin-Verbände an. Die Widerstandskämpfer sollen mehrere sowjetische Hubschrauber abgeschossen haben.

Israel: Nur noch mit einem Bein in Libanon

Wie sich Jerusalem die Zeit nach dem Rückzug vorstellt

ROLF TOPHOVEN, Tel Aviv

Bis Ende Mai, so verraten hohe Militärs in Tel Aviv, soll alles vorbei sein – vier Monate früher als ursprünglich geplant soll dann der Rückzug der israelischen Armee (Zahal) aus Libanon abgeschlossen sein. Doch bis dahin stehen der Zahal noch bittere Wochen bevor. Oberste Devise der abziehenden Armee ist es, Verluste so niedrig wie möglich zu halten. Doch das ist schwer in diesen Tagen in Südlibanon. Die Gefahr lauert überall. Die Israelis schlagen bei Terroranschlägen hart zurück. Ihre Taktik der „eisernen Faust" hat bislang allzu große Verluste vermieden. Aber die Truppe ist nervös. Zwar verstehen Israels Soldaten den Kampf gegen Terror und Guerilla, aber nun, da ihre Stationierung in Libanon zu Ende geht, fehlt den Soldaten das innere Engagement, der Auftrag. Einziges Ziel: Jeder will mit heiler Haut nach Hause.

„Mit einem Bein stehen wir bereits in Israel, mit den anderen noch in Libanon: wie will man da mit letzter Hingabe kämpfen", sagt Ariel Merari, führender Terrorismusexperte vom „Center für Strategische Studien" in Tel Aviv gegenüber der WELT. Die Schlüsselfrage in diesen Wochen in Israel lautet: Was kommt nach dem Rückzug? Wie geht die Entwicklung in Libanon dann weiter? Faktum ist: Der 1982 begonnene Feldzug hat die militärische Infrastruktur der PLO zerstört. Eine organisierte Kommandozentrale der PLO existiert nicht mehr. „Sie würden drei bis fünf Jahre brauchen, um den alten Zustand wiederherzustellen", sagen die Anti-Terrorexperten beim Ministerpräsidenten.

Neue alte Lage

[illegible] Ariel Merari vor ei[illegible] abzeichnenden [illegible] der Küstenregion [illegible] nach Tyros [illegible] heute wieder [illegible] sind die [illegible] Flüchtlingslager. [illegible] Einfluß Arafats immer [illegible] Seine Anhänger stehen im [illegible] sunnitischen Bevölkerung [illegible] wie vor dem Ein[illegible]

[illegible] versuchen die von Syrien [illegible] PLO-Gruppen ebenfalls in Südlibanon Fuß zu fassen. Nicht auszuschließen ist deshalb, so Merari gegenüber der WELT, „daß die Palästinenserlager an der Küste im Süden künftig erneut eine Rolle spielen bei der Ausbildung internationaler Terrorgruppen". Offen sei derzeit auch noch das Verhalten der Schiiten gegenüber der PLO.

Vorerst dominieren im Umfeld des schiitischen Terrors gegen Israels Truppen vor allem die Fundamentalisten und Khomeini-Anhänger. Wird ihr Terror die israelischen Truppen auch nach Israel hineinverfolgen? Eine reguläre südlibanesische Armee, die die Sicherheitszone beherrschte, die der inzwischen verstorbene Major Hadad einst mit Israels Hilfe im Süden des Landes aufgebaut hatte, besteht praktisch nicht mehr. Hadads Nachfolger, General Lahad, hat bei der Bevölkerung nicht jenes Charisma wie sein Vorgänger.

Abschreckungsstrategie

Infiltrationen nach Israel aber werden in Zukunft noch schwieriger, Selbstmord-Aktionen also kaum noch möglich sein. Mit Raketenüberfällen von Libanon aus werden die Menschen im Norden Israels jedoch auch weiterhin leben müssen. Ihre Intensität, so vermuten Fachleute, wird im Vergleich zu früher dagegen abnehmen. Israels neue Verteidigungspläne für den Nordteil des Landes basieren auf Einschätzungen möglicher Entwicklungen in Libanon. Die Armee wird eine Abschreckungsbarriere aufbauen. Hervorragende Eliteverbände sollen ständig an der Nordgrenze in Alarmbereitschaft liegen – jederzeit bereit, bei Terrorangriffen Vergeltungsschläge tief in libanesisches Territorium hinein durchzuführen. Eine besondere Rolle wird künftig bei israelischen Anti-Terroraktionen auch die Luftwaffe spielen.

Angesichts dieser Massierung von Streitkräften an der Grenze zu Libanon vertreten Israels Experten mit Blick auf die Entwicklung des schiitischen Terrors die These: „Die Mehrheit der schiitischen Bevölkerungsgruppe in Südlibanon, die keine Terroristen sind, kann doch nicht wirklich eine Wiederholung jenes Teufelskreises von Angriff und Gegenangriff wollen, der in den letzten zehn Jahren ihr Leben gezeichnet und ruiniert hat."

Chinas Erbrecht enterbt ein Stück Maoismus

OSKAR WEGGEL, Hamburg

Ein neues Erbgesetz ist jetzt vom Volkskongreß in Peking verabschiedet worden. Es soll den zum Vermögenserwerb ermunterten Chinesen mehr Rechtssicherheit geben und die bisherige Benachteiligung der Frauen ausgleichen. Alles in allem ist das neue Erbrecht ein weiterer Schritt zur Enterbung des Maoismus.

Am Erbrecht pflegen sich in sozialistischen Staaten die Geister zu scheiden. Geht es hier doch um eine Abwägung zwischen dem häufig als „reaktionär" verdächtigten Familienethos und dem seit Marx geltenden Prinzip, daß im Stadium des Sozialismus die „Verteilung nach Leistung" zu gelten habe.

Auch die Volksrepublik China leistete sich in dieser Frage über Jahrzehnte eine Art Vogel Strauß-Politik. Sie ließ die Materie formell ungeregelt und beschränkte sich darauf, der Bevölkerung neue Modelle ans Herz zu legen.

Eines davon war ein gewisser Chen Luoping, ehemaliger Armeeoffizier seines Zeichens, der, als er auf dem Sterbebett lag, seine drei Kinder zu sich kommen ließ und ihnen zu verstehen gab, daß er ihnen lediglich jene drei Granatsplitter hinterlassen wolle, die er vom Kriege her noch in seinen Körper trage; sie sollten den Hinterbliebenen als Mahnung dienen, stets „hart zu bleiben". Vererben wolle er nicht seine materielle Habe – die solle der Partei anheim fallen! – sondern sein „geistiges Vermögen!"

Diese Geschichte entsprach bestem kulturrevolutionären Stil, und wurde deshalb von den damaligen Medien begeistert nachgedruckt.

Neuer Zeitgeist

Inzwischen hat sich der Zeitgeist von Grund auf geändert: Die Familie ist wieder zu Ehren gekommen, der einzelne wird parteioffiziell ermutigt, persönlichen „Reichtum" anzusammeln, und sogar an Produktionsmitteln ist wieder Privateigentum möglich. Dies wirkt sich auch auf das Erbrecht aus.

Schon im Ehegesetz von 1980 finden sich einschlägige Regelungen, die nun durch das Erbgesetz ergänzt werden sollen. Das neue Recht entspricht weitgehend deutschen Vorstellungen – kein Wunder angesichts der Rezeption deutschen Rechts durch die Kuomintang in den zwanziger Jahren, das in der Volksrepublik anfangs zwar abgeschafft worden war, nunmehr aber Stück für Stück wieder auftaucht.

So etwa gibt es gesetzliche und testamentarische Erbfolge, allerdings nur an solchen Gegenständen, die in Privateigentum stehen können – also zum Beispiel nicht an Grund und Boden, wohl aber an privaten Bauernhäusern: Häuser und Baugrund werden, anders als im deutschen Recht, getrennt voneinander behandelt. Schon im alten China war die Unterscheidung zwischen „Bodenhaut" und „Bodenknochen" üblich!

Nach deutschem Vorbild

Wie im deutschen Recht sollen auch in China Ehegatten einander und Kinder ihre Eltern beerben. Frauen sind bei der Erbfolge gleichberechtigt, ebenso uneheliche Kinder. Vererbt werden nicht nur die Rechte, sondern auch die Schulden, allerdings nur bis zur Höhe der hinterlassenen Aktiva.

Hinzuweisen wäre auf einige Besonderheiten des neuen Rechts: Da sind einmal bestimmte Fürsorge- und „Pietäts"-Regelungen, die konfuzianische Traditionen nachklingen lassen: Wer nicht für die familienzugehörigen Alten oder Kinder sorgt, soll vom Erbrecht ausgeschlossen werden. Dies gilt zum Beispiel für einen bereits im Erwerbsleben stehenden Sohn, der die Großeltern vernachlässigt, im Stiche läßt oder sie gar mißhandelt – eine „leider", wie es heißt, „immer mehr um sich greifende Unsitte", die mit der überkommenen Familienethik unvereinbar ist.

Früher gab es auch noch den „Sakralerben", der die Ahnenopfer zu besorgen hatte und dafür entsprechende Vermögensteile übereignet bekam; davon ist heute nichts mehr übrig geblieben.

Den Geist der Reformpolitik sollen vor allem zwei Bestimmungen Rechnung tragen, die Vererbbarkeit von Wertpapieren (in aller Regel von staatlichen Schuldverschreibungen) und die Gleichstellung von Schwiegersöhnen oder -töchtern mit leiblichen Kindern. Letzteres ist eine Konsequenz des staatlichen Ein-Kind-Familien-Kurses. Oft leistet ja nunmehr die Schwiegertochter mehr für die Schwiegereltern als der einzige Sohn, der zumeist außer Hause ist. Soziales Engagement soll also mindestens genauso zählen wie Blutsverwandtschaft.

Bouterse: Nie wieder Demokratie in Surinam

Freundschaft mit Moskau, Angst vor US-Intervention

F. SCHMEIDEL, Paramaribo

Nahezu unbemerkt von der Weltöffentlichkeit hat sich in den letzten fünf Jahren im Norden Südamerikas ein neuer Diktator etabliert: Desi Bouterse, ehemaliger Sergeant der niederländischen Armee und Oberfeldwebel im 1000-Mann-Heer des seit 1975 unabhängigen Surinam, Führer des Militärputsches vom 25. Februar 1980, selbsternannter Obrist, Armeechef und de facto Alleinherrscher über knapp 400 000 Menschen in einem Land von 160 000 Quadratkilometern.

„Die ersten fünf Jahre unserer Unabhängigkeit waren vom Neokolonialismus geprägt", sagt Bouterse. „Wir werden jetzt eine neue Gesellschaft ohne Unterdrückung und Unterdrückte aufbauen." Auf die Frage, wie diese denn aussehen solle, antwortet er ausweichend: „Wir werden die Produktionsmittel in die Hände des Volkes geben und nicht länger zulassen, daß sich die Bourgeoisie unrechtmäßig bereichert. Wir wollen und werden unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit erkämpfen."

Die politische Unabhängigkeit des Landes scheint in Bouterses Konzept – wobei es manchmal fraglich erscheint, ob er überhaupt eines hat – ebensowenig eine Rolle zu spielen wie Meinungs- und Pressefreiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Bouterse: „Es soll nie wieder eine parlamentarische Demokratie in Surinam geben."

Botschaft überbesetzt

Fast als Garantie für die Verwirklichung dieses Vorsatzes ist die inzwischen enge Freundschaft anzusehen, die Bouterse mit Kuba, Nicaragua und der Sowjetunion verbindet. Bereits im Frühjahr 1980, kurz nach dem Militärputsch, kamen Emissäre Fidel Castros nach Paramaribo, um den neuen Machthabern ihre „brüderliche Hilfe" anzubieten. Bouterse nahm das Angebot an und hatte auch keine Einwände gegen die wenig später offerierte „freundschaftliche Zusammenarbeit" mit den Sowjets.

Moskau entsandte sogleich einen Botschafter nach Paramaribo; inzwischen hat die sowjetische Mission ein Ausmaß erreicht, wie man es sonst nur aus Satellitenstaaten Moskaus kennt. Auch das Büro der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass ist im Verhältnis zur weltpolitischen Bedeutung Surinams drei Nummern zu groß geraten. Dies gilt auch für alle anderen Büros und Agenturen aus dem Ostblock.

Die Furcht vor einer amerikanischen Intervention hat Surinams innenpolitisch starken Mann wohl auch bislang davon abgehalten, seine wiederholt angekündigten Pläne zur Verstaatlichung der Bauxit-Industrie in die Tat umzusetzen. Der Aluminium-Rohstoff ist die Haupteinnahmequelle Surinams, das über das weltweit viertgrößte Vorkommen verfügt.

Finanzhilfe fraglich

Doch die beiden großen Abbau-Gesellschaften sind in Händen von Niederländern und Amerikanern, die Bouterse nicht noch heftiger vor den Kopf stoßen will. Die von Den Haag und Washington aufgrund der politischen Entwicklung in Surinam zurückgehaltenen Hilfsgelder dürften er ohnehin bereits endgültig verloren haben.

Ob Bouterse von seinen neuen Freunden finanzielle Unterstützung erhalten wird, ist fraglich. Allerdings tauchten bei der wie jedes Jahr am 25. Februar zur Erinnerung an den Putsch abgehaltenen Militärparade in Paramaribo moderne Schnellfeuergewehre, Panzerabwehrwaffen und Geschütze sowjetischer Fabrikation auf. Die Armee soll außerdem sowjetische Schützenpanzer erhalten, um in den weitläufigen Gebieten des Südens beweglicher zu sein. Überhaupt übt die Armee, deren Stärke auf knapp 2000 Mann verdoppelt wurde, die zentrale Kontrollfunktion im Lande aus.

Für die Sowjets ist Surinam aus mehreren Gründen ein interessanter Partner. Da sind zum einen die Bauxitvorkommen, für die die sowjetische Rüstungsindustrie Verwendung hat. Zweitens ist Surinam nicht nur ein guter Ersatz für Grenada, sondern auch der erste sowjetische Brückenkopf auf dem südamerikanischen Festland. Drittens muß Moskaus Engagement auch mit einem Seitenblick auf das benachbarte Französisch-Guayana gesehen werden, wo sich der europäische „Weltraum-Bahnhof" Kourou befindet. Mit Kuba, Nicaragua und Surinam ist der UdSSR die Bildung eines strategischen Dreiecks in der Karibik gelungen.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheliga (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners



Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

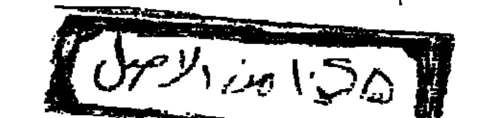
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

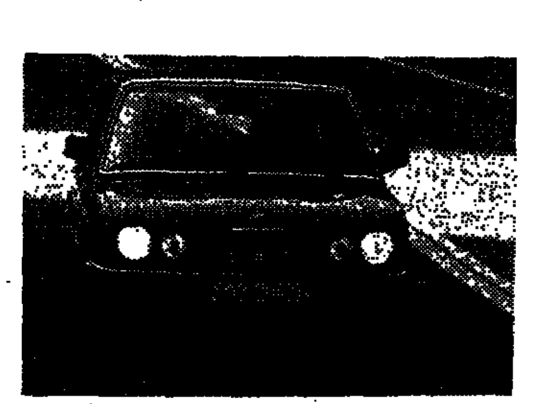
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



ABS ist beim Automobil der wichtigste Sicherheitsfortschritt des letzten Jahrzehnts.

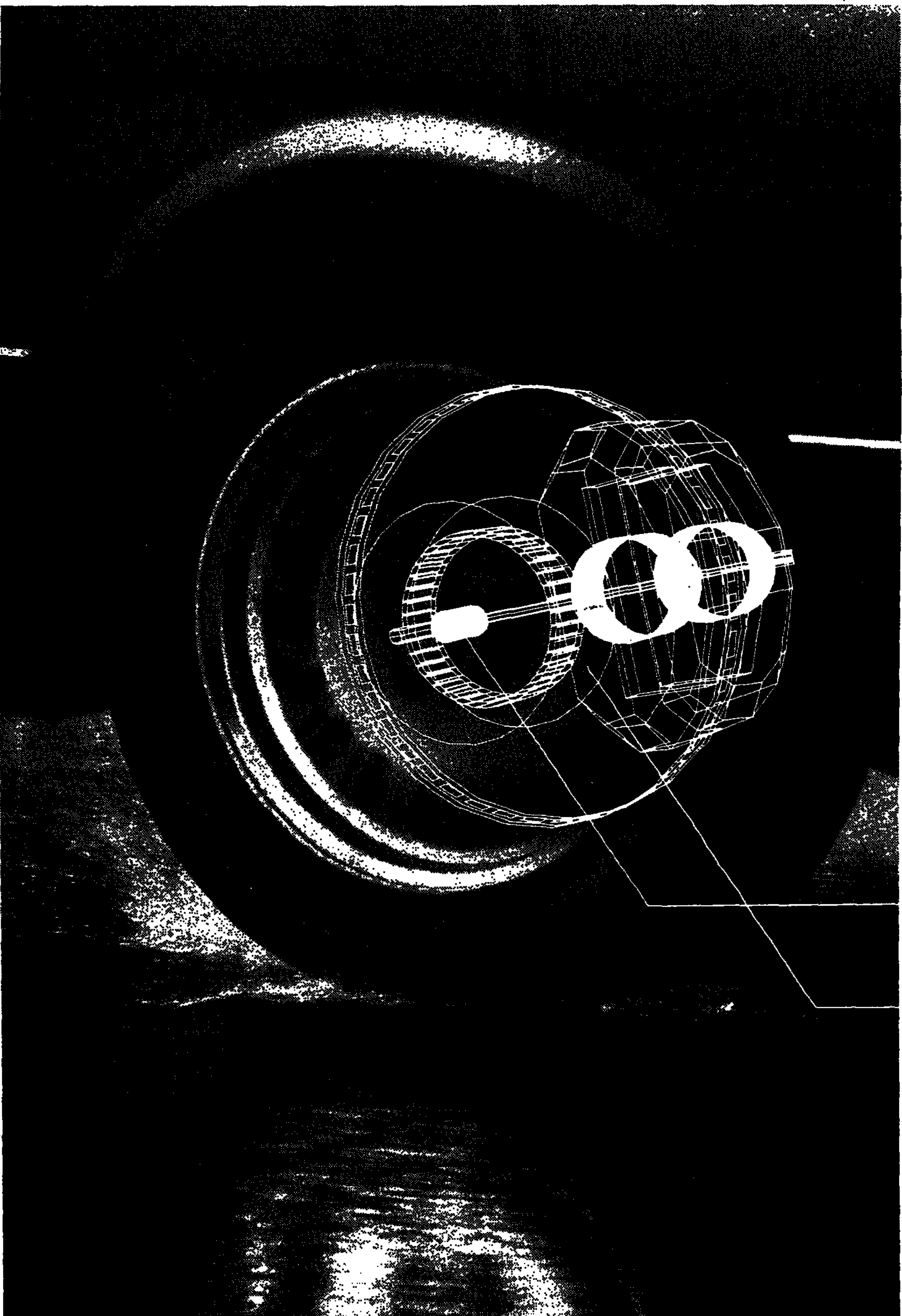
BMW Fahrer profitieren davon auf einzigartige Weise.



Bei keinem ist das Beste an Sicherheit so selbstverständlich wie bei BMW: Das Anti-Blockier-System ABS ist bereits bei fast 50% unserer Modelle serienmäßig.

BMW war nicht nur Mitentwickler des Anti-Blockier-Systems ABS.
BMW hat diese Entwicklung für größtmögliche Sicherheit beim Bremsen auch weltweit am konsequentesten eingesetzt: ABS ist in allen Modellen der 6er und 7er Reihe sowie in den 535i, M 535i und M5 serienmäßig.

Für Kenner ist das ein weiterer Beleg dafür, daß BMW die faszinierenden Möglichkeiten der Elektronik im Automobilbau umfassend nutzt und seinen Fahrern stets schnellstmöglich zur Verfügung stellt.



ABS Anti-Blockier-System bei BMW: Bremssicherheit der höchsten Klasse.

ABS arbeitet präziser, effektiver und fehlerloser, als der Mensch es jemals könnte, und verhindert unter allen Umständen sicher das Blockieren der Räder beim Bremsen. ABS verhindert dadurch Schleudern selbst bei extremen Notbremsungen, auch auf problematischen Fahrbahnoberflächen.
Mit ABS ist es möglich, auch in Kurven voll zu bremsen. Die Lenkfähigkeit bleibt erhalten, so daß bei Notbremsungen Lücken zwischen Hindernissen genutzt werden können.
Durch optimale Ausnutzung der bestehenden Kraftschlußbeiwerte für jedes einzelne Rad wird zudem der bestmögliche Bremsweg erreicht.

Das Anti-Blockier-System steigert aber nicht nur die Sicherheit, sondern zugleich auch die Wirtschaftlichkeit.
Denn durch den verringerten Reifenabrieb können die Reifenkosten um bis zu 30% gesenkt werden – auch eine Beschädigung der Reifen durch Blockierbremsungen *bei höheren Geschwindigkeiten* wird mit ABS zuverlässig vermieden.
Und die Autoversicherer gewähren für Fahrzeuge mit ABS einen 10%igen Rabatt bei der Vollkasko-Versicherung.

Sicherheit ist zum einen Technik. Und zum anderen Konsequenz. Beides geht bei BMW etwas weiter.

Der Bremsweg von Fahrzeugen, die mit ABS ausgerüstet sind, kann zum Teil deutlich kürzer sein.
Eine der wichtigsten Voraussetzungen, Auffahrunfälle von nachfahrenden Fahrzeugen zu vermeiden, ist daher das Funktionieren der Bremsleuchten.
Deshalb gibt es bei BMW *eine außerordentlich wertvolle Ergänzung zum ABS:* die aktive Check-Control.
Sie überprüft 7 wichtige Fahrzeugfunktionen und zeigt Defekte bei Bremslichtern oder Heckleuchten sofort an.

Das Verantwortungsbewußtsein eines Herstellers erkennt man nicht allein daran, daß er zeigt, was möglich ist. Sondern vor allem daran, daß er serienmäßig soviel Sicherheit bietet, wie anspruchsvollen Fahrern selbstverständlich ist.

Das Anti-Blockier-System besteht aus einem Drehzahl-Sensor pro Rad und aus einer Elektronik-Einheit, die die Drehzahl-Informationen verarbeitet.
Hinzu kommt eine Hydraulik-Einheit, über die die Elektronik den Bremsdruck für jedes Rad regeln kann.
Bei Blockiergefahr senkt sie den Druck, das betreffende Rad kann sich wieder schneller drehen, das Blockieren wird vermieden.

Wenn Sie zusätzliche Informationen wünschen, können Sie *uns zum Ortstarif* anrufen:
Tel. 0130-33 88, werktags von 9.00 bis 17.00 Uhr. Oder wenden Sie sich an Ihren BMW Händler.

BMW in Btx ★ 20800#





Omans Streitkräfte zeigen Disziplin der Preußen und Standard der NATO

Von C. G.BROCKDORFF

Was bei gemeinsamen Manövern der Golf-Staaten mit dem Heer des Sultans von Oman geschieht: Nach einem langen, heißen Tag ziehen sich die Herren Offiziere der Golf-Staaten in nicht weit entfernte Luxushotels zurück. Die omanischen Offiziere graben sich mit ihren Männern in der Wüste ein.

Mehr als tausend Worte ausdrükkken könnten, zeigt dies, wie es um die Armeen auf der arabischen Halbinsel bestellt ist. Die meisten arabischen Staaten hätten gerne mehr Panzer, möglichst den Leopard 2. Panzer sind Status-Symbol, sie heben das nationale Selbstgefühl. Die Armee des Sultans von Oman hat nur 25 Kampfpanzer und will nicht mehr haben.

Die Analyse der Bedingungen hat ergeben, daß Kampfpanzer für die Verteidigung des zweitgrößten Staates auf der arabischen Halbinsel kaum benötigt werden. Der Sultan verläßt sich mit seinen 21 500 Mann starken Streitkräften (Heer: 16 500) auf gemischte Brigaden, die den Kampf der verbundenen Waffen führen sollen. Seine starke Panzerabwehrkomponente hat er durch Hubschrauber beweglich gemacht. Status-Symbole bedeuten ihm nichts.

Der 44jährige absolute Herrscher Qabus bin Said stürzte 1970 in einem unblutigen Putsch (zwei Verletzte) seinen Vater, der das 310 000 Quadratkilometer (Bundesrepublik: 240 000) große Land mit Methoden des Mittelalters regierte. Zuvor hatte der jetzige Sultan die harte britische Offiziersschule Sandhurst durchlaufen und als Offizier in der britischen Rheinarmee gedient. Seit dem Umsturz versucht er die 1,5 Millionen Einwohner an das 20. Jahrhundert heranzuführen. Er baut Straßen, Krankenhäuser und Schulen, eine Universität ist geplant.

Des Nachts steuert der Sultan seinen Audi-Quattro, begleitet nur von seinem Adjutanten, durchs Land wie ein von Unruhe getriebener Prinz aus „Tausend und eine Nacht". Allzu üppigen Prunkbauten reicher Kaufleute, läßt er die Kuppeln abreißen, Stammesfürsten bindet er durch Geldgeschenke, die an das Volk weitergegeben werden müssen.

Die Streitkräfte des Sultans sind preußisch diszipliniert, genauer gesagt: britisch. Ostern haben sie das Wüstenmanöver „Ra'ad" (Donner) beendet, das größte in ihrer bisherigen Geschichte. Die Ausgangslage sah einen Angriff des marxistisch-leninistischen Staates „Marmul" auf Oman vor,um seine Ölquellen zu besetzen.

Dem Westen zugewandt: Sultan Qabus bin Said FOTO: CAMERA PRESS

Unwillkürlich denkt man dabei an den Nachbarstaat Volksrepublik Jemen, der von sowjetischen Militärs und „DDR"-Spezialisten für das Gefängniswesen beherrscht wird. Das, so omanische Offiziere, sei nur zufällig. Der Sultan unterhält gutnachbarliche Beziehungen zu Jemen, das einst den Bürgerkrieg in Dhofar schürte. Er strebt den Austausch von Botschaftern an.

Manöverbeobachtern wird rasch klar, daß hier bei 40 Grad Hitze in der Wüste keine Armee der Dritten Welt den Krieg spielt. Die Streitkräfte des Sultans entsprechen NATO-Standard, benutzen der NATO entsprechende Führungsvorschriften, NATO-Ausdrücke und die taktischen Zeichen der NATO. Die arabischen Offiziere des Sultans sprechen ein Englisch, das manchem Bundeswehr-Offizier zur Ehre gereichte.

Chef des omanischen Verteidigungsstabes ist der britische Generalleutnant John Watts, bis zur Verabschiedung des Vorgängers General Sir Timothy Creasy im Herbst 1984 Stabschef der Landstreitkräfte. Als Heereschef ist ein omanischer General nachgerückt.

Britische Offiziere und Unteroffiziere, abgestellt aus London oder unter Vertrag, dienen völlig integriert in den Streitkräften des Sultans. Sie tragen omanische Uniform und räumen ihre Plätze, sobald omanische Offiziere, die ihre Ausbildung an britischen und kanadischen Militärinstitutionen genießen, ensprechend qualifiziert sind. Die Qualitätsforderungen des Sultans gelten als unerbittlich.

Er will eine kleine, schlagkräftige Truppe, befähigt zumindest zu einem begrenzten Krieg, den er nicht führen möchte. Qabus bis Said's Politik gilt als äußerst vorsichtig, um Entspannung und Ausgleich bemüht. Er arbeitet eng mit den übrigen Golf-Staaten zusammen. Ein gemeinsames militärisches Oberkommando aber, dem er seine hochqualifizierte Truppe unterstellen müßte, lehnt er ab.

Die prowestliche Haltung des Sultans wird überall deutlich. Die Vereinigten Staaten zahlten ihm 255 Millionen Dollar zum Ausbau strategischer Einrichtungen. Im Fall eines großen Konflikts am Golf rechnet Washington mit einer omanischen Einladung, sich dieser Stützpunkte zu bedienen.

Auf der Insel Masirah im Indischen Ozean entstanden Tanks für 6,6 Millionen Gallonen Düsentreibstoff. Für die Jaguar-Jagdbomber (mit Laser-Zieleinrichtung) Omans gibt es zwölf Flugzeugbunker der dritten NATO-Generation, in denen je zwei Maschinen untergestellt, aufgetankt und munitioniert werden können. Kein anderer Staat auf der Halbinsel verfügt über derart gehärtete Anlagen.

Masirah hat zwei Startbahnen von je mehr als 3000 Metern Länge und Abstellplätze für US-Großraumtransporter. Schon heute landen einmal in der Woche US-Transporter mit Versorgungsgütern, die von Hubschraubern der US-Flotte abgeholt werden. „Orion"-Fernaufklärer der US-Navy landen allwöchentlich in Masirah, tanken auf und verschwinden in Richtung Diego Garcia.

Die Sowjetunion ist bis auf 500 Kilometer an die Straße von Hormuz und Oman herangerückt. Keine Station ist so laut wie Radio Moskau in arabischer Sprache. Sultan Qabus läßt keine Touristen ins Land, aber ermuntert seine Landsleute, sich im Ausland umzusehen. Wer knapp an Mitteln ist, dem bezahlt er die Flugreise nach Europa. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ausbildung der Bundeswehr

„Beim ‚Bund' regiert die Langeweile"; WELT vom 2. April

„Besonders die letzten drei Monate bei der Bundeswehr sind für sie sehr eintönig verlaufen."

● Die Aussage kann nur von Unqualifizierten gemacht worden sein. Es ist ratsam, kompetente Ausbilder zu befragen oder sich mit dem GAP (Gesamtausbildungsplan) auseinanderzusetzen.

● Weiterhin muß der Leser wissen, daß im letzten Ausbildungsquartal eine Kompaniebesichtigung durch den Kommandeur stattfindet. Dabei führen sehr oft Mannschaftsdienstgrade einen Kampfpanzer (höchste Anforderungen).

„Denn wer dabei ertappt wird, nicht ausgelastet zu sein, erhält Beschäftigungstherapie verordnet."

● Die Außenreviere werden täglich zweimal von Papier etc. gereinigt.

● Männer vom Fach wissen: jede StOV hat Kehrmaschinen.

● Es gibt unangenehme Dienste, z. B. Techn. Dienst, Stuben- und Reviereinigung, aber auch diese müssen durchgeführt werden – viele bezeichnen dies als Beschäftigungstherapie (auch TD muß sein, um mit dem Gerät – von Steuergeldern bezahlt – gut und richtig ausbilden zu können).

„Mit ein wenig Glück muß man dann nicht raus in das ungemütliche Wetter, sondern es wird Bettruhe verordnet."

● Mit diesem Satz sprechen Sie allen Stabsärzten ihre Fähigkeiten ab.

● Wenn ich als Zugführer glaube, daß sich ein Soldat um den Dienst drücken will, reicht meistens ein Anruf beim Stabsarzt, und der Soldat wird sofort vor anderen untersucht, und dann erhalte ich sehr schnell eine richtige und meist positive Antwort.

„Unter der hervorgehobenen Stellung der Obergefreiten müssen die sogenannten ‚Roten' leiden."

● Die Gliederung in der Kompanie/Bataillon sieht eine Einziehung neuer Wehrpflichtiger zu einem Termin vor, folglich kann ein OGefr keinen „Roten" „knechten".

● Sollte trotzdem ein OGefr/HptGefr es zufällig mit einem neuen Soldaten zu tun haben, so ist der GrpFhr/ZgFhr dafür verantwortlich, daß hier keine „Knechterei" passiert. Klare Befehle sind ein Segen für die Truppe!

„Fehlt etwas, werden diese Gegenstände bei den ‚Roten' organisiert."

● Hier werden die zur Entlassung anstehenden Soldaten des Diebstahls bezichtigt. Dieser Satz ist für jeden Soldaten ein Schlag ins Gesicht!

„... sie können oder wollen den Sinn der Sache nicht einsehen."

● Umfragen und Statistiken sagen etwas anderes aus. Hier ist zu klären, welche Behauptung richtig ist. Ich habe nur positive Erfahrungen gemacht.

H. Wundke,
Oberfeldwebel,
Kampftruppenschule Munster

Nur ein Meister

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 28. März berichten Sie über den Rennfahrer Stirling Moss und schreiben, daß er vor 27 Jahren „Vize-Weltmeister" gewesen sei. Diese Bezeichnung ist unsinnig. Es kann stets nur einen Weltmeister geben, und ein Weltmeister kann niemals einen Vertreter haben.

Der Ausdruck „Vize-" bedeutet Stellvertreter (lat. vize = anstelle von), und deshalb kann es zwar einen Vize-Kanzler und einen Vize-Präsidenten, niemals aber einen Vize-Weltmeister geben.

Mit freundlichen Grüßen
E.-W. Lindow,
Köln 41

Wort des Tages

„Wenn die Bande der Familie sich lockern, wenn die Liebe in der Familie schwindet, die Sorge füreinander, die Ehrfurcht, dann hat der Sturm unserer Zeit ein weites Loch in den Damm gerissen, der Frieden, Freiheit und Gottesglauben vor den Meeresfluten schützt, die der Sturm der Unruhe aufgewühlt hat."

Konrad Adenauer (1876–1967)

Rentenrechnung

„Werden die Deutschen zu früh Rentner?"; WELT vom 9. April

Ein Schritt zur Arbeitszeitverkürzung ist mit der Vorruhestandsregelung als Bestandteil von über 200 Tarifverträgen inzwischen garantiert. Demnach kann jeder dritte Arbeitnehmer schon mit 58 Jahren in Rente gehen. Nach jüngsten Schätzungen machen etwa 300 000 der 58jährigen davon Gebrauch. Attraktiver scheint der vorgezogene Ruhestand für die 60- bis 64jährigen, denn bereits mehr als die Hälfte (56 Prozent) aller Männer in diesem Alter ist nicht mehr berufstätig (1970: 30 Prozent).

Der Hang zur frühen Pensionierung ist nur in vier anderen europäischen Ländern noch größer als in der Bundesrepublik: Österreich 74 Prozent, Italien 62 Prozent, Frankreich 60 Prozent und Niederlande 57 Prozent, weniger ausgeprägt hingegen in Japan mit 24 Prozent und in den USA 44 Prozent.

Die soziale Errungenschaft Vorruhestand entwickelt sich für Bundesfinanzminister Stoltenberg allerdings zum Damokles-Schwert. 1985 fehlen dadurch bereits 2,2 Milliarden Mark Steuereinnahmen.

Ein Verlustgeschäft droht das vorgezogene Rentenalter auch für den Vorruheständler selbst zu werden, wenn er gedanklich das Ende seiner Lebensarbeitszeit mit dem Auslaufen seiner Lebensversicherung gleichsetzt. Denn Lebensversicherungen werden in der Regel mit 65 fällig. Zwar bleibt es jedem unbenommen, den Vertrag zur finanziellen Aufbesserung des Vorruhestandsgeldes vorzeitig zu kündigen, doch nimmt er damit automatisch Nachteile in Kauf.

Wer nämlich beispielsweise mit 30 Jahren eine Lebensversicherung über 100 000 Mark und einer Laufzeit von 35 Jahren abschließt, erwartet am Vertragsende mit 65 Jahren rund 287 000 Mark (inklusive Überschuß und Gewinnanteile). Will er fünf Jahre früher an seine Lebensversicherung, büßt er knapp 100 000 Mark ein, da Risiko- und Kostengewinne sowie Zinserträge für fünf Jahre fehlen. Kündigt er seine Lebensversicherung gar schon mit 58 Jahren, muß er auf weitere 38 000 Mark aus der Gewinnzone verzichten. Ihm bleiben statt 287 000 nur 150 000 Mark.

M.-G. Giesel,
Isernhagen 2

Personalien

GEBURTSTAGE

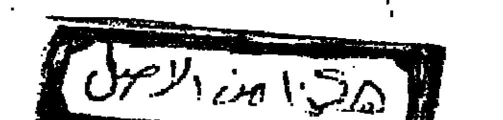
Der in Hohen Neuendorf bei Berlin lebende Schriftsteller **Alfred Otto Schwede** feierte am Dienstag, den 16. April, seinen 70. Geburtstag. Schwede gilt in der „DDR" als der populärste heimische christliche Autor. Allein in der Ostberliner Evangelischen Verlagsanstalt sind seit 1953 mehr als 45 Bücher von Schwede erschienen, hinzu kommen 20 Titel in anderen Verlagen und mehr als 60 Übersetzungen. Schwede behandelt in Erzählungsform Themen und Gestalten der Kirchengeschichte und biblische Stoffe, aber auch Zeitereignisse und Reiseerlebnisse.

*

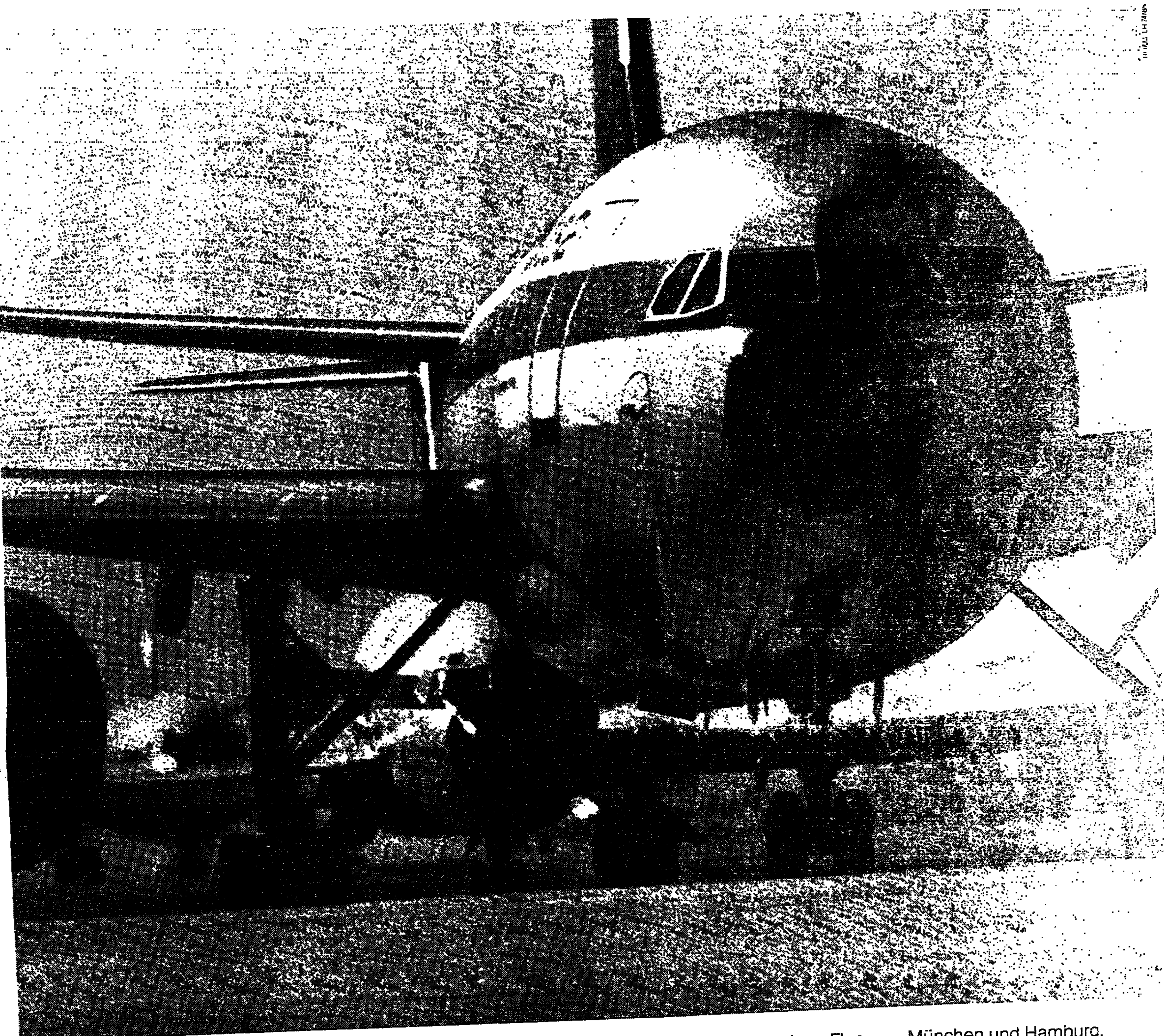
Ein Fernsehmann der ersten Stunde, **Werner Schoene**, wird am 17. April 65 Jahre alt. Schoene war seit 1951 maßgeblich am Wiederaufbau des Fernsehens in Berlin beteiligt. Er inszenierte und produzierte Fernsehspiele und Kabaretts, war als Autor, Regisseur, Bühnenbildner, Schauspieler und Sänger tätig. Daneben spielte er Theater und machte Conférencen. Nach der NWDR-Zeit wurde er 1954 vom SFB zunächst als Regisseur und Bühnenbild-Chef, später auch als Leiter der Produktion übernommen. Danach war er lange Zeit Ausbilder des Nachwuchses und als Dozent für Programm und Regie bei der Berliner Ausbildungsstätte für Ausländer tätig. Die letzten Jahre war er im Bereich der Intendanz Ressortleiter Öffentlichkeitsarbeit.

EHRUNG

Der langjährige Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse (AKP), **Bruno Geuter**, ist von Bundespräsident **Dr. Richard von Weizsäcker** in Würdigung seiner Verdienste um die katholische Publizistik mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Geuter, 65 Jahre alt, hat in den 16 Jahren seiner Tätigkeit als AKP-Geschäftsführer die Entwicklung der katholischen Presse wesentlich mitgeprägt. Papst **Johannes Paul II.** ernannte ihn 1980 zum Ritter des Silvesterordens.



Neu. Fliegen im Stundentakt.



Mit dem neuen Sommerflugplan von Lufthansa kommen eine Reihe von Verbesserungen im gesamten innerdeutschen Flugverkehr auf Sie zu: zusätzliche Flugverbindungen und auf einigen Strecken größere Flugzeuge. Bei den Flügen zwischen Frankfurt und Hamburg und zwischen Frankfurt und München zum Beispiel gibt es einen regelrechten Stundentakt. Das bedeutet: alle sechzig Minuten einen Flug. Auf vielen anderen Strecken haben wir den Intervallverkehr im 2-Stunden-Takt weiter ausgebaut, zum Beispiel zwischen Düsseldorf und Hamburg sowie zwischen München und Hamburg. So lassen sich die Abflugzeiten leichter einprägen, und vor allem – Sie sind flexibler. Fast so flexibel wie am Boden. Nur eben schneller.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

PROFIBOXEN

In acht Minuten zehn Millionen Dollar verdient

dpa, **Las Vegas**

Die Spielerstadt Las Vegas ist für Marvin Hagler ein gutes Pflaster: Nach nur 8:01 Minuten schlug der amerikanische Mittelgewichts-Weltmeister in der Nacht zu Montag (MESZ) seinen Herausforderer Thomas Hearns (26) k. o. – und war um über zehn Millionen Dollar reicher. Dem Verlierer blieben rund neun Millionen Dollar als Trostpflaster. 15 088 Zuschauer im ausverkauften Caesar's Palace hatten Eintrittsgelder zwischen 50 und 500 Dollar bezahlt, um diesen Weltmeisterschaftskampf zu sehen. Die WM wurde mit einer Gesamteinnahme von 46 Millionen Dollar (143 Millionen Mark) und einem Gewinn von 24 Millionen Dollar für Veranstalter Bob Arum zum größten Geschäft der Box-Geschichte.

Zwei Runden lieferten sich die beiden einen offenen Schlagabtausch. Hearns traf den 33 Jahre alten Titelverteidiger dabei in der ersten Runde empfindlich am Auge. Blut lief über das Gesicht des Champions. In der dritten Runde blutete er so stark, daß ihn der Ringrichter vom Ringarzt untersuchen ließ. Nach dem Kampf bekannte Hagler: „Ich hatte Angst, der würde den Kampf abbrechen." Doch es ging weiter. Und nach nur 2:01 Minuten der dritten Runde kam das Ende für Hearns. Nach zwei schweren Rechten an den Kopf ging er zu Boden, kam zwar noch hoch, hing aber wehrlos in den Seilen. Sieger Hagler kommentierte das plötzliche Ende so: „Wenn ich Blut sehe, werde ich zum Stier. Ich sagte mir: Jetzt mußt du es ihm zeigen."

„Tommy ist ein guter Boxer", sagte Hagler über seinen Gegner, „ich will ihm nichts absprechen. Aber er war ein sehr stolzer Hahn, und deshalb hatte ich etwas für ihn reserviert." Gemeint war wohl seine stahlharte Rechte. Hagler, der sich den Titel am 27. September 1980 in London gegen Alan Minter erobert hatte, verteidigte ihn in Las Vegas zum elften Mal. Wenn es nach seiner Frau Bertha geht, stand er zum letzten Mal im Ring. Doch der Champion denkt nicht ans Aufhören. Sein Ziel ist der Rekord von Carlos Manzon, der den Mittelgewichtstitel 14 Mal verteidigte.

FUSSBALL / Bayer Leverkusen trennt sich von Trainer Dettmar Cramer

Alle Ziele verpaßt. Neue Parole: „Die Saat soll unter Ribbeck aufgehen"

ULRICH DOST, **Bonn**

Dettmar Cramer selbst mag es drehen und wenden wie er will. Er mag den Vorgang in seiner bekannt rhetorischen Stärke zu einer ganz normalen Entwicklung herunterreden, die intern durch ihn selbst beeinflußt wurde und die deshalb nur für die Öffentlichkeit eine große Überraschung sein konnte. Auch wenn sein Verein Bayer 04 Leverkusen alle Welt für dumm verkaufen will und erklärt, die Trennung von Cramer sei in „beiderseitigem Einvernehmen" erfolgt – was unter dem Strich für den gerade 60 Jahre alt gewordenen Trainer nach einer dreijährigen Tätigkeit in Leverkusen übrig bleibt, klingt wenig erfreulich: Cramer hat seine Ziele vollmundig hinausposaunt, aber nicht erreicht. Er ist in Leverkusen gescheitert, die Trennung ist nichts anderes als ein schön verpackter Rauswurf.

Gestern bezeichnete Cramer die überraschende Entwicklung, daß Erich Ribbeck in der nächsten Saison sein Nachfolger wird, als „dreifachen Glücksfall". Erstens könne jetzt Leverkusen mit einem so renommierten Trainer wie Erich Ribbeck die hochgesteckten Ziele weiterverfolgen. Zweitens: Für Ribbeck sei der Weg von seinem Wohnort Frechen nicht so weit zum Training nach Leverkusen. Drittens glaubt er, daß das Ende seiner Tätigkeit in Leverkusen für ihn auch ein Glücksfall sei. Wie immer er das meinen mag.

Seit Monaten schon, so versuchte Cramer gestern zu erklären, gebe es zwischen ihm und dem Klub folgende Abmachung: Wenn der Klub einen renommierten Trainer finde, werde Cramer den Weg so bald als möglich freimachen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen muß also die Geduld von Günter W. Becker, wichtigster Mann im Verein und Freund von Cramer, schon seit längerem am Ende gewesen sein. Am Karfreitag nahmen die Leverkusener erstmals Kontakt zu Erich Ribbeck auf, der bis zum Saisonende in Dortmund unter Vertrag steht. Am Sonntag gab Ribbeck dann seine Zusage, wodurch die Entscheidung gegen Cramer gefallen war. Wer weiß, was passiert wäre, wenn Ribbeck abgelehnt hätte.

Denn das stand zu befürchten, da sich die Dortmunder um die Weiterverpflichtung von Ribbeck bemühten. Im Grunde waren sie davon überzeugt, den Mann halten zu können, dem sie es verdanken, daß sie wahrscheinlich in dieser Saison nicht absteigen werden. Der Vorstand und die Spieler waren umso überraschter, als Ribbeck dann doch seinen Weggang verkündete. „Unser Angebot war nicht schlecht", meinte Präsident Reinhard Rauball, „Ribbeck hätte die Konditionen selbst bestimmen können." Sehr enttäuscht war Torwart Eike Immel: „Wir dachten, endlich einen Trainer für längere Zeit zu haben. Ich weiß auch nicht, was ihn nach Leverkusen treibt." Das Geld (Ribbeck soll mit rund 30 000 Mark soviel verdienen wie Cramer), so sagt der Dortmunder Trainer, habe keine entscheidende Rolle gespielt. Ribbeck: „In Dortmund muß man langfristig wieder mit Rückschlägen rechnen."



Nachdenklicher Blick nach Leverkusen? – Erich Ribbeck FOTO: DPA

In Leverkusen erhielt der Assistent des ehemaligen Bundestrainers Jupp Derwall einen Dreijahres-Vertrag. Was von ihm erwartet wird, formulierte Günter W. Becker so: „Die Saat von Cramer soll unter Ribbeck aufgehen." Drei Jahre durfte Dettmar Cramer säen, sprich acht Millionen Mark für neue Spieler ausgeben, ohne zu ernten. Die ganze Bundesliga hat sich hinter vorgehaltener Hand schon seit längerem amüsiert, daß Cramer mit diesem Millionen-Team keinen Erfolg hatte. Heute muß er feststellen: „In dieser Saison gab es einen Rückschlag, da gibt es kein Vertun."

All das, was Cramer in Leverkusen als Vereins-Ideologie verkaufen wollte, bricht nun zusammen wie ein Kartenhaus: „Ein Milliarden-Konzern wie Bayer könne es sich erlauben, daß eine Fußball-Mannschaft absteigt." Kann er eben nicht, denn der Druck der Öffentlichkeit und des Werkes selbst ist zu stark. Die Stürmer Waas und Tscha, so Cramer, würden nur unter der Bedingung in Leverkusen spielen, wenn der Trainer Cramer heiße. Werden jetzt beide den Klub verlassen? Wohl kaum. Im November 1984 verkündet Cramer: „Ein Abkommen per Handschlag besagt, daß ich bis 1988 bleibe." Damit wird auch nichts. Ebenso wenig wie mit dem Ziel, den Klub international bis 1988 hoffähig gemacht zu haben. Wenn er zur Belastung werde, so hat Cramer unlängst verkündet, wolle er gehen. *Diesen Zeitpunkt hat er nicht erkannt*, der Verein *mußte* für ihn handeln. Gestern sagte Cramer: „Ein Trainer muß wissen, wann er nach Hause gehen muß." Man hat es ihm gesagt.

Wie wird es mit Cramer weitergehen? Eine weitere Beschäftigung in Leverkusen als Manager oder technischen Berater schließt er aus. Mit dem Norddeutschen Rundfunk will er einen Fußball-Film drehen, zwei Verlage wollen ein Buch mit ihm herausbringen. Cramer: „Und dann brauche ich Zeit, um meine ganzen Materialien zu sortieren. Für die Familie Cramer steht fest, daß die Trainer-Tätigkeit beendet ist." Aber Angebote eines brasilianischen und eines englischen Klubs lägen bereits vor. Cramer sagt: „Die kann ich nicht so ohne weiteres vom Tisch wischen."

STAND PUNKT / *Über die Bedeutung von Fußball-Trainern*

Nun also auch du, Fußball-Sohn Dettmar Cramer. Unser aller Stadion-Professor, wenn es um die Tiefenpsychologie des flachen Passes ging – nun also auch du ...

Zur Zeit wird in deutschen Fußball-Landen wieder einmal frisch auf den Tisch gelegt, was die hochbezahlten Trainer tatsächlich sind: Auswechselbare Schaltknöpfe auf menschlichen Verschiebebahnhöfen oder eine Gruppe hysterischer, eifersüchtiger, hinterlistig-trickreicher Haremsdamen, die sich gegenseitig anferkeln, um schneller an die Seite des Gebieters zu kommen.

Ristic wurde in Braunschweig beurlaubt, obwohl die Spieler ihn als Trainer behalten wollten. Kremer mußte in Düsseldorf gehen, sein Assistent Brei stand sofort bereit, um in demselben weiter herumzustochern. Lattek behandelt Beckenbauer wie einen dummen Jungen, der lieber auf dem Schaukelpferd reiten als über die Nationalmannschaft bestimmen sollte. Aber schießlich hatte Beckenbauer es vorher gewagt, den Kollegen zu kritisieren und ihn, noch früher in dem Buch „Einer wie ich", als tennis-, aber nicht fußballfleißigen Menschen beschrieben. Haust du mich, schlag ich dich, laß dich nur rausschmeißen, ich brauche deine Stellung. Tristes Bild eines Berufsstandes.

Dettmar Cramer pflegt oft, wenn die Rede auf Trainer kommt, zu sagen, sie müßten „Persönlichkeiten im Wortsinne" sein: „Person kommt nämlich von dem Lateinischen personare – hindurchklingen." Hier aber klingt nichts durch, was über eine laute, sonore, demütige, gehässige oder freche Stimme hinausgeht, am Spielfeldrand und später nach Sieg oder Niederlage.

Allein die letzten vier Tage reichen aus für die Feststellung: Das Geschrei, das um Trainer gemacht wird, und das sie selbst absondern, steht offensichtlich im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung. Cramers Lieblingsspruch, von ihm stets altgriechisch zitiert, ist die Inschrift des Orakels von Delphi. Für alle seine Kollegen (und ihn selbst zur Erinnerung) hier auf deutsch: „Erkenne Dich selbst."

que

Heute: Länderspiel und Start zweier Großereignisse im Reiten und Eishockey

Beckenbauer verzichtet auf Thomas Berthold

BERND WEBER, **Augsburg**

Eigentlich wollte Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer die Aufstellung für das heutige Länderspiel gegen Bulgarien (20.15 Uhr, original im ZDF) endgültig gestern mittag bekanntgeben. Aber da hat ihm der Mönchengladbacher Uwe Rahn, der seinen Platz im Mittelfeld sicher hatte, einen Strich durch die Rechnung gemacht. Rahn ist durch eine Erkältung erheblich geschwächt. Am Abend bekam er Vitaminspritzen. Ob die angeschlagen sind, wird man erste heute wissen. Also hat Beckenbauer vorsorglich umdisponiert, und dabei kam eine deftige Überraschung heraus.

Sollte Rahn doch noch rechtzeitig fit werden, bleiben nicht der Münchener Lothar Matthäus und auch nicht der Kaiserslauterer Andreas Brehme, sein vermeintlicher Rivale um den letzten zu vergebenden Platz in der Mannschaft, beim Anpfiff draußen – sondern der 20jährige Frankfurter Thomas Berthold. Die Vermutung drängt sich förmlich auf: hier hat eine konzertierte Aktion zwischen Bekckenbauer und Frankfurts Trainer Dietrich Weise stattgefunden.

Und Berthold, der seine Zunge nicht immer so perfekt im Griff hat wie den Ball, der gerade in letzter Zeit durch schwache Spiele im Verein, aber durch flapsige Sprüche aufgefallen war, ist ihr Opfer geworden. Bekkckenbauer betont es zwar immer wieder: „Ich kann nicht Spieler disziplinarisch für irgendwelche Dinge belangen, die sie in ihrem Clubs verzapfen. Berthold ist zur Zeit auch körperlich nicht in bester Verfassung." Tatsache aber ist, daß der Teamchef gleich mehrfach sehr lange mit Weise wegen Berthold telefoniert hat. Und Tatsache ist auch, daß der Frankfurter Trainer letzten Samstag nach der 0:2-Niederlage seiner Truppe in Köln seinen Jungnationalspieler scharf gerügt hatte. Der führe sich auf, als habe er bereits 150 Länderspiele auf dem Buckel, erklärte Weise. Und nichts anderes wird er wohl auch Beckenbauer gesagt haben.

Frage an Berthold: „Fühlen Sie sich jetzt für ihren jugendlichen Übermut bestraft?" Der Frankfurter gab sich gegenüber der ihn umdrängenden Journalistenschar natürlich diplomatisch. Einmal weil er seine Nationalmannschaftskarriere nicht gefährden will und zum anderen sicherlich auch, weil er von der DFB-Spitze entsprechend vorgewarnt worden war. „Laß' Dich nicht provozieren", hatte auch Beckenbauer seinem Zögling mit auf den Weg gegeben. Und der hielt sich dran. Berthold zur WELT: „Ich habe tatsächlich zuletzt nicht meine beste Form gebracht." Er wolle sich auch in Zukunft genauer überlegen, was er von sich gebe, fügte der Frankfurter an.

Deutschland spielt heute mit: Schumacher (Stein) – Herget – Brehme, Förster, Frontzeck – Matthäus, Rahn, Magath – Littbarski, Völler, Rummenigge.

Stefan Schewe – Antwort an die Nordamerikaner?

DW./sid, **Berlin**

Paul Schockemöhle (40) schlüpfte vor dem Finale des Weltcups (ab heute in Berlin) in die Rolle eines Mannes, der die Zukunft kennt – wenigstens in seinem Sport, dem Springreiten. „Zehn Jahre lang", so sagt er, „werden die Amerikaner alle großen Konkurrenzen beherrschen". Der Zeitpunkt, von dem aus der größte private Pferdezüchter Deutschlands die Jahre zählt, steht fest: Olympia in Los Angeles, wo die Reiter aus den USA erst den Preis der Nationen gewannen und am Schlußtag auch Gold (Joe Fargis) und Silber (Conrad Homfeld) in der Einzelwertung.

In Berlin starten ab heute nicht nur Fargis und Homfeld, sondern auch Michael Matz, Norman dello Joio, Melanie Smith und der kanadische Titelverteidiger Mario Deslauriers. Das ist für Paul Schockemöhle gleichzeitig der Kreis der Favoriten, zu denen er sich selbst nicht zählt.

Eine graue Zukunft für die europäischen, also auch für die deutschen Springreiter? In der Gruppe der sechs deutschen Teilnehmer, die sich für das Finale qualifiziert haben (außer Schockemöhle auch Rüping, Slothaak, Ligges, Luther) fällt ein Name besonders auf: Stefan Schewe. Der 23 Jahre alte Student der Betriebswirtschaft könnte in den nächsten Jahren die Antwort darauf geben, ob Schockemöhles pessimistisches Wort von der anhaltenden Übermacht der Nordamerikaner tatsächlich richtig ist. Er ist schon jetzt ein Beispiel dafür, daß auch die so festgefügt erscheinende Welt der Springreiter durch junge Talente verändert werden kann.

Schewe, der das Weltcup-Springen von Dortmund gewann, hat schon so etwas wie eine Musterkarriere hinter sich. Nach seinen guten Leistungen als Junior durfte er seinen Wehrdienst in der Bundeswehr-Sportschule Warendorf ableisten. Ein Jahr lang arbeitete Lutz Merkel mit ihm, und auch Hans-Günter Winkler schaut ab und an vorbei, um dem Talent noch besser auf und über die Sprünge zu helfen.

Nach dieser Zeit kam die wichtigste Hilfe von Vater Kurt Schewe, der Damenunterwäsche herstellt. Er kaufte für seinen Sohn den im Rheinland gezogenen Wallach Wilster – angeblich für knapp 400 000 Mark. Offensichtlich paßten Pferd und Reiter auf Anhieb zusammen. Die Weltcup-Springen, bei denen Schewe nur „Erfahrung sammeln" wollte, katapultierten ihn in die Weltelite. „Du darfst keinen Tag verbummeln", gab ihm der Vater mit auf den Weg. Eine zukunftsträchtige Antwort auf die Nordamerikaner?

Das Programm von Berlin: **Heute:** Preis des Bundeskanzlers (19.30), Preis von Berlin (21.30), **Donnerstag:** S-Springen (15.00), 1. Weltcup-Springen (19.00), **Freitag:** S-Springen (15.00), 2. Weltcup-Springen (19.00), **Samstag:** Dressur: Grand Prix (9.00), Preis der Deutschlandhalle (15.00), **Sonntag:** Dressur: Grand Prix Special (9.00), 3. Weltcup-Springen (14.30).

Gleich gegen die Schweden, ein Schlüsselspiel

dpa, **Prag**

Das Stöhnen ist hinlängst bekannt: Immer die Schweden. Wie schon so oft sind die Schweden auch heute für die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft beim Start der 50. Weltmeisterschaft in Prag die Weichensteller. Die Fronten sind geklärt, auch wenn sie sich verändert haben. Bundestrainer Xaver Unsinn machte sich und den Seinen immer selbst Mut, wenn er sagte: „Die sind zu packen." Vor dem heutigen Spiel hat er sich so festgelegt: „Wir sind krasse Außenseiter, sie sind die Favoriten."

Nach den Eindrücken von den Testspielen in Frankfurt und Berlin, die 4:5 und 2:5 gegen die Schweden verloren gingen, droht der deutschen Mannschaft zu Beginn des Turniers ein Jubiläum, über das sich nur die Schweden freuen können: 49 Siege gab es bislang gegen die Deutschen, bei nur vier Niederlagen und zwei Unentschieden.

Einen Trost hat Xaver Unsinn schon jetzt. Nach der eingeplanten 50. Niederlage wird er sich kaum wie früher über den schwedischen Trainerkollegen ärgern müssen. Mit Anders Parmström („Der scheinheilige Konfirmand") lieferte sich Unsinn erregte Wortduelle, nachdem seine von den Schweden mit „Nazi" und „Hitler" bezeichneten Spieler oft boxend und raufend aus der Haut gefahren waren. Unsinn und Parmströms Nachfolger Leif Boork dagegen finden sich sogar „sehr sympathisch." Mit Interesse hat Unsinn vernommen, daß Boork den Geistlichen Thommy Wadebeck zur psychologischen Unterstützung seiner Spieler verpflichtet hat, und daß er im Trainingslager Texte von Goethe und Schiller lesen läßt.

Zur Begründung solch ungewöhnlicher Maßnahmen meinte der schwedissche Trainer, daß sein Team das Eishockeyspielen auf höherem Niveau, intelligent in der Anlage und Ausführung, lernen müsse. Ähnlich wie Unsinn denkt auch Leif Boork über das Spiel: „Modernes Eishockey wird heute mehr als früher mit dem Kopf gespielt. Die Beine und Arme tun das, was der Kopf ihnen befiehlt." Die gedankliche Beweglichkeit setzten die Schweden in den Testspielen gegen die deutsche Mannschaft sichtbar um in beachtliche Läuferkünste und einer Genauigkeit im Paßspiel, wie sie den Deutschen noch nicht geläufig ist.

Die deutsche Mannschaft weiß also, was sie heute zum Auftakt erwartet. Mannschaftsführer Erich Kühnhackl meint stellvertretend für alle: „Kämpfen werden wir soviel wir können. Spielen können die Schweden sowie besser."

Das erste Spiel in Prag findet heute bereits um 13.30 Uhr zwischen der UdSSR und den USA statt. Dieses Spiel wird das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) ebenso direkt übertragen wie anschließend um 17.00 Uhr die Partie der Deutschen gegen die Schweden. Weiter spielen heute: Kanada – „DDR" (17.00 Uhr) und CSSR – Finnland (20.30 Uhr).

NACHRICHTEN

Köln: Geldstrafen

Köln (dpa) – Der Fußball-Bundesliga-Klub 1.FC Köln hat seine beiden Lizenspieler Gerd Strack und Jimmy Hartwig mit Geldstrafen von 1000 und 2000 Mark belegt. Strack, dessen Vertrag vom Verein zum Saisonende gekündigt wurde, hatte sich beim Training mit Trainer Hannes Löhr angelegt. Hartwig, im Meisterschaftsspiel gegen Eintracht Frankfurt nur auf der Reservebank, hatte in einem Interview zum wiederholten Mal Löhrs Führungsstil kritisiert.

Sieg über Polen

Warschau (sid) – Der deutschen Nationalmannschaft der Säbelfechter gelang bei einem Mannschaftsturnier im Anschluß an das Weltcup-Turnier „Otto Finski" in Warschau ein Sieg über Polen. Beim 8:8 entschied das bessere Trefferverhältnis für das deutsche Team.

Augenthaler fällt aus

München (sid) – Klaus Augenthaler, Fußball-Profi in Diensten des Bundesliga-Tabellenführers Bayern München, mußte sich in Zürich einer Kniespiegelung unterziehen, wobei einige Gelenkknorpel entfernt wurden. Der 27jährige hofft, spätestens im Europapokal-Rückspiel am 24. April beim englischen Klub FC Everton wieder einsatzbereit zu sein.

Lustloser Sieger

Boston (sid) – Der Engländer Geoff Smith wiederholte beim 89. Boston-Marathon in einem Feld von fast 5 900 Startern seinen Vorjahressieg in 2:14:05 Stunden, der langsamsten Siegerzeit seit 1977. Schon vor dem Rennen hatte der Sieger angekündigt, wegen des diesmal fehlenden Preisgeldes fehle die Motivation, schnell zu laufen.

Keine Schulden

Mönchengladbach (dpa) – Fußball-Bundesliga-Klub Borussia Mönchengladbach ist auch nach dem Wirtschaftsjahr 1983/84 schuldenfrei. Ein Verlust von rund 665 000 Mark konnte durch vorhandene Rücklagen ausgeglichen werden.

Menotti nach Madrid?

Madrid (sid) – Der spanische Fußball-Klub Real Madrid umwirbt nach dem Rücktritt seines Trainers Amancio Amaro den Argentinier Luis Cesar Menotti, der 1978 die argentinische Nationalmannschaft zum Weltmeister-Titel führte und zuletzt beim FC Barcelona tätig war.

Ohne Becker

Düsseldorf (dpa) – Hans-Jörg Schwaier (München) und Michael Westphal (Pinneberg) starten in der deutschen Tennis-Mannschaft beim 8. World-Team-Cup vom 20. bis 26. Mai in Düsseldorf. Der Leimener Boris Becker, der sich aufgrund seines Weltranglisten-Platzes für das Team qualifiziert hatte, sagte ohne nähere Begründung ab.

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga, Nachholspiel: Dortmund – Mannheim 0:0.

HANDBALL

Testspiel: TV Lützelinden – Nationalmannschat Deutschland 22:27.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Männer, vorgezogenes Spiel: Bayreuth – Düsseldorf 5:9.

TENNIS

Damen-Turnier in Hilton Head Island, Doppel, Finale: Shriver/Fairbank (USA/Südafrika) – Cherneva/Larissa (UdSSR) 6:4, 6:1. – Schauturnier der Männer in Inglewood (Kalifornien): McEnroe (USA) – Lendl (CSSR) 8:4, 7:6, Krickstein (USA) – Nastase (Rumänien) 6:4, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000 Mark, 2: 78 683,10, 3: 6505,40, 4: 112,70, 5: 8,90. – **Toto,** Elferwette: 1: 1062,30, 2: 61,60, 3: 6,30. – 6 aus 45: 1: 1 983 343,60, 2: 4736,20, 3: 3840,20, 4: 35,70, 5: 4,50. – **Rennquintet,** Rennen A: 1: 362,90, 2: 239,60. – Rennen B: 1: 329,90, 2: 15,00. – **Kombination:** unbesetzt, Jackpot 543 703,80. (ohne Gewähr)

Herzlichen Glückwunsch Bernhard Langer!

American Express gratuliert zum großen Sieg beim U.S. Masters Turnier 1985.

American Express und alle Golffreunde freuen sich über diesen historischen Erfolg – den größten, den jemals ein deutscher Golfer in der Geschichte dieses Sports erreichen konnte.

American Express und Bernhard Langer sind seit Jahresanfang Golfpartner, um gemeinsam den deutschen Golfsport zu fördern. Diese Förderung betrachtet American Express als einen Teil seiner Verantwortung der Öffentlichkeit wie auch seinen Kunden gegenüber.

American Express freut sich deshalb besonders, daß Bernhard Langer vom 16. bis 19. Mai 1985 beim American Express PRO-AM und der Nationalen Deutschen Golfmeisterschaft um den American Express Pokal in Stuttgart-Mönsheim an den Start gehen wird.

Zu diesem Ereignis lädt American Express alle Golffreunde schon heute ein.



American Express International, Inc.

„Grenz-Vorbehalt Teil der offenen deutschen Frage“

brk. Berlin/Bonn

An die noch nicht endgültig fixierten deutschen Ostgrenzen hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), in einem Wort zum 8. Mai 1945 erinnert. Die „endgültige Festlegung“ dieser Grenzen sei bei der Postdamer Konferenz 1945 „bis zu einer friedensvertraglichen Regelung zurückgestellt“ worden. „Dieser Vorbehalt ist Teil der offenen deutschen Frage.“

Windelens Äußerung ist in der jetzt erscheinenden April-Ausgabe des „Deutschland-Archivs“ enthalten. Windelen verweist dabei auch auf die „gewaltsame und unmenschliche Massenvertreibung“ der Deutschen aus den Ostgebieten: „13 Millionen Deutsche verloren Heimat, Hab und Gut. Über zwei Millionen starben auf der Flucht. Daß sich dieses Millionenheer von Entrechteten und Entwurzelten nicht zu einer revanchistischen Massenbewegung formierte, sondern sich in den Westen Deutschlands integrierte und tatkräftig am Aufbau unseres demokratischen Staates mitwirkte, das ist eine großartige Leistung deutscher Nachkriegspolitik und vor allem ein bleibendes Verdienst der Vertriebenen. Heute lebt in den Gebieten östlich von Oder und Neiße bereits die zweite Generation von Polen, denen diese Gebiete zur Heimat geworden sind. Sie wissen, daß wir dies achten.“

Windelen geht in seinem Kommentar auch auf die SED-Lesart des 8. Mai ein, die „DDR“ gehöre mit zu den Siegern des Krieges: „Daß schließlich auch diejenigen, die auf dem Gebiet der heutigen DDR lebten, 1945 zu den Besiegten gehörten, das steht ebenso wenig zur Debatte wie ihre Mithaftung für die Greuel des Nationalsozialismus.“

Die SED bleibe in ihrem Bemühen, ein „entkrampfteres Verhältnis“ zur deutschen Geschichte zu gewinnen, „letztlich unglaubwürdig, wenn sie dabei die dunklen und schuldbeladenen Abschnitte deutscher Geschichte übergeht. Identität ist ohne Kontinuität nicht zu haben. Einen Neubeginn vom Nullpunkt an hat es auch 1945 nicht gegeben.“ Es gehöre zur „Tragik dieses Jahrhunderts“, daß die Chance eines demokratischen Neubeginns nur im Westen Deutschlands habe genutzt werden können.

Die SED-Thesen hatten Ende März auch auf der thüringischen Synode der Evangelischen Kirche eine Rolle gespielt. Die Bischöfe Leich und Demke widersprachen der Auffassung, in der „DDR“ habe man schon 1945 auf der Seite des Siegers gestanden.

„Christen sind für die Arbeit im Staatssicherheitsdienst ungeeignet“

Cottbuser Generalsuperintendent beklagt Pressionen der Behörden in der „DDR“

hrk./epd/dpa, Berlin

Christen sollten jede Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst der „DDR“ grundsätzlich ablehnen, weil sie „ganz ungeeignet“ für eine derartige Tätigkeit seien. Diese Ansicht vertrat der Generalsuperintendent von Cottbus, Johannes Richter, vor der Ostberliner Synode. Zugleich rief er die SED auf, mehr Reisemöglichkeiten zu schaffen und weniger Gründe für Ausreiseanträge in den Westen liefern.

Dabei hatte ein Pfarrer auch die Praxis der Sicherheitsbehörden zur Sprache gebracht, vor allem junge Christen über kirchliche Aktivitäten auszuforschen (s. WELT v. 15. April). Richter ging auf diese Besorgnis ein und sprach von Pressionen des Staatssicherheitsdienstes (SSD), „in die der eine oder andere geraten ist“. Jeder Christ habe jedoch das Recht, die Mitarbeit zu verweigern. Es sei leichter, die negativen Folgen eines solchen Neins auf sich zu nehmen, „als sich dem Gewissensdruck auszusetzen“.

Jeder moderne Staat unterhalte zwar einen Sicherheitsdienst, der geheim wirken müsse. Aber „gerade diese Notwendigkeit des Geheimhaltens, des Nichtaufdeckens der Motive macht uns Christen ganz ungeeignet, dort mitzuarbeiten“, erklärte der Geistliche.

Richter verwies darauf, daß unter angestellten Mitarbeitern der Kirche Einvernehmen darüber bestehe, zwar Gesprächsersuchen des SSD nicht abzuschlagen, gleichzeitig aber den Beamten zu erklären, man werde den Vorgesetzten „sofort über das Gespräch informieren“.

Zur Ausreise-Problematik erklärte Richter unter dem starken Beifall der Synodalen aus Ost-Berlin und der Mark Brandenburg: „Es wäre eine ganze Menge Luft geschaffen, wenn die Reisemöglichkeiten großzügiger gehandhabt werden könnten.“ In die Regelungen zur Familienzusammenführung sollten auch diejenigen einbezogen werden, die sich „trotz großer Bemühungen“ nicht in den Sozialismus „hineinfinden“ könnten. „Es gibt einzelne Personen, die sich wundreiben.“ Auch ihnen sollte die Übersiedlung in die Bundesrepublik erlaubt werden.

Der stellvertretende Vorsitzende des „DDR“-Kirchenbundes, Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, mahnte erneut „verbindliche Orientierungen“ von staatlicher Seite für den Bildungsbereich an. Der Jurist, der über gute Verbindungen zur SED-Führung und Westkontakte verfügt und als eine Art Vermittler zwischen Staat und Kirche fungiert, kritisierte die anhaltende Verweigerung eines Grundsatzgesprächs zu diesem Thema durch die Volksbildungsministerin Margot Honecker. Die Behörden befürchteten, durch eine derartige Zusammenkunft könne die verfassungsmäßige Trennung von Kirche und Schule unterlaufen werden.

Stolpe unterstrich jedoch, daß die Kirche weder das Bildungssystem noch den Unterricht im wissenschaftlichen Sozialismus in Frage stellen wolle und keine Konfessionsschulen anstrebe. (In der „DDR“ ist seit Ende der 40er Jahre der Religionsunterricht aus den Schulen verbannt, d. Red.) Es gehe vielmehr darum, den Unterricht „ohne Verletzungen von Gewissen“ abzuhalten und die Entscheidung über „Zensuren oder die Zulassung zu weiteren Bildungswegen“ nicht von der Glaubensüberzeugung der Kinder oder ihrer Eltern abhängig zu machen. Stolpe wandte sich auch gegen die forcierte SED-Politik, in den sogenannten „Elternaktivs“ (Klassenelternsprechern , d. Red.) keine christlichen Eltern mehr zu akzeptieren. Sorge bereitet der Kirche auch der schlechte Zustand vieler älterer Gebäude. In der Regel übernehmen die Behörden nur Bauarbeiten, wenn die Kirche dafür Devisen aus dem Westen besorgt.

Bonn wartet auf Zusage

● Fortsetzung von Seite 1

litäten beachten. Der innerdeutsche Handel ist wichtig, als wirtschaftlicher Faktor, aber auch als Instrument, Gemeinsamkeiten zu erhalten.“

Das Gespräch des Kanzlers mit Honecker anläßlich der Trauerfeiern für Tschernenko in Moskau habe er, Schäuble, von der Atmosphäre her als „sehr offen“ und in der Sache „sehr konstruktiv“ empfunden. „Wenn diese konstruktiven Absichten schrittweise konkretisiert werden, dann müssen wir allmählich vorankommen.“ Dies gelte auch für ein Kulturabkommen unter Einbeziehung Berlins. Schäuble: „Beim Kulturabkommen ist für uns nicht nur wichtig, daß wir zwei Unterschriften auf dem Blatt Papier haben. Für uns ist ebenso wichtig, was danach geschieht, wie das Abkommen ausgefüllt wird.“

Die Diskussion über den Elbe-Grenzverlauf sei bei dem Besuch Mittags zumindest aus der Sicht der Bundesregierung „kein Thema“. Darüber werde in der Grenzkommission gesprochen. Die Diskussion, so sagte Schäuble, bewege sich „auf den Punkt zu, wonach wieder klar ist, daß es zwei unterschiedliche Standpunkte gibt“. Wenn „das wieder klar ist, wird man sich auf eine pragmatische Regelung einstellen, die es ja jetzt schon gibt“. Die SPD habe mit ihrem Gutachten zum Grenzverlauf der Elbe für Verwirrung gesorgt und der „DDR“ Hoffnungen gemacht. Dies sei der SPD inzwischen „peinlich“, meinte Schäuble. Die Opposition habe damit der Deutschlandpolitik geschadet. „Wer sich so aufführt, der fordert die DDR geradezu heraus, das auszunützen.“

Zu Spekulationen, es könne in diesem Herbst zu dem im vergangenen Jahr verschobenen Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland kommen, sagte Schäuble: „Das ist völlig aus der Luft gegriffen. Es gibt keinerlei Gespräche darüber.“

„Lieferzeiten für Katalysator zu lang“

dpa/VWD, Hamburg

Kritik an den teilweise langen Lieferzeiten für Katalysator-Autos, vor allem bei VW, hat der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, geübt. Im NDR erklärte Spranger, Wartezeiten von sechs Monaten für einen Katalysator-Golf seien „Abschreckungsfristen“.

Den schleppenden Verkauf von Katalysator-Autos führt der Staatssekretär darauf zurück, „daß VW mehr für den gewinnträchtigen amerikanischen Markt tut, gerade beim derzeitigen Dollarkurs, und einen nur geringen Teil der Produktion deutschen Kunden anbietet“. Unter Hinweis auf die staatliche Beteiligung am VW-Werk forderte Spranger den Vorstand auf, „diese langen Lieferfristen und die Benachteiligung des deutschen Marktes zu ändern“.

Zuvor hatte das Vorstandsmitglied des Volkswagenwerks, Ernst Fiala, die Bundesregierung wegen der Verschiebung steuerlicher Anreize „nach hinten“ kritisiert.

USA sehen Südafrika auf richtigem Weg

Mischehen erlaubt / „Neue Gesetze reichen aber noch nicht“

DW. Bonn

Die USA haben die Einführung liberalerer Gesetze im Bereich der Beziehungen zwischen Farbigen und Weißen in Südafrikas begrüßt. Die Abschaffung einiger der „abscheulichsten Aspekte der Apartheid“ sei ein Schritt in Richtung auf eine gerechtere Gesellschaft, sagte der Sprecher des US-Außenministeriums, Bernard Kalb. Es bleibe aber noch viel darüber hinaus zu tun.

M. GERMANI, Johannesburg

Die ersten wichtigen Gesetzesänderungen seit Einführung des neuen Drei-Kammern-Parlaments für Weiße, Kap-Farbige und Inder in Südafrika sind in Kapstadt verabschiedet worden. Es handelt sich um die Abschaffung des Paragraphen 16 des sogenannten „Immorality Acts“, des Verbots der Liebesbeziehungen zwischen Weißen und anderen Rassen, sowie die Streichung des Verbots der gemischten Ehen.

Protest der Rechten

Gegen den Beschluß, der sowohl von Regierungs- als auch von Oppositionsparteien angenommen wurde, stimmten lediglich die weißen Abgeordneten der rechten „Konservativen Partei“. Damit folgte die Regierung den Empfehlungen der Badenhorst-Kommission, die die Abschaffung der vor 28 und 36 Jahren in Kraft getretenen Gesetze empfohlen hatte und dabei den Standpunkt vertrat, daß das Verbot gemischter Ehe weder aus religiösen noch moralischen Gründen gerechtfertig sei. Ebenso seien nun Vorkehrungen getroffen worden, um die Klassifizierung in Bevölkerungsgruppen, das Recht auf eigene Wohngebiete und eigene Erziehungen sowie das Wahlrecht zu gewährleisten. Darüber hinaus sei es nun erforderlich, durch die neue Gesetzgebung bisher geschlossene gemischte Ehen, die vorher ungültig waren, zu legalisieren.

Die Reaktionen auf die Abschaffung der beiden Gesetze waren unterschiedlich. Während die Regierungsparteien den Schritt begrüßten, wurde der Kapstädter Beschluß von der rein schwarzen Azapo mit der Begründung abgelehnt, die Abschaffung der Gesetze werde nur benutzt, um die wachsenden politischen Aktivitäten einzudämmen, da die Regierung ihre Reformen als „konterrevolutionäre Maßnahmen“ gegen die Forderung der Schwarzen benutze. Azapo sei nur „mit der Wiederinbesitznahme unseres Landes und der Abschaffung des Systems zufriedenzustellen“.

Kritisch äußerte sich auch die katholische Bischofskonferenz von Südafrika. Sie bezeichnete die neue Gesetzgebung als „Augenwischerei, ein Schritt ohne Bedeutung, solange nicht der Grundstein der Apartheid, die Registrierung nach Bevölkerungsgruppen und das Gesetz über getrennte Wohngebiete aufgehoben werden“. Der Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, Bayers-Naude, nannte den Schritt der Regierung „zu wenig und zu spät“, doch sei es ein Zeichen des guten Willens von Seiten des Staatspräsidenten, mit seinem Reformkurs fortzuschreiten.

Innenminister Frederik de Klerk hatte nach dem Beschluß darauf hingewiesen, Ehe und Beziehungen seien Privatangelegenheit und die Regierung sei der Überzeugung, diese sollten außerhalb der politischen Arena behandelt werden. „Die Zeiten haben sich geändert“, sagte de Klerk. „Was seinerzeit erforderlich war, ist heute nicht mehr unbedingt so. Heute reichen die sonstigen Gesetze aus“, um die „notwendige Differenzierung“ der einzelnen Bevölkerungsgruppen zu sichern.

De Klerk betonte, daß auch in Zukunft die Gesetze über getrennte Wohngebiete, Schulen und Krankenhäuser für verschiedene Rassengruppen sowie die Bestimmung, daß sich jeder Bürger der Klassifizierung nach Rassenzugehörigkeit unterziehen muß, absolut notwendig seien.

Rassentrennung bleibt

Pastor Allan Hendrickse, Führer der Kap-Farbigen, sah in den neuen Gesetzen ein Zeichen für die Glaubwürdigkeit der neuen Politik Südafrikas. „Es ist der Beweis für den Abbau der Apartheid. Ich glaube auch, die Abschaffung dieser Gesetze fördert den Reformprozeß.“ Der Führer der Inder, Amichand Rajbansi, sprach von einem „stolzen Moment für das Drei-Kammer-Parlament“.

Die „Konservative Partei“, die gegen die neuen Gesetze gestimmt hatte, kündigte dagegen an, gemeinsam mit der nicht im Parlament vertretenen „Herstigte Nasionale Partei“ eine landesweite Protestaktion zu starten. Ein Sprecher der „Herstigte Nasionale Partei“ sagte: „Wo wollen diese Menschen leben, wo werden deren Kinder zur Schule gehen, zu welchem Gesellschaftskreis werden sie gehören?“

Genscher und Wörner bei SDI auf Linie Kohls

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird morgen im Bundestag auf der Grundlage völliger Übereinstimmung des Bundeskabinetts und enger deutsch-französischer Kooperation die Haltung Bonns zum amerikanischen Forschungsprogramm für eine Weltraumverteidigung (SDI) und zu den damit zusammenhängenden strategischen Fragen umreißen.

Dabei wird Kohl bekräftigen, daß die amerikanische SDI-Forschung angesichts entsprechender sowjetischer Forschungsarbeiten nicht nur legitim, sondern sogar notwendig sei. Gleichzeitig wird er eine gemeinsame europäische Position und einen vollen Technologietransfer in beiden Richtungen als Voraussetzungen für eine deutsche Beteiligung am Forschungsprogramm bezeichnen.

In den gestrigen Kabinettsberatungen zeigte sich nach Angaben aus Regierungskreisen, daß sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) auf einer gemeinsamen Linie mit dem Kanzler in der Beurteilung des SDI-Forschungsprogramms zusammengefunden haben. Ebenso wie Genscher und Wörner hielt auch Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) klare amerikanische Zusagen für eine gleichberechtigte Partnerschaft beim Forschungsprogramm für den Fall einer deutschen Beteiligung für erforderlich.

Grundlage der Kabinettsberatungen war die Tatsache, daß auch der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger einen Automatismus zwischen der SDI-Forschung und einer Produktion von SDI-Waffen bestritten hat.

Genscher legte dem Kabinett einen Brief des französischen Außenministers Roland Dumas vor, in dem die Notwendigkeit einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung bejaht wird. Dumas hat dabei ausdrücklich volle Übereinstimmung mit der Rede Genschers in Saarbrücken vom vergangenen Samstag konstatiert.

In der Kabinettsitzung wurde betont, daß allen europäischen Staaten eine Beteiligung an der deutsch-französischen Kooperation offenstehe. Eine Stellungnahme zu den konkreten französischen Vorschlägen wurde vom Kabinett in Auftrag gegeben.

Regierungssprecher Peter Boenisch betonte, die Regierungserklärung Kohls werde sich in der Kontinuität der Kanzler-Rede auf der Münchner Wehrkunde-Tagung bewegen.

Auf der Rolltreppe

HH. – Die durchschnittliche Steuerlast, gemessen als Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt, wächst unaufhörlich, wenn der Staat nicht dagegen angeht. Die Progression des Steuertarifs und die Geldentwertung befördern den Steuerzahler wie auf einer Rolltreppe immer weiter in die Höhe. 1982 war die Steuerlastquote bereits bei 23,7 Prozent angelangt, 1988 wird sie nach ersten Schätzungen trotz der zweistufigen Steuerreform 1986/88 mit rund 20 Milliarden Mark Entlastung immer noch bei 23,5 Prozent liegen.

Kein Wunder also, daß das Wort Steuersenkung nur schwer über die Lippen geht. Kein Wunder auch, daß die Versuchung aller Finanzminister groß ist, die Dinge treiben zu lassen. Denn sie befinden sich in der glücklichen Rolle des Spielbankbesitzers beim Roulette: Sie gewinnen immer.

Die erwartete Verringerung der Steuerlast, die sich *buchstäblich* erst hinter dem Komma bemerkbar macht, sollte die Bundesregierung ernüchtern: Spätestens in der nächsten Legislaturperiode sind weit ehrgeizigere Anstrengungen erforderlich, wenn sich Leistung wieder lohnen soll. Die Gratwanderung zwischen Haushaltskonsolidierung und Steuerentlastung wird schwieriger, weil der Ruf nach Umverteilung immer lauter wird, den Steuerzahlern aber angesichts höherer Steuern und Sozialversicherungsbeiträge die Geduld ausgeht. Ohne Subventionsabbau, allein mit sparsamer Haushaltsführung, geht es nicht. Da ist es nur ein schwacher Trost, daß von einer SPD-geführten Bundesregierung nicht einmal diese Reform zu erwarten gewesen wäre.

Informiert

Bm. – Wir sind eine total informierte Gesellschaft. Das ist zu begrüßen. Doch auch hier hat die Medaille ihre Kehrseite. Nicht nur die Nachricht, auch das Gerücht hat schrittgehalten mit dem Tempo der optischen und akustischen Medien. Viel zu früh kamen Überlegungen um den Katalysator in die Öffentlichkeit, lange bevor diese Gedanken ausgereift waren, sich die Industrie darauf einrichten und die Politik den unentbehrlichen Konses mit den Nachbarn finden konnte. Die Folgen sind bekannt. Der Bürger wurde verunsichert, der Konjunkturmotor Autoindustrie stotterte. Dieser Vorgang bekommt eine Parellele: Die Gerüchte um eine Novellierung der Technischen Anleitung Luft (TA Luft) verunsichern die Wirtschaft. Soll sie ihre überalterten Heizölanlagen abreißen und durch moderne, kostengünstige und umweltfreundliche Kohle-Wirbelschichtfeuerungen ersetzen? Sie wartet ab, was die TA Luft beschert, und schiebt die Investition – zum Leidwesen des Bergbaus und der Konjunktur – immer weiter hinaus.

HANNOVER-MESSE / Bangemann: Aufschwung-Prozeß setzt sich 1985 fort

„Kritische Bemerkungen" vom Verband der deutschen Industrie

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Ein weitgehend positives Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in der *Bundesrepublik Deutschland zeichnete gestern* abend Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann bei der Eröffnung der Hannover-Messe. Vor zahlreichen Gästen aus Wirtschaft und Politik des In- und Auslandes bewertete Bangemann die volkswirtschaftliche Zwischenbilanz zum Abschluß des ersten Quartals 1985 als gut.

Die deutsche Wirtschaft befinde sich nunmehr im dritten Aufschwungjahr und laufe „weiter auf kontinuierlichem Wachstumskurs". Gegenüber dem Rezessionstief im Herbst 1982, so der Minister, haben sich die realen Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe real um rund 20 Prozent, die Kapazitätsauslastung um über 10 Prozent, die Produktion um 11 Prozent, die Exporte um gut 17 Prozent und die Importe um rund 20 Prozent erhöht.

So gut wie lange nicht mehr stellten sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dar. Die Investitionen hätten wieder spürbar zugenommen. Das geschaffene „solide Fundament" *habe in der Wirtschaft* Vertrauen und Zuversicht bewirkt. All dies sowie die im Jahre 1984 erzielten Ergebnisse bestärke die Bundesregierung in ihrer Einschätzung, daß der gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozeß 1985 anhält.

Dies beinhalte erneut einen Anstieg des realen Bruttosozialprodukts *um mindestens* 2,5 Prozent bei im Durchschnitt um zwei Prozent höheren Verbraucherpreisen. Auch im laufenden Jahr dürfte der Export wichtigster Wachstumsträger der deutschen Wirtschaft bleiben. Anders als 1984 werden aber nach den Worten Bangemanns private Investitionen wieder einen erheblichen Wachtumsbeitrag leisten.

Obwohl auch auf dem Arbeitsmarkt sich günstigere Tendenzen abzeichnen, bleibe die Beschäftigungspolitik die zentrale Aufgabe. Vor dem Hintergrund von weit über zwei Millionen arbeitslosen Menschen forderte Bangemann alle Beteiligten zu „wirksamen Beiträgen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" auf. Für die Tarifpartner bedeutet dies eine verantwortungsvolle Lohn- und *Arbeitszeitpolitik, für den Staat* eine effizientere Wirtschaftspolitik.

Nach Bangemanns Worten sind Zweifel an der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten unbegründet. Die Auftragseingänge würden in dieser Beziehung eine deutliche Sprache sprechen.

So verzeichnete der Werkzeugmaschinenbau im Februar 1985 gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat einen Zuwachs von 175 Prozent. Auch auf dem Gebiet der Auslandspatentanmeldungen, und dies gelte auch für Schlüsselpatente, stehe die deutsche Industrie deutlich vor der Japans.

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Joachim Langmann, erklärte auf der gleichen Veranstaltung, trotz der günstigen Entwicklung und der daraus resultierenden Zuversicht seien „kritische Bemerkungen nötig". Der gegenwärtige Exportboom dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, *daß die Wirtschaft in den letzten* 15 Jahren an Dynamik eingebüßt und mit strukturellen Anpassungsprozessen zu kämpfen habe.

Kritisch setzte sich Langmann mit den vom Staat vorgegebenen Rahmenbedingungen auseinander. Stichworte dafür seien das Steuersystem, die Arbeitsmarktverfassung und die Umweltpolitik. Im internationalen Technologiewettbewerb sei nicht die führende Hand des Staates gefragt, sondern das nötige Maß an Freiheit.

Unerläßlich sei die gründliche und zügige Vorbereitung für eine neue Verhandlungsrunde des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt). Vor allem die wichtigsten Gatt-Mitglieder, die EG-Länder, die USA und Japan *müßten* wieder verläßliche Voraussetzungen für den Außenhandel schaffen.

Der türkische Ministerpräsident Turgut Özal, der als Vertreter des *„Partnerlandes" sprach, forderte* die ausländische Wirtschaft auf, sein Land stärker in wirtschaftliche Überlegungen einzubeziehen und in der Türkei zu investieren.

RUHRGEBIET

Die Industrieunternehmen melden neuen Umsatzrekord

HANS BAUMANN, **Dortmund**

Die Industrieunternehmen des östlichen Ruhrgebietes bezeichnen ihre Situation als gut bis befriedigend. Die Zukunftserwartungen liegen in vielen Fällen noch darüber. Der Grund: das vorhandene Auftragspolster und die erwarteten Aufträge aus dem Ausland. *Aktueller Anlaß für den optimistischen* Ausblick ist eine deutliche Belebung des Inlandsmarktes. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer Dortmund bei den Industrieunternehmen des Reviers.

Wie der Präsident der IHK, Afred Voßschulte, vor der Presse bei der *Vorlage des Jahresberichtes 1984* erklärte, rechnet die Stahlindustrie schon in nächster Zeit mit einer hohen Auslastung ihrer Kapazitäten. Im Grundstoffbereich sind Chemie und Teile der NE-Metallindustrie zuversichtlich. Die Investitionsgüterindustrie rechnet mit anziehender Nachfrage. Besonders positiv sind die *Nachrichten aus der Elektrotechnik* und aus der EBM-Industrie. Auch die Verbrauchsgüterindustrie schätzt die Zukunft positiv ein. Nach der außerordentlich günstigen Absatzentwicklung des Bergbaus 1984 wird eine weitere Belebung 1985 nicht erwartet.

Die Investitionsbereitschaft der Industrieunternehmen ist gegenüber Herbst vorigen Jahres noch einmal gewachsen. Das nach wie vor gut florierende Exportgeschäft sowie die höhere Auslastung der Kapazitäten veranlassen nach Voßschulte die Unternehmen, ihre Aufwendungen für neue Ausrüstungsgüter zu erhöhen. Das gilt für nahezu alle Branchen. Selbst beim Einzelhandel, der 1984 tief enttäuscht wurde, keimt vorsichtiger Optimismus, da die Preise sich ruhig entwickeln und das Arbeitsplatzrisiko kleiner geworden ist.

Voßschulte nennt das Berichtsjahr als „ein Jahr des Außenhandels", da der Export wieder zur tragenden Säule des Aufschwungs geworden sei. Auf die „Habenseite" des Jahres 1984 gehören für ihn die bessere Auslastung der Kapazitäten, die Degression der Kosten, die *Stabilisierung* der Ertragslage sowie eine erhöhte *Investitionsbereitschaft auch für* Erweiterungsinvestitionen.

Der Industrieumsatz im Ost-Revier ist 1984 um nominal 12,7 Prozent auf 21,1 Mrd. Mark gestiegen, womit zum ersten Mal die 20-Mrd.-Grenze überschritten wurde. 1983 betrug das Plus nur ein Prozent nach minus 2,8 Prozent 1982. Damit lag das Ost-Revier *deutlich über dem Landesdurchschnitt* von 7,7 Prozent und dem Revierdurchschnitt von 5,7 Prozent.

Es waren wieder die klassischen Säulen, die dieses Plus brachten: Bergbau plus 19,2, Stahlindustrie plus 32,7, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie plus 15,8 Prozent. Investitionsgüter kamen nur um 3,8 Prozent voran, Verbrauchsgüter dagegen um 7,5 und Nahrungs- und Genußmittel um 5,3 Prozent voran. Der Export meldet eine Steigerungsrate von 22,7 Prozent.

Gegenleistung

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Günter Mittag, der Chef-Ökonom der „DDR", besucht *heute* die Hannover-Messe und beginnt mit seinen politischen Gesprächen in Bonn. Diese nun fast schon traditionelle Visite ist dieses Mal mit einem Reizthema befrachtet. Es geht wieder einmal um die Verlängerung des Swing.

Die Situation ist gelinde gesagt kurios. Durch das viele Gerede von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann bis zum parlamentarischen Staatssekretär Ottfried Hennig ist der Eindruck entstanden, als sei vor allem die Bundesrepublik, der Kreditgeber, *an der Aufstockung* des zinslosen Überziehungskredits interessiert. Dieses kann ja wohl nicht so sein. Das Interesse liegt natürlich auch diesmal auf der Seite des Kreditnehmers, der „DDR". Davon sollte auch der Umstand nicht ablenken, daß die „DDR" *den Kreditrahmen* von 600 Millionen Mark nur zu einem Bruchteil ausnutzt. Und zwar sogar mit weniger als den 200 Millionen des Berliner Abkommens, auf die der Swing zurückfallen würde, wenn es zu keiner neuen Vereinbarung kommen würde.

Mit diesem Verhalten, das sich Ost-Berlin immerhin einiges kosten *läßt, soll die Position für die* Verhandlungen gestärkt werden. Dabei ist nicht der Swing das Problem, sondern die Gegenleistungen. Hier tut sich die „DDR" äußerst schwer.

Bereits zur Leipziger Messe vor gut einem Monat, in dem Gespräch zwischen Bangemann und Mittag, hätte das Swing-Thema abgehakt werden können, hatte der Bonner Wirtschaftsminister etwas im Gepäck. Der Rahmen war abgesteckt: Etwas mehr als die 850 Millionen Mark, dem bisherigen Höchststand, von dem aus *der Swing* in den letzten Jahren stufenweise auf jetzt 600 Millionen reduziert wurde, aber weniger als eine Milliarde Mark mit Rücksicht auf die innenpolitische Diskussion *und auf* die westlichen Partner, denen die Sonderstellung des innerdeutschen Handels immer wieder ein Dorn im Auge ist, sollten es werden.

Obwohl Bangemann in Leipzig eine Verbindung von Handel und Swing herstellte, war *nicht an* eine Dynamisierung des Kreditrahmens gedacht, wie sie von der damaligen Großen Koalition in der zweiten Hälfte der 60er Jahre beschlossen worden war, um die Stagnation des innerdeutschen Handels zu überwinden. Vielmehr sollte der Deckel schon drauf bleiben.

Zwar war von Bonn bereits zuvor signalisiert worden, auf welchen Feldern Vereinbarungen gewünscht werden – von der *Asylantenfrage* über den Umweltschutz bis hin zum Kulturabkommen und den Jugendaustausch. Überdies laufen in diesem Jahr die Vereinbarungen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr und über die Energielieferungen aus. *Die „DDR"-Seite konnte damals* nicht zuschlagen, weil sie in diesen Bereichen keine Zusagen machen konnte oder wollte.

Nun ist die Verbindung von Swing und *Handel auch so eine Sache*. Wenn bei dem Kredit Klarheit herrscht, dann dürfte die „DDR" den neuen Rahmen wie in den vergangenen Jahren auch ausnutzen. Dieses könnte den Lieferungen aus der Bundesrepublik einen einmaligen Schub geben. *Gegengerechnet* werden muß der Effekt einer neuen Absprache im Energiebereich, nach der die „DDR" im wesentlichen Rohöl aus der Bundesrepublik bezieht und dafür die verarbeiteten Produkte vor allem nach West-Berlin liefert. Hier zeichnet sich eine leichte Reduzierung ab, weil der Bedarf in West-Berlin sinkt, wenn erst *das sowjetische Erdgas* durch die neue Pipeline fließt.

Auf die unbefriedigende Struktur des innerdeutschen Handels hat eine Aufstockung des Swing kaum einen Einfluß. Für die Finanzierung langfristiger Anlagen- und Maschinenlieferungen, deren Anteil in den letzten Jahren gesunken ist, stehen andere Instrumente zur Verfügung. Und bei Großprojekten geben politische Überlegungen wie Auslandsreisen von Erich Honecker häufig den Ausschlag. Ein höherer Swing dürfte das Kreditstanding der *„DDR"* weiter aufpolieren, was sich auch auf ihre Konditionen auswirken dürfte.

Als die „DDR" das letzte Mal über eine Swing-Vereinbarung verhandeln *mußte, sagte sie, obwohl* es zu der Absenkung der Höchstgrenze kam, im nichtkommerziellen Bereich, also zur Abgeltung von Ansprüchen aus Guthaben in der „DDR", einen Betrag von 60 Millionen Mark jährlich zu. Dieses ist ihr nicht leichtgefallen, weil sie dafür harte Devisen zur Verfügung stellen muß. Damit hatte sie *einen Maßstab* gesetzt. Obwohl sich die Probleme in diesem Bereich inzwischen erheblich verschärft *haben* und selbst 100 Millionen nicht reichen, gilt dieses in Bonn als Traumergebnis. Auf jeden Fall muß auch dieses Mal beim Swing das Prinzip von Leistung und Gegenleistung gewahrt bleiben.

AUF EIN WORT

» *Subventionen haben in* der Vergangenheit die Strukturkrise der west*europäischen* Chemiefaser-Industrie maßgeblich verursacht. Daß wir erfolgreich dabei sind, die Strukturprobleme *zu überwinden, darf* kein Grund sein, Subventionen, gleich welcher Art, wieder zuzulassen. «

Günter Metz, Vorsitzender der Industrievereinigung Chemiefaser, Frankfurt FOTO: DIE WELT

Arbed benötigt noch mehr Geld

VWD, **Saarbrücken**

Mindestens noch 202,4 Mill. DM an weiteren Finanzhilfen braucht Arbed-Saarstahl in diesem Jahr, gab Mi*nisterpräsident* Lafontaine bekannt. Arbed-Saarstahl habe ihm mitgeteilt, daß der zu Beginn 1985 angemeldete Bedarf von 117,6 Mill. DM korrigiert werden müsse. Lafontaine will sich in der nächsten Woche bei Arbed-Saarstahl über den genauen Umfang des Beihilfebedarfs informieren. Nach der Entscheidung des EG-Ministerrats über die Verlagerung von Subventionen für die Stahlindustrie bis *Ende 1985 müssen Beihilfen* bis zum 15. Mai angemeldet werden. Der EG-Ministerrat und *die* Bundesregierung hatten die Gewährung von Beihilfen an einen Kapazitätsabbau geknüpft.

FÄHRVERBINDUNG MIT UDSSR

Kabinett gibt grünes Licht für Expertengespräche

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Bundesverkehrs*minister* Werner Dollinger kann bei Schiffahrtsgesprächen mit der Sowjetunion sein Einverständnis zu Expertengesprächen über das Projekt einer Eisenbahnfährverbindung zwischen einem deutschen und einem sowjetischen *Ostseehafen erklären*. Dieses hat gestern das Bundeskabinett beschlossen. Dabei wurde noch einmal ausdrücklich betont, daß damit noch keine Entscheidung über die Verwirklichung der Fährverbindung gefallen sei. Zweck der Expertengespräche soll eine umfassende Beschreibung des Projekts sein.

Nach Auffassung der Bundesregierung muß das Fährprojekt auf kommerzieller Basis verwirklicht werden. Eine direkte finanzielle Beteiligung des Bundes wird ausgeschlossen. Möglich bleibt eine Inanspruchnahme von Mitteln aus allgemeinen Förderungsprogrammen. Angestrebt werden soll eine deutsche Mehrheitsbeteiligung. Vorrangiges Ziel ist es, den heute auf der Straße durchgeführten bilateralen Warenaustausch *auf die Schiene zu verlagern*.

Positiv werden die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen auf Schleswig-Holstein beurteilt. Der Bau von vier bis sechs Fährschiffen ergibt *ein Investitionsvolumen* von 600 bis 900 Millionen Mark. An Hafeninvestitionen würden je nach Standort zwischen 100 und 300 Millionen Mark anfallen. Die Entscheidung, wo der Fährhafen eingerichtet werden soll, dürfte vom Ausgang der Expertengespräche abhängen. Das Bundesverteidigungsministerium und die NATO-Partner *haben gegen* Kiel erhebliche Bedenken.

Nach Ansicht der Bundesregierung darf es kein Fährsystem mit sowjetischer Breitspur und keine Umladung oder Umspurung in einem deutschen Hafen geben. Die Anlagen der Bundesrepublik *bleiben in deutschem* Besitz.

VEREINIGTE STAATEN

Wachstum und Budgetdefizit wurden nach unten revidiert

dpa, **Washington**

Die US-Regierung hat ihre Voraussage für das Wirtschaftswachstum 1985 in der Frühjahrsprognose von 4,0 auf 3,9 Prozent korrigiert. Bei der jährlich im April fälligen Überprüfung der Wirtschaftsentwicklung, für die weitere Etatberatung hat die Regierung *offenbar die unerwartet* schwache Konjunktur im ersten Quartal dieses Jahres berücksichtigt.

Aber auch die revidierte Wachstumsrate ist nach Ansicht von Experten noch sehr optimistisch gehalten. Private Wirtschaftsforscher rechnen *jedenfalls mit einem geringeren* Wachstum.

Beim Budgetdefizit werden aufgrund neuer Berechnungen geringfügige Entlastungen erwartet. Nach ersten Schätzungen ist das Bruttosozialprodukt in den ersten drei Monaten *nur um 2,1 Prozent im Jahresverlauf* gestiegen. Experten gingen davon aus, daß die vorläufige Berechnung nicht weit von der Schätzung abweicht.

Um dann für 1985 noch vier Prozent Wachstum zu erreichen, müssen *laut Angaben des US-Handelsministeriums* in den restlichen drei Quartalen jeweils Zuwächse von 4,75 Prozent erzielt werden. Bei der neuen Berechnung des Budgetdefizits hat die Regierung unter anderem geringere Kosten bei der Sozial- und Krankenversicherung und der Exportförderung unterstellt.

So soll das Defizit für das laufende Fiskaljahr 1985, *das* am 30. September endet, 203 statt 210 Milliarden Dollar betragen. Für 1986 wird ein Defizit von 176,9 statt 178,5 Milliarden Dollar erwartet. Die vom Kongreß noch nicht abgesegneten Pläne, 1986 die Ausgaben und damit die Defizite um rund 52 Milliarden Dollar zu kürzen, sind in diesen Zahlen berücksichtigt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Beschleunigter Anstieg der Großhandelspreise

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Anstieg der Großhandelspreise in der Bundesrepublik hat sich im März weiter beschleunigt. Wie das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, berichtete, ist der Index der Großhandelsverkaufspreise von Februar bis März 1985 um ein Prozent auf 120 (1980 = 100) gestiegen. Auf Jahresbasis ergibt sich im März eine Veränderung von 2,6 Prozent, nach 1,5 Prozent im Februar und 0,9 Prozent im Januar. Erhebliche Preissteigerungen haben die Statistiker vor allem bei Bananen (plus 26 Prozent), Orangen (plus 22 Prozent), Frischgemüse (plus zwölf Prozent), *frischen Eiern* (plus 7,7 Prozent), leichtem Heizöl (plus 5,2 Prozent) und Kraftstoffen (plus 3,9 Prozent) registriert.

Drei Airbus für China

Paris (dpa/VWD) – Die Volksrepublik China will drei Maschinen des europäischen Flugzeug-Konsortiums Airbus kaufen. Wie am Dienstag in Paris aus Branchenkreisen verlautete, soll ein Vertrag über drei A310 bei *dem gegenwärtigen* Besuch der französischen Außenhandelsministerin Edith Cresson in Peking unterzeichnet werden. Die ersten beiden Flugzeuge würden bereits im Juni ausgeliefert, nachdem die Vertragspartner sich im Januar einig geworden waren.

Im Ausland investiert

Bonn (Mk.) – Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland sind im vergangenen Jahr von 7,8 auf 9,3 Milliarden Mark gestiegen. Davon entfielen 7,9 (1983: 5,5) Milliarden Mark auf Industrieländer und 1,4 (1983: 2,3) Milliarden Mark auf Entwicklungsländer, wobei Spanien seit 1984 zu den Industrieländern zählt. Mit Abstand wichtigstes *Anlageland waren die USA* mit 3,3 Milliarden vor Großbritannien mit 1,1 Milliarden Mark. Die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik betrugen 1984 unverändert gegenüber dem Vorjahr drei Milliarden Mark. Davon entfielen allein 1,6 Milliarden auf Großbritannien.

Mahnung an Bonn

Münster (rtr) – Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, hat von der Bundesregierung eine dynamischere Wirtschaftspolitik gefordert. Vor westfälischen Unternehmern erklärte Wolff, trotz unbestreitbarer Erfolge in der Haushalts- und *Wirtschaftspolitik* sei *„die sogenannte* Wende in vielen Bereichen noch nicht entschieden genug betrieben" worden. Teilweise dränge sich ihm sogar der Eindruck auf, die Wende sei „so etwas wie eine Pirouette um 360 Grad" und es gehe „munter in die falsche Richtung" weiter.

Dollar bei drei Mark

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kurs des US-Dollar gab am Dienstag weiter nach. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 3,0090 DM nach 3,0300 DM festgestellt und lag damit nur noch knapp über der Drei-DM-Marke. Die Bundesbank griff offiziell in die Kurs*findung nicht ein*.

Für Kapitalaufstockung

Washington (rtr) – Der *Präsident* der Weltbank, Tom Clausen, will sich während der anstehenden Gespräche in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds (IWF) für zusätzliche *finanzielle* Mittel einsetzen. Clausen sagte zu Journalisten, er er*hoffe sich von dem gemeinsamen* Entwicklungsausschuß Unterstützung für sein Vorhaben. *Am Donnerstag* beginnt eine Ausschußtagung von Finanzministern aus Industriestaaten und Entwicklungsländern. Die USA stehen der Bereitstellung neuer Gelder ablehnend gegenüber.

Markenbenzin teurer

Essen (Bm.) – Nach der Ankündigung der Esso AG, den Benzinpreis *dort anzuheben, wo er* in den letzten Tagen nachgegeben hatte, wollen nun *auch die anderen Markengesellschaften* nachziehen. BP kündigte an, den Preis für beide Qualitäten ebenfalls um fünf Pfennig je Liter zu erhöhen – aber auch nur punktuell, um die erlittenen Verluste wieder wettzumachen. Wie von Pächtern von Shell-Tankstellen zu hören ist, wird Shell vom heutigen Mittwoch an die Preise generell *um fünf Pfennig* je Liter anheben. Dieselkraftstoff bleibt preisstabil. Shell macht in Berlin eine Ausnahme. Der Benzinpreis steigt dort nur um vier Pfennig, Diesel wird um einen Pfennig je Liter gesenkt. Aral hatte erst zu Wochenbeginn in Teilen Nordrhein-Westfalens seine Preise um bis zu drei Pfennig zurückgenommen – für Super bis auf 138,9 Pfennig.

STEUERREFORM / Hearing mit 60 Experten

Lob und Tadel für die Pläne

HEINZ HECK, Bonn

Lob und Tadel erntet die Bundesregierung für ihre Steuerreformpläne bei einem Hearing, das heute der Finanzausschuß und der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit mit rund 60 Verbandsvertretern und anderen Sachverständigen veranstalten. Die geplante Verminderung der Lohn- und Einkommensteuer in zwei Schritten 1986 und 1988 um insgesamt rund 20 Milliarden Mark wird in den zuvor eingesandten schriftlichen Stellungnahmen allgemein begrüßt. Doch plädieren einige Verbände für eine andere Entlastungsverteilung.

So bedauert die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), „daß die Regierungskoalition die Chancen nicht genutzt hat, durch einen energisch angepackten Subventionsabbau und einen konsequenten Einstieg in die Privatisierung von öffentlichem Vermögen die finanziellen Grundlagen" sowohl für eine Steuerreform in einem Schritt zum 1. Januar 1986 sowie für eine noch stärkere Tarifentlastung zu schaffen.

In dieselbe Kerbe schlägt die Deutsche Steuergewerkschaft (DStG), die es als „folgenschweres Unterlassen" ansieht, daß die Chance vergeben wurde, über den Abbau steuerlicher Subventionen das Steuerrecht durchgreifend zu vereinfachen und zugleich die finanzielle Manövriermasse für eine Tarifentlastung zu schaffen. Durch die umfangreiche Stellungnahme zieht sich als roter Faden die Kritik an wachsender Komplizierung des Steuerrechts. Die programmatische Forderung des Bundesrats, Maßnahmen zur Steuerentlastung und zur Steuervereinfachung zu verbinden, sei zu einer „fruchtlosen Mahnung verkümmert".

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert in enger Anlehnung an die SPD einen Kinderlastenausgleich „ausschließlich über Kindergeld" und sieht daher in der Abschaffung der Kinderfreibeträge 1975 „die wichtigste Maßnahme der großen Steuerreform". Auch bei der Tarifgestaltung weichen die DGB-Vorstellungen völlig von dem Gesetzentwurf ab, wenn zum Beispiel eine weitere Anhebung des Spitzensteuersatzes (derzeit 56 Prozent) sowie eine weitere Progressionsverschärfung ab zu versteuerndem Jahreseinkommen von 60 000/120 000 Mark (Ledige/Verheiratete) gefordert wird.

Für den Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine (BDL) „kommt die Steuersenkung viel zu spät". Außerdem führe sie „nur zu einer vorübergehenden Steuerentlastung, die nach kurzer Zeit wieder verpufft ist und die Lohnsteuerzahler erneut unerträglich belastet". Die mit der Einführung der Kinderfreibeträge von jährlich 2484 Mark geplante Streichung der „Kinderadditive" von insgesamt 900 Mark wird vom BDL ebenso abgelehnt wie auch vom Verband der Lebensversicherungsunternehmen: Dem kindbedingten höheren Vorsorgebedarf sollte durch Kinderadditive Rechnung getragen werden.

Sowohl die evangelische wie die katholische Kirche halten auch nach einem Gespräch im Finanzministerium ihre Kritik an den der Kirchensteuerberechnung zugrundezulegenden Abzugsbeträgen von 600 Mark je Kind aufrecht und plädieren unverändert für 1200 Mark für das dritte und jedes weitere Kind.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Achimer Fleischhandel Kroll & Scharsack GmbH; **Albstadt:** Horst König, Inh. e. Strickwarenfabrik; **Augsburg:** Erich Selle; **Bielefeld:** RSP – Regal-Selbstbau-Programm Verwaltungsges. mbH; **Coburg:** Dieter Henneberger, Lautertal; **Essen:** Heckmann GmbH; **Frankfurt:** Steiner-Bau GmbH u. Co. KG; **Gießen:** Windsurfing Lahn GmbH; **Gütersloh:** Burghard Vossen Ingenieurbüro GmbH i. L.; **Hamburg:** SEA-BULK Befrachtungs GmbH; **Heilbronn:** Nachl. d. Ludwig Friedrich Kettner; **Hildesheim:** Wolfgang Schmidt, Bad Salzdetfurth; **Itzehoe:** Waldemar Pieper, Wacken; **Leer:** RBT Radioteile GmbH, Leer-Logabirum; **Mannheim:** Live Music Agency GmbH Konzert Agentur; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Gertrud Anna Altgott; Spema Spezialmaschinen GmbH; **Remscheid:** Klaus Peter Schatten, Solingen; **Stuttgart:** Consulting AG; **Waiblingen (Enz):** W. Hoffmann KG, Behälterbau; **Wolfhagen:** Max Rudolf Arnold, Zierenberg; Gerd Burg, Lohfelden; **Wolfratshausen:** „SERAH" International Export GmbH, Königsdorf; **Wuppertal:** AW-Bautechnik Beratungs- u. Handels-GmbH, Velbert; Grundkredit GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Brilon: Ullrich Anton Kloke, Marsberg; **Esslingen:** Waimer Vertriebsges. mbH, Bau- u. Industriebedarf, Denkendorf.

Vergleich beantragt: Frankfurt: Adt AG; Dacos Bau GmbH & Co. Bauträger KG.

BUNDESBANK / Hohe Anpassungsfähigkeit mittelständischer Unternehmen

Die Eigenkapitalbasis ist zu schwach

INGE ADHAM, Frankfurt

Ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit bei sich ändernden ökonomischen und sozialen Umweltbedingungen bescheinigt die Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht den mittelständischen Unternehmen. Dies komme auch der wirtschaftlichen Verwertung des Fortschritts zugute. Daß Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu 25 Millionen Mark – fast jeder zweite Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ist in einem solchen Unternehmen beschäftigt – deutliche Schwachstellen haben, bestätigt freilich auch die Bundesbank.

Eines der Kernprobleme dieser Unternehmen, denen die Bundesbank eine Schlüsselrolle als Träger des freien Wettbewerbs zuweist, ist ihre mangelnde Eigenmittelausstattung: Nur rund zehn Prozent der Bilanzsumme ermittelte die Bundesbank bei ihrer Untersuchung der Jahresabschlüsse 1983 als Eigenmittel (Eigenkapital plus Rücklagen abzüglich Berichtigungsposten). Damit erreichen die Mittelständler noch nicht einmal die Hälfte der Eigenkapitalquote der großen Unternehmen. Dabei gibt es je nach Branche noch erhebliche Unterschiede.

So erreicht das mittelständische Baugewerbe nur die „extrem niedrige" Eigenkapitalquote von ein Prozent, auch bei den großen Unternehmen bildet das Baugewerbe mit zehn Prozent allerdings das Schlußlicht. Besonders schwach ist die Eigenmittelausstattung auch im Einzelhandel (5,5 Prozent) und in Teilen des verarbeitenden Gewerbes. Zum Vergleich: Im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes liegt die Eigenkapitalquote bei 25,5 Prozent.

Die dünne Kapitaldecke zwingt die Mittelständler zu hoher Verschuldung und macht sie anfällig in konjunkturell schlechteren Zeiten. Deutlich wird dies am Zinsaufwand, den die Bundesbank auf 2,5 Prozent der Gesamtleistung (1983) veranschlagt, bei den größeren Unternehmen fallen rund ein Prozent der Gesamtleistung als Zinsaufwand an. Darüber hinaus müssen die kleinen aufgenommene Kredite in der Regel offenbar mit höheren Sätzen verzinsen, hält die Bundesbank fest. Der höhere Zinsaufwand schlägt sich auch in den Erfolgsrechnungen der Unternehmen nieder, die praktisch keine Zinserträge haben. Während die Großfirmen beim Vergleich der Ergebnisse der Jahre 1980 und 1983 noch ein leichtes Plus von zwei Prozent zeigen, liegt der Jahresüberschuß bei den mittelständischen Unternehmen trotz der beträchtlichen Erholung in 1983 immer noch gut ein Viertel unter dem Stand von 1980.

Es gilt, „der mittelständischen Wirtschaft den marktmäßigen Zugang zu Beteiligungskapital zu erleichtern", betont die Bundesbank angesichts des spürbaren Rentabilitätsnachteils. Verbessern wird sich die Situation dieser Unternehmen bei der Finanzierung aber trotz des geplanten Unternehmensbeteiligungsgesetzes nur, wenn die Firmeninhaber ihre Abneigung gegen die Aufnahme von Geschäftspartnern mit Kapital abbauen, mahnt die Bundesbank.

ARABISCHE LÄNDER / Verschuldung stark gestiegen

Irak erhöhte Kreditaufnahme

dpa/VWD, Paris

Die Auslandsschulden der 20 wichtigsten arabischen Länder lagen Ende 1984 bei insgesamt 105 Milliarden Dollar (rund 300 Mrd. DM). Das entspricht einer Steigerung von 11,6 Prozent innerhalb eines Jahres, geht aus einer Studie der United Gulf Bank (Bahrain) hervor, die am Montag in Paris in der Zeitschrift „Petrole et Gaz Arabes" veröffentlicht wurde.

Allein Algerien konnte 1984 seine Verbindlichkeiten (13,3 Milliarden Dollar) um 1,6 Milliarden Dollar verringern. Außer Sudan und Marokko haben alle arabischen Länder 1984 ihre Schuldentilgungen und Zinszahlungen termingerecht erfüllt. Für die Hälfte der gesamten Schuldensteigerung ist Irak verantwortlich, dessen Verbindlichkeiten 1984 vorwiegend bei anderen arabischen Ländern um 5,5 Milliarden Dollar auf 32 Milliarden Dollar gestiegen sind.

Als Länder mit „erhöhtem Risiko" stuft die Bank-Studie sechs arabische Staaten ein (Südjemen, Marokko, Libanon, Somalia, Mauretanien und Sudan). Davon stehen allein Sudan „nach zahlreichen Umschuldungen seit 1978" mit acht Milliarden Dollar und Marokko mit 12,5 Milliarden Dollar besonders hoch in der Kreide.

Sieben Länder erhielten die Einstufung „geringes Risiko" (die sechs Staaten des Golf-Rates für Zusammenarbeit Saudi-Arabien, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Katar und Oman sowie Algerien). Von den Ratsmitgliedern haben nur Oman und Bahrain Schulden im Ausland in Höhe von 970 und 480 Millionen Dollar, aber auch geschätzte Finanzreserven von 670 Millionen und 1,4 Milliarden Dollar. Die reichsten Länder dieser Gruppe sind Saudi-Arabien und Kuwait.

Sieben Länder mit „mittlerem Risiko" (Tunesien, Jordanien, Ägypten, Syrien, Libyen, Nordjemen und Irak) liegen dazwischen. Nach Ansicht der Experten wird es Irak 1985 schwerfallen, seinen fälligen Schuldendienst von 1,5 Milliarden Dollar zu erfüllen. Bagdads Devisenreserven seien „quasi erschöpft" (800 Millionen Dollar im Vergleich zu 30 Milliarden Dollar 1980).

GATT / Vor Ende des Sommers Vorbereitungsgespräch für neue Verhandlungsrunde

Entwicklungsländer noch skeptisch

IRENE ZÜCKER, Genf

Noch vor Ende des Sommers soll in Genf eine Vorbereitungssitzung auf hoher Ebene für eine neue Gatt-Runde stattfinden. Dies teilte Gatt-Generaldirektor Arthur Dunkel in Genf mit. Zudem seien sich die 24 OECD-Länder einig, mit der neuen Runde so früh wie möglich zu beginnen, wobei die USA sowie eine Reihe anderer Industriestaaten die Gatt-Runde bereits Anfang 1986 starten möchten.

Auf dem Genfer Vorbereitungstreffen vom Sommer 1985 soll über den Inhalt (Tagungspunkte) und Modalitäten einer neuen Runde beraten werden.

Zentrale Punkte der neuen Verhandlungsrunde sind die Verbesserung des gegenwärtigen Handelssystems, der Agrarsektor, die Position der Entwicklungsländer innerhalb des Gatt, Dienstleistungen sowie die Handels- und Geldpolitik.

Gatt-Generaldirektor Dunkel gab sich optimistisch, da sich die 24 Industriestaaten auf ihrer Ministertagung in Paris klar auf eine Gatt-Runde geeinigt hatten. Arthur Dunkel betonte jedoch, daß die Entwicklungsländer noch immer sehr kühl auf eine neue Verhandlungsrunde reagierten. Die Industrienationen müßten sie erst davon überzeugen, daß diese auch der Dritten Welt etwas bringe.

Auch der Ende März erschienene Bericht „Welthandelspolitik für eine bessere Zukunft" wird nach Arthur Dunkel zur Klärung der neuen Runde beitragen und Verhandlungspunkte liefern. Der Rapport wurde auf Einladung des Gatt von sieben unabhängigen Experten erarbeitet.

Der zur Zeit viel diskutierte Bericht entwickelt eine Grundtherapie unter langfristigen Gesichtspunkten und kein Krisenmanagement. Zentrales Element sind die 15 konkreten Vorschläge, wie die gegenwärtige Krise im Welthandelssystem abgebaut werden kann.

Doch Gatt-Generaldirektor Dunkel bezeichnete etwa die Empfehlung Nummer eins des Aktionsplans als schwer durchführbar. Der Vorschlag verlangt die Transparenz staatlicher Handels- und Subventionspolitiken: Kosten und Nutzen aller handelspolitischen Maßnahmen müßten in einer „Protektions-Bilanz" analysiert werden. Private und öffentliche Unternehmen müßten in ihren Ertragsrechnungen die Höhe bezogener Subventionen angeben. Weiter fordert der Aktionsplan eine regelmäßige internationale Überprüfung nationaler Handelspolitiken, internationale Koordination im Monetär-, Finanz- und Handelsbereich sowie die Schaffung eines ministeriellen Gatt-Ausschusses, damit zentrale handelspolitische Probleme rascher gelöst werden können.

Gefordert werden vor allem allgemeinverbindliche und faire Regeln für einen weltoffenen Agrarhandel, die Klärung und Straffung der Gatt-Regeln über Zollunionen und -gemeinschaften. Einen völligen Umdenkungsprozeß fordert die Expertengruppe von den Entwicklungsländern mit der neuartigen Empfehlung, die Dritte Welt solle in ihrem eigenen Interesse weniger auf ihre Sonderbehandlung innerhalb des Gatt pochen, sondern sich voll in das Handelssystem integrieren.

KONJUNKTUR / Bankenverband ist optimistisch

Sorge über Handelshemmnisse

dpa/VWD, Köln

Nach Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Banken, Köln, sind die Voraussetzungen für eine länger anhaltende konjunkturelle Aufwärtsbewegung bei stabilen Preisen derzeit gegeben. Auch auf dem Arbeitsmarkt sieht der Verband trotz der Probleme der Bauwirtschaft Belebungstendenzen.

Im ersten Quartal dieses Jahres sei die positive Grundtendenz vorübergehend von negativen Sondereinflüssen wie witterungsbedingten Produktionsbehinderungen und der Auseinandersetzung um das Katalysatorauto überdeckt worden.

Nachdrücklich warnt der Bankenverband vor Handelshemmnissen, wie sie sich durch die mögliche Einführung einer Importsteuer in den USA ergeben könnten. Der nach wie vor überhöhte Dollarkurs und das damit verbundene hohe US-Handelsbilanzdefizit verstärkten den protektionistischen Druck.

Der Spitzenverband des Kreditgewerbes forderte die Regierungschefs der sieben größten Industrienationen auf, den bevorstehenden Wirtschaftsgipfel Anfang Mai in Bonn zu nutzen, um die „unheilvolle Tendenz in Richtung Protektionismus" umzukehren.

Die Banken stützen ihre positive Einschätzung der Konjunkturentwicklung auf einen erheblichen Modernisierungsbedarf in der Wirtschaft. Rund die Hälfte des industriellen Anlagevermögens sei älter als zehn Jahre. Die Unternehmen wollten verstärkt ihre Anlagen modernisieren. Der Zuwachs der Unternehmenserträge in den vergangenen drei Jahren habe die finanzielle Basis hierfür verbessert.

Nach Meinung der Banken bildet die Wechselkursentwicklung eine kräftige Stütze für den deutschen Export. Die Erfolge im Ausland seien aber auch Ausdruck des hohen technischen Standards der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich. Negativ merkt der Konjunkturbericht an, daß die hohen Dollarnotierungen zu einer Verteuerung der deutschen Einfuhrpreise geführt hätten. Diese lagen im Februar um 7,3 Prozent höher als vor einem Jahr.

GARNY

Börsenneuling ist zufrieden

adh. Frankfurt

Der Börsenneuling Garny AG, Mörfelden-Walldorf, im vergangenen Juni mit 7,8 Mill. DM seines auf 16 (12) Mill. DM erhöhten Grundkapitals an die Börse gegangen (geregelter Freiverkehr), hat das Geschäftsjahr 1984 zu seiner Zufriedenheit abgeschlossen. Bei einem Umsatzanstieg um ein Fünftel auf 91 Mill. DM (wobei der kleinere Teil des Wachstums auf die erstmalige Konsolidierung der De La Rue Garny GmbH entfällt), erreichte die Gruppe einen Konzerngewinn von 2,1 Mill. DM, betonte Vorstandsvorsitzender Hans Wrieden bei Vorlage des Geschäftsberichts. Die Aktionäre des Anbieters von Sicherheits- und Einrichtungssystemen vor allem für Banken partizipieren daran mit 7,50 DM je Dividende je 50-DM-Aktie. 49 Prozent des Grundkapitals liegen bei rund 4500 Aktionären.

Für dieses Jahr hat Garny nach dem Erwerb der Pohlschröder-Geldschrankaktivitäten, der die Mitarbeiterzahl auf 540 (340) Beschäftigte steigen ließ, auf weiteres Wachstum geschaltet. Neben den Bankaktivitäten soll auch der Verkauf von Tresoren für den Privathaushalt forciert werden. Geplant ist ein Umsatz von 130 Mill. DM bei „mindestens" unverändertem Gewinn.

DORNIER / *Mit Mannesmann bringt sich ein neuer Interessent ins Gespräch – Verhandlungen seit einer Woche*

Weisweiler: „Wir wollen mindestens 25,1 Prozent"

Stw./nl./J.G. Hannover/Stuttgart

Die Mannesmann AG, Düsseldorf, will sich an der Dornier GmbH, Friedrichshafen/München, beteiligen. Mit dieser Mitteilung überraschte der Mannesmann-Vorstandsvorsitzende Franz Josef Weisweiler auf der Pressekonferenz am Vortag der Hannover-Messe. „Wir haben den Dornier-Gesellschaftern angeboten, unter der Voraussetzung, daß wir eine Beteiligung von über 25 Prozent erreichen können, Anteile an der Dornier GmbH und anderen Gesellschaften der Gruppe zu übernehmen", erklärte Weisweiler. Aber auch gegen eine mehrheitliche Übernahme werde sich Mannesmann „nicht sträuben". Weisweiler ließ allerdings durchblicken, daß er angesichts der schwierigen Eigentümerverhältnisse bei Dornier nicht sofort mit einer Mehrheit der Anteile rechnet. „Ich glaube, daß wir mit etwas über 25 Prozent anfangen können".

Verhandelt werde mit Dornier erst seit gut einer Woche, ein Abschluß sei noch nicht abzusehen. Welche Anteile Mannesmann bereits zugesagt sind, ließ Weisweiler offen. Die Dornier-Gesellschafter hätten unterschiedliche Absichten in bezug auf ihre zukünftige Beteiligung und auch verschiedene Kaufpreisvorstellungen, räumte Weisweiler auf Fragen ein. Die Verhandlungen wurden gestern fortgesetzt. Den Einstieg bei Dornier will Mannesmann ohne Kapitalerhöhung finanzieren.

Weisweiler betonte, daß Dornier auch im Falle einer mehrheitlichen Übernahme „als rechtlich selbständiges Unternehmen unter Beibehaltung des Namens" fortbestehen werde. Zu möglichen Beteiligungen von Daimler-Benz sowie des Landes Baden-Württemberg wollte sich der Mannesmann-Chef nicht äußern. Auf die Frage, welche Dornier-Geschäftsführung Mannesmann anerkenne, antwortete Weisweiler: „Die amtierende".

Der Tatbestand, daß Mannesmann in Beteiligungsverhandlungen in Sachen Dornier steht, ist offenbar auch dem Stuttgarter Staatsministerium nicht verborgen geblieben. Dem Vernehmen nach hielt sich bei der von Ministerpräsident Lothar Späth am Montag dieser Woche einberufenen Gesprächsrunde, an der neben Angehörigen der Familie Dornier Vorstandsmitglieder der Daimler-Benz AG teilnahmen, Mannesmann-Chef Weisweiler „telefonisch verfügbar". Bekanntlich hat Daimler-Benz Interesse an einem Einstieg bei Dornier, eine Lösung, die auch von Ministerpräsident Späth und der Arbeitnehmerseite im Dornier-Aufsichtsrat befürwortet wird.

Wie Späth nach Abschluß der fünfstündigen Gesprächsrunde vom Montag, zu der auch Wirtschaftsminister Herzog und der Testamentsvollstrecker über das Vermögen der verstorbenen zweiten Ehefrau des Firmengründers, Anna Dornier, der Stuttgarter Jurist Hans Thümmel gehörte, mitteilte, habe er „den Eindruck gewinnen können, daß sämtliche Familienmitglieder an dem Zustandekommen einer konstruktiven Lösung für die Zukunftsentwicklung des Unternehmens mitarbeiten wollten".

Die Gespräche hätten darüber hinaus ergeben, daß vor weiterführenden Entscheidungen noch eine Reihe offener Fragen zu klären und weitere Kontakte erforderlich seien. Entsprechende Gespräche sollten – so Späth – nach übereinstimmender Auffassung aller Gesprächsteilnehmer noch in dieser Woche abgeschlossen werden. Für Montag, den 22. April sei eine weitere Gesprächsrunde mit allen Teilnehmern der Runde vom letzten Montag im Stuttgarter Staatsministerium angesetzt. Im übrigen habe man über den Inhalt der vertraulichen Gespräche Stillschweigen vereinbart.

Für den Mannesmann-Konzern (180 000 Eigentümer von 1,2 Mrd. DM Aktienkapital, 104 000 Beschäftigte) bedeutet das Dornier-Engagement einen weiteren der bereits vielen Schritte auf dem Weg des einstigen Montankonzerns zu einem „Technologiekonzern". Die entscheidende Zäsur kam da 1969 durch die große Walzstahl/Röhren-Arbeitsteilung mit dem Thyssenkonzern, wonach Mannesmann in der Bundesrepublik Walzstahl nicht mehr für den Markt, sondern nur als Vormaterial für die eigene Stahlrohrherstellung produziert.

Vor allem durch große Firmen-Aufkäufe (Demag, Hartmann & Braun, Kienzle) wurde der Bereich „Maschinen- und Anlagenbau, Elektrotechnik und Elektronik" zum größten Konzernglied ausgebaut. Er war bereits 1984 mit 53 Prozent an 15,8 Mrd. DM Mannesmann-Weltumsatz beteiligt gegenüber noch 34 Prozent aus dem Stahlrohr- und 12 Prozent aus dem Handelsgeschäft. Außerhalb des Konsolidierungskreises ist Mannesmann außerdem mit 40,8 Prozent an der vormals zum AEG-Konzern gehörenden „ANT Nachrichtentechnik" beteiligt, die rund 900 Mill. DM umsetzt.

BW-BANK / *Spielraum für Fusionsgespräche gering*

Gegen die Späth-Pläne

dpa/VWD, Stuttgart

Die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank), Stuttgart, steht den neuesten Plänen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth, anstelle einer baden-württembergischen Landesbank eine große Regionalbank im Land zu bilden, ablehnend gegenüber. Wie es in einer Mittelung der BW-Bank heißt, „dürfte der Spielraum für Fusionsgespräche derzeit gering sein". Späth will eine Entscheidung über die Neuordnung des Kreditwesens noch vor den Sommerferien herbeiführen.

Die BW-Bank begründet ihre ablehnende Haltung damit, daß anläßlich der Fusion der BW-Bank im Jahre 1977 aus der Württembergische Bank AG, Stuttgart, der Badische Bank AG, Karlsruhe, und der Handelsbank Heilbronn AG zwischen der Landesregierung und den maßgeblichen privaten Aktionären „bindend" vereinbart worden sei, daß die BW-Bank nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen und Zielsetzungen als unabhängige Geschäftsbank geführt wird.

Die drei privaten Regionalbanken hätten damit bereits vor einigen Jahren durch ihre Fusion einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Bankenstruktur in Baden-Württemberg geleistet. Im übrigen gehöre die BW-Bank dem privaten Bankgewerbe an, während die übrigen, in die Pläne der Landesregierung einbezogenen Institute, öffentlich-rechtlich seien. Das Land Baden-Württemberg ist indirekt mit 54 Prozent am Aktienkapital der BW-Bank von derzeit noch 96 Mill. DM beteiligt. Es soll im Sommer 1985 auf 108 Mill. DM erhöht werden.

CASSELLA / *Dividende wird auf 15 Mark erhöht – Gute Ergebnisse bei den Töchtern*

Prädikat „befriedigend" für 1984

dpa/VWD, Frankfurt

Für die zu 75 Prozent zum Hoechst-Konzern gehörende Cassella AG, Frankfurt, verdient das Geschäftsjahr 1984 nach den Worten ihres Vorstandschefs Christian Ruppert das Prädikat „befriedigend". Die halbe Umsatz-Milliarde wurde nur knapp verfehlt. Insgesamt erhöhte sich der Nettoumsatz der AG um 8 Prozent auf 497,5 Mill. DM. Der konsolidierte Gruppenumsatz des Chemiekonzerns nahm im vergangenen Jahr um 9 Prozent auf 909,4 (835,1) Mill. DM zu. Dabei wuchs der Inlandsumsatz der AG um 7 Prozent, während das Exportgeschäft um 10 Prozent anzog. Die Exportquote lag unverändert bei 42 Prozent.

Der Hauptversammlung am 3. Juni soll die Ausschüttung einer erhöhten Dividende von 15 (10) DM vorgeschlagen werden. Der Bilanzgewinn betrug rund 5,14 (3,45) Mill. DM. Der Jahresüberschuß stieg auf 7,10 (4,24) Mill. DM. Hieraus wurden den Rücklagen vorab 2 (0,8) Mill. DM zugewiesen. Der Brutto-Cash-flow erhöhte sich auf 57 (54) Mill. DM. Die Eigenkapitalquote beträgt 34 Prozent. Umsatzstärkster Bereich war mit 163,2 (143,5) Mill. DM der Farbstoffsektor. Der Pharmabereich wuchs 1984 um 7 Prozent auf 152,8 (142,9) Mill. DM.

Zufrieden äußerte sich Ruppert auch zur Entwicklung der Tochtergesellschaften. Die Riedel de Haen AG, Seelze, steigerte ihren Umsatz um 17 Prozent auf erstmals über 300 Mill. DM, die Ausschüttung stieg auf 19 (14) Prozent. Die Kosmetik-Tochter Jade erzielte 5 Prozent Zuwachs. In dieses Unternehmen sollen 1985 zur Verbesserung von Fertigung und Logistik 5 Mill. DM investiert werden. Die Beteiligung Cassella-med GmbH (Markt für Selbstmedikation) konnte 10 Prozent zulegen und erzielte erstmals nach vier Jahren einen Gewinn.

Zunehmende Bedeutung gewinnt bei Cassella der Umweltschutz. Die laufenden Betriebskosten hierfür machten im vergangenen Jahr 25 Mill. DM aus, für 1985 wird ein Sprung auf 30 Mill. DM erwartet. Bis zum Jahresende rechnet Ruppert mit einem Verhandlungsabschluß mit der „DDR" zur Lagerung von Cassella-Sondermüll in der „DDR".

Im ersten Quartal 1985 ist der Umsatz weiter um 9,4 Prozent auf 141,2 Mill. DM gestiegen; im Inland um 6,9 Prozent auf 79 Mill. und im Ausland um 12,7 Prozent auf 62,2 Mill. DM. Im laufenden Jahr wird sich der Ertrag nach den Erwartungen Rupperts gegenüber 1984 sicherlich „noch etwas bessern". Ende 1983 beschäftigt das Unternehmen 2300 Mitarbeiter.

NORDHYPO / *Hypothekenzusagen zurückgegangen*

Ertrag auf Wachstumspfad

JAN BRECH, Hamburg

Auch ohne die im Vorjahr gescheiterte Fusion mit der Oldenburgischen Landesbank ist die Norddeutsche Hypotheken- und Wechselbank AG, Hamburg, im Berichtsjahr gut vorangekommen. Wie Vorstandsprecher Ludolf von Krosigk betont, befinde sich die Bank beim Ertrag seit Jahren auf Wachstumspfad. Bei einer Ausweitung der Bilanzsumme um 25 Prozent in den letzten fünf Jahren, habe sich der erweiterte Zinsüberschuß in der gleichen Zeit um 42 Prozent ausgeweitet.

Im vergangenen Jahr stieg der Zinsüberschuß um knapp 2 Prozent auf 39,3 Mill. DM. Das Betriebsergebnis sei auf hohem Niveau gehalten worden, erklärt von Krosigk. Als Jahresüberschuß weist die Bank 5,2 Mill. DM aus; das entspricht einem Plus von 12 Prozent. Der Hauptversammlung am 22. Mai wird eine unveränderte Dividende von 6 Prozent auf 45 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen; Mehrheitsaktionär ist die Dresdner Bank AG.

Getragen wurde das Geschäft unverändert vom Realkredit. An der um 5,2 Prozent auf 4,4 Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme macht er 93 Prozent aus. Das gesamte Neugeschäft erhöhte sich um 3 Prozent auf 521 Mill. DM, wobei einem Rückgang der Hypothekenzusagen um 23 Prozent (auf 284 Mill. DM) eine Ausweitung der Kommunaldarlehenzusagen um 71 Prozent gegenüberstand. Glimpflich sei die Bank trotz anhaltenden Trends zu Insolvenzen bei Zwangsmaßnahmen davongekommen. Der Zinsrückstand gemessen am Leistungssoll betrug 1,4 Prozent, Zwangsmaßnahmen erreichten bezogen auf sämtliche Deckungshypotheken eine Quote von 0,68 Prozent.

Im allgemeinen Bankgeschäft mit einem Anteil von 7 Prozent an der Bilanzsumme blieb das Betriebsergebnis auch 1984 rot. Aber, so von Krosigk, die Nordhypo nähere sich stetig der Vorgabe, daß diese Sparte der Bank auf Dauer nichts kosten dürfe. Das Kreditvolumen stagnierte bei 237 Mill. DM, die Debitoren stiegen um 2 Prozent auf 188 Mill. DM.

In diesem Jahr hat sich das Geschäft vor allem in der Sparte Realkredit gut angelassen. Das Hypothekenneugeschäft zog um 54 Prozent an. Den Zinsstand am Kapitalmarkt nennt von Krosigk für beide Seiten komfortabel. Im Kommunaldarlehengeschäft haben sich die Zusagen dagegen auf 48 Mill. DM halbiert.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gehe zahlt 10 Prozent

Stuttgart (nl.) – Die im Pharma-Großhandel tätige Gehe AG, Stuttgart, deren Aktien seit vergangenem Jahr auch an der Börse gehandelt werden, kündigt für das Geschäftsjahr 1984 die Ausschüttung einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Dividende von 10 Prozent auf das inzwischen im Wege einer breiten Aktienstreuung um 13,5 Mill. auf 40,5 Mill. DM erhöhte Kapital an. Der Umsatz hat sich in 1984 um 6,8 Prozent auf 1,11 Mrd. DM erhöht. Die Gehe-Ruwa-Gruppe verbuchte in 1984 einen Umsatz von 1,72 Mrd. DM (plus 7,1 Prozent).

Uhren-Zusammenarbeit

Basel (VWD) – Die Kienzle Uhrenfabriken GmbH, Villingen-Schwenningen, und die Londoner Prescott Clock and Watch haben eine zunächst fünfjährige Zusammenarbeit beschlossen. Der Vertrag wurde auf der europäischen Uhren- und Schmuckmesse in Basel geschlossen. Der Wert der Vereinbarung wird von beiden Seiten auf etwa 30 Mill. DM geschätzt.

Ausschüttung gehalten

Saarbrücken (VWD) – Die Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken, schlägt für 1984 wieder 12 Prozent Dividende vor. Neben dem Mehrheitsaktionär Deutsche Bank AG ist der Crédit Industriel d'Alsace et de Lorraine, Straßburg, am Grundkapital von 35 Mill. DM der größten saarländischen Geschäftsbank mit 23,7 Prozent beteiligt. Hauptversammlung ist am 30. Mai.

Preisverfall

Stuttgart (VWD) – Trotz eines rasanten Preisverfalls bei Büromaschinen und Personal Computern erreichte der deutsche Büro-Fachhandel 1984 ein nominales Umsatzplus von vier Prozent. Die gesamte deutsche Bürowirtschaft erreichte im abgelaufenen Jahr ein Umsatzvolumen von 22 Mrd. DM, wie der Bundesverband Bürowirtschaft anläßlich der Bürofachausstellung „Das moderne Büro" (30. April bis 4. Mai 1985 in Stuttgart) erklärte.

Marktanteil stabil

Hamburg (dpa/VWD) – Der Hamburger Hafen hat im vergangenen Jahr seinen Anteil am seewärtigen Außenhandel der Bundesrepublik stabilisiert. So stieg der Anteil am deutschen Handel über See, der ungefähr 220 Mill. Tonnen ausmachte, geringfügig um 0,4 auf 16,2 Prozent. Insgesamt wurden in Hamburg 35,6 Mill. Tonnen Güter aller Art für die und aus der Bundesrepublik umgeschlagen. Das waren 8,9 Prozent mehr als 1983. Davon entfielen auf den Import über Hamburg 27,5 (1983: 26) Mill. Tonnen und auf den Export 8,1 (6,8) Mill. Tonnen.

VDN trägt Gewinn vor

Schwerte (VWD) – Wie in den vergangenen Jahren zahlt die Vereinigte Deutsche Nickel-Werke AG, vormals Westfälisches Nickelwalzwerk Fleitmann, Witte & Co (VDN), Schwerte/Ruhr, auch für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) keine Dividende. Wie aus der Einladung zur HV am 23. Mai hervorgeht, soll der Bilanzgewinn von knapp 53 000 DM auf neue Rechnung vorgetragen werden. Im Vorjahr fiel noch ein Bilanzverlust in der AG von 1,416 Mill. DM an.

Unveränderte Dividende

Regensburg (VWD) – Eine Dividende von wieder 12 Prozent schlägt die Verwaltung der Energieversorgung Ostbayern AG (OBAG) Regensburg, für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) vor. Dazu steht ein unveränderter Bilanzgewinn von 18,480 Mill. DM zur Verfügung. Dies geht aus der Einladung zur HV am 23. Mai hervor.

BRINKMANN / *Odermark-Übernahme hat sich ausgezahlt*

Vorrang für die Rentabilität

DOMINIK SCHMIDT, Goslar

Die Brinkmann-Gruppe, Herford, nach eigenen Angaben größter deutscher Hersteller von Herrenbekleidung, rechnet für 1985 mit einem Umsatz von mindestens 250 Mill. DM, nachdem im abgelaufenen Jahr 1984 mit 239 (218) Mill. DM bereits ein „respektables Ergebnis" erzielt wurde. Die Geschäftsführung hält die Schätzung angesichts der hohen Vororderquoten (zwischen 80 und 90 Prozent) für weitgehend abgesichert. Der Auftragsbestand garantiere die Auslastung der Betriebe bis Oktober.

Zur Gruppe gehören insgesamt sechs Firmen. Alle Betriebe haben 1984 schwarze Zahlen geschrieben. Konkretes wollte die Geschäftsführung zwar nicht nennen; nach ihren Angaben liegen aber die Betriebsergebnisse deutlich über dem Branchendurchschnitt. Derzeit beschäftigt die Gruppe 2040 Mitarbeiter, davon 300 in zwei Betrieben in Italien und Griechenland.

Der Exportanteil erreichte 1984 rund 42 Prozent. Gemessen an der gesamten Produktion werden 35 Prozent aller Erzeugnisse im Ausland hergestellt. Darin nicht enthalten sind zwei Joint Ventures in Polen und Jugoslawien. Insgesamt produziert die Gruppe täglich 5400 Großstücke. Davon entfallen 49 Prozent auf Herrenmäntel, 25 Prozent auf Sakkos, Anzüge und Hosen und 26 Prozent auf Lederbekleidung.

Mit 10,5 Mill. DM lagen 1984 die Investitionen weit über dem Durchschnitt der HK-Industrie (1,6 Prozent). Die Abschreibungen blieben deutlich darunter. 1985 soll die Investitionsquote nur noch 2 (4,57) Prozent erreichen. Das Gesellschafterkapital, das sich mit Ausnahme der griechischen Firma ausschließlich in den Händen der Familie Brinkmann befindet, wurde 1984 um insgesamt 4,5 Mill. DM auf nunmehr 15 Mill. DM aufgestockt.

Überaus günstig hat sich die 1980 von Brinkmann übernommene Odermark Bekleidungswerke in Goslar entwickelt. Das Unternehmen beschäftigt in den Betrieben Goslar und Salzgitter gegenwärtig 866 Mitarbeiter. Der Umsatz, der 1980 bei 65,4 Mill. DM lag, erreichte 1984 knapp 85 Mill. DM und soll im laufenden Jahr weiter auf 90 Mill. DM steigen. Das im Spitzengenre arbeitende Unternehmen exportiert 60 Prozent seiner Erzeugnisse.

AUTOMOBILINDUSTRIE / *In diesem Jahr bessere Konjunktur in Frankreich erwartet*

Peugeot fast aus den roten Zahlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während die Verluste des staatlichen französischen Renault-Konzerns für 1984 immer höher veranschlagt werden – zur Zeit auf mehr als 10 Milliarden Franc nach 1,5 Milliarden Franc 1983 –, erwartet man in Pariser Finanzkreisen für den privaten Peugeot-Konzern (PSA) eine Verminderung des Defizits von 2,6 auf höchstens 1,5 Milliarden Franc. Durch die teilweise Rückerstattung der in den drei Jahren vor 1983 gezahlten Gewinnsteuern (carry back) – diese Bestimmungen sind kürzlich erweitert worden –, könnte der Reinverlust der PSA-Holding sogar auf etwa 600 Mill. Franc begrenzt werden.

Zwar geben die beiden Konzerne ihre definitiven Geschäftsergebnisse erst Mitte Mai bekannt. Die Pariser Börse hat aber bereits eine sehr starke Verbesserung der Erträge antizipiert: Zuletzt wurde die PSA-Aktie mit 339 Franc nach einem Jahrestiefststand 1985 von 239 Franc notiert. Wenn man die derzeitige Notierung der Bezugsrechte (130 Franc) auf einer im September 1983 emitierten Anleihe auf die im nächsten September anstehende Kapitalerhöhung (240 Franc je Aktie) zugrunde legt, bedeutet das für diesen Zeitpunkt eine Kurserwartung von sogar 370 Franc.

Offensichtlich spekuliert man schon jetzt für das Geschäftsergebnis 1985 auf einen Gewinnabschluß. Die PSA-Verwaltung selbst verweist aber auf die immer noch sehr hohen Schulden, die 55 Milliarden Franc Ende 1983 erreicht hatten. Allerdings dürfte in diesem Jahr auf Grund der 1984 eingeleiteten Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen die Produktivität wesentlich gesteigert werden können. Außerdem erwartet man eine Verbesserung der Automobilkonjunktur auch in Frankreich selbst.

Im vergangenen Jahr verbuchte hier die Peugeot-Gruppe einen Absatzrückgang von 10,4 Prozent bei einem um insgesamt 12,9 Prozent geschrumpften Markt. Im ersten Quartal dieses Jahres kam sie aber gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf plus 8,3 Prozent, womit ihr Marktanteil auf dem um insgesamt 1,8 Prozent geschrumpften Pkw-Markt auf 34,8 Prozent zunimmt. Damit wurde Renault (31,1 Prozent) weiter in den Schatten gestellt.

Allerdings entwickelten sich die einzelnen PSA-Marken sehr unterschiedlich. Während Peugeot im ersten Quartal dank des anhaltenden 205-Erfolgs 17,2 Prozent zulegte, verbuchte Citroën einen Rückgang von 7,6 Prozent und Talbot sogar von 49 Prozent. Noch vor einem Jahr wollte PSA Talbot aufgeben, nachdem das Werk in Poissy mehrere Wochen lang bestreikt worden war.

Schließlich aber akzeptierten die Gewerkschaften die dringend notwendig gewordene Kürzung der Poissy-Belegschaft um 1900 auf 13 500 Personen. Etwa 500 Gastarbeiter sind inzwischen dank großzügiger Prämien zurückgewandert, während etwa 1400 mit PSA-Hilfe eine Umschulung akzeptierten. Diese Zwischenbilanz wird selbst von der kommunistischen CGT als „positiv" bezeichnet.

In Poissy wurde inzwischen ein auf 1,2 Milliarden Franc beziffertes Investitionsprogramm eingeleitet, das eine weitgehende Umstellung des Betriebs auf Roboter vorsieht. Mit einem Tagesausstoß von 1000 Wagen wäre diese Anlage die modernste in Europa. Bereits im Sommer soll Poissy den neuen C 28 produzieren, von dem man aber noch nicht weiß, ob er mit der Marke Talbot oder Peugeot versehen wird.

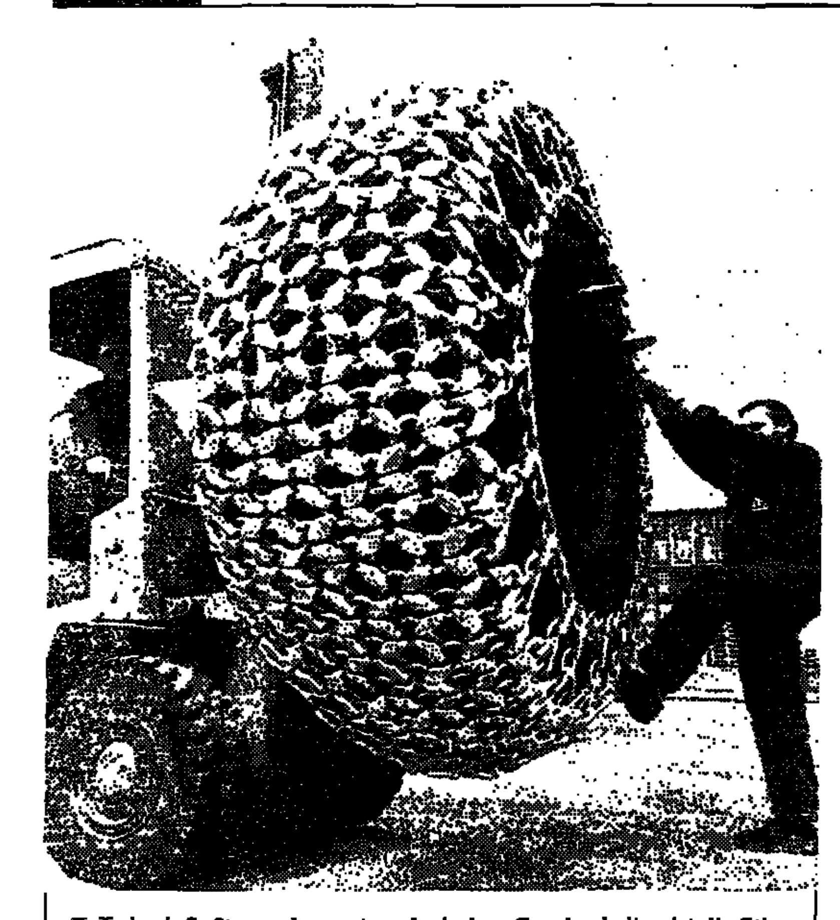
kommt...



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Krupp – Philips Kommunikations Industrie – Loewe Opta – Informations- und Kommunikationstechnik im ZVEI





Unbeeinflußt von den meteorologischen Gegebenheiten ist die Stimmung bei den Veranstaltern und dem größten Teil der Aussteller der Hannover-Messe am Tag vor der Eröffnung ausgesprochen zuversichtlich. Nicht nur die Eröffnungsreden im Kuppelsaal der hannoverschen Stadthalle, die vor allem mit Blick auf die Politiker zu einer optimistischeren Betrachtungsweise geradezu herausfordern, sprechen für diese Einschätzung. Die programmierten Rekordzahlen der diesjährigen Messe wirken doch stimulierend auf die Vertreter der Wirtschaft und der Medien – eine insgesamt gute Ausgangsposition für einen erfolgreichen Messeverlauf. Illusionen allerdings gibt sich in Hannover niemand hin. Im Vordergrund der Gespräche steht die Frage, in welche Richtung sich der Konjunkturzug bewegt, wie lange und wie kräftig der Aufschwung sich fortsetzt. Dagegen spielt die Diskussion darüber, ob die deutsche Industrie technologisch ins Hintertreffen geraten ist, keine große Rolle. Spitzentechnologie ist auch auf den deutschen Messeständen allgegenwärtig. FOTO: DPA

Hoffnung auf bessere Inlandsnachfrage

Zweifel an der Dauerhaftigkeit des deutschen Exportbooms hat der Vorstandsvorsitzende der Fried. Krupp GmbH, Essen, Wilhelm Scheider. Die Konjunkturerholung stehe noch auf unsicherem Boden. Der deutsche Export habe „viel Rückenwind von den Wechselkursen" erhalten, und zwar nicht nur von dem des US-Dollars. Wie lange diese Vorteile erhalten blieben, sei höchst fraglich. In Dollar-Schwankungen von zehn Pfennig am Tag sieht Scheider „ein warnendes Zeichen".

Um den Aufschwung dauerhaft zu sichern, müsse 1985 die inländische Investitionsgüternachfrage stärker zur Konjunkturstütze werden. Scheider gab sich optimistisch, daß bereits die Hannover-Messe diese Hoffnungen bestätigen könnte. Für das eigene Unternehmen konnte der Krupp-Chef von einer Fortsetzung der Geschäftsbelebung berichten. Fast alle Konzernunternehmen hätten ihren Auftragseingang im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich gesteigert. Besonders erfreulich sei die Entwicklung im Schiffbau und bei den Maschinenbau-Unternehmen. Der Umsatz nahm nach Scheiders Angaben um fast acht Prozent auf 4,3 Mrd. DM zu, nach 18,2 Mrd. DM im gesamten Jahr 1984.

Beim Auftragseingang des letzten Jahres ragt der Industrieanlagenbau mit einer Steigerung um 43 Prozent auf 3,6 Mrd. DM heraus. Scheider bemühte sich, diese Zahlen mit dem Hinweis auf die noch nicht wieder erreichten hohen Auftragsbestände zu Beginn der achtziger Jahre zu relativieren. Die Bestelltätigkeit traditionell großer Abnehmer wie der Opec-Staaten und der Entwicklungsländer sei unzureichend, mit einer Ausnahme: der Volksrepublik China. Zudem würden weltweit weniger schlüsselfertige, kapazitätserweiternde Großprojekte vergeben.

Die Maschinenbau-Unternehmen des Konzerns lagen mit einem um 22 Prozent auf über 3 Mrd. DM erhöhten Auftragseingang 1984 deutlich über dem Branchendurchschnitt von plus 12 Prozent. Scheider beklagte jedoch, daß eine Reihe von Fachsparten noch nicht vom Aufschwung erfaßt sei. Bei Bau- und Verpackungsmaschinen habe Krupp sich diesem negativen Trend durch die Erschließung neuer Exportmärkte entziehen können. Spitzenreiter im gesamten Maschinenbau seien nach wie vor Kunststoffmaschinen und Datenverarbeitungsanlagen. HEINZ STÜWE

Leidiges Bildschirmtext-Monopol

Helmut Ricke, geschäftsführender Gesellschafter der Loewe Opta GmbH, Kronach, fühlt sich von der Konkurrenz im Bildschirmtextgeschäft im Stich gelassen. Neben den mehrfachen Verzögerungen bei der Einführung des neuen Mediums sei eine Ursache für sein langsameres Vorankommen im breiten Markt, daß ein breites Angebot an Endgeräten weitgehend fehle.

Loewe als kleiner Anbieter der Unterhaltungselektronik-Branche könne alleine für keine genügende Präsenz der Geräte im Handel sorgen. Darum sei die Position des Quasi-Monopolisten – neben den Kronachern ist lediglich noch Blaupunkt als Anbieter im Markt, allerdings mit wenig Nachdruck – gar nicht so erfreulich.

Die eigenen Btx-Umsätze zeigen steil aufwärts. Nach den knapp 20 Mill. DM von 1983 hat Loewe im vergangenen Jahr bereits gut 40 Mill. DM mit Geräten rund um den neuen Postdienst umgesetzt, 15 Prozent des Gesamtumsatzes von 259 (253) Mill. DM. In diesem Jahr wird ein Volumen von 60 Mill. DM angepeilt.

Nachdem das Jahr 1984, in dem die Unterhaltungselektronik insgesamt in einigen Bereichen Preiseinbußen von 10 Prozent zu verkraften hatte, für das Unternehmen nur ein Wachstum von 2 Prozent gebracht hatte, steht für 1985 ein „knapp zweistelliger" Umsatzsprung auf dem Plan. Dazu sollen neue, hochwertigere Geräte ebenso beitragen wie die branchenweiten Preiserhöhungen, deren Durchsetzbarkeit sich im April/Mai herausstellen soll.

Mit dem Umsatzplus, so hofft Rikke, wird auch eine Ertragsverbesserung einhergehen. Zwar hat Loewe auch 1984 mit 3 Prozent vom Umsatz (vor Steuern) im Branchenvergleich nicht schlecht verdient, zumal 11 Mill. DM in Forschung und Entwicklung gesteckt wurden. Doch das Unternehmen ist nach der Loslösung von Philips auf sich allein gestellt, und ein Investitionsprogramm von wieder 15 Mill. DM will finanziert sein.

Mit der Suche nach einem „industriellen Partner" will Ricke sich Zeit lassen, wenn auch bereits an mehreren Stellen Gespräche im Gange seien. Zielrichtung ist dabei eine beidseitig nützliche Kooperation, die Loewes Diversifizierung in den professionellen Bereich beschleunigen sollte. JOACHIM WEBER

Neue Organisation

Um der Erkenntnis Rechnung zu tragen, daß die Datenverarbeitung und die Nachrichtentechnik immer stärker zusammenwachsen, präsentiert sich der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) in Hannover erstmals mit einer neuen Formation: dem Fachverband Informations- und Kommunikationstechnik, hervorgegangen aus zwei bisherigen Fachverbänden.

Zwar tut sich das Integrationsgebilde mit einer einheitlichen Selbstdarstellung noch etwas schwer, um so mehr, als auch die Amtsstatistik die bisherigen Branchen noch auf absehbare Zeit separat behandeln wird. Doch zu einigen gemeinsamen Kennziffern und Aussagen hat man sich schon durchgerungen.

So erwartet die Branche mit ihren derzeit 164 000 Mitarbeitern – darin sind rund 40 000 Beschäftigte in Vertriebsgesellschaften der Computer-Industrie und weitere 50 000 Fachkräfte im EDV-Dienstleistungsbereich noch nicht enthalten – 1985 ein reales Produktionswachstum von rund 15 Prozent. Im vergangenen Jahr hatte sie sogar einen Zuwachs um 22 Prozent auf 23,9 Mrd. DM erreicht.

Den größten Schub brachte dabei die Datenverarbeitung, deren Wachstumsrate mit preisbereinigten 32 Prozent fast dreimal so hoch ausfiel wie die elf Prozent der Nachrichtentechnik. Die Auftragseingänge der ersten beiden Monate lassen die Branche auf ein unvermindertes Wachstumstempo in diesem Jahr hoffen. Impulse erhofft sich vor allem die bisherige Nachrichtentechnik aus dem anstehenden Übergang auf die Digitaltechnik. JOACHIM WEBER

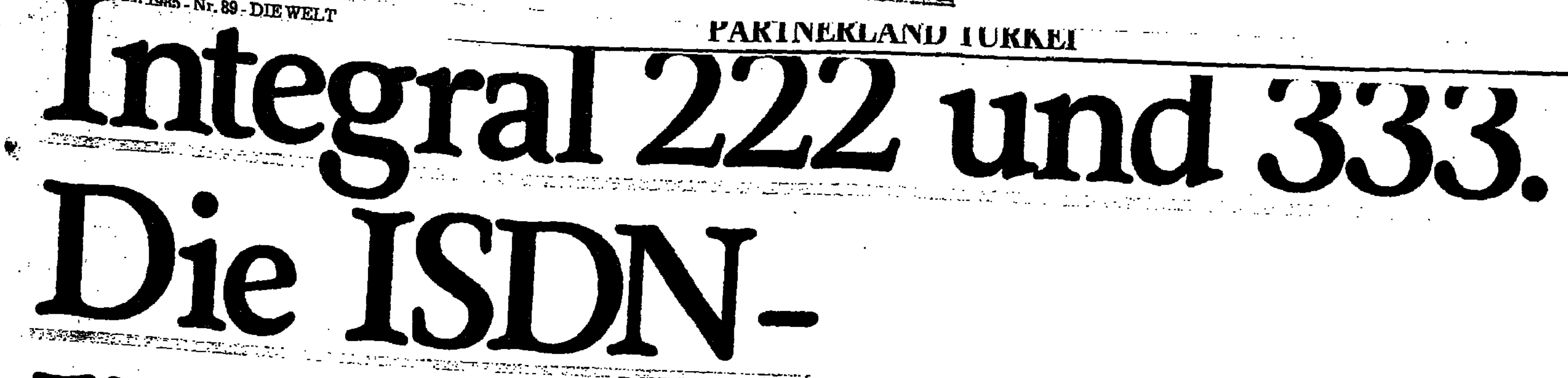
Einstieg ins digitale Telefon

Auf der Hannover-Messe stellt die Philips Kommunikations Induwstrie AG (PKI AG), Nürnberg, erstmalig ein von ihr entwickeltes digitales Telefonsystem vor. Es kann als Nebenstellenanlage in Industrie- und Handelsunternehmen eingesetzt werden und neben Sprache zusätzlich Computerdaten, Texte und Bilder empfangen, verarbeiten und weiterleiten. Damit hat auch Philips die Voraussetzungen geschaffen, mit seinem in der Nachrichtentechnik tätigen Unternehmensbereich TeKaDe an der von der Bundespost vorgesehenen Digitalisierung des deutschen Fernmeldenetzes zu partizipieren.

Die Philips Kommunikations Industrie AG entstand erst 1982 aus dem Zusammenschluß von drei Unternehmen, zu denen neben der TeKaDe, Nürnberg, die Philips Data Systems, Siegen, sowie F + G, Köln, gehören. PKI erzielte im Vorjahr nach einem Plus von 16 Prozent einen Gesamtumsatz von 1,3 Mrd. DM, als Ertrag vor Steuern wurden 65 Mill. DM ausgewiesen. Der Umsatz wurde zu 60 Prozent im Telekommunikationsbereich erzielt, die restlichen 40 Prozent steuerte die Bürokommunikation bei.

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung beliefen sich auf 181 Mill. DM. PKI beschäftigt derzeit rund 6500 Mitarbeiter. 70 Prozent des Aktienkapitals hält die Alldephi, Hamburg, Dachgesellschaft aller Philips-Unternehmen in der Bundesrepublik, der Rest wird an der Börse gehandelt.

PKI rechnet in den nächsten Jahren mit einem erheblichen Wachstum des Kommunikationsmarktes, der nach Prognosen der Bundespost bis 1990 auf rund 350 Mrd. DM zunehmen soll. HEINZ HILDEBRANDT

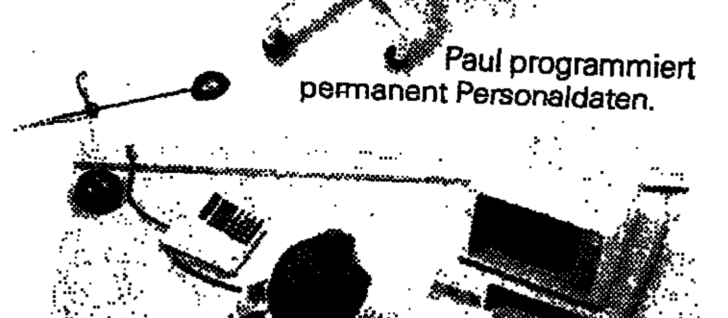


Integral 222 und 333. Die ISDN-Kommunikations-maschinen von TN.

Boss bespricht Business

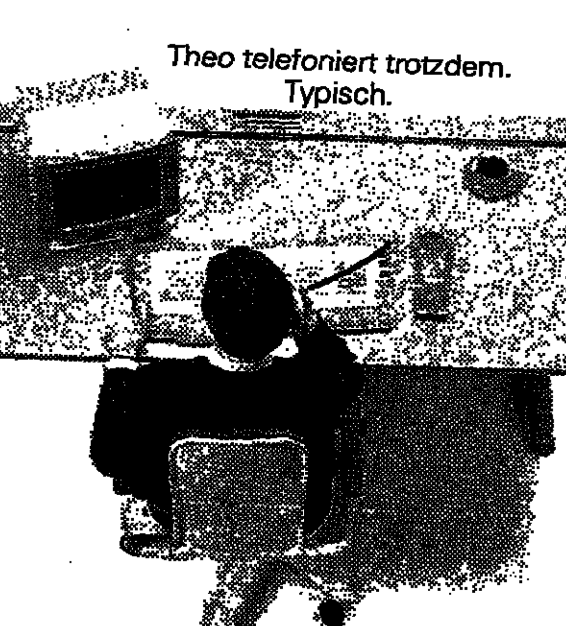
Franz faxt frische Fakten.

Tina tippt tadellos technische Tabellen.



Paul programmiert permanent Personaldaten.

Thea teletextet temperamentvoll Terminpläne.



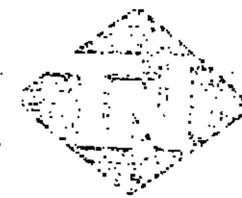
Theo telefoniert trotzdem. Typisch.



Birgit benutzt besser Bildschirmtext.

Seit über 80 Jahren liefert TN Telefone und alles, was dazu gehört. Heute sind mehr als 3 Mio. TN-Telefone überall im Einsatz. Das ist unsere Kompetenz in Sachen Kommunikation.
Jetzt können Sie Integral 222 und 333 mieten oder kaufen, die digitalen ISDN-Kommunikationssysteme von TN für Sprache, Text, Daten und Bild. In allen Größen von 10–10.000 Nebenstellen mit dem entsprechenden Programm digitaler multifunktionaler Terminals.
So wird Ihr Telefonnetz jetzt schon zum universellen ISDN-inhouse-Netz für die ganze Bürokommunikation. Und sobald die Post ISDN, das öffentliche, integrierte, digitale Netz zur Verfügung stellt, sind Sie dabei.

Integral 222 und 333 sind bereit zum Anschluß.



TELENORMA
Telefonbau und Normalzeit
eine gute Verbindung

Postfach 10 21 60
6000 Frankfurt am Main 1
Telefon (0 69) 266-44 59

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer notierten Silber, Kupfer, Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	15. 4	12. 4.
Mai	364,00	362,25
Juli	333,25	338,00
Sept.	333,00	336,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	15. 4.	12. 4.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	244,49	244,84
Amber Durum	239,19	239,54

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	133,00	133,60
Juli	137,30	137,60
Okt.	141,50	142,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	132,00	132,70
Juli	128,70	130,00
Okt.	123,10	124,00

Hafer Chicago (c/bush)	15. 4.	12. 4.
Mai	167,75	167,75
Juli	164,75	164,50
Sept.	161,25	161,25

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	280,75	280,75
Juli	280,25	281,50
Sept.	270,50	282,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	15. 4.	12. 4.
Mai	140,50	140,60
Juli	134,10	134,10
Okt.	124,30	124,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	15. 4.	12. 4.
Terminkontr. Mai	139,50	139,85
Juli	138,75	139,26
Sept.	138,25	138,65

Kakao New York ($/t)	15. 4.	15. 4.
Terminkontr. Mai	2390	2409
Juli	2220	2246
Sept.	2165	2188
Umsatz	4548	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	3,81	3,82
Juli	3,80	4,03
Sept.	3,98	4,17
Okt.	4,07	4,28
Mai	4,48	4,69
Umsatz	12 725	–

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	15. 4.	12. 4.
	3,68	3,86

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	15. 4.	12. 4.
Mai	2030–2032	2083–2087
Juli	2071–2071	2128–2134
Sept.	2109–2112	2166–2168
Umsatz	3177	4512

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1936–1936	1947–1954
Juli	1917–1918	1935–1936
Sept.	1877–1880	1900–1901
Umsatz	2816	3602

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	106,80–107,20	–
Aug.	111,00–112,00	–
Okt.	114,60–114,80	–
Umsatz	1262	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	15. 4.	12. 4.
schw. Sarawak spez.	730,00	695,00
weißer Sarawak	875,00	860,00
weißer Muntok	885,00	870,00

Orangensaft New York (c/lb)	16. 4.	15. 4.
Mai	157,00	158,80
Juli	157,25	156,85
Sept.	157,00	156,75
Nov.	156,00	155,50
Jan.	155,00	–
Umsatz	850	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	15. 4.	12. 4.
Südstaaten fob Werk	50,00	–

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	35,50	35,00

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Mai	32,07	32,38
Juli	30,48	30,80
Aug.	29,50	29,75
Sept.	28,65	28,90
Okt.	–	28,00
Dez.	–	27,00
Jan.	–	26,75

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	–	31,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	–	22,50
Choice white hog 4% fr. F.	–	20,00

Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
April	43,65	43,15
Juni	48,20	49,20
Juli	50,25	50,05

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	64,50	64,50
Juli	65,75	65,55
Aug.	64,05	64,12

Häute Chicago (c/lb)	15. 4.	12. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,50	54,00
Kühe einh. schwere River Northern	43,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	594,50	600,90
Juli	601,50	607,25
Aug.	603,50	609,50
Sept.	601,50	608,00
Nov.	606,00	610,50
Jan.	617,50	–
März	628,50	–

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	131,00	131,30
Juli	137,00	137,40
Aug.	140,00	140,20
Sept.	142,20	143,00
Okt.	145,00	–
Dez.	150,00	–
Jan.	152,00	–

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	15. 4.	12. 4.
Mai	373,50	–
Juli	376,10	–
Okt.	378,00	–

Kokosöl New York (c/lb)	15. 4.	12. 4.
Westküste fob Werk	–	–

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	16. 4.	15. 4.
jegl. Herk. cif	1030,00	1040,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	725,00	715,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	675,00	675,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	229,00	242,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	825,00	820,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	310,50	306,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	16. 4.	15. 4.
Mai	68,30	67,75
Juli	65,70	66,69
Okt.	65,45	65,45
Dez.	65,31	65,45
März	66,51	–
Mai	67,05	–

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	42,375	–

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	15. 4.	12. 4.
Mai	510-511	508-510
Aug.	532-535	531-533
Okt.	535-536	534-535
Umsatz	15	4

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	15. 4.	12. 4.
Mai	unerhältl.	55,00
Juli	unerhältl.	55,20
Okt.	unerhältl.	55,30
Dez.	unerhältl.	55,40
Umsatz	unerhältl.	13 000
Tendenz		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	15. 4.	12. 4.
Mai	626,0-630,0	unerhältl.
Juli	642,0-645,0	unerhältl.
Okt.	627,0-629,0	unerhältl.
Umsatz	72	95

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	16. 4.	12. 4.
East African 3 long	unerhältl.	580,00
undergraded	unerhältl.	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	15. 4.	12. 4.
April	12 382	12 405
Mai	12 286	12 322

Kautschuk London (p/kg)	15. 4.	12. 4.
Nr. 1 RSS loco	65,00-69,00	67,00-70,00
Mai	69,00-51,50	70,00-72,50
Juni	70,00-72,50	71,00-73,50
Juli	71,00-73,50	72,00-74,50
Tendenz: nominell		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	15. 4.	12. 4.
April	194,00–194,50	197,50–198,50
Mai	187,75–198,25	201,00–201,50
Nr. 2 RSS April	191,50–192,50	194,00–195,00
Nr. 3 RSS April	188,00–189,00	190,50–191,50
Nr. 4 RSS April	181,50–182,50	184,00–185,00
Tendenz: leichter		

Jute London (£/lgt)	15. 4.	12. 4.
BWC	–	945,00
BWD	–	930,00
BTC	–	945,00
BTD	–	930,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	16. 4.	15.4.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	332,95–333,34	339,05–339,26
drittfolg. Monat	341,65–341,84	346,62–347,01
Blei: Basis London		
laufend. Monat	121,23–121,42	118,96–119,35
drittfolg. Monat	119,10–119,49	118,96–119,35
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1649,28–1651,21	1664,31–1666,25
drittfolg. Monat	1643,48–1645,41	1656,56–1658,50
Zink: Basis London		
laufend. Monat	273,78–274,17	276,29–276,68
drittfolg. Monat	268,95–269,14	271,25–271,64
Produz.-Preis	289,25	291,26
Reinzinn 99,9%	4143–4184	4039–4079

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16. 4.	15. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	470,03–473,32	473,53–476,82
Blei in Kabeln	129,00–130,00	126,75–127,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	16. 4.	15. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	431–442	434–444
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	472–474	472–479
MS 63	474–480	476–483

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	15. 4.	12. 4.
	29,75	29,71

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	16. 4.	15. 4.
Leg. 225	403–410	403–410
Leg. 226	405–412	405–412
Leg. 231	435–445	435–445
Leg. 233	445–455	445–455

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	16. 4.	15. 4.
Platin (DM je g)	31,708	326
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 640	32 860
Rücknahmepr.	31 890	32 110
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 830	33 070
Rücknahmepr.	32 010	32 240
verarbeitet	34 4408	34 690
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 180	32 450
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	658,60	674,90
Rücknahmepr.	639,40	655,10
verarbeitet	687,708	704,40

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	16. 4.	15. 4.
London 10.30	331,50	330,30
15.00	330,50	–
Zürich mittags	331,70–332,20	334,00–334,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	98 000	99 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	517,15	526,30
3 Monate	532,15	541,95
6 Monate	546,35	557,60
12 Monate	575,80	585,50
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	235,65	239,85
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	91,10	92,50

(Platin: 16. 4. / 12. 4.)

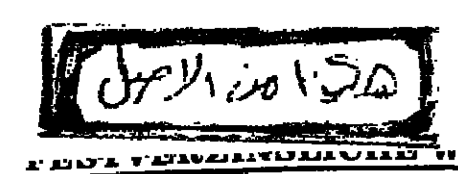
New Yorker Preise	16. 4.	15. 4.
Gold H & H Ankauf	334,25	329,00
Silber H & H Ankauf	664,50	658,00
Platin fr. Händlerpr.	290,00–305,00	290,00–303,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	116,50–117,50	116,50–117,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
April	658,40	664,40
Mai	659,00	665,00
Juli	664,00	670,50
Sept.	667,00	674,00
Dez.	677,00	685,00
Jan.	692,00	701,20
Feb.	700,70	707,20
Umsatz	13000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	16. 4.	15. 4.
April	65,20	65,65
Mai	65,40	65,80
Juli	65,90	66,30
Sept.	66,15	66,45
Dez.	66,50	66,60
Jan.	66,80	67,20
Febr.	66,9557,20	
Umsatz	26000	

Londoner Metallbörse

	16. 4.	15. 4.
Aluminium (£/t) Kasse	862,00–862,00	880,50–881,50
3 Monate	883,50–884,00	894,00–894,50
Blei (£/t) Kasse	313,50–314,00	310,00–312,00
3 Monate	308,00–309,00	306,00–307,00
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	1195,0–1195,5	1201,0–1202,0
3 Monate	1185,5–1186,5	1193,0–1194,0
abends Kasse	–	1203,0–1204,0
3 Monate	–	1200,0–1201,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1191,0–1192,0	1197,0–1199,0
3 Monate	1188,0–1189,0	1202,0–1204,0
Zink (£/t) Kasse	708,00–709,00	710,00–711,00
3 Monate	695,50–696,00	699,00–700,00
Zinn (£/t) Kasse	9584–9585	9655–9660
3 Monate	9510–9511	9645–9650
Quecksilber ($/Fl.)	–	290–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–75



Bundesanleihen

		14.4.	15.4.
F 7¾ Bund 79 II	6/85	100,15	100,15
F 7¾ dgl. 79 I	7/85	100,35G	100,35
F 8 dgl. 76 IV	10/85	100,8	100,75
F 5½ dgl. 78 II	3/86	99,35	99,35
F 5¾ dgl. 78	5/86	99,05	99,05
F 7¾ dgl. 76 I	12/86	100,75	100,95
F 6¾ dgl. 79	1/87	100,95	100,95
F 7¾ dgl. 76 II	1/87	99,75	99,8
F 6¾ dgl. 77	4/87	100,25	100,2
F 6½ dgl. 77	7/87	99,55	99,55
F 6 dgl. 77	10/87	98,4	98,4
F 6 dgl. 78 I	1/88	98,4	98,3
F 6½ dgl. 78 I	9/88	99,35	99,25
F 6¾ dgl. 78 II	12/88	99,2	99,2G
F 6¾ dgl. 79	1/89	99,85	99,75bG
F 7¼ dgl. 79 I	4/89	101,3	101,2
F 10 dgl. 81 I	4/89	110,1	110,1
F 7¾ dgl. 79 I	6/89	101,95	101,95
F 8 dgl. 79 I	7/89	103,7	103,6
F 8 dgl. 79 II	8/89	103,7	103,6
F 7½ dgl. 79 II	9/89	102,4	102,3
F 7¾ dgl. 79 II	11/89	103,25	103,75
F 7¾ dgl. 80	1/90	103,25	103,1
F 10 dgl. 80	4/90	111,80	111,6
F 5¾ dgl. 78	5/90	95,70	95,5
F 8½ dgl. 80 I	7/90	104,95	104,85
F 8¾ dgl. 80 II	11/90	105,20	105bG
F 7¾ dgl. 82 I	11/90	103,15	103,05
F 9 dgl. 81	2/91	107,95	107,6
F 7½ dgl. 85 III	6/91	102,00	101,75
F 10½ dgl. 81	7/91	114,1	113,7
F 10¾ dgl. 81	9/91	116,65	116,4G
F 10 dgl. 81 II	12/91	113,3	113,05
F 9¾ dgl. 82 I	1/92	112	111,8
F 9¾ dgl. 82 II	3/92	112,35G	112,1G
F 9½ dgl. 82	4/92	111,1	110,9
F 9 dgl. 82 I	5/92	108,6G	108,3
F 8½ dgl. 82	6/92	106	105,8G
F 9 dgl. 82 II	8/92	108,85bG	108,5
F 8¾ dgl. 82	9/92	107,45	107,25G
F 7¾ dgl. 82 II	12/92	103	102,9
F 7½ dgl. 83	1/93	101,7	101,7
F 6 dgl. 78 II	3/93	94,2	94
F 7¾ dgl. 83 II	3/93	101,75	101,5
F 8¼ dgl. 83	6/93	105,45	105,4
F 8 dgl. 83	7/93	104,3	104,1
F 8¼ dgl. 83 II	8/93	105,55	105,45
[illegible]			

		14.4.	15.4.
F 8 dgl. 79 I	7/89	103,15	103,15
F 6 dgl. 78 I	2/90	95,95	96
F 8 dgl. 80 II	7/90	103,7	103,5
F 9 dgl. 81	3/91	108,1	108,1
F 10½ dgl. 81	9/91	115,3	115,2G
F 10¼ dgl. 81	11/91	114,45	114,2G
F 8 dgl. 80 I	2/92	103,25	103,25
F 10 dgl. 82	2/92	113,65	113,55
F 9½ dgl. 82	7/92	111,4	111,1
F 8 dgl. 82	11/92	103,65	103,7
F 7¾ dgl. 83	1/93	102,35	102,25
F 8¼ dgl. 83	10/93	105,35	105,4
F 8¼ dgl. 84	6/94	105,6	105,5G
F 7¾ dgl. 84	10/94	100,6	100,5
F 7¾ dgl. 85	1/95	98,65	98,55

Bundespost

		14.4.	15.4.
F 6½ Bdpost 68	6/88	99,2	99,2
F 8 dgl. 72 I	9/87	102,15	102,1
F 8 dgl. 80	3/90	104,1	103,95
F 7¾ dgl. 80	9/90	102,85	102,7
F 8¼ dgl. 80	12/90	107,15	106,9
F 10 dgl. 81	3/89	–	106,9
F 10¾ dgl. 81	6/89	111,3	111,2
F 10¾ dgl. 81	10/91	115,6	115,3
F 9¾ dgl. 82	7/92	112,25	111,8
F 8¾ dgl. 82	6/92	107,3G	107,1
F 8½ dgl. 82	10/92	106,1	106
F 7¾ dgl. 83	2/93	102,55	102,55
F 8½ dgl. 83	9/93	106,9G	106,7
F 8¼ dgl. 84	2/94	105,4	105,25
F 8 dgl. 84	9/94	104,2	104bG

Länder – Städte

		14.4.	15.4.
S 6½ Bd.-Württ.78	86	99,25	99,25
S 8¼ dgl. 82	92	104,75G	104,75
M 6½ Bayern. 67	87	102bG	102bG
M 6 dgl. 68	85	99,8G	99,65bG
M 6 dgl. 78	88	97bG	97bG
M 8¼ dgl. 80	90	106G	105,75bG
M 8¼ dgl. 82	92	107,1G	107bG
M 7½ dgl. 83	93	101,25G	101,25G
M 8 dgl. 84	94	105,4bG	105,2G
B 8½ Berlin 70	85	100,75	100,75
B 8 dgl. 72	85	100,25	100,25
[illegible]			

Bankschuldverschr.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Renten weiter freundlich

Obwohl besondere Anregungen fehlten, hielt im öffentlichen Bereich die Nachfrage auch zu weiter heraufgesetzten Notierungen an. Insgesamt wird aber zunehmend vorsichtiger disponiert. Nicht zuletzt wegen der noch in dieser Woche zu beschlie-ßenden neuen Bundesanleihe, von der befürchtet wird, daß sie ein Zinssignal setzen soll und deshalb zunächst einmal schwer placierbar sein wird. Am Pfandbriefmarkt hat sich das Geschäft belebt, die Renditen wurden weiter gesenkt. Bei den DM-Aus-landsanleihen ergaben sich nur wenige Veränderungen.

	14.4.	15.4.
M 7 dgl. Pf 28	99,5G	99,5G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B 7 dgl. Pf 31	100,25	100G
B 6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B 6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	92,25G	92,25G
Hn 7½ dgl. Pf 87	97,5G	97,5G
Hn 6 dgl. KS 29	84G	84G
Hn 7 dgl. KS 30	99,85G	99,85G
D 5 Dt.Centbod Pf 44	120,5G	120,5G
D 5 dgl. Pf 54	116bG	116bG
D 6 dgl. Pf 109	84G	84G
[illegible]		

	14.4.	15.4.
D 6 dgl. Pf 28	96,25G	96,25G
D 6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D 5½ dgl. KO 34E	126G	126G
D 7½ dgl. KO 77	108G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	74,5G	74,5G
S 7 dgl. Pf 125	100,25G	100,25G
S 7 dgl. Pf 128	95G	95G
S 8 dgl. Pf 177	101,6G	101,6G
S 6 dgl. KS 77	83,5G	83,5G
Br 5 Br.Kr.Dt-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	82,9G	82,9G
Br 5½ dgl. Pf 43	89,4G	89,4G
Br 6 dgl. Pf 56	84,3G	84,3G
[illegible]		

	14.4.	15.4.
F 7½ Karstadt 71	100,3G	100,3G
F 7½ Kaufhof 71	100,35G	100,35G
F 7¾ dgl. 71	100,4G	100,4G
F 7¾ dgl. 76	100,2	100,2G
F 7¼ Klöckner W. 71	100,15bG	100,15G
F 8 dgl. 72	100,6T	100,6
F 6 NWK 61	99,4G	99,4G
F 6 dgl. 67	98,6G	98,6G
F 6 Ob.Don.Krwt. 64	96,6G	96,6G
F 6 Rh.Brkw. 63	97,8T	97,8T
F 6 dgl. 65	97T	97T
F 6 RWE 63	98,5T	98,5T
F 6 dgl. 65	97,5	97,75
F 7¾ dgl. 71	100,5T	100,5T
F 7 dgl. 72	100G	100,2
F 6 Rh.-M.-Don. 62	98,25G	99,25G
[illegible]		

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

	14.4.	15.4.
F 5¾ Jusco 83 m. O.	141G	142G
F 5¾ dgl. 83 o. O.	96,4G	96,4G
F 3½ Kansai Paint 84 m. O.	100,25	101,5G
F 3½ dgl. 84 o. O	87,5	87,75
F 3¼ Kaufhof 84 m. O.	100	100
F 3¼ Kaufhof 84 o. O	76,5	77T
F 3½ Linde Int. m. O.	101,5	101,5
F 3½ dgl. o. O.	74,75G	75
F 3½ Mitsubishi 84 m. O	105,25	105,75
F 3½ dgl. 84 o. O.	91,4	91,5
F 3½ Nippon Flour 84 m.O	118G	110G
F 3½ dgl. 84 o. O.	89G	90bB
F 5¾ Rhythm Watch83 m.O	126G	126G
F 5¾ dgl. 83 o. O.	96,5T	97T
F 4½ dgl. 84 m. O.	99,5G	99,5G
F 4½ dgl. 84 o. O.	91,5	91,5T
F 3½ SBC Fin. 84 m.O	96,9bB	97
F 3½ dgl. o. O. 84	95,5	95,5
F 3½ Tsumura Jun.84 m.O	104T	105,6
F 3½ dgl. 84 o. O	87,1	87,15
F 4 Veba 83 m. O.	119	120T
F 4 dgl. 83 o. O.	80,25B	80,4
F 6½ Weltsf.73 m O DM	167T	167,5T
F 6½ dgl. 73 o. O. DM	96,5T	96,5T
M 3½ Stumpf 78 m. O	–	152G
M 3½ dgl. 78 o. O.	–	92,5G

Währungsanleihen

H 6¾ Kopenhagen 72	99,25	99,25

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

	16.4.	15.4.
F 4¼ AKZO 69	88G	88G
F 5 Asics Corp. 83	105G	105G
F 3½ All Nippon 78	118	124
F 3½ Asahi Opt. 78	133G	134G
F 4¾ Canon Inc. 77	425G	440G
F 5¾ Daiei Inc. 80	129G	130,5G
F 3 Daido Int. 84	123G	125,5
F 4¾ Fujitsu Ltd. 78	690T	690G
F 5¾ Hoogovens 68	88G	88G
F 3¼ Izumiya Co. 78	137G	137G
F 3½ Jusco Co. 78	106	105,5G
F 4 Kawashima Tex. 84	105G	109,25G

	16.4.	15.4.
F 6 Komatsu 76	149	156G
F 6 Konishiroku Photo 81	132G	155
F 6¾ dgl. 82	172G	127G
F 3½ Korakuen 78	105G	105G
F 7¾ Kraft Inc. 70	184	185T
F 3½ Marudai F. 78	102bG	102,25
F 5¾ Minolta Cam. 77	253G	265G
F 4 dgl. 79	194G	203G
F 6¾ Mitsub. H. 81	158T	165T
F 6 dgl. 81	120	122,5
F 6 Nichii Co. Ltd.80	125T	125T
F 3½ Nissan Mot. 78	104,75	105
F 4 Nisshin Steel 78	175T	177T
F 7¾ Nitto Boseki 84	103,75T	103,5
F 3½ Olympus 78	280G	285G
F 3¾ Omron Tat. 79	370G	380G
F 4¾ Orient Fin. 79	210G	215G

	16.4.	15.4.
F 3½ Ricoh Comp. 78	190T	197T
F 6¾ Rothm. Int. 72	118G	119
F 3¾ Sanden Corp. 78	124G	128G
F 6¼ Sekisui 76	146G	150G
F 3½ Stanley 78	180G	180G
F 6 Taiyo Yuden 82	139T	146G
F 5 Texaco Int. 66	98,3bG	98,25G
F 3½ Tok.Elec. 78	450G	470G
F 4 Tokyu Land 79	105G	105,5G
F 3½ Trio Kenw. 78	143T	145T

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Namensschuldver-schreibung, S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr); B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr

Ausländische Aktien in DM

	16.4.	15.4.
M Abbott Labor	153,4	155
F L'Air Liquide	195	–
D Akzo	100,6	100
F Alcan	75	75,5
F Alcoa	105	105
F Alg. Bk. Nedld.	349,5	347
F All Nippon Air	5,5T	5,35T
F Allied Corp.	128	128
M ALPS El.	21,9	22,5bGr
F Amax	54,9	55
F Am. Cyanamid	159G	164G
[illegible]		

	16.4.	15.4.
D Gen. Shopping	200T	198T
D Gevaert	190G	192G
F Goodyear	83	81
H Grace	126G	126
F *Greyhound*	80G	80
D GKN	8,7G	8,75G
F Gulf Canada	43	43
D Halliburton	90,5	91,5G
F *HCA Hospital*	127G	130
M Hewlett Packard	104,3	104,3
D Highveld Steel	6,8T	6,8
[illegible]		

	16.4.	15.4.
M Pepsi	160,5	165,6
F Pernod	230G	230G
F *Progros*	109	109
F Philip Morris	275	282
M Phibro-Salomon	120	121
H Philips	50,6	50,8
M Pioneer El.	29,8	29,6
F Pirelli	3,45	3,4
M Polaroid	88,1	89,4
M Prime Computer	50,5	50,2
[illegible]		

Aktien unter leichtem Druck

Nur verhaltene Nachfrage aus dem Ausland

DW. – Schon nach wenigen Minuten stellte sich am *Dienstag* heraus, daß *die noch am* Vormittag herrschende Vorstellung von steigenden Kursen keine reale Grundlage hatte. *Das* weitgehende Ausbleiben von Anschlußkaufaufträgen aus dem Ausland führte innerhalb kurzer Zeit in den bisher favorisierten Papieren, vor allem *in den* Bankaktien, *zu spürbaren* Kursabschwächungen. Auf der Abgeberseite lag in erster *Linie* der *Börsenberufshandel*, der sich am Wochenbeginn im Zuge der festen Tendenz sehr reichlich eingedeckt hatte.

Die meisten Bankaktien schlossen dank der zwischenzeitlichen Erholung in der Nähe ihrer Vortagsnotierungen. Um zwei bis drei DM darunter blieben die Papiere der Großchemie, denen anzumerken war, daß *sie* unter Tauschoperationen litten, die zugunsten der zinsreagieblen *Werte* und *zu* Lasten der exportorientierten Aktien vorgenommen *werden*. Vorsichtige Meinungskäufe zeichneten *sich* bei *Mannesmann* ab, als bekannt wurde, daß sich das Unternehmen um einen Einstieg bei Dornier bemüht. Im Stahlbereich scheint versucht zu werden, den Thyssen-Kurs über 100 DM zu halten, um auf diese Weise die Kapitalerhöhung zu erleichtern, die zu einem Ausgabekurs von 90 DM für die jungen Aktien vorgenommen werden wird. Treuwo-Aktien *konnten trotz der in diesem* Bereich herrschenden Konkurswelle auf 14,80 (plus 0,80) gehalten werden.

Frankfurt: *VW* sanken um *1,70* und Daimler gaben um 2 DM nach. Porsche büßten *38 DM* ein. *BASF* verminderten sich um 2,60 DM und Bayer fielen um *1,90 DM*. Schering verbesserten sich um 1,50 DM.

Düsseldorf: *Audi NSU zogen* um 9 DM an, Conc. Chemie verbesserten *sich* um *5 DM und* Keramag stiegen um 4 DM. Bilfinger verminderten sich um 4 DM und Heinrich Lehmann gaben um 5 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf mußten um 5 DM zurückgenommen werden. Wenig verändert lagen HEW bei 96,90 DM mit minus 0,10 DM. NWK-Vz. gingen unverändert aus dem Markt. Knapp gehalten waren *Phoenix* Gummi mit *119,50* DM.

Berlin: *Dt. Hypobank* wurden um 10 DM und Engelhardt um 2 DM höher taxiert. Bergmann konnten 8,90 DM zulegen. Herlitz Vz. und Lehmann lagen um je 2 DM und Berliner Elektro um 1,50 DM freundlicher.

München: Etienne Aigner büßten 1 DM ein, Deckel AG gaben um 3 DM nach und Erlus AG verminderten sich um 15 DM. Audi AG wurden um 42 DM höher taxiert, AKS stiegen um 2 DM und Dywidag befestigten sich um 5 DM.

Stuttgart: Heidelberger Zement verbuchten einen Gewinn von 17,50 DM, IWKA stockten um 4 DM auf. Fuchs gaben um 3,50 DM nach. Gehe verbilligten sich um 4 DM und Porsche um 30 DM. Daimler verloren 4 DM.

Nachbörse: etwas leichter

WELT-Aktienindex: 178,2 (178,5)

WELT-Umsatzindex: 2920 (3540)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

Ungeregelt.Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Brüssel

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

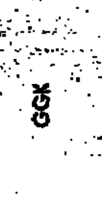
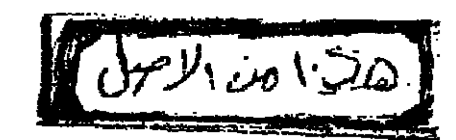
Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

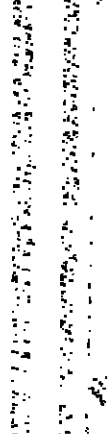
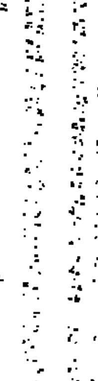
Devisenmärkte

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

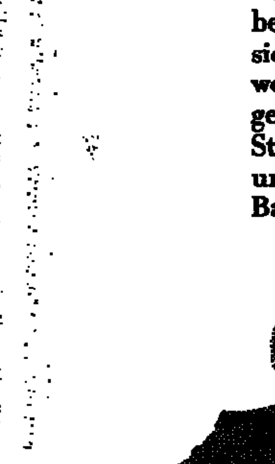



Fragen Sie uns auf der Hannover Messe:


Kreditinstitute und Versicherungen.

Ich bin Gerhard Neumeister. Wenn Sie etwas über die Netzintegration von IBM Personal Computern bei Banken und Versicherungen wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 2 und 12 und auf der Bankensonderschau.





Bürotechnik.

Ich bin Roland Brenner. Wenn Sie etwas über Schreiben, Kopieren und Teletex wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 9, 10, 20 und 30.

IBM Ausbildungszentren.

Ich bin Reinhard Behrendt. Wenn Sie etwas über computerunterstütztes Lernen und Lehren wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 33 und 34.



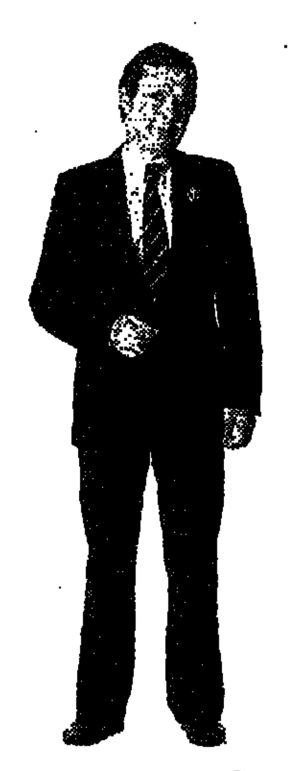

Handel und Dienstleistungen.

Ich bin Ingrid Maleri-Schlimm. Wenn Sie etwas über unser breites Angebot für Handel und Dienstleistungen wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 3 und 4.



IBM Industrie-Roboter.

Ich bin Dietrich Meininghaus. Wenn Sie etwas über Anwendungen mit flexiblen Fertigungssystemen wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand 601/901, Halle 23.



Kleine und mittlere Systeme.

Ich bin Joachim Krack. Wenn Sie einen Fachbereichsrechner benötigen oder etwas über den Start in die Datenverarbeitung oder über die grafische Datenverarbeitung wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 4, 5, 6 und 22.

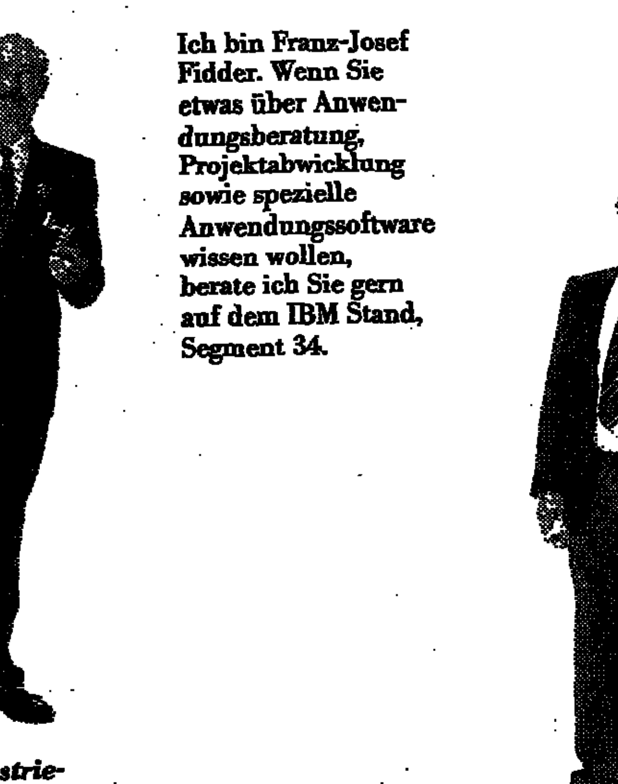


Informationssystem Service.

Ich bin Franz-Josef Fidder. Wenn Sie etwas über Anwendungsberatung, Projektabwicklung sowie spezielle Anwendungssoftware wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 34.

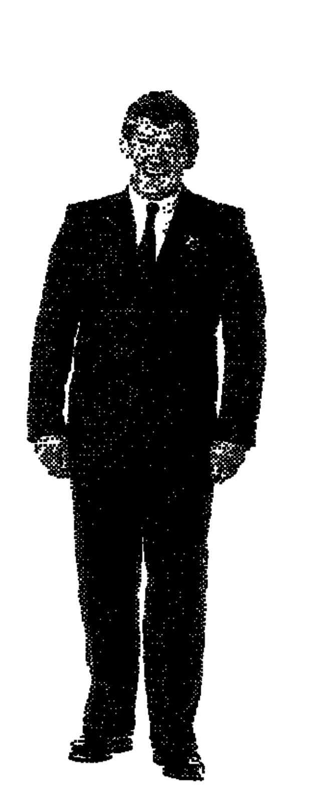
Dialogstationen.

Ich bin Egbert Sprick. Wenn Sie wissen wollen, wie Sie aus der breiten Palette von IBM Dialogstationen die für Sie richtige auswählen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 14–18 und 25–28.




Nachrichtentechnik.

Ich bin Reinhard Spreyer. Wenn Sie etwas über Telefon- und Telekommunikations-Systeme wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 31.



Wissenschaft und Verwaltung.

Ich bin Paul Mantek. Wenn Sie etwas über unser breites Angebot für Informationsverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 32.

IBM Personal Computer.

Ich bin Claus Lehmann. Wenn Sie etwas über IBM Personal Computer und ihre Einsatzmöglichkeiten wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 35–38.



Spezielle Branchenanwendungen.

Ich bin Barbara Schultz. Wenn Sie etwas über aktuelle Lösungen für Kfz-Zulieferer, Speditionen, Bauhauptgewerbe, Druckereien und Verlage wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 4, 5 und 6.



Fertigungs- und Grundstoffindustrie.

Ich bin Albert Winter. Wenn Sie etwas über den Stand der Integration von Fertigungsanwendungen wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 19 und 29.




Bildschirmtext.

Ich bin Ingo Dautzenberg. Wenn Sie wissen wollen, wie Btx-Anwendungen schon heute in privaten und geschäftlichen Bereichen unterstützen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 32 und 33.





IBM Informationsservice.

Ich bin Hugo Elscheidt. Wenn Sie etwas über Anwendungen im Service für viele Bereiche wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 13 und 23.

Technik und Wissenschaft.

Ich bin Klaus Hanft. Wenn Sie etwas über Anwendungen und Produkte für Ingenieure und Wissenschaftler wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 39 und 40.

Bürokommunikation und Individuelle Datenverarbeitung.

Ich bin Susanne Baumann. Wenn Sie wissen wollen, wie IBM Produkte für die Bürokommunikation die Arbeit erleichtern, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 6, 7, 8 und 22.

Damit Sie Ihre Gesprächspartner auf der Hannover Messe leichter erkennen, tragen sie eine weiße Nelke. Wenn Sie den richtigen Gesprächspartner für die besonderen Aufgaben in Ihrer Firma hier aber nicht entdecken können, kommen Sie einfach kurz an der IBM Infothek vorbei. Wir stellen Ihnen gern weitere Fachleute vor, die Sie über Hardware und Software, Konzepte und Dienstleistungen für nahezu alle Einsatzmöglichkeiten der modernen Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnik beraten. IBM Stand 4901/5001, Halle 1, CeBIT.

IBM

Wir trauern um Herrn Ministerialrat a. D.

Hermann Eckelmann

geb. 21. 8. 1902 gest. 12. 4. 1985

Als Generalbevollmächtigter unseres Hauses von 1946 bis 1963 hat sich der Verstorbene große Verdienste erworben und einen wesentlichen Abschnitt in der Geschichte unseres Unternehmens geprägt.

Sein vornehmer Charakter und sein beispielhaftes Verantwortungsbewußtsein für seine Mitarbeiter werden ebenso unvergessen bleiben wie sein unternehmerischer Weitblick.

In Dankbarkeit nehmen wir von ihm Abschied.

Horten Aktiengesellschaft
Vorstand, Betriebsrat, Mitarbeiter

Düsseldorf, den 16. April 1985

Die Trauerfeier in Düsseldorf wird am Mittwoch, dem 17. April 1985, um 12.30 Uhr in der Apostelkapelle des Bestattungshauses Carl Salm, Düsseldorf-Altstadt, Andreasstr. 19, gehalten. Parkhäuser: Grabbeplatz, Kunsthalle.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 18. April 1985, um 14 Uhr auf dem Friedhof zu 4508 Bohmte im engsten Familienkreise statt.

Familienanzeigen und Nachrufe
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47–43 80,
oder –42 30
Berlin
(0 30) 25 91–29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01–5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Mein Vater

Werner Reinhardt

* 15. März 1912

ist nach einem erfüllten Leben im Alter von 73 Jahren unerwartet von uns gegangen.
In stiller Trauer nehmen wir Abschied.

Im Namen der Familie,
seiner langjährigen Lebensgefährtin
und aller Freunde
Klaus Reinhardt
Wilhelmshavener Straße 25
1000 Berlin 21

4010 Hilden, den 12. April 1985

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 19. April 1985, um 11.50 Uhr in der Kapelle des Düsseldorfer Nordfriedhofes statt.
Die Urnenbeisetzung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt in Hamburg.

AUSSCHREIBUNGEN

Landschaftsverband Rheinland

Rheinische Landesklinik Viersen

Techn. Abt. 14.00, Johannisstraße 70, Postfach, 4060 Viersen 12

1. Bauvorhaben: Rhein. Landesklinik Viersen, Johannisstr. 70, 4060 Viersen 12, Umbau des ehemaligen Direktions-Wohnhauses zu einer Krankenhausapotheke.
2. Art der Leistung: Komplette Apothekeneinrichtung mit Analytischem und Galenischem Labor sowie Büros.
3. Leistungsumfang: Die Einrichtung der Apotheke verteilt sich über Keller-, Erd-, 1. OG und Dachgeschoß. Pläne mit Einrichtungen werden zur Verfügung gestellt. Es sollen sich nur Firmen bewerben, die nachweisliche Erfahrungen in Apothekeneinrichtungen haben.
4. Voraussichtliche Ausführungszeit: Juli – August 1985.
5. Unternehmer, die am Wettbewerb teilnehmen wollen, werden gebeten, die Ausschreibungsunterlagen (unter Angabe der Ziffern 1–3) bis zum 26. 4. 1985 schriftlich unter der o. a. Anschrift anzufordern.

Der Versand der Verdingungsunterlagen (2fach) erfolgt nur gegen Zahlung einer Gebühr von 50,– DM. Eine Rückerstattung ist nicht möglich. Der Betrag ist auf das Konto der Rhein. Landesklinik Viersen, Nr. 100 032 bei der Stadtsparkasse Viersen 12, unter der Angabe „Ausschreibungsgebühr Bauvorhaben Apothekeneinrichtung" einzuzahlen.

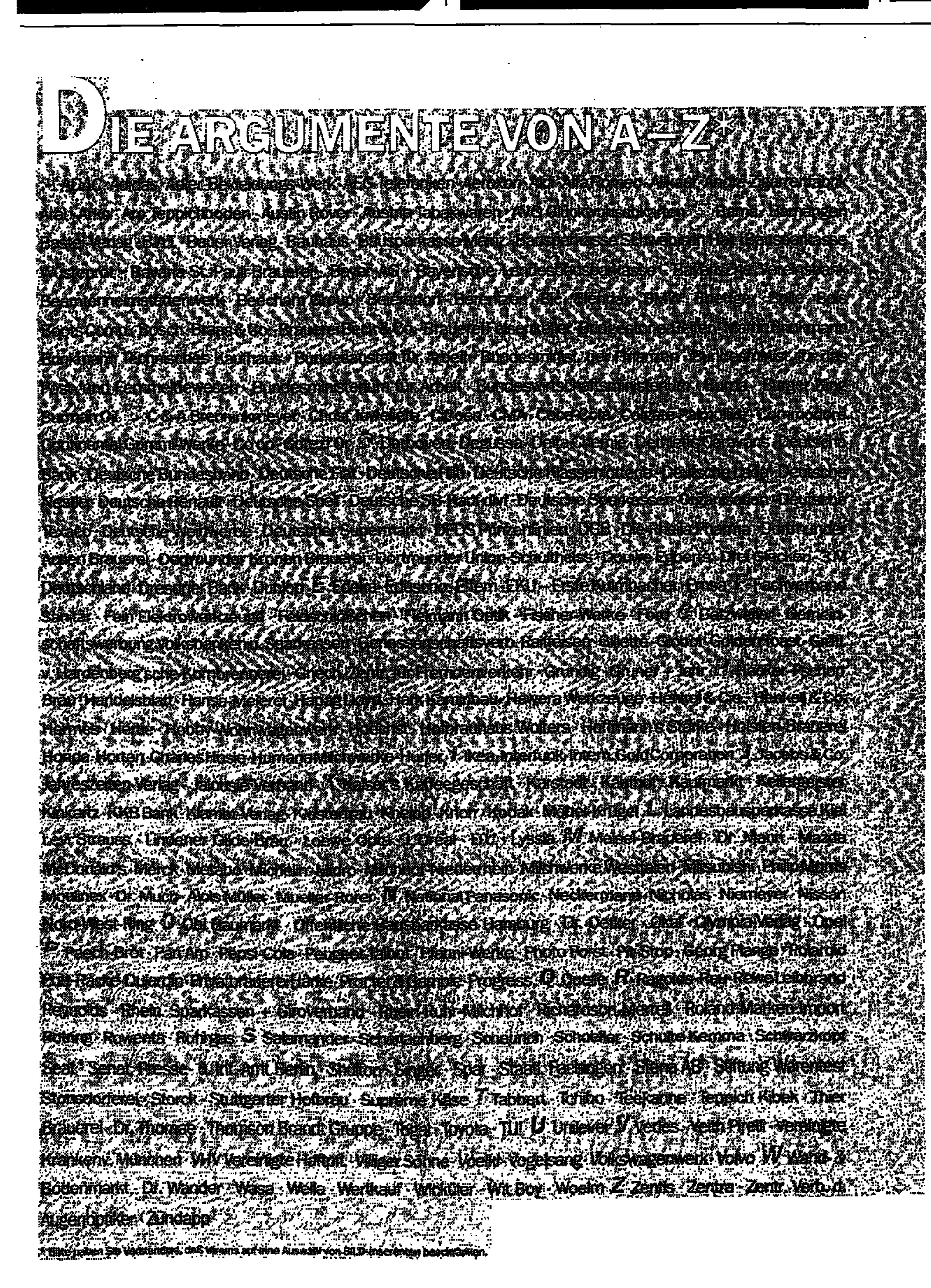
Das Original des Einzahlungsbeleges ist dem Anforderungsschreiben beizufügen.

Der Eröffnungstermin wird mit dem Versand der Ausschreibungsunterlagen bekanntgegeben.

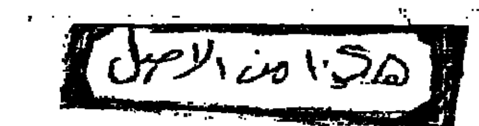
Viersen, den 29. März 1985

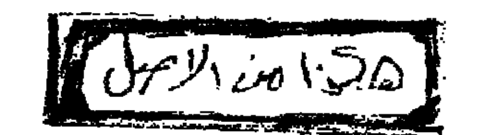
Der Verwaltungsleiter
In Vertretung gez. Müller













Aktivitäten der Türkei während der Hannover-Messe 1985

Seit dem 15. April: Ausstellung der anatolischen Zivilisation in Fotografien in der Kubus-Halle;

seit dem 16. April: Ausstellung moderner türkischer Malerei in der Sparkasse;

17. April:

10.00 bis 11.00 Uhr: offizielle Eröffnung des türkischen Standes;

11.15 bis 12.00 Uhr: Eröffnung der Ausstellung über das türkische Handwerk in der Halle Nr. 15;

15.00 bis 17.00 Uhr: Modenschau im Intercontinental Hotel, Große Halle;

19.30 bis 20.45 Uhr: Idil Biret am Piano im Kleinen Sendesaal des NDR;

18. April:

9.00 bis 13.00 Uhr: 1. Sitzung des Seminars in der Großen Halle des Intercontinental Hotels;

15.00 bis 17.20 Uhr: 2. Sitzung des Seminars;

20. April:

14.30 bis 16.15 Uhr: Aufführung der staatlichen Volkstanzgruppe im Kleinen Sendesaal des NDR;

20.30 bis 22.15 Uhr: Aufführung der staatlichen Volkstanzgruppe im Kleinen Sendesaal des NDR.

HANNOVER MESSE / Ein Land am Scheidepunkt bittet seinen wichtigsten Partner um wirtschaftliche Solidarität und politische Freundschaft

Optimismus, Pragmatismus, und was kommt dann?

Von E. ANTONAROS

Es ist nicht verwunderlich, daß das Wort „Stabilität" in allen seinen Variationen in der heutigen Türkei, bei Gesprächen mit einfachen Leuten und wichtigen Regierungsangehörigen, mit fast übertriebener Häufigkeit verwendet wird. Wenn ein Land eine derart traumatische mehrjährige Erfahrung, sowohl im innenpolitischen wie auch im Wirtschaftsbereich hinter sich hat, ist die Suche nach der ersehnten Stabilität mehr als verständlich.

Ende der 70er Jahre steckte die Türkei in einer innenpolitischen Situation der *Zersetzung* und im Wirtschaftschaos. Heute ist das Land relativ friedlich, obwohl der Terrorismus nicht völlig ausgerottet zu sein scheint. Aber die Ereignisse vor wenigen Jahren haben tiefe Spuren in der türkischen Gesellschaft hinterlassen. *Die Angst* vor einem *Rückfall* scheint bei den meisten Türken, wenn auch unterschwellig, präsent zu sein.

Seit *gut anderthalb* Jahren *ist die* Türkei eine Demokratie, eine im Westen heftig kritisierte *wohlgemerkt*. Es ist für die Türken ein politischer Segen gewesen, daß bei den vom Militär weitgehend kontrollierten Parlamentswahlen im November 1983 eine *gemäßigte Partei, nämlich die konservative* „Mutterlandspartei" unter Turgut Özal, die absolute Mehrheit in der Kammer erlangen konnte. Brüchige Koalitionsbildungen sind in der Vergangenheit der Türkei immer wieder zum Verhängnis geworden.

Turgut Özal, der zur Zeit des Staatsstreichs der Generäle die rechte Hand des abgesetzten Premiers Demirel war, ist ein Mann *mit* konkreten Ideen. Vor allem im Wirtschaftsbereich ist es der Türkei zweifelsohne *gut bekommen, daß* er eine „Thatchersche" Politik anwenden konnte. Die verstaubten, teilweise aus dem vergangenen Jahrhundert stammenden Strukturen der türkischen Wirtschaft wurden über Nacht radikal reformiert. Tausende von Verboten und Restriktionen wurden aufgehoben, eine tiefreichende Liberalisierung wurde eingeleitet, ausländische Firmen wurden aufgefordert, mehr Geld *in der Türkei zu investieren, die* Devisenschranken wurden beseitigt, Özal setzte eine Privatisierungswelle für den maroden, hochdefizitären und personell überbesetzten Staatssektor durch.

Noch vor einigen Jahren bankrott

Solche mutigen Maßnahmen haben den türkischen Regierungschef verständlicherweise zur Zielscheibe massiver Kritik gemacht: Ihm wird vor allem vorgehalten, daß sich sein Optimismus bisher nicht bezahlt gemacht habe, die großen Erfolge seien ausgeblieben, die *Teuerungswelle* sei immer noch da. Ebenfalls muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß durch die Abschaffung der Importbarrieren und seine restriktive Kreditpolitik das Überleben der einheimischen Industrie aufs Spiel gesetzt worden sei.

Turgut Özal reagiert gelassen – und mit gutem Recht: Er weiß als Pragmatiker, daß sich derartige Erfolge nicht von heute auf morgen bemerkbar machen können. Einerseits ist die Türkei bis vor einigen Jahren praktisch bankrott gewesen.

Eine massive Finanzierungshilfe aus dem Ausland war nötig. Wie sie sich tatsächlich letzten Endes auswirken wird, läßt sich noch nicht ganz erfassen; andererseits stoßen Özals Reformen auf verbissenen Widerstand, der aus allen möglichen Schichten der türkischen Gesellschaft stammt, weil Pfründe in Frage gestellt werden, weil sozusagen der gesamte Besitzstand in seiner bisherigen Form nicht mehr gilt.

Özals ärgster Gegner scheint das Establishment zu sein, daß trotz seiner konservativen Haltung die Übermacht des Staates als eine unantastbare Institution zu betrachten scheint. Schließlich gibt es im Staatsapparat eine tiefverwurzelte Bürokraten-Mentalität, die sich *nicht* von heute auf morgen beseitigen läßt.

Auch die Türken sind ein Mittelmeervolk und tendieren dazu, immer unzufrieden zu sein und ständig zu nörgeln. Doch Özals Errungenschaften, vor allem in der Wirtschaft, lassen sich sehen: Das Land erlebt vor allem im Warenaustausch mit den arabischen Staaten und Iran einen beeindruckenden Exportboom, der die Kassen füllt und der einheimischen Industrie, die nur *wenige* Märkte im *Westen findet, Großaufträge* beschert. Auch die Inflation ist reduziert worden, während sich Özal um die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten bemüht, um das Arbeitslosenheer in Grenzen zu halten.

Im sicherheitspolitischen Bereich hat das Militär bekanntlich mehr zu sagen als die Regierung: Es gibt eine stillschweigende Machtaufteilung, die von beiden Seiten respektiert wird. Aber je erfolgreicher Özal in seiner Zuständigkeitssphäre wird, um so gewichtiger wird seine Stimme, auch dort, wo die Offiziere das Sagen haben. Tatsache bleibt: Seit der *Machtergreifung* durch *das* Militär hat es zwar 600 Opfer von Terroraktivitäten gegeben. Dabei handelt es sich vorwiegend um Anschläge von Aufständischen in Ostanatolien. In den Großstädten, wo einst der Polit-Terror grassierte, herrscht Ruhe und Ordnung.

Die Befriedung der Türkei hat einen menschenrechtlich hohen Preis: Mindestens 15 000 politische Häftlinge bevölkern die türkischen Gefängnisse, viele von ihnen warten noch auf ihren Prozeß, 30 Terroristen sind bisher hingerichtet worden, die Serie der Mammutprozesse reißt nicht ab. Aber andererseits fühlen sich die Generäle so sicher, daß sie inzwischen dem Parlament die Aufhebung des Ausnahmezustandes in 44 von 67 Provinzen empfohlen haben. Und die Regierung rechnet damit, daß das Kriegsrecht spätestens in anderthalb Jahren in der ganzen Türkei außer Kraft sein wird.

Politik der kleinen Schritte hat sich bezahlt gemacht

Beim Thema „innere Sicherheit" hält sich Özal bedeckt. Er will sich nicht exponieren und die Generäle, mit denen er sich gut versteht aber deren Lieblingspolitiker er nicht gerade ist, nicht übermäßig provozieren. Ungern läßt er sich auf Gespräche über die von der außerparlamentarischen Opposition verlangte Amnestierung der politischen Straftäter ein. Aber in seiner Umgebung wird verdeutlicht, daß der kleingebaute und trotz seines Übergewichts sehr agile Politiker ein Befürworter der Politik der kleinen und sehr gut überlegten Schritte ist.

Diese Einstellung hat sich bezahlt gemacht: In den knapp 16 Monaten seiner bisherigen Amtszeit hat er sich Freiräume erkämpft, etwa in der Außenpolitik. War er zunächst schweigsam und zurückhaltend, weil er kaum außenpolitische Erfahrung hatte, wird er heute aktiver und scheut nicht davor zurück, seine Meinung zu sagen. Daß die Türkei heutzutage mit einer Menge außenpolitischer Probleme *konfrontiert wird, ist* reiner Zufall: Von dem fast traditionellen Zwist mit den Griechen abgesehen, gibt es Streit mit Bulgarien über die dort lebende türkische Minderheit.

Ebenfalls sind die Türken über den *anhaltenden Golfkrieg* besorgt. *Hinzu* kommen die Dauerschwierigkeiten mit dem unbequemen Nachbarn Syrien. Özal läßt sich allerdings nicht beirren: Genauso wie er im Wirtschaftsbereich von seinen Landsleuten Geduld erwartet, geht er mit der Außenpolitik geduldig um.

Die Türkei ist ein Land im Umbruch: Dies macht sich vor allem am Bild der politischen Parteien deutlich, die um die Gunst der Wähler mit- und gegeneinander kämpfen. Noch haben sich die politischen Formationen nicht herauskristallisiert, die bei den nächsten Wahlen die besseren Chancen haben werden. Neue Gruppen werden ganz bestimmt entstehen, andere werden von der politischen Bildoberfläche verschwinden.

Niemand zweifelt allerdings daran, daß Özals regierende „Mutterlandpartei" fortexistieren wird. Dies ist vermutlich einer der wichtigsten Verdienste Özals: Er hat ein Sammelbecken von Politikern fast aller Schattierungen zusammengestellt und gerade diese Formation zu einer conditio sine qua non der türkischen Politik gemacht.

EIN WETTBEWERBER

„Wir sehen dies mit großer Zustimmung"

Von M. BANGEMANN

Ich habe es sehr begrüßt, daß die Türkei in diesem Jahr in der herausgehobenen Position eines Partnerlandes auf der Hannover-Messe vertreten sein wird. Das ist ein gutes Zeichen dafür, daß die Türkei internationale Wettbewerbsfähigkeit erlangt und konsequent weiter ausgebaut hat. Wir sehen mit Zustimmung, daß sich die Angebotspalette dieses Landes gerade in jüngster Zeit verbreitert und zugleich verfeinert hat. Auf der Hannover-Messe kann diese *Position ausgebaut, kann der* Leistungsstandard des Landes für jeden Besucher noch deutlicher gemacht werden. Das ist zugleich ein überzeugendes Resultat einer Wirtschaftspolitik, die von der türkischen Regierung seit 1980 konsequent auf marktwirtschaftlichen Wegen betrieben wird. Gewiß bringt eine solche Politik auch Anpassungsprobleme mit sich: Sie können überwunden werden, und das wird um so schneller möglich sein, je mehr sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit, je deutlicher sich die Außenhandelsposition der Türkei weiter verbessert.

Die Bundesrepublik Deutschland will dem Land, mit dem uns seit langer Zeit die freundschaftlichsten Beziehungen verbinden, auch weiterhelfen: Mit Kapitalhilfe bei der Modernisierung der türkischen Wirtschaft, mit offenen Grenzen für türkische Exporte, mit der Bereitschaft deutscher Firmen zur Kooperation. Deutschland und die Türkei werden auf der Hannover-Messe ihre ökonomische *Zusammenarbeit* weiter verstärken können.

Martin Bangemann ist Bundeswirtschaftsminister

ROHSTOFFE / Vorräte

OECD: Eigene Energiequellen ausschöpfen

Im Boden des türkischen Staatsgebietes liegen reichlich Schätze, aber relativ wenig Öl: Bauxit, Zink, Quecksilber, Asbest, Phosphat, Magnesit, Meerschaum, Uran, Kohle, Erze und Kupfer. Diese Vorkommen werden zum Teil in nur sehr geringem Umfang ausgebeutet, lediglich Chromerze haben einen namhaften Anteil am Export von Rohstoffen. Bei anderen Bergbauprodukten ist die Türkei zu Einfuhren gezwungen. Dies *gilt insbesondere auch für Öl.*

Eine der Empfehlungen der OECD zur Förderung der türkischen Wirtschaft legt eine bessere Ausschöpfung der eigenen Energiequellen nahe, namentlich von Wasserkraft und Kohle. Gegenwärtig produziert die Türkei rund 18 Prozent des Eigenbedarfs an Öl selbst.

Die „Türkiye Petrollerie Anonim *Ortaklik" (TPAO), die staatliche* türkische Erdölgesellschaft, nahm ihre Tätigkeit 1955 auf. Ihre größten Explorationsanstrengungen konzentrieren sich gegenwärtig auf die südöstliche Türkei, die im geologischen Sinne die Fortsetzung der Region des Persischen Golfes bedeutet. Hier sind die Erfolgsaussichten zwar am größten, die Exploration aber auch am teuersten. US

PRÄSIDENT DER TÜRKISCHEN INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN

„Schritte zu gemeinsamer Kammer"

Große Erwartungen haben die türkischen Industrie- und Handelskammern, wie ihr Unionspräsident Mehmet Yazar in einem Gespräch mit der WELT bekundet.

WELT: Was erwarten Sie davon, daß die Türkei Partnerland ist?

Yazar: Zunächst einmal werden wir die Möglichkeit haben, einige Industriegüter unseres Landes auf dem deutschen Markt vorzustellen. Wir begannen eigentlich bereits 1981 damit, einen sehr nahen Kontakt zur deutschen Geschäftswelt aufzubauen.

WELT: *Mit welchen Partnern haben Sie bisher in Deutschland zusammengearbeitet? Mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) und dem BDI?*

Yazar: Mit beiden, aber unser Hauptpartner ist der DIHT. Hinzu kommen noch verschiedene Handelskammern.

WELT: Seit wann unterhalten Sie denn diese Kontakte?

Yazar: Wir hatten schon verschiedene Beziehungen zuvor aufgebaut – aber seit dem Jahr 1981 haben sich diese außerordentlich intensiviert. Wir haben aber auch versucht, eine gemeinsame Handelskammer ins Leben zu rufen. Leider konnte dieses Vorhaben nicht verwirklicht werden. Allerdings ist ja bekannt, daß von *deutscher Seite ein Büro in Istanbul* eröffnet wurde, sozusagen als Ersatz für eine gemeinsame Handelskammer. Wir *haben uns entschlossen, ein* Vertretungsbüro in München zu eröffnen. Nach der Hannover-Messe, wird unser Premierminister aus diesem Grunde nach München reisen.

WELT: Wird das der erste Schritt in Richtung einer gemeinsamen Kammer sein?

Yazar: Ich meine ja.

WELT: Lassen Sie uns über Hannover sprechen. Was Exporte und Handel betrifft – was sind Ihre Hauptziele?

Yazar: *Textilerzeugnisse sind Hauptprodukte*, die die türkische Wirtschaft auf dem deutschen Markt verkaufen will. Und wie bekannt ist, haben wir einige Schwierigkeiten mit der Ausfuhr von Textilien in die EG. Es gibt hier Einfuhrkontingente, Restriktionen und einige protektionistische Maßnahmen.

Ich glaube jedoch, daß wir mit unseren Textilerzeugnissen *erfolgreich* sein werden, denn während der Ausstellung in Hannover werden wir eine Modenschau organisieren. Es gibt auch noch Schwierigkeiten in bezug auf die Zölle und Qualitätskontrollen. Auch einige technische Barrieren. Aber wir werden diese Schwierigkeiten überwinden.

Man kann bisher nicht sagen, ob *wir nach der Ausstellung* die Exportergebnisse erzielen können, die wir uns vorstellen. Doch wir haben eine *sehr gute Gelegenheit, unsere* Produkte einzuführen. Eine andere sehr bedeutende Erwartung ist der ausländische Kapitalzustrom in die Türkei. Ich meine, daß Unternehmen unterschiedlicher Bereiche während der Messe ausreichend Gelegenheit haben werden, einige konkrete Vorhaben zu besprechen. Und ich hoffe sehr, daß einige von ihnen in diesem Jahr noch zu konkreten Entscheidungen kommen werden.

WELT: Versuchen Sie auch, mit *kleinen und mittelständischen* Unternehmen zusammenzukommen?

Yazar: Ja, wir ermutigen die mittelständischen Unternehmen zur Zusammenarbeit. Es gibt bereits Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit dieser Gruppe von Unternehmen, und zwar auf der Ebene, die wir mit Mercedes und MAN unterhalten. Doch die Mehrzahl der Kooperationen *spielt sich auf der Stufe mittel*ständischer Unternehmen ab. Wir müssen in erster Linie versuchen, mit diesen Unternehmen zusammenzuarbeiten. Wir laden Vertreter mittelständischer Unternehmen zu unserer Konferenz ein. Wir haben 29 Firmen, die auf der Messe ausstellen. Die meisten von ihnen sind kleine Unternehmen. Wir ermutigen diese zur Zusammenarbeit.

MESSEAUSSCHUSS

„Wir haben nicht zu hoch gegriffen"

Von ERTUGRUL ÖNEN

Diese Messe hat in unserer Privat*wirtschaft großes Interesse* gefunden. Wir rechneten selbst nicht damit. Vor einem Jahr habe ich ein Gespräch mit der Hannover-Messe geführt und gesagt, daß ich ungefähr 100 Firmen vermute, die an dieser Beteiligung Interesse haben werden. Heute stellen wir mit Feude fest, daß wir nicht zu hoch gegriffen haben. Es gibt zudem sehr viele Firmen, die sich verspätet haben und aus diesem Grunde nicht teilgenommen haben.

Das Schwergewicht unserer Beteiligung *stellen halbfertige Produkte*, solche der Zulieferindustrie und der Elektroindustrie. Den deutschen Verbrauchern bieten wir in einem Kaufhaus in Hannover eine Exportgüteraustellung.

Am 18. April wird über die Zukunftspläne, über die Chancen, über die Vorschriften in der Türkei diskutiert und Möglichkeiten aufgezeigt und berechnet. Am 19. April wird ein Referent von der DEG kommen. Auch bei dieser Gelegenheit wird über die Investitionsmöglichkeiten in der Türkei diskutiert.

Ertugrul Önen ist Vorsitzender des Beteiligungsausschusses





Alles ist verknüpft mit der Frage der Deviseneinnahme

Turgut Özals Wirtschaftsreformen bedeuteten eine mittlere Revolution für die Türkei. Mit Evangelos Antonaros und H.-H. Holzamer unterhielt er sich über Widerstände und Chancen.

WELT: Hatten Sie Schwierigkeiten bei *Einführung* ihres Wirtschaftsprogramms zum Beispiel von seiten der Militärs, die doch konservative, etatistische Leute sind?

Özal: Vielleicht könnte man sagen, daß es unnatürlich ist, aber ich war in der Regierung vor der Militärintervention Staatssekretär für wirtschaftliche Fragen. Und normalerweise hätte man mich bei der Militärintervention *nicht in meiner Funktion* behalten. Aber man tat es wohl, obwohl ich zu den Militärs keine Beziehung habe.

Aber das Wirtschaftsprogramm, das wir eingeführt haben, genießt ihr Vertrauen. Das heißt, daß in diesem Fall die Militärs unserem Programm nahestehen. Das ist anders, als es 1960 oder 1971 war. Und sie haben die Ergebnisse gesehen. Als wir das 1983 begannen, mußten wir ziemlich kühne Bewegungen in der Wirtschaft vollführen.

Ich geben Ihnen ein Beispiel: Das System der ausländischen Wechselkurse. Wir haben alle Beschränkungen beseitigt. Sofort. Die Türken können Konten in jeder ausländischen Währung eröffnen. Sie können Schecks schreiben, und wir hatten doch Ende 1983 nur sehr geringe Währungsreserven. Und viele von meinen Leuten – die Fachleute – sagten: Sie müssen doch verrückt sein!

Aber ich hatte Recht. Die Devisenvorräte wuchsen, und Sie können heute in den türkischen Geschäften finden, was sie wollen. Es wird alles importiert und auch unser Export stieg an. Und heute gibt es mehr als *1½ Milliarden US-Dollar auf ausländischen* Konten türkischer Bürger.

WELT: Zugegeben, da waren Sie sehr erfolgreich. Sie haben noch andere Ziele zu erreichen. Da ist die hohe Arbeitslosigkeit, eine hohe Inflationsrate ...

Özal: Ja, ja.

WELT: Auslandsverschuldung.

Özal: Ja, ja, *aber all diese Punkte sind* doch verknüpft mit der Einnahme an fremden Devisen. Und daraus kann man doch auch die Fähigkeit, was man erreichen kann, ableiten.

Und die türkische Fähigkeit zu zahlen, ist heute viel größer als früher. Man muß doch die Schulden mit dem vergleichen, was wir als Schatz in unseren Kassen haben. Wir haben doch *Erfolge, das* zeigt sich doch sehr deutlich.

Auf der anderen Seite, was die Arbeitslosigkeit angeht, meine Partei war diejenige, die offen ausgesprochen hat: Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen ist ein langfristiges Programm. Das ist keine kurzfristige Angelegenheit. Als wir unser Wahlprogramm diskutierten, haben einige meiner Parteifreunde gesagt: ‚Wir müssen den Leuten strahlendere Hoffnungen machen.' Ich sagte: Nein. Wir müssen das rein schreiben, was wahr ist. Und wir haben ins Wahlprogramm geschrieben, daß das Problem der türkischen Arbeitslosigkeit aus vielen Faktoren besteht. Und die Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, sind *diese, diese* und diese.

Unser Ziel ist zunächst einmal, daß die Inflation nicht weiter steigt; und dann, daß *sie langsam* abnimmt. Um das zu erreichen, brauchen wir Wirtschaftswachstum. Wir können nicht *ein Wachstum von 7 Prozent* befehlen. Das hängt wiederum mit unserem Währungsaustausch zusammen.

Im vergangenen Jahr betrug unsere Wachstumsrate 5,7 Prozent, die größte Zahl innerhalb der letzten sieben Jahre. Das ist eine gesunde Entwicklung, aber es ist immer noch weniger als 7 Prozent. Damit das Wachstum anhält, damit wir die 7 Prozent erreichen, benötigen wir noch drei Jahre. Da genügen unsere Anstrengungen nicht, wir brauchen Unter*stützung*. Wir brauchen Kredite und Investitionen.



Premier Turgut Özal

Heute ist die türkische Kreditrate sehr gut. Wir zahlen unsere Schulden regelmäßig, und deswegen gibt man uns Kredit. Wir sind natürlich vorsichtig, wie wir diese Mittel verwenden. Wir benutzen sie nur für die besten Projekte.

Das zweite, was wir unternehmen, um die Wachstumsrate zu erhöhen, wir verkaufen einige Unternehmen und Projekte ganz oder zumindestens anteilig, die dem Staat gehören. Wir haben schon Anteile in einem Wert von 50 Milliarden Türk-Lira verkauft. So von der Bosporus-Brücke, und dies geschah in nur zwei Tagen. Und die Einnahmen verwenden wir nun, um besonders wichtige Projekte wie Hydroelektrische Kraftwerke, Bewässerungsprojekte oder einige Autobahnen zu beschleunigen. Vielleicht werden wir in den kommenden Monaten weitere *50 Milliarden* an Anteilen auf den Markt bringen, um die Einnahmen wieder für einige bestimmte Projekte zu verwenden.

WELT: Was verkaufen Sie als nächstes?

Özal: Wir haben, wie gesagt, die Bosporus-Brücke, und 20 Prozent eines Wasserkraftwerkes verkauft, aber es werden noch weitere Kraftwerke ans Netz gehen, einige werden im nächsten Jahr vollendet. Man kann ja auch einen Cocktail machen, nicht nur ein Projekt verkaufen, sondern das Paket, das auf den Markt kommt, mischen. Ich glaube, das werden wir beschleunigen.

Vielleicht schon im Mai feiern wir den Spatenstich für die zweite Bosporus-Brücke. Das ist eine größere *Brücke als die erste. Aber nicht nur* das, wir bauen auch 200 Kilometer Schnellstraße als Anschluß, und das wird in drei bis vier Jahre gebaut werden. Und die Kredite kommen aus dem Ausland.

WELT: Sie haben auch deutsche Firmen zu den Ausschreibungen eingeladen?

Özal: Ja, Deutsche, Italiener, Briten und Amerikaner.

WELT: Und sie sollen nach dem BOS-System arbeiten? Build, operate and sale, baue, betreibe und verkaufe?

Özal: Wir haben diese Vorschläge auch einigen Kern- und einigen Wasserkraftwerken gemacht. Wir wissen zum Beispiel, daß die Kanadier das System akzeptiert haben. Nun diskutieren wir die *letzten Einzelheiten*. Aber wir sind *mit* den Deutschen noch nicht zum Abschluß gekommen. Das ist noch ein hartes Verhandeln. Wir sagen: o. k., bauen Sie und verkaufen Sie, wir garantieren Ihnen, daß wir kaufen.

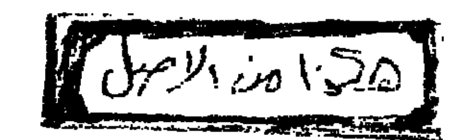
Wie *auch immer*, wir werden eine Lösung finden.

Ihre dritte Frage betraf die Inflati*on. Lassen* Sie *mich* Ihnen sagen, meiner Meinung nach, es gibt da verschiedene Zahlen, beträgt die Inflation der Türkei heute 40 bis 44 Prozent. Für dieses Jahr ist unser Ziel gleichwohl eine Drosselung auf 25 Prozent; das heißt bis Dezember, nicht im *Durchschnitt*, der Durchschnitt *mag* höher sein.

Die hohe Inflation zu Beginn des Jahres hatte zwei Gründe. Zunächst haben wir die Mehrwertsteuer eingeführt. Auch wenn wir die Mehrwertsteuer nicht auf die notwendigen Lebensmittel erheben, hat dies *doch* auf die Inflation durchgeschlagen. Aber das wird verschwinden, in – ich hoffe – *zwei bis drei Monaten. Normaler*weise hätte das nicht diese Auswirkung gehabt, aber wir wechseln von einem System zu einem anderen. Viele Händler haben die 10 Prozent Mehrwertsteuer auf ihre Preise einfach draufgetan.

Der zweite Faktor ist, daß wir in diesem Jahr vor allen Dingen in den Monaten Februar und März einen sehr kalten Winter hatten, und das hat einen saisonalen Effekt. Aber gegen Ende des Jahres werden es 25 Prozent sein; vielleicht fünf Punkte weniger oder mehr.

Aber wir sagen unseren Arbeitnehmern, ihr werdet mehr bekommen als die Inflation euch nimmt. Das ist unsere Zusage.





Probleme der Einigung liegen im Kern

Yap, ishlet, sat" – baue, betreibe, verkaufe: Auf diese einfache Formel brachte Turgut Özal, Ministerpräsident der Türkei, die Diskussion um den Bau von Kernkraftwerken in seinem Lande. Die Auflösung der Formel lautet: Wer ein Atomkraftwerk in der Türkei errichten möchte, *muß dies auf eigene* Kosten tun, das Werk nach Fertigstellung auch in eigener Regie betreiben und dann den Strom an die türkischen Energiegesellschaften verkaufen.

Gegenwärtig sind die Gespräche in einer schleppenden Phase. KWU scheint zwar bereit zu sein, auf die Özal-Formel „Bauen, betreiben, verkaufen", einzugehen. Die Frage ist aber, wer das Risiko trägt, wenn das Kernkraftwerk nicht *die avisierte Leistung* bringt. Die Türken sagen, dies gehe zu Lasten der Deutschen. Diese wiederum wollen das Ausfallrisiko *mit einer Versicherung absichern*, für die nach internationalem Brauch beide Seiten die Beiträge zu zahlen hätten. Das wiederum wollen die Türken nicht. Die Angelegenheit scheint im Engpaß, obwohl beide Seiten Zuversicht verbreiten, daß doch noch ein Ausweg gefunden wird. Schlecht für *KWU ist zusätzlich* gewesen, daß sich die Kanadier, die den anderen Atommeiler der Anlage bauen, auf die Özal-Formel schon eingelassen haben, sagen jedenfalls die Türken.

Dabei hatte alles hoffnungsvoll begonnen: Im November 1983 erhielt die KWU einen Letter of Intend für ein Kraftwerk von 1000 Megawatt aus Ankara. Danach soll der KWU-Druckwasserreaktor in der Nähe der Hafenstadt Mersin in Kilikien errichtet werden. Daneben sollen weitere zwei Kraftwerke in anderen Landesteilen errichtet werden. Die Kraftwerke sollen die Energieleistung des Atatürk-Staudammes ergänzen, der nach der für 1994 geplanten Fertigstellung der *fünftgrößte Staudamm der Welt sein* soll. Die jährliche Stromerzeugung ist mit 8,8 Milliarden Kilowattstunden errechnet.

Bislang nutzt die Türkei erst knapp fünf Prozent der vorhandenen Wasserkraft zur Stromerzeugung. 1991 *soll der erste von insgesamt acht geplanten* 300-Megawatt-Generatoren am Atatürk-Staudamm ans Netz gehen. Pläne für weitere 13 Staudämme mit einer Gesamtkapazität von mehr als 6000 Megawatt sind bereits fertig. Die türkischen Ausbaupläne für Wasserkraft sehen die energetische Nutzung der Euphrat-Wasser über mehrere Baustufen vor. Ein erstes Kraftwerk, Keban, steht seit 1974 unter Strom. Das Karakaya-Projekt begann 1978. Das dritte und größte Bauwerk, der Atatürk-Damm, ist im Bau.

Diese enorme Menge ist bei weitem nicht ausreichend, um den Strombedarf der Türkei zu decken. Nach Expertenmeinung dürfte der Energiebearf des Landes bis zum Jahre 2000 auf 170 Milliarden Kilowattstunden (1985: 28 Mrd.) ansteigen. SH

Immer mehr ein Bindeglied zu den arabischen Ländern

Selbst der Istanbuler Universitätsprofessor Demir Demirgil gibt sich recht zufrieden, obwohl er die wirtschaftliche Situation nüchterner beurteilt, als dieses in den Amtsstuben in Ankara häuft der Fall ist. Er geht von einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 5,5 Prozent in diesem Jahr aus, wobei er eine Zu*nahme der Bevölkerung um 1,9 Pro*zent unterstellt. Dabei rechnet er nur mit einem Zuwachs der Agrarproduktion von zwei Prozent, nachdem es in den vergangenen Jahren mehr war. Der Dienstleistungsbereich dürfte sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt bewegen. Kräftig, und zwar um 8,5 Prozent, dürfte die Industrie zulegen, die bereits im vergangenen Jahr ihre Kapazitätsauslastung auf 72 Prozent verbessern konnte.

Damit bleibt der Experte, der auch als Berater von Firmen tätig ist, zwar hinter dem zurück, von dem die Regierung in ihrem Fünfjahresplan ausgegangen ist. Für die Jahre 1985 bis 1989 soll danach das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 6,3 Pro*zent zunehmen. Aber Demir Demirgil* gibt sich zuversichtlicher als die Fachleute des Internationalen Währungsfonds (IWF). Wegen der kräftigen Zunahme der Einfuhren sehen sie die Türkei nicht auf einem so stabilen Wachstumskurs. Allerdings erwarten auch sie ein Plus von 4,1 Prozent in diesem Jahr.

Getragen wird die Entwicklung auch weiterhin vom Export, der sich in den letzten Jahren bereits recht dynamisch entwickelt hat. So kletterten die Ausfuhren zwischen 1979 und *1984 von 2,26 auf 7,13 Milliarden US-*Dollar. Gleichzeitig nahmen jedoch die Einfuhren von 5,07 auf 10,76 Milliarden Dollar zu. Dieses lag vor allem daran, *daß die Ausgaben für die Öl*importe während dieser Zeit von 0,96 auf 3,37 Milliarden Dollar nach oben schossen. Die Industrialisierung der Türkei basierte zu lange auf niedrigen Energiepreisen, obwohl dieses „Schmiermittel" in erheblichem Umfang importiert werden muß. Strom kommt auch gegenwärtig sogar noch aus der Sowjetunion. Die zweite Ölpreisexplosion von 1979 hat in der Türkei jedenfalls ihre Spuren hinterlassen.

Sie hat jedenfalls zum radikalen Kurswechsel in der türkischen Wirtschaftspolitik entscheidend beigetragen, die 1980, kurz bevor die Militärs unter dem heutigen Staatspräsidenten Kenan Evren das Ruder übernahmen, eingeleitet wurde. Zuvor stand die Importsubstitution als Ziel oben an. Durch die eigene Produktion solcher Güter, die bisher eingeführt wurden, sollte die Entwicklung vorangetrieben werden.

Abgelöst wurde diese Marschroute *durch eine, die sich in erster Linie am* Export orientiert. Dieses ging im Inneren mit einer Politik einher, die sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte. Die Liberalisierung des Kapitalmarktes führte zu steigenden Zinsen. Auch nach außen wurde die Schutzpolitik aufgegeben. Die Zölle wurden geschliffen. Heute werden nur noch Luxusgüter kräftig belastet, wobei die Einnahmen in den Wohnungsbau fließen. Vor allem wurde die Bindung der türkischen Lira an den Dollar beseitigt und eine flexible Wechselkurspolitik eingeführt. Dieses alles hat zwar gerade im Privatsektor zu erheblichen Problemen geführt, vor allem hat es aber den Export stimuliert. Wichtig, „da alle Krisen ihren Ursprung im Devisenmangel hatten", erläutert Staatsminister A. Mesut Yilmaz.

Für dieses Jahr erwartet der Istanbuler Universitätsprofessor eine weitere Zunahme der Exporte auf 8,3 Milliarden Dollar. Dabei dürften die Einfuhren nur auf 11,7 Milliarden Dollar anziehen. Zwar ist das Defizit von 3,4 Milliarden immer noch eine schwere Hypothek. Aber das Verhältnis der Exporte zu den Importen würde sich dadurch auf 71 Prozent verbessern. Früher waren lediglich 50 bis 60 Prozent der Einfuhren durch Ausfuhren gedeckt. Und das, obwohl sich das Austauschverhältnis im Außenhandel (Terms of Trade) in den vergangenen zehn Jahren zu Ungunsten der Türkei entwickelt hat. Eine Alternative zu der derzeitigen Wirtschaftspolitik wird gegenwärtig nicht nur bei den Experten des Währungsfonds nicht gesehen.

Ausgewirkt hat sich der wirtschaftliche Kurswechsel auch auf die Zusammensetzung der Exporte. Der Anteil der Industriewaren an der Ausfuhr hat sich seit 1979 von 35 auf nahezu 75 Prozent mehr als verdoppelt. Gleichzeitig ging die Rolle der Agrarprodukte von fast 60 auf 24 Prozent zurück. Allerdings fallen unter den Industriewaren neben den verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit rund 15 Prozent auch Textilien und Bekleidung sowie Lederwaren besonders ins Gewicht. Alles Produkte, für die, wie bei Eisen und Stahl, die westlichen Industriestaaten Importbarrieren aufgetürmt haben.

Daher wundert es auch nicht, daß türkische Firmen ihr Engagement auf den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens in den vergangenen Jahren ausgebaut haben. Dieses gilt nicht nur für die Baufirmen, die in den Nachbarstaaten in den letzten Jahren sehr erfolgreich waren, sondern auch für Exporteure, die ihre Lieferungen verstärkt haben.

Trotzdem bleibt der türkische Außenhandel nach Westen orientiert. Immerhin fließen mehr als 50 Prozent der türkischen Ausfuhren in die Industriestaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Nahezu 40 Prozent werden allein von der Europäischen Gemeinschaft absorbiert. Die Bundesrepublik wurde im vergangenen Jahr mit einem Anteil von mehr als 18 Prozent wieder zum wichtigsten Abnehmer türkischer Produkte, nachdem ein Jahr zuvor der Irak diesen Platz eingenommen hatte. Zuletzt lahmte der Export in die Nachbarstaaten. Neben den Folgen des Krieges machten sich auch die sinkenden Öleinnahmen bemerkbar.

Drücken dürfte in der nächsten Zeit wieder der Schuldendienst, nachdem die mit den Gläubigern ausgehandelten Freijahre jetzt auslaufen. In diesem Jahr müssen für die Rückzahlung der Auslandsschulden 1,9 Milliarden Dollar aufgebracht werden, rund 500 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Die Zinszahlungen werden unverändert auf 1,4 Milliarden Dollar veranschlagt.

Auch aus diesem Grunde ist die Türkei verstärkt an Kapital aus dem Ausland interessiert. Gerechnet wird mit einem Anstieg von 100 auf 135 Millionen Dollar. Dabei sind die Investitionen von Ausländern grundsätzlich denen der Inländer gleichgestellt, sie sind auch in fast allen Bereichen möglich. Bestimmte Anteile für ein Engagement von Ausländern sind nicht vorgeschrieben. Gewünscht wird allerdings, und dieses wird von Experten auch empfohlen, daß ein türkischer Partner an der Firma beteiligt wird.

Das Engagement der Ausländer soll neben dem Technologietransfer auch dazu beitragen, die Arbeitslosenquote, die offiziell mit 16 Prozent angegeben wird, zu drücken. Denn die Investitionstätigkeit der privaten Firmen leidet unter dem Kapitalmangel und den hohen Zinsen.

Um die Inflationsrate von 52 Prozent des vergangenen Jahres zu reduzieren, wird es vorerst bei der restriktiven Geldpolitik bleiben.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

MAKO / Joint-venture am Tor nach Anatolien

Maschinen nur, wenn es sich lohnt

Mako ist eine der vier Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung im Industriegebiet von Bursa, dem Tor Anatoliens zum Westen, wie sich die Stadt selber nennt. In diesem joint venture – 43 Prozent des Kapitals und die Lizenzen kommen aus Italien – werden elektrische Zubehörteile für Autos produziert.

Im Raum gleich rechts neben dem großen Eingangstor sieht es aus wie in einer Lehrwerkstatt. An zwei großen Tischen, die mit Eisenblechen abgedeckt sind, arbeiten 13 Leute. Gußstücke für die elektrischen Verteilerköpfe liegen in einem großen Korb.

Der erste Arbeiter nimmt ein Teil und schlägt es mit einem Hammer durch eine Paßform, die von weitem einem Schraubstock ähnelt, um so *Unregelmäßigkeiten vom Rohling zu* entfernen. Er wirft das Stück auf den Tisch. Der nächste Arbeiter nimmt es und kratzt mit der Feile daran herum.

„Arbeitsintensiv", murmelt Professor Erol Iyibozkurt von der dortigen Universität.

*In einer Ecke der großen Produk*tionshalle zieht ein Arbeiter Kupferband von rund einem Zentimeter Breite von einer großen Spule herunter und schiebt es über einen Tisch. Sein Kollege paßt auf, daß es am Tischende gegen eine Wulst stößt. Dann schneidet der erste das Band ab. Ohne Hast schieben sie die drei Meter langen Stäbe vor sich an die Tischkante.

Gibt es dafür keine Maschine? „Wir analysieren genau, ob sich deren Einsatz lohnen könnte", erläutert der Mako-Manager. Aber häufig rechne sich selbst eine einfache Maschine nicht. Trotzdem: „Wir sind wettbewerbsfähig."

Ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer von Bursa erklärt warum: Wegen der hohen Inflationsraten – im Durchschnitt des vergangenen Jahres waren es 52 Prozent – sind die Reallöhne, die ohnehin so niedrig sind, daß selbst die Experten nicht glauben, daß ein Verdiener eine Familie ernähren kann, in den letzten Jahren noch gesunken. Dagegen sind die Realzinsen in den letzten Jahren, seitdem auch in diesem Bereich 1980 die Liberalisierung eingeführt wurde, *kräftig gestiegen. So veranschlagt* Professor Demir Demirgil aus Istanbul die Kreditkosten auf 80 Prozent. Die sehr hohen Realzinsen – früher waren sie sogar negativ – von 28 Prozent hätten die Investitionstätigkeit gerade der Privatwirtschaft gelähmt. Daher kommt dem Kampf gegen den Preisauftrieb in der offiziellen Wirtschaftspolitik auch ein so hoher Stellenwert zu.

*Neben Mako arbeiten in der Indu*striezone von Vursa, die 1962 mit Mitteln des Finanzministeriums gegründet wurde, noch 86 andere Firmen. „Mehr als hundert sollen es auf dem Areal von 3,2 Millionen Quadratmetern nicht werden", erläutert der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer. Wer sich dann noch ansiedeln will, solle sich lieber eine andere Stadt aussuchen.

Die Textilindustrie, der traditionelle Wirtschaftszweig in Bursa, dominiert auch die Industriezone. Daneben hat sich in der letzten Dekade besonders die Automobilindustrie entwickelt. Gegenwärtig gibt es in Bursa drei Automobilfabriken, zwei produzieren Personenwagen und eine einen Minibus, und zwar für den heimischen Markt und für den Export in den Mittleren Osten und nach Afrika.

Noch wichtiger für diese Region ist allerdings die Seidenindustrie mit ihren mehr als 50 000 Beschäftigten. Hier bietet sich häufig ein ähnliches Bild wie bei Mako: Es wird an Maschinen gearbeitet, die in Westeuropa wegen des heisigen Lohnniveaus überhaupt nicht mehr rentabel eingesetzt werden könnten. Dagegen werden die Seiden-Ballen in Bursa noch per Hand bedruckt. Verarbeitet werden aber auch synthetische Garne.

Daneben werden in Bursa auch Maschinen, vor allem für die Holzverarbeitung, Metall-Produkte, Stahl und elektrische Geräte hergestellt. Erhebliches Gewicht kommt auch der Nahrungsmittelindustrie zu. Denn um Bursa herum blüht die Landwirtschaft. Früchte und Gemüse werden zu Säften und Konserven verarbeitet. Für den Export spielen auch Lederwaren eine Rolle.

Trotz der niedrigen Löhne – umgerechnet 160 Mark im Monat gelten in Bursa für einen Arbeiter nach Auskunft eines *Mitarbeiters* der dortigen Industrie- und Handelskammer als gut – ist die Arbeitslosigkeit hoch.

Die niedrigen Löhne haben nach Ansicht von Professor Demir Demirgil aus Istanbul nicht nur Einfluß auf die Einkommensverteilung, was poli*tisch gegenwärtig keine Rolle spielt*, sondern auch auf die Nachfrage nach einkommenselastischen Produkten. Darunter leiden die privaten Firmen. Sie suchen daher einen Ausweg im Export.

Gerade jene Produkte, bei denen die Türkei im Wettbewerb gut liegt, werden im Außenhandel behindert, so bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die EG-Agrarpolitik, bei Bekleidung durch das Welttextilabkommen. Und selbst die Stahl-Einfuhren unterliegen in den meisten Industriestaaten erheblichen Be*schränkungen. Daher soll gerade* auch der Export solcher Erzeugnisse – wie jetzt auf der Hannover-Messe gezeigt wird – forciert werden, die nicht auf solche künstlichen Hindernisse stoßen. H. D.

DESIYAB / Aus der Sparsamkeit der Auswanderer wurde Reichtum zu Hause

Zur direkten Kapital-Kanalisierung

Im Jahre 1961 begann der Strom türkischer Gastarbeiter in die Bundesrepublik. Und bevor er abnahm, stieg er bis zur Erdölkrise im Jahre 1973 kontinuierlich an.

Der Grund für diese Entwicklung war, daß die westeuropäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg hohe wirtschaftliche Wachstumsraten erzielten, die eines der Hauptproble*me der Nachkriegsjahre*, „Arbeitskräftemangel" genannt, zur Folge hatten. Gelöst wurde dieses Problem durch die Wanderung von Manpower aus den Mittelmeerländern gen Norden zu den Industrieländern Westeuropas. Diese binneneuropäische Migration hatte in Empänger- und Entsenderländern erhebliche Konsequenzen. Die Länder im Norden mußten die Arbeitnehmer aus Ländern mit einer sehr verschiedenen, sozioökonomischen Struktur integrieren, die Entsenderländer befaßten sich zunehmend mit der Frage, wie sie die Ersparnisse ihrer Arbeitnehmer im Ausland für das eigene Land am besten einsetzen konnten.

Sparer Nummer eins waren und sind die türkischen Arbeitnehmer, obwohl sie in den gleichen konsumorientierten Gesellschaften tätig sind, wie ihre Kollegen aus anderen Mittelmeerländern. Innerhalb von 25 Jahren haben die Türken ihrem Land Devisen zugeführt, die der Auslandsverschuldung der Türkei entsprechen. Die Summe der bis Ende 1984 in die Türkei tranferierten Arbeitnehmerdevisen beläuft sich auf 20 Milliarden US-Dollar. Die Devisen der Arbeitnehmer wurden anfangs größtenteils für die Finanzierung des Außenhandelsdefizits verwendet, aber später begann man einen Teil davon für die industrielle und wirtscahftliche Entwicklung der Türkei zu investieren.

So kann heute der Beitrag der türkischen Arbeitnehmer im Ausland zur Industrialisierung ihres Landes und dem damit einhergehenden schnellen wirtschaftlichen Wachstum nicht hoch genug veranschlagt werden, zumal wenn man berücksichtigt, daß all dies aus Ersparnissen finanziert wurde.

Zur gleichen Zeit, etwa Anfang der 60er Jahre, wurde ein wohl weltweit einzigartiges Kapitalgesellschaftsmodell aus der Traufe gehoben, die sogenannte Arbeitnehmergesellschaft. Diese Form von invstitionsgesellschaften ist ein klarer Beweis für die Bereitschaft der Türken im Ausland, sich mit persönlichem Risiko an der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Heimatlandes zu engagieren.

Heute haben die Arbeitnehmergesellschaften auch im Inland Anklang gefunden und viele Einsparer beteiligen sich daran. Die Ergebnisse können sich sehen lassen:

1. Die Arbeitnehmerdevisen konnten direkt in die Industrieinvestitionen geleitet werden.
2. Kleinsparer wurden am Industrievermögen beteiligt.
3. Die ersten Schritte zur Bildung eines türkischen Kapitalmarktes sind getan.
4. Ein Beitrag wurde geleistet, die re*gionalen Entwickungsdifferenzen ab*zubauen.
5. Durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten wurden Impulse für den Arbeitsmarkt gegeben, *Lösungsmög*lichkeiten für das Problem der Arbeitslosigkeit in der Türkei aufgezeigt.

Die Statistik zeigt heute, daß es über 322 Arbeitnehmergesellschaften gibt, von denen sich ein großer Teil in den weniger entwickelten Regionen der Türkei ansiedelte.

In den 70er Jahren erkannte der türkische Staat die Notwendigkeit, diese Eigeninitiative durch die öffentliche Hand zu fördern. Zugleich wollte man eine gewisse Orientierung geben, nachdem sich das Gewicht der Arbeitnehmergesellschaften in der Gesamtwirtschaft erhöht hatte.

So wurde 1975 eine Entwicklungsinvestitionsbank gegründet, deren *gebräuchliche Kurzbezeichnung* DESIYAB ist (für Devlet Sanayi Ve Isci Yatirim Bankasi). Ziel der DESIYAB ist es, zur raschen und über das ganze Land verbreiteten Industrialisierung der Türkei und zur Beteiligung breiter Bevölkerungsgruppen am Industrievermögen beizutragen. Die Gründung der *DESIYAB stellt* so eine wichtige Phase bei der Entwicklung der Arbeitnehmergesellschaften und einen Impuls für ihre gewinnbringende und produktive Tätigkeit dar. Die direkte Kanalisierung der Ersparnisse des kleinen Mannes in Industrieinvestitionen wurden verbessert.

Wenn man zudem bedenkt, daß im türkischen Bankensystem die Geschäftsbanken ein großes Übergewicht besitzen und sich die Spezialisierung bislang nur ungenügend entwickelt hat, kann es auch als positive Entwicklung im *Hinblick* auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden, daß DESIYAB sich als Spezialbank etablieren konnte.

Bekanntlich zählt es zu den wichtigsten Mängeln in den Entwicklungsländern, daß Finanzinstitute fehlen, welche die Mittel der Wirtschaft in die richtigen Kanäle lenken. Ist die Aufgabe der DESIYAB primär, Spezialbank für die im In- und Ausland gegründeten Arbeitnehmergesellschaften zu sein, leistet sie auch Dienste einer Entwicklungs- und Investitionsbank. M. M.

TÜRKEI
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Klaus Poches Fernsehspiel „Mamas Geburtstag"

Ein Familienschlachtfest

Es war da ein wunderbarer Regisseur und ein Haufen hochbegabter Leute, mit denen zu probieren und zu spielen einfach Spaß machte. Aber auch das Drehbuch ist ausgezeichnet, sehr interessant. Es stimmt außerdem psychologisch." So äußerte sich Brigitte Horney über Klaus Poches Fernsehspiel „Mamas Geburtstag", in dem die Schauspielerin die Titelrolle übernommen hat.

Schauplatz dieses Stücks ist die Villa der Familie Misalla. Wie in jedem Frühjahr, so besucht auch in diesem Jahr Viktor seine jetzt fast greise Mutter Elisabeth zu deren Geburtstag. Viktor, studierter Jurist, hat seinen Beruf an den Nagel gehängt, weil er im Lauf der Zeit immer häufiger feststellte, daß ihm seine Klienten zuwider waren, während er die Kontrahenten immer sympathischer fand. „Irgendetwas", so zieht er das Fazit seiner Karriere, „war schiefgelaufen mit mir oder mit der Gesellschaft."

Elisabeth hat es stets verstanden, sich als Respektsperson der Familie zu behaupten. Viktors Leben dagegen wurde weitgehend bestimmt von seinen ständigen Rücksichtnahmen. Stets erschien ihm das Wohlergehen der anderen wichtiger als sein eigenes. Nach Meinung von Katja, seiner geschiedenen Frau, war er der personifizierte Kompromiß. Aus Rücksicht auf seine Mutter verbarg er all seine Probleme, war dafür bemüht, dem Bild zu entsprechen, das sie sich von ihm machte.

Fast genauso verhielt er sich gegenüber seiner Frau. So verschwieg er seiner Mutter sogar die Scheidung von Katja. Ihre Abwesenheit bei den Familientreffs entschuldigt er mit Ausreden und Lügen.

In diesem Frühjahr nun taucht ein völlig veränderter Viktor auf, der kaum noch Ähnlichkeit hat mit den Fotos, die Elisabeth von ihm aufgestellt hat. Viktor ist krank, und er weiß, daß dieser Besuch sein letzter sein wird, denn seine Krankheit ist unheilbar. Noch ehe er seine Reise antritt, bittet er Katja in einem Telefongespräch, sich doch wenigstens zwei Tage – eben zum Geburtstag der Mutter, „der immerhin der letzte sein könnte", wie alle Geburtstage Elisabeths schon sehr lange ihre „letzten" zu sein pflegten – freizumachen und einen Besuch zu ermöglichen. Katja läßt sich überreden und kommt.

Viktor sieht sich – angesichts seiner Krankheit – diesmal mit anderen Augen um. Er versteht nicht, daß niemand von seiner auffallenden Veränderung Kenntnis nimmt. Er nimmt alles mit größerer Distanz wahr, aber auch mit einer größeren und kritischeren Aufmerksamkeit. Ihm offenbaren sich ziemlich schnell Hohlheit, Oberflächlichkeit; er sieht den Besuch als eine Inszenierung, in der er schon unzählige Male aufgetreten ist: er kennt seine Texte wie die der anderen.

Mamas Geburtstag – ARD, 20.15 Uhr

Katja und Viktor haben sich vor dem Zusammentreffen mit den anderen Familienmitgliedern abgesprochen, als verständnisvolles Paar aufzutreten. So erscheinen die Misallas zu Beginn durchaus als eine intakte und harmonische Familie, als verliefe der Besuch wie alle vorhergehenden, geprägt von Harmonie und Herzlichkeit, bis Viktor plötzlich aus seiner Rolle (des liebenden und geliebten Sohnes und des fürsorglichen Ehemannes) springt. Es beginnt zwar mit ungewohnten, aber noch harmlosen Spitzen, geht über zu handfesten Provokationen, die in ziemlich brutalen Bestandsaufnahmen enden. Die Attackierten werden aus der Reserve gelockt, und das Familienfest wird zum Schlachtfeld mit zahlreichen Fronten: jeder kämpft gegen jeden.

Ein komisches, erschütterndes, lächerliches, amüsantes, aber auch tragisches Schlachtfest haben der Sender Freies Berlin und der Österreichische Rundfunk koproduziert. Angelica Domröse und Helmuth Lohner spielen an der Seite von Brigitte Horney, die von der Familie, deren Oberhaupt sie spielt, meint: „So etwas gibt's doch. Wir machen uns doch alle etwas vor. Hier wird das nur extrem deutlich gezeigt." DW.

KRITIK

Alles kommt in einen Topf

Im letzten Jahrzehnt hat sich in der Bundesrepublik die Aufmerksamkeit für die Risiken geschärft, die mit dem Leben in einer hochtechnisierten Welt verbunden sind. Dies gilt auch für die zahlreichen Chemikalien in unserer täglichen Umwelt, um deren Gefahr man sich zu wenig gekümmert hat.

Jeder, der dieses Thema mit Ernst und Sachlichkeit verfolgt, muß jedoch entsetzt sein über die Sendung **Wer zahlt die Zeche?** von Renate Juszig, die das ZDF in der Reihe „Reportage am Montag" ausstrahlte. In 45 Minuten wurden dem Zuschauer Menschen vorgeführt, die der festen Überzeugung sind, daß Dioxin, Pentachlorphenol (PCP) oder Formaldehyd sie krank gemacht habe. Sie alle werden – dies ist der Eindruck, den die Autorin zu erwecken versuchte – von einer Koalition aus Industriebossen und Politikern um die gerechte Anerkennung ihrer Leiden und die Entschädigung gebracht.

Nicht eine einzige, noch so kurze Äußerung eines Fachmannes „verunstaltete" die Sendung. Auch die Regel „audiatur et altera pars" paßte anscheinend nicht in das Konzept. Dabei läuft einem ein kalter Schauer den Rücken herunter, wenn Substanzen wie Dioxin und Formaldehyd – das eine ist in geringen Konzentration hochgiftig, das andere löst nur in höchsten Dosen Beschwerden hervor – ohne eine nähere Erläuterung in einen Topf geworfen werden.

In der Tat, die vorgestellten Beispiele waren erschütternd, vor allem das jenes Schlossers, der vor dreißig Jahren bei einem Chemie-Unfall mit Dioxin vergiftet wurde und seitdem unter den furchtbaren Folgen dieses Giftes – Ausschlag am ganzen Körper, Schädigungen der Organe, Nervenentzündungen – leidet. Er kämpft nun darum, daß die erst jetzt auftretenden Krankheitserscheinungen als Spätfolge des Unfalls anerkannt werden.

Doch dieses journalistische Sendungsbewußtsein macht alles nur noch schlimmer: die unsachgemäß Beschuldigten lassen nicht mehr mit sich reden (vor allem über eine kulante Abwicklung der Entschädigungen oder zum Beispiel über die Angabe aller Inhaltsstoffe auf Verpackungen), und die Betroffenen sind desinformiert und verunsichert. Kein Wort auch über aktuelle Probleme des Umgangs mit Chemie. Wie ist es denn beispielsweise um die Lastwagen bestellt, die mit gefährlichen Frachten über Autobahnen – und nicht selten durch dichten Nebel – rasen? LUDWIG KÜRTEN



Am Montag nach Programmschluß hat das ZDF erstmals eine Version der Nationalhymne ausgestrahlt, die künftig täglich zum Sendeschluß erklingen soll. In dieser Fassung, die nach den letzten „heute"-Nachrichten um 1.15 Uhr gesendet wurde, singen und musizieren der Hugo-Distler-Chor und das Berliner Radio-Symphonie-Orchester unter der Leitung von Hermann Hildebrandt. Die sogenannte Bild-Standardfassung mit der flatternden Fahne der Bundesrepublik soll jeweils an Werktagen zum Programmschluß gesendet werden. An Sonntagen zeigt das ZDF Versionen, die jeweils einer Traditionsstätte der deutschen Demokratie gewidmet sind: Dem Hambacher Schloß, der Frankfurter Paulskirche, dem Deutschen Reichstag in Berlin und dem Bundeshaus in Bonn.

An besonderen Gedenktagen sollen zusätzliche, dem Anlaß angemessene Bildfassungen ausgestrahlt werden. Am 1. Mai, dem Tag der *Arbeit*; am 23. *Mai*, dem Verfassungstag; am 17. Juni, dem Tag der Deutschen Einheit; am 20. Juli, dem Gedenktag des deutschen Widerstandes gegen das NS-System, und am Volkstrauertag. Neben der Fassung mit Chor und Orchester hat der Mainzer Sender eine Instrumentalversion vorbereitet.

79 Prozent aller erwachsenen Bundesbürger, so ergab eine Repräsentativ-Umfrage der Wickert-Institute, befürworten die Ausstrahlung der Nationalhymne. Nur zehn Prozent antworteten ablehnend, elf Prozent hatten keine Meinung. Nur 70 Prozent der 18- bis 29jährigen sprachen sich für eine Ausstrahlung der Nationalhymne aus; die größte Zustimmung fand sich bei den Bundesbürgern über 60 mit 84 Prozent. Bei den Bundesländern stehen Schleswig-Holstein und Bayern mit je 83 Prozent Zustimmung an der Spitze. Das Schlußlicht bildet Hessen mit „nur" 73 Prozent. dpa/AP





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 WISO
10.55 Tiere vor der Kamera
11.40 Britische Nachbarn
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

13.30 Eishockey-WM
UdSSR – USA
Live aus Prag
Reporter: Fritz von Thum und Taxis
16.00 Tagesschau
16.10 Berühmte Jugendbücher
Jules Verne: Ungewöhnliche Reisen
Vorgestellt von Ernst von Khuon
16.30 Schau ins Land
Die kleinen Abenteuer wachsen wie Pilze
Spielserie mit Alltagsabenteuern
17.00 Eishockey-WM
Schweden – Deutschland
Live aus Prag
Reporter: Jochen Sprentzel
In der 1. *Drittelpause*:
18.30 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Mamas Geburtstag
Fernsehspiel von Klaus Poche
Mit Helmuth Lohner, Angelica Domröse, Brigitte Horney u. a.
Regie: Egon Günther
22.00 Spenden für Afrika
Hilfe – aber wie?
Die Diskussion greift erneut das Thema auf, um Befürworter und Kritiker von Spendenaktionen, die in der Sendung „Gesucht wird eine 100-Millionen-Spende" untersucht wurden, zu Wort kommen zu lassen.
22.45 Tagesthemen
23.15 Daß Fernseh' blöd macht
Einen „Fernsehschwaben", der die Welt nur noch über seinen geliebten Fernsehapparat wahrnimmt, stellt der Stuttgarter Kabarettist Mathias Richling in seinem „gespielten Redemonolog" dar. *Er übt Kritik* an den Konsumationsgewohnheiten mancher Fernsehzuschauer und an der Übermittlung von Ereignissen durch die Fernsehanstalten.
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Wo geht es hier zum Käferzoo?
Von Arend Agthe
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gäste vorgesehen: Daago und Berdien Stenberg
17.50 Die Koralleninsel
Australisch-englische Serie
3. Die Piraten kommen
Dazwischen: heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Direkt
Geplant: Das Verhältnis von deutschen zu ausländischen Jugendlichen / Wien-Porträt
20.15 Fußball-Länderspiel
Deutschland – Bulgarien
Live-Übertragung
In der Pause: heute-journal
22.00 Der Denver-Clan
Chinesisches Roulette
22.50 Kindersegen
Katholische Kirche und Bevölkerungsexplosion
Film von Michael Albus, Werner Kalterfleiter und Gerhard Müller
23.20 Das kleine Fernsehspiel
Die Basis des Make-ups
Kamerafilm von Heinz Emigholz
Obwohl der Inhalt dieses Films nach Ansicht des Filmemachers Heinz Emigholz nur „eine der vielen Komponenten meines Films" wiedergibt, soll er dennoch hier erwähnt werden: In einem Teppichgeschäft kommunizieren der Händler und seine Mitarbeiter und Kunden nur über Videoanlagen und Wandlöcher miteinander. Durch diesen totalen Voyerismus fühlen sich alle in eine Rolle gedrängt und erfahren die Wirklichkeit nur als Projektion eigener narzistischer Vorstellungen.
0.45 heute



13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
15.00 Indian River
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramme
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport-Karussell
Rollerskating / Gaby Sievers, Weltmeisterin im Bodybuilding
Moderation: Barbara Thode, Roman Köster, Claus Seebeck
20.00 Offen gesagt
Heikedine Körting im Gespräch mit Lothar Kleinjung
20.30 Love Boat
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Kommissar X – Drei gelbe Katzen
Mit Tony Kendall, Ann Smyrner u. a.
Regie: Rudolf Zehetgruber
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Der Sklave Calvius
19.00 heute
19.30 Top Hits Non-stop 1985
20.50 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Anschließend: 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
Englisch (14)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Herr Puntila und sein Knecht Matti
Live-Übertragung der Eröffnungsvorstellung des 4. Nordrhein-Westfälischen Theatertreffens
Volksstück von Bertolt Brecht
23.30 Stunden des Terrors
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Dale Robertson, Mara Corday u. a.
Regie: Harmon Jones
0.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Les Cuisines Régionales Françaises (2)
En Normandie
19.00 Kein Mensch kann hier Russisch!
19.30 Weiches Öl aus Dolcedo
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Lebenswert? (2)
21.45 Willkommen, Mr. Chance
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Mit Peter Sellers, Shirley MacLaine u. a.
23.50 Actualités
0.05 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes
18.55 Die kleine Dampflok (12)
19.05 Was tun mit der Zeit?
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Weißer Fleck
21.30 Drei aktuell
22.00 Aguirre, der Zorn Gottes
Film von Werner Herzog

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Englisch (14)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
20.15 Sammelsurium
21.00 Ein Goldfisch an der Leine
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Rock Hudson u. a.
22.55 Luigi Pirandello
Porträt des Literatur-Nobelpreisträgers
23.40 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
Nonstop Nonsens / Hochzeit auf Raten
19.45 Dingsda
Quiz mit Fritz Egner
20.15 Polizeiinspektion 1
3. Chloroform für zwei
20.40 Z. E. N.
20.45 Zeitspiegel
Politik am Mittwoch
21.30 Rundschau
21.45 Der Prinzregent (1)
Englischer Fernsehfilm in acht Teilen
22.35 Die Seuss
23.20 Rundschau
23.25 News of the Week

Forschung im Disneyland? – Der Streit um den Xantener Archäologiepark

Wachtelhunde fürs Amphitheater

Angeblich ist Deutschlands Mustergermane, der im Drachenblut (fast) unverletzbar gewordene Siegfried, hier geboren. Doch das idyllische Xanten am Niederrhein braucht um solche unsicheren Attraktionen gar nicht zu buhlen. Die *beweisbare* Geschichte ist glanzvoll genug. Wenn nicht schon unter Kaiser Caligula (was jüngste Forschungen nahelegen), so doch mindestens unter Kaiser Marcus Ulpius Trajanus gab es hier eine römische Militärkolonie, die zu ihren besten Zeiten 10 000 Einwohner (heute hat Xanten gerade doppelt so viele) beherbergte.

Und was (nicht nur) für Archäologen das Schönste daran ist: Die Siedlung aus dem Jahre 105 n. Chr. blieb bis zum heutigen Tage unüberbaut, weil die mittelalterliche Stadt Xanten über einem Märtyrergrab in achtungsvoller Entfernung von der römischen Vorgängersiedlung entstand. Eine Situation, wie sie sonst nördlich der Alpen kaum zu finden ist.

Schön für die Archäologen und schön für Xanten, sollte man meinen. Dem ist aber keineswegs so. Um Xanten gibt es mittlerweile handfesten Streit, und zwar einen, der grundsätzliche Bedeutung für das Verhältnis von Bodendenkmalspflege und Freizeitinteresse eines mehr und mehr verwöhnten Publikums gewinnen dürfte.

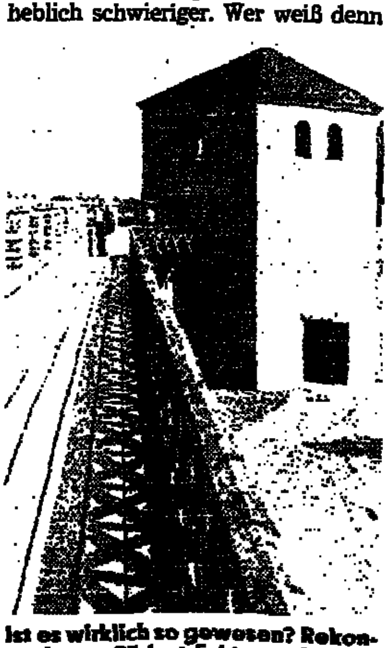
Die Wissenschaftler des Rheinischen Landesmuseums, die seit Preußens Zeiten in Xanten gegraben haben, werden die Geister, die sie einst gerufen haben, nicht mehr los, ja, die Geister drohen nun sogar, ihre Herren und Meister ganz zu vertreiben. Der Direktor des in Bonn ansässigen Museums, Christoph B. Rüger, hatte nämlich Anfang der 70er Jahre eine Idee. Er wußte, daß Politiker nicht gern den Geldbeutel öffnen, wenn nicht eine populäre, sprich, wahlkampfträchtige Sache zu vertreten ist. Bodendenkmalpflege war und ist aber nicht besonders publizitätsträchtig. Andererseits aber war das Gebiet der römischen Siedlung in Xanten erheblich bedroht. Ein Freizeitpark fürs nahe Ruhrgebiet sollte entstehen. Industrieansiedlungen und Bodenvergiftungen griffen auf das historische Areal über. Da glaubte Rüger, das Ei des Kolumbus gefunden zu haben. Er kreierte die Idee des *Archäologischen Parks Xanten*.

Diese Einrichtung, bald einfach noch „APX" genannt, schien die Interessen der Wissenschaftler und der Freizeitplaner gleichermaßen zu befriedigen. Teilrekonstruktionen, zum Beispiel des römischen Amphitheaters oder der Thermen, sollten den Imaginationsbedürfnissen der Besucher entgegenkommen. Besondere Veranstaltungen und etwa die Wiedererrichtung einer betriebsfähigen römischen Kneipe, ja, die Ausgrabungen selbst sollten Publikum anlokken. Dafür blieb den Archäologen endlich einmal Zeit, ein großes Areal in aller Ruhe erforschen zu können.

Die Politiker waren begeistert. Das Geld zum Ankauf des Geländes floß, 70 Millionen Mark sind es inzwischen, und immerhin konnte man bislang auf diese Weise rund 85 Prozent des 72 ha großen historischen Areals in öffentlichen Besitz überführen. Bauernhöfe und Industriebetriebe wurden ausgesiedelt. Das römische Xanten schien für die Wissenschaft gerettet.

Als „Gegenleistung" ließen die Archäologen Teile des alten römischen Siedlungsplatzes erstehen wie Phönix aus der Asche. Das Amphitheater wurde teilrekonstruiert und wieder spielfähig gemacht. Die römische Stadtmauer wuchs *aus* dem Nichts mit Wehrtürmen und Toren. Hafentempel und Herberge folgten oder sind zumindest auf dem besten Wege, den jährlich 250 000 APX-Besuchern vorzugaukeln, so sei es gewesen.

Ob es wirklich so war, weiß natürlich niemand so ganz genau. Aus den Grundrissen kann man bestenfalls Analogieschlüsse ziehen. Die römischen Sakralbauten und öffentlichen Gebäude *folgten* meist bestimmten Mustern, ihre Formen veränderten sich sehr langsam. Bei Bauten wie der römischen Herberge ist das schon erheblich schwieriger. Wer weiß denn schon genau, ob sie in der Colonia Traiana so viele Stockwerke hatte wie in Pompeji oder Herculaneum? Was in Xanten zu sehen ist, bezeugt mit Sicherheit nur das, was sich Archäologen unserer Zeit unter einer römischen Stadt vorstellen.



Ist es wirklich so gewesen? Rekonstruierter Südost-Eckturm des Archäologischen Parks Xanten

FOTO: MANFRED VOLLMER

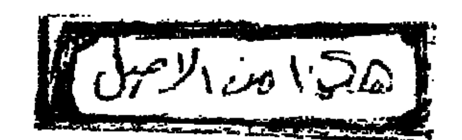
Der APX wird also, wie das Römisch-Germanische Museum in Köln, wohl bald selbst ins Museum gehören. Beides nämlich sind Kinder jener didaktischen Seuche, die in den 70er Jahren viele Museumsleute befiel. Geschichte mußte da auf Deibel komm 'raus „inszeniert" werden, damit sich auch Klein-Moritz vorstellen konnte, wie das „damals" gewesen war. Nicht die Prozesse des Werdens hatte diese Art von Pädagogik im Sinn, sondern detailierte Zustandsbeschreibungen, wobei die historische Funktion zugleich stets ein starkes Unterhaltungsmoment gewährleisten sollte.

Die Auswüchse bekamen die wohlmeinenden Wissenschaftler des Rheinischen Landesmuseums bald zu spüren. Kaum war zum Beispiel das Amphitheater wieder betriebsbereit, da konnten sie sich vor „unsittlichen Anträgen" kaum mehr retten. Ivan Rebroff sollte mit dem „Zigeunerbaron" gastieren. Ritterspiele kamen ins Gespräch. Wachtelhunde sollten in der historischen Kulisse ihre Kunststückchen zeigen. In Bonn biß man die Zähne zusammen. Neun Zehntel dieser Nutzungsvorschläge konnte man abschmettern.

Den Politikern, namentlich dem zuständigen Rheinischen Landschaftsverband – eine regionale Selbstverwaltungskörperschaft –, erschienen die Bonner immer mehr als die Spielverderber vom Dienst. Das soll nun anders werden. Der Landschaftsverband will den APX jetzt aus der lästigen Verantwortlichkeit des Rheinischen Landesmuseums, das Xanten 75 jahre lang archäologisch betreut hat, ausgliedern. Was das bedeutet, kann sich jeder an seinen zehn Fingern abzählen. Ohne ausreichende wissenschaftliche Kontrolle, ohne den technischen Apparat für die wissenschaftlich exakte Rekonstruktion und ausgesetzt den Touristik-Bedürfnissen vor Ort, steht dem APX nun wohl die Zukunft eines Disney-Lands bevor.

Rücksicht auf kommende Generationen und eventuell andere historische Einschätzungen wird da nicht mehr genommen. Unsere gegenwärtige Trivialisierung der Geschichte wird betoniert. Die letzten Warner schickt man kurzerhand in die Wüste.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Wo die Nase leuchtet

euch – Sag mir, wo die Dichter sind, wo sind sie geblieben? Ja, wo wer'n sie schon geblieben sein, bei der Werbung natürlich, wo denn sonst. Und da wirken sie nun. Und ihr Wirken ist eitel Rache. Sie quälen die Sprache, sie betrügen sie nach Strich und Faden, sie mißbrauchen sie, um nicht zu sagen, sie notzüchtigen sie.

Was rauskommt, ist das pseudolyrische Geschwirr wehrloser Begriffe, ist der fade Aufguß der vielen schönen Zauberwörter unserer Sprache, ist das Kuckucksei der Scheinkunst.

Da will z. B. ein Duftmacher seine Wässerchen verkaufen, dazu bedient er sich der in seinem Solde stehenden Sprachverwerter. So gerät ihm dann auch gleich auf Anhieb eins seiner Produkte zu einem Wässerchen (und ich zitiere:) „voller Licht, Heiterkeit und Faszination". Der Geruch, wohlgemerkt, und heiter und voller Licht. Der Werbepoet kann offenbar nicht die fünf Sinne auseinanderhalten.

Ein anderes Geruchswasser wird als „Leidenschaft eines Augenblicks" bezeichnet, doch fehl geht, wer aus dieser Bezeichnung herausliest, dieses Parfüm verziehe sich in Augenblickslänge, mitnichten, werter Aromafreund, es ist (Zitat): „sehr anhaltend". Sicher ist eben sicher. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß auch das als „verführerisch" eingestufte Parfüm „sehr anhaltend" ist. Auch hier sage ich: Sicher ist sicher.

Daß die Herrendüfte anders verkauft werden als die Damenflacons, versteht sich. Die Düfte für Männer sind entweder „voll verhaltener Energie" oder von „elegant gebändigter Kühnheit", wie immer das eine oder das andere auch riechen mag. Hauptsache, „der Duft lebt und entfaltet sich mit dem Mann, der ihn trägt".

Na, dann entfaltet euch man schön, könnte man ausrufen, aber da fällt das Auge auf die wichtigste Zeile des Angebots: „Vielleicht aber auch aromatisch ..." Na also, ich wußte es: Es muß doch mindestens einen Duft geben mit Aroma, was Geruch heißt oder auch Duft.

In Washington wurde jetzt ein „Amerikanisches Nationaltheater" eröffnet

Start mit Begräbnis I. Klasse

Der Mann ist jung und neu. Die Idee ist alt und fast schon verbraucht. Anfang April hatten Mann und Idee Premiere. Peter Sellars, 27 Jahre alt, eröffnete im Kennedy Center zu Washington das „Amerikanische Nationaltheater" (ANT). Eine Woche später schloß er es wieder. Vorübergehend, beeilt sich der junge neue Mann zu versichern, denn er glaubt weiter an seine alte Idee. Außerdem hat er fünf Millionen Dollar als Start-Etat zur Hand, die man ihm gab, dieser Idee Glanz zu verleihen. Die wollen ausgegeben sein.

Den Traum von einem amerikanischen Nationaltheater erfüllten sich schon im Jahre 1935 Männer, denen man nachsagt, sie selbst seien das beste Nationaltheater in den USA: die Mitglieder des Kongresses auf dem Kapitol. Sie verabschiedeten damals eine Charta für ein Wesen namens ANTA (American National Theater and Academy), das schließlich sogar in der 52. Straße in New York niederkam, aber niemals seinem Namen und seinem Anspruch genügte.

Nein, bescheiden und kleingläubig war man in Washington nicht, als man beschloß, diese oft mißverstandene und zumeist zu Recht gescheiterte Idee wieder abzustauben. Eine nationale Institution sollte es werden wie etwa die „Comédie Française" oder das Britische Nationaltheater oder gar die „Royal Shakespeare Company". Immerhin brachte man dazu in Washington schon eine Menge mit: die besagten fünf Millionen Dollar, ein großes Haus (das „Eisenhower Theater" im Kennedy Center), sehr viel Optimismus und eben jenen Peter Sellars, der sich selbst als einen Radikalen versteht, den seine Verehrer als ein „Wunderkind" preisen und seine Kritiker als einen unberechenbaren „Maverick" abhaken. Er hatte es immerhin geschafft, innerhalb einer Woche in New York als Regisseur des Stücks „My One and Only" gefeuert zu werden und zugleich einen „Genie-Zuschuß" von 136 000 Dollar von der McArthur-Stiftung zu erhalten.

Was zum Nationaltheater des Peter Sellars fehlte, waren eigentlich nur noch ein Programm, ein Ensemble und Zuschauer. Es waren diese Kleinigkeiten, die schließlich auch dieser Tage zur Premieren-Pleite führten. Ein Start mit Shakespeares „Heinrich IV." ist nicht unbedingt das Signal eines künstlerischen Direktors, der die Washingtoner Bühnenwelt aus den Angeln heben will. Washington läuft über von Shakespeare. Das „Folger-Theater" hat sich lange auf Shakespeare festgelegt und soeben einen „Hamlet" inszeniert. Außerdem waren kürzlich die britischen Shakespeare-Profis aus Stratford hier mit zwei hinreißenden Inszenierungen, die zu einem Triumph für Derek Jacobi wurden.

Zu allem Unglück hatte sich Sellars für seinen „Heinrich IV." mit Timothy Mayer einen Regisseur geholt, der von der ehrbaren Überzeugung besessen ist, daß Shakespeare wieder beim Wort genommen werden müsse. Er tat es auf Kosten der Dramaturgie und stellte einen höchst bewegungsarmen „Heinrich" im Zeitlupentempo vor, dem die Zuschauer wegliefen, so daß nach drei Tagen nur noch 300 Plätze des 1100 Sitze fassenden Theaters besetzt waren.

Darüber hinaus war kein Ensemble vorhanden, sondern eine Truppe, die sich nur in einem Punkte einig war: in ihrer vehementen Abneigung gegenüber der New Yorker Theaterszene. So gestand beispielsweise John Heard, der in dem Königsdrama den „Prince Hal" spielte: „Ich hasse New York, ich hasse jeden, der in dieser Stadt lebt, mich eingeschlossen." Sagte es und setzte sich nach dem Debakel wieder nach New York ab.

Und während man vorzeitig die Szene räumte, tackerten auf der Nachbarbühne im Kennedy Center vor gutbesetzten Rängen die Stepschuhe im Rhythmus jenes Musicals „My One and Only" auf die Bretter, von denen man Peter Sellars einst in New York gefeuert hatte. So was tut weh. Sellars indes versprach unverdrossen und kriegslüstern: „Wir haben noch viel Munition auf Lager", und begann mit den Proben zur zweiten Inszenierung seines Nationaltheaters, dem „Graf von Monte Christo" in der Bearbeitung von James O'Neill. Am 18. Mai ist Premiere.

Er hat in seinen Plänen und Arbeiten vom Hausherren des Kennedy Centers, Roger Stevens, zunächst noch eine „Carte blanche". Seine erste Tat als Direktor des Nationaltheaters war immerhin verheißungsvoller als der in den Sand gesetzte Shakespeare. Er senkte die Eintrittspreise auf ein Limit von 22 Dollar und versprach, eine Experimentierbühne mit Gratis-Eintritt einzurichten.

Sein Programm aber bleibt nach wie vor vage. Er will Stücke inszenieren, über die „die Leute auch noch sprechen, wenn sie nach der Vorstellung den Parkplatz erreicht haben". Und wenn das noch nicht zu einem Programm reicht, dann ist zumindest eine gewisse Kampfstimmung spürbar: „Wer an Theater in Amerika interessiert ist, muß zuerst einmal einen Platz namens New York vergessen. Broadway ist nur noch eine Splittergruppe."

Das ist gut für Schlagzeilen, aber immer noch nicht genug, sich als amerikanisches Nationaltheater zu qualifizieren. Nationaltheater gibt es in Amerika dutzendfach. Fast jeder der 50 Staaten hat eines. Ein Theater aber, das amerikanisches Leben, amerikanisches Drama und einen amerikanischen Realismus widerspiegelt, ist nach wie vor ein Traum.

Die Frage bleibt, ob Washington dazu der richtige Ort ist. Es gibt in dieser Stadt 20 Theatergruppen, die im letzten Jahr 100 verschiedene Produktionen mit 2600 Aufführungen auf die Bühne brachten und 1,4 Millionen Zuschauer anlockten. Die meisten Bühnen leben am Rande des Bankrotts. Ein Theater-Enthusiasmus ist in dieser Stadt kaum spürbar. Zelda Fichandler, Direktor des „Arena"-Theaters, meint, Washington könne mehr denn jede andere amerikanische Stadt zum Zentrum für osteuropäisches und russisches Drama werden. Der Haken: 70 Prozent der Bürger von Washington DC sind Farbige, die ein distanziertes Verhältnis zu europäischen Bühnenwerken haben.

Es ist gewiß noch zu früh, über einen jungen Mann und eine alte Idee nach einem feierlichen Shakespeare-Begräbnis bereits den Stab zu brechen. Seine Anti-New-York-Attitüde und sein Broadway-Protest sind gewiß eine interessante und verheißungsvolle Motivation für seine Arbeit, aber lange noch nicht ein Programm für ein Theater, das neue Maßstäbe setzen will.

FRITZ WIRTH



Abstrakte Bilder, gemalt und geklebt: Kurt Schwitters' Collage „White Rectangle" (1942/45) FOTO: KATALOG

Köln zeigt die späten Werke von Kurt Schwitters

Seine Kraft ließ nie nach

Das Spätwerk von Kurt Schwitters hat, dadurch daß es im Ausland gelegentlich ausgestellt wurde, durchaus seine Wirkung gehabt. In Deutschland hingegen war es eher unbekannt, und – aus Unkenntnis – weniger geschätzt.

Insofern ist die Ausstellung der späten Werke des Hannoveraners, die das Museum Ludwig in Köln jetzt zeigt, eine Offenbarung. Um es vorweg zu sagen: Kurt Schwitters ist eine der seltenen Künstlerpersönlichkeiten, die keine „Schwächeperioden" kennen, in denen sie sattsam Erprobtes immer neu variierend wiederholen. Bei Schwitters ist eine nie nachlassende Kraft da, die sich in allen Werken zu jeder Zeit mitteilt.

Außer einem frühen Bild aus dem Jahre 1919 werden nur Arbeiten gezeigt, die zwischen 1930 und 1948 entstanden. Die von ihm früh begonnene, radikale Neudefinition des Bildes setzt sich hier fort. Seine frühen „MERZ"-Bilder – der Serientitel entstand durch die Buchstaben MERZ, die ein in ein Bild eingeklebter Zeitungsausschnitt hatte – machten Alltagsrelikte zu Kunst. Schwitters nahm Fahrkarten, Kinobillets, Holzstückchen, Flaschenverschlüsse und ähnliches mehr, klebte diese auf einen Bildträger, malte vielleicht noch etwas dazu und fertig war das Bild.

Aber natürlich waren die Dinge nicht irgendwie aufgeklebt, sondern ganz nach den Regeln klassischer Komposition. Hier liegt der große Unterschied zwischen Schwitters und den Dadaisten. Strebten diese nach Provokation, reagierten sie auf aktuelle Tagesereignisse und wollten sie politisch wirksam sein, so strebte Schwitters nach der autonomen Kunst, die vollkommen nur als abstrakte sein konnte. Dazu mußte er seine Materialien „entformeln", wie er es nannte: „Der Zeitungsausschnitt wird zur Fläche, Bindfaden zur Linie, Watte zur Weichheit."

Die Verwandlung von Alltag in Kunst war bei Schwitters Ausdruck eines das gesamte Leben umfassenden Gestaltungswillens. Seine Wohnung in Hannover gestaltete er durch plastische Einbauten zum radikalen Stück Innenarchitektur um, das die jüngere Geschichte kennt. Im Exil in Norwegen entstand ein zweiter Merzbau, und noch 1947, kurz vor seinem Tode im Januar 1948, begann er in England den dritten Merzbau. Aus diesem sind zwei Fragmente in der Ausstellung zu sehen – eines davon bleibt in Köln, im Museum Ludwig.

Die Ausstellung zeigt auch Schwitters' plastische Arbeiten, von denen viele aber nicht mehr erhalten sind. Aus dem großen Œuvre haben nur recht wenige Naziverfolgungen und Krieg und gedankenlose Erben überlebt. So sind die meisten der ausgestellten Werke Abgüsse, in einer Auflage von sieben Stück hergestellt, um Museen mit Beispielen des plastischen Schaffens von Kurt Schwitters versorgen zu können. Diese Arbeiten geben, trotz ihrer Wenigzahl, einen guten Überblick über Schwitters' Plastik, die von einer rigorosen Modernität geprägt ist. Skulptur wird aufgefaßt als das, was es dem Wesen nach ist: gestaltetes Volumen.

Schwitters hat sich stets alle Wege offen gehalten. Verfolgte er eine Zeitlang ein Thema, dann gab es aber auch Nebenlinien des Schaffens, in denen er an anderen Themen spätere Problemlösungen schon vorbereitete.

Seine Vielseitigkeit geht auch aus einem Brief aus dem Jahre 1937 hervor, in dem er schrieb: „Ich male Landschaften und Porträt, modelliere Porträt, klebe und male abstrakte Bilder und modelliere abstrakte Plastiken, außerdem dichte ich in deutscher Sprache."

Die Ausstellung in Köln vermittelt ein umfassendes Bild von dieser Vielseitigkeit. Und es wird auch deutlich, wie recht Schwitters hatte, als er – schon 1932 – seine Wirkung auf spätere Künstlergenerationen prophezeite. In der Tat läßt sich sein Einfluß auf Arman und Beuys, Jasper Johns und Rauschenberg nachweisen. Rauschenberg selbst hat ein Schwitters-Werk als Leihgabe der Ausstellung zur Verfügung gestellt.

Aber auch der Besucher, der an kunsthistorischen Zusammenhängen weniger interessiert ist, sollte sich diese Ausstellung nicht entgehen lassen, denn gerade die späten Arbeiten, in denen dem Künstler alle von ihm mit der Zeit entwickelten Methoden selbstverständlich und leicht verfügbar waren, sind von einer sublimen Schönheit, die sich hoch über die Augenbeleidigungen erhebt, mit denen man heuer so oft konfrontiert wird. Schwitters – das ist der letzte der Klassiker, aber gleichzeitig der erste Zeitgenosse.

GERHARD CHARLES RUMP

JOURNAL

Stuttgart: Neue Chefs mit neuen Plänen

DW. Stuttgart

Wolfgang Gönnenwein, ab Sommer neuer Generalintendant der Württembergischen Staatstheater Stuttgart, gab jetzt seine Pläne für die erste Spielzeit unter seiner Leitung bekannt. Die Oper beginnt mit Verdis „Othello", dirigiert von Garcia Navarro, inszeniert von Giancarlo del Monaco. Jurij Ljubimow führt Regie in Beethovens „Fidelio". Loriot alias Vicco von Bülow gibt sein Regiedebüt mit Flotows „Martha". Neben Neuinszenierungen von „Jenufa" und „Liebestrank" gibt es mit „Fentonte" die Ausgrabung einer Oper von Niccolo Jommelli. Ivan Nagel, Stuttgarts neuer Schauspielchef, kündigt eine „Lulu" unter Peter Zadek, Schnitzlers „Reigen" unter Luc Bondy sowie Harold Pinters „One for the Road" und David Mamets „Glengarry Glen Ross", beides unter Dieter Giesing, an. Savary wird eine Revue „Bye Bye Show-Biz" präsentieren, Kroetz ein neues Stück uraufführen, Arie Zinger soll Sam Shepards „Fool for Love" für Deutschland erstaufführen.

Czeslaw Milosz jetzt auf den Index gesetzt

J. G. G. Warschau

Die polnischen Ministerien für Kultur, Erziehung und Hochschulwesen haben beschlossen, den polnischen Literatur-Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, der in den USA lebt, auf den Index zu setzen. Gleichzeitig hat eine umfangreiche Medien-Kampagne gegen den Schriftsteller begonnen, da Milosz zu sehr gegen die „Wirklichkeit" in seiner Heimat „politisiere". Es sei ein Skandal, daß Milosz noch in polnischen Schulprogrammen präsent sei. Denn: „Seine Weltanschauung ist antiwissenschaftlich, gestützt auf die Genesis des Manichäismus von Gut und Böse ..." Milosz und der im Januar im Münchner Exil verstorbene Mackiewicz gehören zu den Spitzenreitern der Untergrund-Literaturverlage.

Bibliotheken spüren den Geburtenrückgang

dpa, Berlin

In den Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland und Berlins werden zwar immer mehr Bücher ausgeliehen, aber die Steigerungsraten sind in den vergangenen Jahren geringer geworden. Nach Angaben des Deutschen Bibliotheksinstituts in Berlin wurden 1984 insgesamt 164 Millionen Bücher entliehen. Das sind 0,4 Prozent mehr als 1983. Die teilweise Einführung von Leihgebühren, geringere Geldmittel für Neuanschaffungen und der Geburtenrückgang schlügen in den 2750 erfaßten Bibliotheken negativ zu Buche. Mit 13,3 Ausleihen pro Einwohner war die Stadtbibliothek Eggenfelden in Niederbayern 1984 die Spitzenreiterin.

Schöpfer der frühen Metrostationen geehrt

AFP, Paris

Hector Guimard (1867 bis 1942), dem Schöpfer der berühmten gußeisernen Eingänge der Pariser Metro, widmet die zuständige Verkehrsgesellschaft RATP eine verspätete Hommage. Bis zum 18. April ist im U-Bahnhof Chatelet eine Guimard-Ausstellung mit Entwürfen, Zeichnungen und Abgüssen nach Modellen seiner bekanntesten Arbeiten zu sehen. Ergänzend dazu bietet die RATP täglich kostenlose Besichtigungsfahrten zu den Guimard-Bauten an.

Schiller-Symposium in der Volksrepublik China

DW. Chongqing

Ein erstes internationales Symposium mit dem Thema „Schiller und China – China und Schiller" fand in der chinesischen Industriestadt Chongqing, Provinz Sichuan, statt. An der Tagung, die in Zusammenarbeit mit der Deutschen Schillergesellschaft Marbach a. N. veranstaltet wurde, nahmen neben Germanisten aus sieben chinesischen Städten auch Literaturwissenschaftler und Sinologen aus der Bundesrepublik Deutschland teil. Die siebenundzwanzig Vorträge und Referate wurden sämtlich in deutscher Sprache abgehalten.

Ausstellung über die Hugenotten in Hessen

dpa, Kassel

Eine Ausstellung über das Leben der Hugenotten in Hessen ist zum 34. Hugenottentag im Kasseler Museum Fridericianum eröffnet worden. Unter dem Titel „Dreihundert Jahre Hugenotten in Hessen" zeugen bis zum 28. Juli mehr als sechshundert Exponate von der Geschichte der protestantischen Glaubensflüchtlinge in diesem Raum. Bilder von Frömmigkeit, von wirtschaftlicher und geistiger Erneuerung, von Landesausbau und Stadtplanung belegen am hessischen Beispiel sehr treffend den historischen Beitrag der Hugenotten für die deutsche Geschichte.

Die Toskana präsentiert das „Jahr der Etrusker"

Geheimnis eines Volkes

Das „Jahr der Etrusker", präziser das „Projekt Etrusker", nennt die Region Toskana die große Ahnenschau, die, von der Unesco unterstützt und nach Jahren der Vorbereitung, von der zweiten Maihälfte bis zum 20. Oktober in verschiedenen toskanischen Städten stattfinden wird. Das Reich der Etrusker erstreckte sich in ihrer Blütezeit, vom siebten bis zum fünften vorchristlichen Jahrhundert von Kalabrien im Süden bis über den Po im Norden. Ihr Stammland aber war die Toskana. Ob sie Alteingesessene im ehemaligen Etrurien waren oder ob sie von Norden oder aus Kleinasien einwanderten, wird eine der vielen Fragen sein, mit denen sich die Experten aus aller Welt bei dem internationalen Studienkongreß in Florenz vom 26. Mai bis 2. Juni beschäftigen werden.

Für die Etruskologie ist dieser Kongreß der Höhepunkt des Etruskerjahres, der in Vorträgen und Diskussionen den Stand der Forschung klären wird. Für interessierte Laien werden es hingegen die Ausstellungen in den Hauptorten der etruskischen Stadtstaaten sein. Acht Ausstellungen sollen zum ersten Mal ein Gesamtpanorama von Leben, Blüte und Untergang dieses hochkultivierten Volkes ausbreiten, das auch das angebliche „Geheimnis" des versunkenen Volkes erhellt.

Die Mär vom Geheimnis der Etrusker nährte sich bis vor kurzem aus zwei Gründen. Seit dem 17. Jahrhundert, als mit den ersten Grabungen das Interesse für das alte Etrurien wiederauflebte, bis vor einem guten Jahrzehnt, als die Archäologie dank moderner technischer Mittel begann, Wohnhäuser und ganze Stadtanlagen freizulegen, hatte man nur Totenstädte, die Nekropolen, gefunden. Aus ihren Fresken und Grabbeigaben schloß man auf ein lebensfrohes und zugleich todessehnsüchtiges Volk. Der zweite Grund waren die unentzifferbaren Inschriften. Heute lesen Fachleute mühelos die Schrift, deren Zeichen von einem westgriechischen Alphabet abgeleitet sind. Die Bedeutung der Worte ist jedoch nur zu einem Teil entschlüsselt worden. „Sie haben kein Geheimnis mehr", sagt der Dekan der italienischen Etruskologen, Massimo Pallottini, der maßgebend an dem eben endgültig bekanntgegebenen Programm der Ausstellungen mitgearbeitet hat.

Vom 16. Mai bis 20. Oktober, dem Ende des „Etruskerjahres", wird in den neu geordneten topologischen Sälen des Archäologischen Museums von Florenz unter dem Titel „Die Kultur der Etrusker" die Geschichte der Etruskerforschung erzählt. „Santuari d'Etruria" erklären (in der Unterkirche von San Francisco und im Archäologischen Museum von Arezzo ab dem 19. Mai) Kultstätten, Riten, Opferhandlungen und Priesterfunktionen. In Cortona (Palazzo Casali) feiern Funde und literarische Zeugnisse die „Accademia etrusca", die hier im 17. Jahrhundert zum Zentrum des neu erwachten Interesses für die Etrusker wurde. „Die Romanisierung Etruriens" (Orbetello, ab 24. Mai) erklärt die politische und soziale Neuordnung der unterworfenen Stadtstaaten.

An drei Hauptorten etruskischer Erzverarbeitung, in Massa Marittima, Populonia auf dem Festland und in Portoferraio auf der Insel Elba, erklären die Ausstellungen „Etruria mineraria" den Bergbau und die Erzverarbeitung der Etrusker, auf denen ihre Wirtschaftsmacht und damit auch die Hochblüte ihrer Kultur basierte. Jüngste Funde werden unter dem Titel „Häuser und Paläste" vom 26. Mai bis 20. Oktober im Spedale di Santa Maria della Scala in Siena gezeigt. Auskünfte sowie die in vielen Sprachen gedruckte Broschüre „Guten Tag, Etrusker" sind zu erhalten bei: Comitato nazionale per l'Anno degli Etruschi, Via della Colonna 51, I 50 100 Firenze.

MONIKA von ZITZEWITZ

Ernest Days Actionfilm „Das Condor-Komplott"

Auf zur Diamantenjagd!

In letzter Zeit läßt Hollywood seine Stars gern mit edlen Steinen um die Wette glitzern. Nachdem sich Michael Douglas erfolgreich auf die „Jagd nach dem grünen Diamanten" begeben hatte, gräbt nun auch Brian O'Neal in Ernest Days „Condor-Komplott" nach den raren Bodenschätzen. Wie Douglas muß auch er den Tücken des tropischen Regenwaldes in Kolumbien nicht als Einzelkämpfer trotzen. Er spielt den arbeitslosen, aber unbekümmerten Elektroningenieur Joe Wiley, der auf einer Vergnügungsreise durch Mexiko eine aparte Anhalterin aufgelesen hat. Da diese Attraktion namens Lilian Holbrook vom zwielichtigen Smaragdschieber Meno Argenti umworben wird, dieser jedoch ihre Schwester auf dem Gewissen hat, sinnen Joe und Lilian auf lukrative Rache.

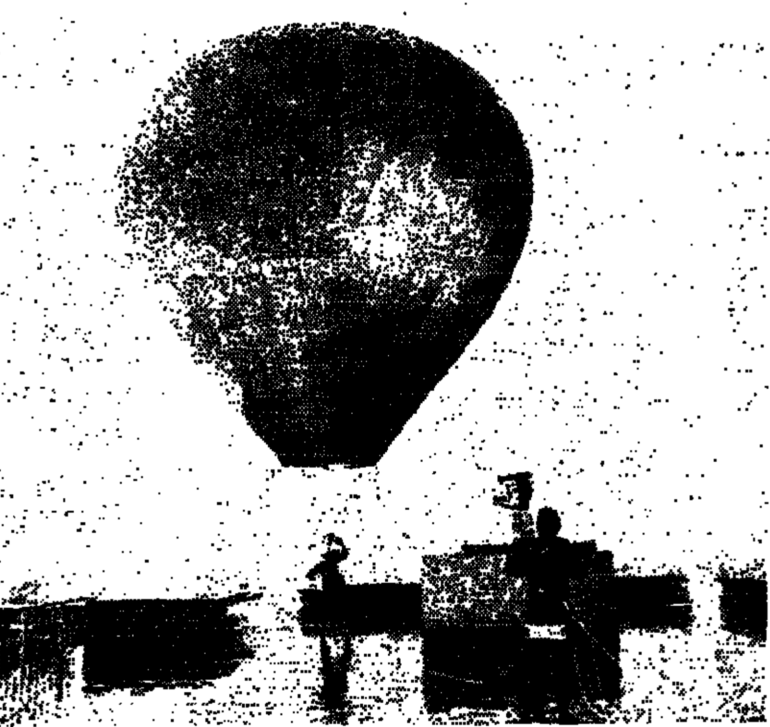
Jeder plumpe Einbruch in Menos prall gefüllte und raffiniert abgesicherte Schatzkammer wäre freilich zum Scheitern verurteilt. Der Tüftler und Tausendsassa Wiley will den Tresor dann auch mit einer kühnen Rififi-Variante knacken. Bevor drei kleine Heißluftballons lautlos auf Menos Hochhaus landen, müssen Scharmützel mit korrupten Militärs überstanden und Bündnisse mit schießfreudigen Rebellen geschlossen werden.

Kein Zweifel, Ernest Days Film präsentiert sich als quicklebendiger Vertreter einer aussterbenden Gattung. Denn welcher Regisseur wagt heute noch Actionfilme, die ohne komische Capriolen, ohne technischen Schnickschnack und monströse Schöpfungen der Maskenbilder auskommen? Unbeirrt von solchen Trends spinnt Day ein robustes Abenteuergarn. So pendelt die Geschichte zwischen Racheklischees und Schatzgräbermythen, zwischen sozialkritischem Südamerikaportrait und pittoresker Romanze hin und her.

Gewiß bleiben die politischen Ursachen des Edelsteinschmuggels ebenso im Halbdunkel wie die Nöte der Kaffeepflanzer. Immerhin aber spürt man in solchen Abschweifungen das Bemühen, die exotischen Schauplätze nicht nur als folkloristischen Hintergrund auszubeuten. Dennoch kann der Regisseur nicht verhindern, daß die allzu glatt verlaufende Liebesgeschichte zwischen Joe und Lilian von der farbenprächtigen Umgebung überstrahlt wird. Zumal sich die Kamera auch ansonsten erfolgreich auf die Suche nach optischen Juwelen macht.

Noch beeindruckender als die eleganten Hubschrauberaufnahmen und die plötzlichen Tempowechsel ist freilich die illustre Besetzung. Brian O'Neal vereint wieder einmal mühelos jungenhaften Charme mit glaubwürdiger Härte, während sich Anne Archer an seiner Seite als warmherzige und äußerst strapazierfähige Gefährtin behauptet. Beiden aber wird die Schau von einer in Ehren ergrauten Eminenz gestohlen, die sich in den letzten Jahren mehr dem Kartenspiel als dem Kino widmete. Omar Sharif brütet als mächtiger Smaragdkönig seine Rachepläne mit so finster umwölkter Stirn aus, daß er auch ohne Totschläger und Revolver eine bedrohliche Aura verbreitet. Nicht zuletzt diese beherrschte Studie eines Besessenen läßt vergessen, daß Ernest Days Film gewiß kein feingeschliffener Brillant, sondern nur ein mittlerer Rohdiamant ist.

HARTMUT WILMES



Per Heißluftballon an den Juwelentresor heran. Szene aus Ernest Days Actionfilm „Das Condor-Komplott" FOTO: DIE WELT

Essen: G. Klebes Oper „Die tödlichen Wünsche"

König Salomos Eselsfell

Die tödlichen Wünsche", Giselher Klebes zweite Oper von nun schon zwölfen, war bisher an vier Theatern herausgekommen. Seit der Uraufführung, 1959 in Düsseldorf, räumte man dem Werk Chancen ein, die indessen nie recht eingelöst wurden. Jetzt in Essen wurde der demnächst sechzigjährige Komponist immerhin Zeuge eines bei zeitgenössischer Musik ungewöhnlich regen Premierenbeifalls.

Klebe selbst hatte seinerzeit den dickleibigen Balzac-Roman „Das Chagrinleder" für seine erregenden fünfzehn „Lyrischen Szenen" – knapp 90 Minuten Spieldauer – umgemodelt. Die Hauptkommentare zur Tagödie verlagerten sich dabei ins Musikalische. Der Dirigent Helmut Wessel-Therhorn arbeitete mit den Essener Philharmonikern minutiös und brachte damit Klebes Partitur gut zur Geltung. Die frostigen, stillen Schauder der Zwölftonreihen, hervorgerufen beispielsweise durchs Cembalo mit fünf Pauken, beginnen in einem inzwischen gewandelten Musik-Verständnis wie unter der Sonne Verdis abzutauen, zum Beispiel im Liebesduett mit hohem Tenor (Peter Prior) und lyrischem Sopran (Catherine Occhiato).

Das Werk stellt nicht sonderlich hohe Anforderungen und verlangt im Grunde dennoch Staatsopernstimmen. Essen kam ohne Gäste sehr vorteilhaft zurecht; obenan der Charakterbariton Karl-Heinz Offermann als der geheimnisumwitterte Alte in vier Verwandlungen.

Günter Roth führte Regie. Die Ensembles (rund 21 Solokräfte, etwas Ballett dabei, kein Chor) hatte er gut im Griff, wohingegen den Einzelfiguren Steifleinenes anhaftete. Ottowerner Meyers Ausstattung tendierte zu düsterem Kunstgewerbe.

Die Kostüme verwiesen die Handlung ganz (und vielleicht etwas engherzig) ins Todesjahr des französischen Erzählers. 1850 zu Paris bekommt ein verarmter junger Adeliger, Raphael, das wundertätige Eselsfell aus Salomos Tempelschätzen zugespielt. Der Talisman wird dem Besitzer alle Wünsche in Erfüllung gehen lassen und seine Lebenserwartung zugleich bis auf null verkürzen. Balzac und, ihm folgend, Giselher Klebe führen also mitten in den Realismus eine surreale Komponente ein, deren Hintersinn uns heute mehr interessiert als das Pariser Sozialmilieu. Das wäre zu zeigen gewesen.

HEINRICH VON LÜTTWITZ

KULTURNOTIZEN

Japanologische Studiengänge bieten die Universitäten von Düsseldorf und Duisburg im Wintersemester 1985 / 86 erstmals an.

Meisterwerke der Kunst der russischen Avantgarde aus dem Besitz des Kölner Museums Ludwig werden bis Ende Mai in Madrid ausgestellt.

Dreiunddreißig Gesangsgruppen nehmen am 5. Elsässischen Sängerfestival teil, das vom 25. bis 27. April in Schiltigheim stattfindet.

Das 4. Kulturfestival des Pazifikraumes, das im Dezember 1984 wegen der Unruhen auf Neukaledonien abgesagt wurde, findet nun vom 29. Juni bis 15. Juli auf Tahiti statt.

Zeichentrick, Animation und Marionetten stehen im Mittelpunkt des Festivals FIDAAM, das vom 7. bis 13. Oktober in Antibes stattfindet.

Das Fossil eines Riesenskorpions von drei Metern Länge, das wahrscheinlich 300 Millionen Jahre alt ist, wurde in Edinburgh gefunden.

Das Mainzer „Open Ohr Festival" vom 24. bis 27. Mai, an Pfingsten, steht unter dem Thema „Zukunft – Zwischen Morgen und Grauen".

Der baskische Bildhauer Eduardo Chillida bekam den mit 100 000 US-Dollar dotierten internationalen Karl-Wolf-Kunstpreis 1985 zuerkannt.

Fred Uhlmann, deutscher Exilschriftsteller, ist im Alter von 84 Jahren in London gestorben.

Forschung ohne Tierversuche nicht möglich

JOCHEN AUMILLER, Mannheim

Die Aktivitäten der Tierschützer stoßen bei den Herz-Kreislauf-Forschern auf Ablehnung. Sie fühlen sich dadurch in ihrer Arbeit blockiert. Professor Waldemar Hort, Direktor des Pathologischen Instituts der Universität Düsseldorf und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Herz-Kreislauf-Forscher, setzte sich in seiner Eröffnungsrede auf der 51. Jahrestagung seiner Gesellschaft mit diesem Konflikt auseinander.

Tierschutz, so Hort, ist eine hochrangige ethische Pflicht, das werde von den Wissenschaftlern keineswegs bagatellisiert. Doch in der Forschung sind Tierversuche auch heute noch unersetzbar. Sie dienen letztlich dem Schutz der menschlichen Gesundheit. Hort: „Wer angesichts dieser ethischen Verpflichtung Tierversuche durchführt, verdient keine Diffamierung, und er darf nicht mit seinem Tun in die Nähe der Kriminalität gerückt werden."

Gerade auf dem Gebiet der Herz-Kreislauf-Forschung gibt es, so Hort, zahlreiche Beispiele, die die Notwendigkeit von Tierversuchen belegen. Der Herzinfarkt ist in den westlichen Nationen mit Abstand Todesursache Nummer eins. Zahlreiche offene Fragen harren noch ihrer Lösung: Gibt es neue Möglichkeiten, rasch den zum Infarkt führenden Thrombus (Blutpfropf) aufzulösen und damit den Infarkt kleinzuhalten? Was passiert bei der Ausweitung von Engstellen der Herzkranzgefäße? Wie entsteht die Koronarsklerose, und welche Rückbildungschancen bestehen? Welche neuen Medikamente bringen uns in der Prophylaxe und Therapie des Herzinfarktes weiter? Alles Probleme, die ohne Tierversuche nicht adäquat bearbeitet werden können. Ganz zu schweigen von den operativen Techniken, die nicht nur am Tier erprobt werden müssen, sondern auch im experimentellen Eingriff verbessert werden.

Hort zufolge sind aber Tierversuche nicht nur dort unentbehrlich, wo sie dem Patienten unmittelbar nützen, „sie müssen auch grundsätzlich in der Ausbildung des Arztes bestehenbleiben". Die Grundlagenforschung könne ebenfalls ohne Tierversuche nicht auskommen. „Sie sind die Basis für den Erkenntnisfortschritt. Die Grundlagenforschung ist zweckfrei, aber wir alle wissen, wie oft sie der Wegbereiter für die Diagnostik und Therapie von morgen ist."

Ohne Tierversuche, so Horts Credo, könne man die Kreislaufforschung einstellen und neue, wichtige Heilchancen vergessen. Daß bei der Versuchsplanung darauf zu achten ist, daß kein Tier zuviel geopfert wird, sei für Wissenschaftler ein ethischer Imperativ.



Faszinierend und gefährlich zugleich: die Wüste. Ihre Ausbreitung nimmt weltweit zu. Ein Projekt der Vereinten Nationen will jetzt diesen Vormarsch stoppen. Im Bild: die Judäische Wüste FOTO: WALTER MAYR

Die Wüste droht

Von MANFRED NEUBER

Etwa ein Drittel der Landmasse unseres Globus, so schätzt der australische Experte Jack A. Mabutt, sind in Gefahr, zu Wüsten zu verdorren. Es sind Gebiete, in denen 850 Millionen Menschen leben. Bereits heute sind 470 Millionen Menschen, das ist ungefähr ein Zehntel der Weltbevölkerung, von den Folgen der Versteppung betroffen. Mabutt, Dekan der Geographischen Fakultät der Universität von Neusüdwales, ist eine Autorität. Er berät die Vereinten Nationen.

Die UNO hatte 1979 auf einer Konferenz umfassende Pläne beschlossen, wie der „Vormarsch der Wüste" vor allem in Afrika bis zum Jahre 2000 gestoppt werden soll. „Bisher ist sehr wenig erreicht worden", konstatiert Harold Dregne, ein Amerikaner, der als einer der führenden Fachleute auf diesem Gebiet gilt.

Und auch Mostafa K. Tolba, der geschäftsführende Direktor des Umwelt-Programms der Vereinten Nationen, gibt unumwunden zu: „Die weltweite Bedrohung durch ‚Verwüstung' ist nicht geringer geworden, sie nimmt sogar ständig zu." Die ökologischen Katastrophen haben zur Hungersnot in mehreren Ländern Afrikas geführt.

So lebenswichtig die Nahrungsmittelhilfe auch sei, könne sie doch nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein sein, meint Jack Shepherd von der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden. Der Autor des Buches „Die Politik des Hungers" fordert ein langfristiges Programm. Afrika müsse aus der Abhängigkeit von Lebensmittel-Einfuhren und Hungerhilfe befreit werden. Hilfe zur Selbsthilfe, so rät Shepherd, könne die Voraussetzungen dafür schaffen, den Erosionsprozeß aufzuhalten und die Landwirtschaft besser zu entwickeln.

Die Weltbank hat Afrika an die Spitze ihrer Prioritätsliste gesetzt und ihre Soforthilfe für 1985 um 50 Prozent auf 1,1 Milliarden Dollar erhöht. Nach ihren Vorstellungen soll die Wirtschaftshilfe für den schwarzen Kontinent auf mehr als zwei Milliarden Dollar gesteigert werden.

UNO-Experten weisen darauf hin, daß Dürre nur zu einem Teil an der Versteppung und der Hungersnot in Afrika schuld ist. Schlimmer als ausbleibende Regenfälle seien langer Raubbau am Boden wie rücksichtslose Entwaldung. Trockenheit verschärfe die Notlage.

Fälschlicherweise werde häufig vom „Vorrücken der Sahara" gesprochen; tatsächlich breite sich die Wüste in der Weise aus, daß wie bei einer Hautkrankheit kahle Stellen sich ständig vergrößerten. Aus meteorologischen Gründen sei die Sahel-Zone besonders anfällig.

Zur derzeitigen Hungersnot ist es nach Ansicht von Fachleute gekommen, weil nach ergiebigen Regenfällen in den fünfziger Jahren die Bevölkerung und die Herden in gefährdeten Gebieten überproportional zugenommen haben. Nach einer 1968 einsetzenden Dürreperiode sei die Situation dann immer kritischer geworden.

UN-Direktor Tolba gibt die Ausbreitung des Wüstengebietes mit jährlich fünf bis 15 Kilometer in südlicher Richtung von der Sahara an. Mit Hilfe von Satelliten-Aufnahmen sollen wirksame Gegenmaßnahmen entwickelt werden.

Wie die Umweltschutz-Organisation Earthscan in London in einer Untersuchung feststellte, mangele es nicht an den technischen Möglichkeiten zur Eindämmung der Wüste. Was trotz aller Katastrophen noch immer fehle, sei der politische Wille und das richtige wirtschaftliche Konzept.

Banken rechnen nicht mit einer Kaußen-Pleite

dpa, Köln

Zurückhaltend bis skeptisch haben deutsche Banken auf Berichte reagiert, eine drohende Pleite könnte der Grund für den überraschenden Selbstmord des Kölner Wohnungsspekulanten Günter Kaußen gewesen sein (WELT vom 16.4.). „Er hat seine Schulden bei uns immer pünktlich bezahlt", erklärte gestern ein Sprecher der Deutschen Centralbodenkredit-AG in Köln. Das Institut gehörte zu den Kreditgebern Kaußens, der als der größte private Hausbesitzer in der Bundesrepublik galt. Von einer drohenden Pleite oder einem bevorstehenden Zusammenbruch des Wohnungsimperiums sei ihm nichts bekannt gewesen, sagte der Sprecher. Kaußens Immobilienobjekte seien „immer äußerst vorsichtig" beliehen worden. Die Centralbodenkredit müsse daher selbst bei einer – bisher nicht abzusehenden – Zwangsverwaltung kaum größere Verluste in Kauf nehmen. In ähnlichem Sinne äußerte sich gestern auch ein Vertreter der Frankfurter Hypothekenbank, die ebenfalls Kreditgeber Kaußens war. Wie weit Kaußen allerdings mit seinem Engagement in den Vereinigten Staaten in Schwierigkeiten geraten sei, lasse sich schwer beurteilen.

Blutung gestoppt

AP, Louisville

Nur einen Tag, nachdem ihm in der Humana-Herzklinik in Louisville (Kentucky) ein Kunstherz eingepflanzt wurde, ist der 62jährige Jack Burcham wegen starker innerer Blutungen am Montag erneut operiert worden. Nach Angaen der Ärzte hatte Burcham bis zur Notoperation insgesamt 9,5 Liter Blut verloren. Aus jedem Stich der Naht, mit der das Kunstherz an die Schlagader des Patienten befestigt wurde, sei mit jedem Herzschlag in winzigen Mengen Blut gequollen. Montagabend öffneten die Chirurgen den Herzbeutel erneut, um die Situation zu begutachten. Die winzigen Lecks wurden mit kleinen Filzstücken abgedichtet.

Berliner „Schnauze"

dpa, Berlin

Im Ostteil Berlins ist der Berliner Dialekt „besser angesehen" und auch wesentlich stärker verbreitet. Wie der Berliner Germanist Peter Schlobinski erklärte, ist dies das Ergebnis der von ihm und Professor Norbert Dittmar (beide Freie Universität Berlin) geleiteten zweijährigen sprachtheoretischen Untersuchung, in der Einwohner der nebeneinander gelegenen Berliner Stadtteile Prenzlauer Berg (Ost) und Wedding (West) befragt wurden. Das Projekt wurde am Wochenende bei einem internationalen Linguistentreffen in Berlin vorgestellt. Beide Bezirke waren in den zwanziger Jahren in der Zusammensetzung der Bevölkerung sehr ähnlich, hatten aber nach dem Mauerbau 1961 unterschiedliche Entwicklungen. Der Bezirk im Westen wird seither durch Ausländer und eine alternative Jugendkultur geprägt.

LEUTE HEUTE

Debütantin

Bei einem Empfang des Generalsekretärs der islamischen Welt-Liga, **Abdullah Omar Masseef**, gab jetzt die Gattin des philippinischen Präsidenten **Ferdinand Marcos**, Gouverneurin **Imelda Marcos** (55), im Präsidentenpalast in Manila ihr Debüt als Sängerin. Die ehemalige Schönheitskönigin trug ein selbstverfaßtes Liebeslied auf ihren 67jährigen Mann vor.

Schrittmacher

Der Parteichef der chinesischen Kommunisten, **Hu Yaobang**, zieht gemessenen Schritts seine politische Bahn. Behilflich ist ihm dabei ein kleines Gerät am Gürtel. Mitarbeiter enthüllten während seines Australien-Besuchs jetzt das Geheimnis des rätselhaften Objekts. Es handelt sich um ein Pedometer, mit dem Hu kontrolliert, ob er sein selbstauferlegtes Plansoll an Schritten absolviert hat.

Ein deutscher Ingenieur ist der Held von Wuhan

R. E. Peking

Für Werner Gerich aus Duisburg war es wie die Wiedergeburt in ein zweites neues Leben. Dem pensionierten, im Dienst ergrauten Ingenieur flatterte über den Senioren-Experten-Service, der Ruheständler als Entwicklungshelfer in die Dritte Welt schickt, ein ungewöhnliches Angebot auf den Tisch. Die Industriestadt Wuhan und Partnerstadt Duisburgs im fernen China suchte für eine Dieselmotorenfabrik einen „Berater des Managements".

Heute, ein halbes Jahr nach seiner Ankunft in China, hat sich für Gerich die Inkarnation erfüllt. Nicht nur, daß der Berater zum deutschen Direktor der chinesischen Fabrik avancierte, er wurde jetzt sogar zum ersten deutschen Ehrenbürger Chinas „geadelt".

Die Blitzkarriere für den 65jährigen begann im September 1984. Unter der schützenden Hand des Wuhaner Bürgermeisters machte sich Gerich mit deutscher Gründlichkeit daran, den in allen Fugen und roten Zahlen knirschenden Staatsbetrieb mit fast 2000 Arbeitern zu sanieren. Eigentlich sollte er sich nur sechs Monate Gedanken machen, wie man die Leistung eines Dieselmotors verbessern könne. Aber, das Übel liege nicht nur am Motor sondern auch wie er produziert werde, befand Gerich und steckte unbekümmert seine Nase in alle anderen Probleme, als da wären Schludrian, mangelnde Ausbildung und fehlende Disziplin.

Wuhans Bürgermeister und den Pekinger Reformern kam Gerichs Tatkraft gerade recht. Er eignete sich zur Symbolfigur des Reformkurses und als Vorbild für Chinas Werksleiter, zumal er sich auch noch, wie Wuhans Bürgermeister lobte, „selbstlos für den wirtschaftlichen Aufbau Chinas" einsetzte.

Bereits zwei Monate nach seiner Ankunft war Gerich Direktor. Obwohl er seither ein Viertel der Belegschaft auf Schulungskurse schickte, hält die Fabrik ihr Planziel ein und arbeitet dazu noch, so die chinesische Presse, deutlich effektiver. Kein Wunder, daß Wuhan den „Gesandten, der fortschrittliches Industriemanagement nach China brachte", als Ehrenbürger behalten möchte.

Rettung durch die „Penny-Plastik"

Mit einem primitiven Werkzeug soll „Discovery"-Besatzung Satelliten in Gang setzen

W. WILL, Kennedy Space Center

Das Cockpit der „Discovery" gleicht einer Hobby-Bastelwerkstatt, denn mit Scheren, einem Schweizer Armee-Messer, dem Plastik von Bucheinbänden und dem dünnen Aluminiumdraht, der als Rahmen für einen Fenstervorhang diente, ist das „Werkzeug" angefertigt worden, mit dem am Mittwoch der nicht funktionierende Nachrichtensatellit „Leasat" – seine Modellbezeichnung ist „Syncom" – einsatzbereit gemacht werden soll.

„Penny-Plastik" nennen die Astronauten ihr Werkzeug, und wenn es wirlich gelingt, damit einen Hebel am Satelliten zu betätigen, wären auf diese Weise 80 Millionen Dollar gerettet worden – das ist der Wert des Satelliten, der Bestandteil eines militärischen Kommunikationsnetzes werden soll.

Erstmals in der Geschichte der amerikanischen Raumfahrt sind gestern früh zwei Astronauten – Jeffrey Hoffman und David Grigg – zu einem Raumspaziergang aufgebrochen, der überhaupt nicht geübt worden war. Gewöhnlich wird für derartige Außenbordaufenthalte wochen-, ja monatelang trainiert. In diesem Falle wurde alles improvisiert.

Die beiden Außenbord-Astronauten mußten in der Frachtluke das Plastik-Werkzeug am Kranarm befestigen, so daß dieser Kranarm heute morgen aus dem Cockpit heraus bedient werden kann – in der Hoffnung, mit dem Arm und dem an seinem Ende befestigten Plastikstück, in das rechteckige Löcher geschnitten worden sind, den Hebel am Satelliten zu streifen und zu betätigen, durch den „Leasat" einsatzbereit gemacht werde kann. Erst das Umlegen dieses Hebels setzt den Zündmechanismus in Tätigkeit, so daß die Satellitenantenne ausgefahren und der Satellitenmotor gezündet wird, um den Satelliten auf seine Bahn zu befördern.

Der Außenbordaufenthalt der beiden Astronauten war, verglichen mit der eigentlichen „Rettungsaktion" heute morgen, „ein reines Kinderspiel", wie ein Flugdirektor in Houston erklärte. Denn: Der Satellit dreht sich um seine eigene Achse, der zu betätigende Hebel ragt nur etwa drei Zentimeter aus einer Öffnung hervor. Die Astronautin Rhea Seddon, die heute den Kranarm bedienen wird, muß mit der am Arm befestigten „Fliegenklatsche" aus Plastik diesen Hebel „treffen", ihn in eines der Löcher im Plastik führen, um ihn auf diese Weise zu betätigen.

„Die Chancen stehen fünfzig zu fünfzig", meinte ein Nasa-Techniker, „daß dies alles gelingt." (SAD)

Dunkle Schatten der Vergangenheit

War der Vater der Prinzessin von Kent SS-Sturmbannführer?

REINER GATERMANN, London

Es schlug gestern in England wie eine Bombe ein: Der Vater der Prinzessin von Kent, geborenen Baronin Marie-Christine von Reibnitz, war seit 1933 Mitglied der SS und hatte es bis zum Sturmbannführer und Gaujägermeister von Schlesien gebracht. Der Buckinghampalast reagierte unmittelbar und ließ durch den Pressesprecher der Königin mitteilen: „Prinzessin Michael hat diese Nacht bestätigt, daß ihr Vater Angehöriger der SS war. Für sie kam die Nachricht völlig überraschend. Sie ist zutiefst schokkiert." Marie-Christines Mann, Prinz Michael von Kent, ist ein Vetter ersten Grades von Königin Elizabeth.

Die attraktive, hochgewachsene Prinzessin hat seit ihrem Eintritt in die königliche Familie für Schlagzeilen gesorgt, nicht zuletzt wegen ihrer Lebensgeschichte und ihres Strebens, „königlicher als die Königlichen sein zu wollen"; so soll es jedenfalls die Queen gesagt haben.

Marie Christine wurde im Januar 1945 in Karlsbad (Böhmen) geboren, so die offizielle Version. Ihre Eltern ließen sich 1951 scheiden, der Vater ging nach Mozambique, die Mutter mit ihren beiden Kindern nach Australien, wo sie als Friseuse arbeitete, um Sohn und Tochter auf Privatschulen schicken zu können. Die blonde Marie Christine heiratete den englischen Banker Tom Troubridge, ließ



Über die Enthüllungen zutiefst schockiert: die Prinzessin von Kent FOTO:DPA

sich aber ein paar Jahre später scheiden, als sie Prinz Michael traf. 1978 heiratete das Paar trotz heftigem Widerstand der königlichen Verwandtschaft standesamtlich in Wien. Die kirchliche Trauung ließ auf sich warten, da der Vatikan die Auflösung der ersten Ehe nicht genehmigte.

Die jetzige Enthüllung über ihren Vater ist für die Prinzessin ein schwerer Schlag. Sie ist mit ihm nach der Scheidung ihrer Eltern kaum ein Jahr zusammen gewesen. Er starb 1982.

Der Historiker Philip Hall erklärte gestern gegenüber BBC, er habe die Zugehörigkeit von Reibnitz' zur SS aufgedeckt. Anläßlich des 40. Geburtstages der Prinzessin Anfang dieses Jahres habe es geheißen, ihre Eltern seien Österreicher, sagte Hall. Bei Nachforschungen habe er aber herausgefunden, daß von Reibnitz Deutscher gewesen sei. Der Sturmbannführer sei 1944 aus der SS ausgestoßen worden, weil er sich engagiert dem katholischen Glauben zugewandt habe. Seine Nachforschungen hätten keine Verwicklungen von Reibnitz' in Kriegsverbrechen ergeben, sagte Hall.

WETTER: Freundlicher

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet über Frankreich verstärkt seinen Einfluß auf das Wetter in Deutschland, so daß Reste eines Tiefausläufers über Norddeutschland ostwärts abgedrängt werden.



Vorhersage für Mittwoch:
Frühmorgens meist stark bewölkt und nordöstlich der Elbe noch strichweise etwas Regen. Tagsüber wolkig mit Aufheiterungen und im ganzen trokken. Temperaturen nachmittags zwischen 10 Grad in Schleswig-Holstein und 16 Grad am Oberrhein. Nächtliche Tiefstwerte 9 bis 5 Grad. Örtlich Frühnebel. Nur schwacher Südwestwind.

Weitere Aussichten:
Am Donnerstag meist sonnig und weitere Erwärmung. Zum Wochenende wieder unbeständiger und kühler.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	7°	Kairo	27°
Bonn	8°	Kopenh.	7°
Dresden	7°	Las Palmas	20°
Essen	9°	London	13°
Frankfurt	8°	Madrid	16°
Hamburg	7°	Mailand	17°
List/Sylt	6°	Mallorca	18°
München	7°	Moskau	7°
Stuttgart	8°	Nizza	17°
Algier	17°	Oslo	10°
Amsterdam	11°	Paris	14°
Athen	18°	Prag	7°
Barcelona	17°	Rom	16°
Brüssel	13°	Stockholm	5°
Budapest	11°	Tel Aviv	19°
Bukarest	15°	Tunis	10°
Helsinki	2°	Wien	11°
Istanbul	21°	Zürich	9°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 6.21 Uhr, Untergang: 20.23 Uhr; **Mondaufgang:** 6.10 Uhr, Untergang: 18.33 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

„Ein Hubschrauber war eingesetzt, den Kölner einzukreisen." Aus einem Bericht im „Stader Tageblatt" über die Verfolgung eines aus Köln stammenden Autodiebes in der Umgebung von Buxtehude.

